

Die politische Opposition in autoritären Regimen

Das Beispiel Kenia – 1990-2005

Dissertation

Universität Potsdam

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Betreuung: Prof. Dr. habil. Raimund Krämer

eingereicht von

Kristian Kaltschew

Online veröffentlicht auf dem
Publikationsserver der Universität Potsdam:
URN urn:nbn:de:kobv:517-opus4-103930
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-103930>

„Two of the fairest stars in all the heaven,
Having some business, do entreat her eyes
To twinkle in their spheres till they return.“

– *William Shakespeare*

Inhalt

I Abkürzungsverzeichnis.....	5
II Abbildungsverzeichnis.....	7
1. Einleitung	8
2. Opposition in autoritären Regimen – theoretische Betrachtungen	10
2.1 Autoritäre Regime	10
2.1.1 Analyse der Grauzone	10
2.1.2 Autoritarismusforschung – alt und neu	17
2.1.3 Wiederbelebte Autoritarismusforschung	21
2.2 Opposition – eine erste Annäherung	29
2.2.1 Begriffsgeschichte	29
2.2.2 Moderne Oppositionsforschung	30
2.2.3 Opposition in demokratischen und autoritären Regimen	34
2.2.4 Opposition in autoritären Regimen bei Linz	40
2.3 Oppositionshandeln im eingeschränkten Wettbewerb.....	47
2.3.1 Kompetitiver Autoritarismus.....	47
2.3.2 Elektoraler Autoritarismus.....	54
2.3.3 Regierung und Opposition – zwei Akteure, zwei Spiele.....	57
2.3.4 Zwischenfazit zu „neuen“ Autoritarismen	60
2.3.5 Opposition als Stabilisator	62
2.3.6 Das „politische Umfeld“	66
2.4 Methodik.....	69
2.4.1 Ziele	69
2.4.2 Forschungsfragen.....	71
2.4.3 Abgrenzung des Oppositionsbegriffes	72
2.4.4 Konzept Oppositionstypologie	74
2.4.5 Beziehung von Handlungsstatus, Handlungsüberzeugung und Handlungsstrategie	79

2.4.6 Herleitung der Oppositionstypen.....	83
2.4.7 Idealtypen der Opposition in autoritären Regimen	87
2.4.8 Hypothesen	89
3. Vorbetrachtungen zum Fallbeispiel	92
3.1 Staatlichkeit in Subsahara-Afrika	92
3.2 Frage der Ethnien.....	103
3.3 Politische Herrschaft in Subsahara-Afrika – Gegenwart	114
4. Kenias politische Entwicklung 1990-2005 – empirische Untersuchung	121
4.1 Das unabhängige Kenia unter Kenyatta und Moi	121
4.2 Druck auf die Moi-Regierung	128
4.3 Die politische Zäsur 1992	133
4.4 Parlamentsparteien 1992-1997	138
4.5 Der Verfassungsreformprozess 1992-97.....	143
4.6 Wahlen 1997 und Mois letzte Amtszeit	147
4.7 Gründung von NARC und die Wahlen 2002	153
4.8 Die vereinte Opposition an der Macht.....	161
5. Opposition in Kenia	171
5.1 Autoritäres Regime im Wandel.....	171
5.2 Instrumentalisierte Ethnien	176
5.3 Parteien in Kenia – Anhang statt Rahmen	180
5.4 Verortung der politischen Opposition – Loyalisten, Opportunisten, Herausforderer.....	183
5.5 Die Rolle der Opposition in Kenia	201
6. Schlussbemerkungen	211
7. Literaturverzeichnis.....	224
8. Eidesstattliche Erklärung.....	236
9. Danksagung	237

I Abkürzungsverzeichnis

CKRC	- Constitution of Kenya Review Commission
DAC	- Development Assistance Committee
DP	- Democratic Party of Kenya
FORD	- Forum for the Restoration of Democracy
FORD-A	- Forum for the Restoration of Democracy-Asili
FORD-K	- Forum for the Restoration of Democracy-Kenya
FORD-P	- Forum for the Restoration of Democracy-People
GEMA	- Gikuyu (auch Kikuyu), Embu and Meru Association
IPPG	- Inter-Party Parliamentary Group
JOHEL	- Joint Organization for Health, Education and Literacy
KADU	- Kenya African Democratic Union
KAMATUSA	- Kalenjin, Maasai, Turkana und Samburu
KANU	- Kenya African National Union
KBC	- Kenya Broadcasting Corporation
KHRC	- Kenya Human Rights Commission
KPU	- Kenya People's Union
LDP	- Liberal Democratic Party
LSK	- Law Society of Kenya
MoU	- Memorandum of Understanding
NAK	- National Alliance Party of Kenya
NARC	- National Alliance Rainbow Coalition
NCA	- National Convention Assembly
NCKK	- National Council of Churches of Kenya
NCEC	- National Convention Executive Council
NCPC	- National Convention Preparatory Committee
NOA	- National Opposition Alliance
NDP	- National Democratic Party
ODM	- Orange Democratic Movement
ODM-K	- ODM-Kenya
PCK	- People's Commission of Kenya
PNU	- Party of National Unity
PAC	- Public Accounts Committee
SDP	- Social Democratic Party

SLDF - Saboot Land Defence Force
UNA - United National Democratic Alliance

II Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Mögliche Kombinationen der Oppositionsmerkmale	84
Abbildung 2: Veranschaulichung der Oppositionstypen in den Untersuchungsdimensionen	89
Abbildung 3: Ethnische Gruppen in Kenia.....	112
Abbildung 4: Verfassungsrechtliche Begrenzung des Präsidentenamtes in Subsahara- Afrika 1990-2005.....	119
Abbildung 5: Basisdaten von Kenia	122
Abbildung 6: Zusammensetzung Kabinett 2002 nach Ethnien	162
Tabelle 1: Oppositionskonzepte von Dahl und Blondel	36
Tabelle 2: Gegenüberstellung der Dimensionen Handlungsstatus und -überzeugung	79
Tabelle 3: Gegenüberstellung der Dimensionen Handlungsüberzeugung und - strategie	81
Tabelle 4: Gegenüberstellung der Dimensionen Handlungsstatus und -strategie	82
Tabelle 5: Ergebnisse der Wahlen 1992.....	135
Tabelle 6: Ergebnisse der Wahlen 1997.....	149
Tabelle 7: Ergebnisse der Wahlen 2002.....	158
Tabelle 8: Verortung der politischen Opposition.....	200
Tabelle 9: Die fünf Idealtypen der politischen Opposition	215

1. Einleitung

„Die politische Opposition ist ein ewiges Paradox.“¹ In der Monarchie verurteilt als lästerlich und Frieden gefährdend, entpuppt sich die politische Opposition im Wandel der Zeit als Gradmesser der politischen Freiheiten und ist für ein demokratisches Regime der Gegenwart unverzichtbar. In nicht-demokratischen Regimen scheint die Möglichkeit der Opposition hingegen ausgeschlossen. Doch der Schein trügt. Vom gewaltvollen Widerstand bis hin zur Arbeit im Parlament – politische Opposition findet in autoritären Regimen vielfältige Wege des Wirkens. Dies gilt umso mehr, als Anfang der 1990er-Jahre in vielen autoritären Regimen der Pluralismus erweitert und Mehrparteienwahlen eingeführt werden. Ist der „Siegeszug“ der Demokratie somit unaufhaltsam? Die Empirie der letzten 25 Jahre spricht eine andere Sprache, die Öffnung des politischen Pluralismus ist nicht gleichzusetzen mit einer erfolgreichen Demokratisierung. Autoritäre Regime haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts nichts an Relevanz eingebüßt.

Man könnte die vergleichende Politikwissenschaft gretchenhaft fragen: „Nun sag, wie hast du’s mit der Opposition in autoritären Regimen?“ Der überwiegende Teil der Forschung zum Autoritarismus lässt die Rolle der politischen Opposition jedoch außen vor. Die wenigen Arbeiten zur Opposition liefern zudem teils kontra-intuitive Ergebnisse. Die politische Opposition ist in autoritären Regimen nicht *per se* Motor der Demokratisierung, sondern trägt mitunter entschieden zur Stabilisierung des autoritären Regimes bei. Aber was ist die politische Opposition am Ende? Mitläufer oder Gegner oder sogar Mitspieler im Ringen um die politische Macht? Genau diese Fragen will die vorliegende Arbeit beantworten und unternimmt hierfür folgende Schritte:

Zur begrifflichen Bestimmung werden zunächst Konzepte für autoritäre Regime und Opposition diskutiert.² Ferner werden aktuelle Beiträge zum veränderten Pluralismus in autoritären Regimen unter besonderer Berücksichtigung der politischen Opposition eruiert. Danach wird das der Arbeit zu Grunde liegende Konzept vorgestellt und erörtert. Im Zentrum steht die eigens entwickelte Typologie zur Bestimmung und Analyse verschiedener Oppositionsakteure. Die Untersuchung der politischen Opposition in autoritären Regimen und die Anwendung der eigenen

¹ Kirchheimer 1957, S. 115.

² Die vorliegende Arbeit geht auf die konzeptionelle Diskussion von Regimetypen ein und bezieht Stellung. Ein eigener Entwurf zur Typologisierung von demokratischen und autoritären Regimen ist jedoch nicht Anspruch der vorgelegten Arbeit.

Typologie der Oppositionsakteure erfolgt anschließend anhand des Fallbeispiels Kenia in der Zeit 1990-2005.³

Durch die konzeptionelle Beschäftigung mit Opposition sowie deren empirische Erschließung soll ein substantieller Beitrag für die notwendige Debatte um autoritäre Regime im 21. Jahrhundert geleistet werden.⁴

³ Die vorliegende Arbeit knüpft dabei an vorherigen Arbeiten des Autors zum Beispiel Kenias an.

⁴ Zur weiteren Abgrenzung der Arbeit, Ansprüche und Ziele, vgl. Abschnitt 2.4.

2. Opposition in autoritären Regimen – theoretische Betrachtungen

2.1 Autoritäre Regime

Die vorliegende Arbeit macht es sich zum Ziel, die Rolle der politischen Opposition in autoritären Regimen zu analysieren. Bevor die politische Opposition konzeptionell erschlossen werden soll, gilt es, die entsprechende Umgebung – das autoritäre Regime – näher zu beleuchten.

Linz leistet einen wesentlichen Beitrag zum Konzept der autoritären Regime und das in einer Zeit, als die Welt in demokratische und totalitäre Regime aufgeteilt zu sein scheint. Sein Begriff des autoritären Regimes wird in der Folge nicht kontinuierlich weiterentwickelt. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem damit verbundenen vermeintlichen „Siegeszug der Demokratie“ wird eine Demokratisierung der nicht-demokratischen Regime angenommen. Eine Annahme, die sich nicht erfüllt. Konzeptionelle Schwächen in der vergleichenden Politikwissenschaft werden offenbar, eine sogenannte „Grauzone“ wird identifiziert.

Auf die vermeintliche „Grauzone“ wird im Folgenden ebenso eingegangen wie auf die konzeptionellen Lösungsvorschläge dazu („defekte“ Demokratie stellvertretend für die vielen Demokratien „mit Adjektiven“, „hybride“ Regime). Diese Debatten sind insofern interessant, als dass sie sich zeitlich mit dem Untersuchungszeitraum decken, das Fallbeispiel vermeintlich zu den „Grauzonen“-Regimen gehört.

Im Anschluss werden klassische Unterscheidungen von Demokratie und Autokratie (Loewenstein, Dahl) sowie das Linz'sche Konzept autoritärer Regime aufgegriffen, bevor die Stärken und Schwächen der wiederbelebten Autoritarismusdebatte reflektiert werden.

2.1.1 Analyse der Grauzone

Die mutmaßliche dritte „Demokratisierungswelle“ Ende des 20. Jahrhunderts⁵ nimmt nicht den Einfluss auf die politische Weltkarte wie zunächst erwartet. Anstatt die politischen Systeme nach Zerfall der Sowjetunion dem westlichen Beispiel der

⁵ Huntington 1991.

Demokratie folgen, finden vielfältige Entwicklungen statt. Manche politischen Systeme ähneln schließlich mehr einem autoritären Regime und manche bleiben in einer möglichen Transition zu einer Demokratie stecken. Eine Fülle von schwer zu bestimmenden Regimetypen ist das Resultat. In der vergleichenden Politikwissenschaft ist fortan von sogenannten Grauzonen-Regime die Rede.

Der reichhaltigen Empirie folgt eine ebenso ausgiebige Bearbeitung der konzeptionellen Probleme,⁶ die anschließend zur Entwicklung zahlreicher neuer Regimetypen führt. Neben „Demokratien mit Adjektiven“⁷ werden sowohl „hybride“ Regime als mitunter auch Subtypen von Autoritarismus erwogen. Einige dieser Lösungsansätze sollen nachfolgend exemplarisch betrachtet und im Hinblick auf ihre Nützlichkeit diskutiert werden. Abschließend soll das Konzept der autoritären Regime stärker beleuchtet werden.

Defekte Demokratie

Für die deutschsprachige Politikwissenschaft ist das Konzept der „Defekten Demokratie“ der relevanteste Entwurf, vermeintliche „Grauzonen“-Regime als Demokratie „mit Adjektiv“ zu erfassen. Das Konzept der „defekten Demokratie“ weist eine umfangreiche theoretische Fundierung auf. Zunächst werden drei Demokratiedimensionen bestimmt: politische Gleichheit, Freiheit und Kontrolle. Auf Grundlage dieser Dimensionen wird das Basismodell der *embedded democracy* entworfen, dass Demokratie mit Hilfe von konstitutiven Teilregimen definiert.⁸ Sind alle Bedingungen erfüllt, kann das demokratische Regime als liberal, rechtsstaatlich und konstitutionell bezeichnet werden. Wird ein Kriterium dieser Demokratieform nicht erfüllt, ist von einer „defekten Demokratie“ die Rede, die ebenfalls zu den Demokratien gehört.⁹

⁶ Zu den verschiedenen Forschungsstrategien angesichts der Ausdehnung von Konzepten und der Steigerung der Differenzierungsmöglichkeit, vgl. Collier/Levitsky 1997. Für eine überblickende Diskussion der verschiedenen Lösungen, vgl. Croissant 2002, S. 17ff.

⁷ Zu den Adjektiven gehören *limited, male, oligarchial, controlled, de facto one-party, restrictive, electoral, hard, illiberal, guarded, protected, tutelary*. Vgl. Collier/Levitsky 1997, S. 438.

⁸ Teilregime sind Komplexe von Funktionsregeln, folgende Teilregime werden definiert: Wahlregime, politische Teilhaberechte (öffentliche Arena), effektive Regierungsgewalt, horizontale Gewaltenkontrolle und bürgerliche Freiheitsrechte.

⁹ „Defekte Demokratien“ werden als *diminished subtypes* von Demokratie verstanden, vgl. Merkel et al. 2003, S. 14f.

Die Volkssouveränität bildet das Kernprinzip von Demokratie, weshalb Wahlen von besonderer Bedeutung sind. „Defekte Demokratien“ sind demnach „Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik einer oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind.“¹⁰

„Defekte Demokratien“ werden hier nicht mehr liberalen, rechtsstaatlichen und konstitutionellen Demokratien, sondern „funktionierenden“ Demokratien gegenüber gestellt. Können nicht funktionierende Demokratien dennoch als Demokratien bezeichnet werden? Was unterscheidet eine nicht funktionierende Demokratie von einem autoritären Regime?

Die Abgrenzung zur „funktionierenden Demokratie“ besteht darin, dass „nicht alle konstituierenden und garantierenden Elemente der Volkssouveränität etabliert sind.“¹¹ Gleichzeitig sind „defekte Demokratien“ keine autoritären Regime, „da zentrale Spielregeln institutionalisiert sind und die Wahl der Regierenden durch die Regierten gewährleistet.“¹² Diese Erklärung löst zum einen nicht den Widerspruch der Aussage ‚nicht funktionierende Demokratie gleich Demokratie‘ und lässt zum anderen im Unklaren, wo genau die Grenze zwischen „defekter Demokratie“ und autoritärem Regime verläuft. Der letzte Punkt soll an dieser Stelle noch einmal genauer anhand des Wahlregimes und des Teilregimes der horizontalen Gewaltkontrolle betrachtet werden.

Das Wahlregime nimmt gegenüber den anderen Teilregimen eine gesonderte Rolle ein, da es gleichzeitig für die Unterscheidung von autoritären Regimen relevant ist. Wahlen werden dann als demokratisch bezeichnet, „wenn Inklusivität, fairer Wettbewerb und Effektivität gewährleistet sind.“¹³ Bei Exklusion aufgrund von Rasse, Ethnie, Geschlecht, Eigentum ist von einem „Defekt“ die Rede, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass dieser Ausschluss keinesfalls auf die Willkür politischer

¹⁰ Merkel et. al. 2003, S. 15.

¹¹ Merkel et. al. 2003, S. 39.

¹² Merkel et. al. 2003, S. 39.

¹³ Merkel et. al. 2003, S. 77.

Akteure zurückzuführen ist oder ganze Bevölkerungsgruppen betrifft, später auch als „signifikantes Segment der Bevölkerung“ bezeichnet.¹⁴

Die von Merkel et al. (2003) exemplarisch durchgeführte Anwendung dieses Teilregimes auf das Beispiel der Schweiz führt jedoch zu konzeptionellen Fragen. Die Schweiz wird von den Autoren auch vor 1971, also vor der Einführung des Frauenwahlrechts auf nationaler Ebene, als „eines der demokratischsten politischen Systeme Europas“¹⁵ bezeichnet: „Die beiden Kriterien des aktiven und passiven Wahlrechts hingegen waren lediglich für etwas weniger als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung wirksam,¹⁶ aber hier wiederum in vollem Umfang. Dies, der funktionierende Rechtsstaat, die stillschweigende Akzeptanz des politischen Systems durch viele Frauen¹⁷ und nicht so sehr die Zahl der vom demokratischen Wettbewerb exkludierten Bürger markiert den Unterschied zwischen der „defekten Demokratie“ in der Schweiz und ethnischen Diktaturen wie in Südafrika.“¹⁸

Die Bedingungen für das Wahlregime einer „defekten Demokratie“ werden unzweifelhaft nicht erfüllt, denn keinesfalls dürfen laut Definition ganze Bevölkerungsgruppen von der Exklusion betroffen sein. In diesem Beispiel werden aber die einzelnen Teilregime gegeneinander verrechnet, sodass der Verstoß gegen die vorher noch als Kernprinzip der Demokratie ausgewiesene Volkssouveränität nicht mehr im besonderen Maße ins Gewicht fällt. Kommt den Wahlen doch keine besondere Rolle zu?¹⁹ Woran orientiert sich dann die Abwägung im Einzelfall? Die Autoren lassen gerade die zweite Frage unbeantwortet.

Abschließend wird die Grenze zwischen „defekter Demokratie“ und autoritärem Regime dann als überschritten angesehen, wenn eine Exklusion aufgrund von Willkür oder machtpolitischem Kalkül erfolgt, die Wahlen zur Herrschaftssicherung oder -erlangung manipuliert werden oder „eine mehrheits- oder herrschaftsrelevante Anzahl von Mandatsträgern sich nicht auf eine demokratische Legitimation berufen kann“.²⁰

¹⁴ Merkel et. al. 2003, S. 77f.

¹⁵ Merkel et. al. 2003, S. 239f. Hier müsste zudem die Frage geklärt werden, inwieweit das Attribut „demokratisch“ überhaupt steigerbar ist.

¹⁶ Anders formuliert: Dieses Recht war der absoluten Mehrheit der Bevölkerung verwehrt.

¹⁷ Inwieweit dieser Aspekt als Argument gelten kann, darf bezweifelt, soll an dieser Stelle aber nicht diskutiert werden.

¹⁸ Merkel et. al. 2003, S. 240.

¹⁹ Eine Frage, die sicherlich mit Nein beantwortet werden muss hinsichtlich der ausdrücklichen Betonung der Wahlen, vgl. Merkel et al. 2003, S. 66.

²⁰ Merkel et. al. 2003, S. 80.

Im Bereich des Teilregimes der horizontalen Kontrolle legen die Autoren Wert darauf, dass eine gegenseitige Kontrolle der Exekutive, Legislative und Judikative stattfindet, deren Aufgabenfelder durch die Verfassung zugesichert sind. Eine Verschränkung der Gewalten ist dabei zulässig.²¹ Ein „Defekt“ liegt vor, wenn massive Korruption auftritt oder die Arbeit einer Regierungsinstitution entgegen der Verfassung in den Kompetenzbereich einer anderen hineinreicht. Demokratien, die vorwiegend eine Verletzung dieses Teilregimes aufweisen, werden als „delegative Demokratien“ bezeichnet.²² Ein „delegatives“ Syndrom liegt auch dann noch vor, „wenn über eine gewisse Dauer hinweg, also nicht nur in zugespitzten Krisenzeiten, die Exekutive umfangreiche Gesetzgebungskompetenzen wahrnehmen kann [...] oder die Judikative insgesamt nicht unabhängig genug ist, um gegen politische Eingriffe widerstandsfähig zu sein und eine relative Unabhängigkeit zu gewährleisten.“²³

Diese Definition macht eine Abgrenzung vom Autoritarismus ganz schwer, wenn nicht gar unmöglich, da dieser laut den Autoren gegenwärtig ist, „wenn eine der Gewalten die übrigen de facto ausschaltet [...] oder sich dauerhaft deren Kompetenzen aneignet“.²⁴ Sowohl für das „delegative“ Syndrom als auch für den Autoritarismus wird dasselbe Phänomen beschrieben, eine Gewalt dominiert die anderen. Der einzige nicht weiter definierte Unterschied zwischen beiden Formen besteht darin, dass erstere „über eine gewisse Dauer hinweg“ und letztere „dauerhaft“ auftritt – eine Unterscheidung, die wohl kaum zu bestimmen sein dürfte.

Von diesen Abgrenzungsproblemen einmal abgesehen, lässt der wissenschaftliche Ansatz der Autoren Fragen offen. Die vier Subtypen „defekter Demokratie“ – exklusive Demokratie, illiberale Demokratie, delegative Demokratie und Enklavendemokratie – werden als „Extremform von Differenztypen“ verstanden und der reale Einzelfall als Mischform der Subtypen angesehen. Gleichzeitig werden die „defekten Demokratien“ aber als „real existierend“ beschrieben.²⁵ Wie konsistent ist es, an dieser Stelle die „defekte Demokratie“ nicht auch idealtypisch zu begreifen?²⁶ Schließlich ist die Formulierung von Idealtypen nicht nur auf Ebene der Subtypen, sondern auch auf nächst höherer Ebene von Bedeutung.

²¹ Merkel et. al. 2003, S. 54.

²² Der Begriff geht auf die Arbeit von O'Donnell (1994) zurück.

²³ Merkel et. al. 2003, S. 91.

²⁴ Merkel et. al. 2003, S. 91.

²⁵ Merkel et. al. 2003, S. 69 bzw. 16.

²⁶ Idealtyp mit Weber verstanden als „idealen Grenzbegriff“, der nicht die Wirklichkeit darstellt, sondern zur Bestimmung empirischer Beispiele herangezogen wird. Vgl. Weber 1991, S. 77.

Ein anderer Widerspruch tut sich in der Wahrnehmung der eingangs schon beschriebenen „Grauzone“ auf. So wird die Existenz der „Grauzone“ als Beweis dafür angeführt, „dass Abweichungen von den genannten institutionellen Minima einer Demokratie keineswegs automatisch ein autoritäres Regime ausweisen.“²⁷ Dabei entsteht diese vermeintliche „Grauzone“ doch erst durch den mitunter unklaren Geltungsanspruch des Demokratiekonzeptes und seiner Grenzen. Bei einem klar gefassten Konzept für das Verhältnis von Demokratie und Autokratie kann von den sogenannten Grauzonen-Regimen nicht die Rede sein.²⁸

Hybride Regime

Ein alternativer Ansatz zur Klärung der „Grauzonen“-Regime bildet das „hybride“ Regime. Auf dessen Ursprünge soll im Folgenden eingegangen werden. Der Begriff überdauert die Konzepte um Demokratie mit Adjektiven und findet, wie sich unten zeigen wird, auch Anwendung in den Arbeiten zu Autoritarismus mit Adjektiven.

In ihrer Arbeit über Zentralamerika hält Karl (1995) das „hybride“ Regime als eigenständige Regimeform fest, die einen existierenden „certain functional and territorial political mix“²⁹ darstellt. Ihr Konzept leitet sie dabei induktiv von den Beispielen dieser Region ab, sodass die Forderung eines neuen Regimetypen zwischen demokratischen und autoritären Regimen wenig überzeugt. Eine weitergehende theoretische Fundierung findet nicht statt, ebenso wenig wie eine klare Abgrenzung zu demokratischen und autoritären Regimen.³⁰

Diesem Anspruch versucht Rüb (2002) in seiner Arbeit gerecht zu werden, in der er zunächst eine Straffung der definitorischen Merkmale des demokratischen Minimums vollzieht. Rüb betont die Bedeutung des effektiven Staates zur Sicherung der liberalen Rechte und bewertet Dahls Polyarchie-Konzept als unzureichend für die Definition eines minimalen Demokratiekonzeptes.³¹

²⁷ Merkel et. al. 2003, S. 65.

²⁸ Für eine weitere Diskussion „defekter Demokratien“ und einem Vergleich zum „elektoralen Autoritarismus“ (vgl. Abschnitt 2.3 der vorliegenden Arbeit) siehe auch Bogaards 2009.

²⁹ Karl 1995, S. 80.

³⁰ Dieselben Schwierigkeiten weist das Konzept der „illiberalen Demokratie“ nach Bell/Jayasuriya 1995 auf. Auch hier wird vom Spezialfall ausgehend ein neuer Regimetyp konstatiert. Dieses induktive Vorgehen weist keine theoretische Fundierung auf und bedeutet für die Wissenschaft die Gefahr einer Flut von Regimetyp-Entwürfen. Zu einem sparsameren Umgang mit immer wieder neuen Konzepten und Begriffen raten auch Collier/Levitsky 1997, S. 451.

³¹ Rüb 2002, S. 99 und 96.

Rüb betrachtet vier Dimensionen der Herrschaft – Legitimation, Ausübung, Struktur, Umfang – und definiert ein „hybrides“ Regime als einen Idealtyp, der „Merkmale sowohl von Polyarchien als auch von autoritären Regimen auf je spezifische Weise rekombiniert“,³² wobei es jeweils zwei Gemeinsamkeiten mit beiden Regimeformen besitzt. Rüb setzt an dieser Stelle Polyarchien mit demokratischen Regimen gleich,³³ die er vorher inhaltlich trennte. Des Weiteren muss die konzeptionelle Frage gestellt werden, wie sinnvoll es ist, jeweils die Hälfte zweier Regimekonzepte zusammenzuführen und dieses Produkt wieder als eine Extremform zur Differenzierung anzunehmen. Vielmehr droht dieses Vorgehen nach den Unklarheiten, die sich in der Empirie darstellen, auch für Unklarheiten auf Ebene der Idealtypen zu sorgen.

Die klare Abgrenzung zu demokratischen und autoritären Regimen gelingt Rüb nicht. Unterscheiden sich „hybride“ Regime von demokratischen, indem das Wahlrecht im ersten Falle nicht bedeutungsvoll ist,³⁴ so grenzen sich „hybride“ von autoritären Regimen ab, da die politische Herrschaft im „hybriden“ Regime sich auf den Willen des Volkes gründet.³⁵ Doch wie kann überzeugend von der Legitimation durch den Willen des Volkes die Rede sein, wenn das Wahlrecht gleichzeitig nicht bedeutungsvoll ist?

Darüber hinaus verschwindet die Differenz zum Autoritarismus, denn der Opposition ist es im „hybriden“ Regime „weitgehend unmöglich“,³⁶ die Regierung und die parlamentarische Mehrheit zu kontrollieren.

Außerdem scheint das Verständnis von autoritären Regimen, trotz eingehender Betrachtung, etwas unscharf. Einige für das autoritäre Regime definierten Merkmale – wie zum Beispiel die „starke und unkontrollierte Exekutive“ oder der „unbegrenzte“ Herrschaftsumfang³⁷ – scheinen mehr den Eigenschaften einer totalen Herrschaft zu entsprechen.

³² Rüb 2002, S. 105.

³³ Rüb 2002, S. 106.

³⁴ „Bedeutungsvoll“ setzt hier eine „umfassende öffentliche Debatte und Meinungsbildung“ voraus, vgl. Rüb 2002, S. 107 und 96f.

³⁵ Rüb 2002, S. 107.

³⁶ Rüb 2002, S. 108.

³⁷ Rüb 2002, S. 106, Schaubild 1.

Insgesamt wird Rüb's Konzept von „hybriden“ Regimen dem eigenen Anspruch nicht gerecht, „eine *eindeutige* typologische Abgrenzung von autoritären Regimen und – umgekehrt – eine klare Abgrenzung von Demokratien“³⁸ zu erreichen.

Das Konzept „hybrider“ Regime verschwindet in der aktuellen Debatte aus dem Fokus. Weitere Arbeiten zu „hybriden“ Regimen erscheinen, das Hauptaugenmerk verlegt sich jedoch auf die Frage autoritärer Regime.

2.1.2 Autoritarismusforschung – alt und neu

Eine klassische Definition für die Entscheidung, ob demokratisches oder autoritäres Regime, gibt Loewenstein: Der wesentliche Unterschied liegt in der Aufteilung der politischen Macht.³⁹

Im Konstitutionalismus, der stellvertretend für demokratische Regime steht, gilt der Grundsatz der geteilten Macht. Mehrere unabhängige Machttäger sind an der Ausübung der politischen Macht und der Bildung des Staatswillens beteiligt. Diese Machttäger besitzen jeweils ihre eigenen Funktionen und sind der wechselseitigen Kontrolle durch die anderen Machttäger ausgesetzt. Der „Stromkreis der Macht“ ist im Konstitutionalismus offen; die freie Staatsgesellschaft beruht auf Gleichheit und funktioniert als Rechtsstaat.⁴⁰

In der Autokratie ist die Macht bei einem Machttäger konzentriert, der entweder als Einzelperson oder als Gruppe auftreten kann. Die Ausübung der Macht erfolgt ungeteilt und unterliegt weder einer Kontrolle noch einer verfassungsmäßigen Beschränkung. Der „Stromkreis der Macht“ ist in der Autokratie geschlossen.⁴¹

Der Konstitutionalismus ist durch das Abhalten von Wahlen und das Finden von Mehrheitsentscheidungen geprägt, während in der Autokratie Befehl und Gehorsam charakteristisch sind.⁴² Die Staatsfunktionen werden von beiden Gattungen unterschiedlich umgesetzt. Im konstitutionellen Regime teilen sich Regierung und Parlament die Aufgabe der Entscheidungsfällung, in einem nachfolgenden Schritt kann ebenso die Bevölkerung mit einbezogen werden. Der Machthaber des autokratischen Regimes fällt die politischen Grundentscheidungen allein,

³⁸ Rüb 2002, S. 94 (Hervorhebung im Original).

³⁹ Loewenstein 2000, S. 50.

⁴⁰ Loewenstein 2000, S. 27f.

⁴¹ Loewenstein 2000, S. 28.

⁴² Loewenstein 2000, S. 29f.

Beteiligungen des Parlaments oder der Bevölkerung sind nur oberflächlich.⁴³ Die Ausführung der Entscheidungen wird in der Autokratie vom Machträger monopolisiert und bei Bedarf delegiert, wobei die Hierarchie gewahrt bleibt. Im Unterschied dazu werden die Beschlüsse im konstitutionellen Regime von mehreren Machträgern durchgeführt.⁴⁴

Loewenstein weist auf die Schwierigkeit in der Praxis hin, zwischen beiden Gattungsbegriffen klar zu trennen. Politische Systeme beider Gattungen neigen dazu, Elemente des jeweils anderen in das eigene politische Handeln zu integrieren.⁴⁵ Konzeptionell ließe sich mit Loewenstein das „hybride“ Regime wohl nicht als eigenständigen Regimetypen formulieren. Die Vermischung von Elementen aus Demokratie und Autokratie ist für Loewenstein eine Frage der Empirie, nicht der Theorie.

Im Unterschied zu Loewenstein besitzt Dahl noch eine zweite Dimension für seine Begriffsbestimmung: Er betrachtet die Konzentration der Macht (beziehungsweise den politischen Wettbewerb) und die Möglichkeiten der Partizipation.⁴⁶

Eines der wichtigsten Kernelemente der Demokratie stellt für Dahl die wiederholte Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Präferenzen der Staatsbürger dar. Den Staatsbürgern muss die Möglichkeit gegeben sein, ihre Präferenzen zu formulieren und diese gegenüber der Regierung und anderen Staatsbürgern durch individuelle oder auch kollektive Aktionen zu kennzeichnen. Die Regierung hat dabei die jeweiligen Präferenzen in ihrer Arbeit gleichwertig, ohne jegliche Diskriminierung zu gewichten. Diese notwendigen Bedingungen werden um acht institutionelle Garantien ergänzt, unter anderem: aktives und passives Wahlrecht in freien und fairen Wahlen, Recht auf freie Meinungsäußerung sowie Informationsfreiheit.⁴⁷

Dahl sieht die Demokratie in der politischen Wirklichkeit nicht realisiert. Sein Modell der Polyarchie tritt an diese Stelle. Es steht für ein demokratisch entwickeltes, aber eben unvollständig demokratisiertes Regime: „[P]olyarchies are regimes that have been substantially popularized and liberalized, that is, highly inclusive and extensively

⁴³ Loewenstein 2000, S. 43.

⁴⁴ Die Entscheidung wird vom Parlament formuliert und durch die von der Regierung bestimmte Verwaltung umgesetzt, wobei die Gerichte die Rechtmäßigkeit der Handlungen überwachen, vgl. Loewenstein 2000, S. 45.

⁴⁵ Loewenstein 2000, S. 51.

⁴⁶ Dahl 1971, S. 4.

⁴⁷ Dahl 1971, S. 3.

open to public contestation.“⁴⁸ In der Nähe der anderen Pole seines zweidimensionalen Ansatzes stehen die kompetitiven Oligarchien, die geschlossenen sowie die offenen Hegemonien, die allerdings nicht genauer betrachtet werden.

Dahls Arbeit zur Polyarchie ist sehr hilfreich, um die Verwirklichungsmöglichkeiten der Demokratie in der Praxis zu analysieren und nachzuvollziehen. Sie gibt jedoch nur wenig Aufschluss darüber, was die Untersuchung und das Verständnis von autoritären Regimen anbelangt. Diesen Beitrag leistet Linz (2009).

Bei der Definition autoritärer Regime sind für Linz zunächst zwei Dimensionen von besonderer Bedeutung: Pluralismus und Mobilisierung.⁴⁹ Subtypen sind im Anschluss hinsichtlich der am Pluralismus beteiligten Akteure sowie ihrer Organisationsweise und hinsichtlich des Partizipationsgrades und der -form zu identifizieren. Autoritäre Regime sind politische Systeme mit „begrenzte[m], nicht verantwortliche[m] politischen Pluralismus“.⁵⁰ An Stelle einer ausgereiften Ideologie existieren im autoritären Regime Mentalitäten, die das Gedankensystem eher emotional als rational prägen.⁵¹ Weder eine intensive noch extensive Mobilisierung der Bevölkerung findet statt. Damit soll eine geringe Mobilisierung nicht ausgeschlossen werden, doch je größer die Aktivierung der Bevölkerung, desto größer wird der Konflikt mit den Gruppen und Akteuren des begrenzten Pluralismus.⁵²

Für Linz stellt der begrenzte Pluralismus die „herausragendste Charakteristik“ autoritärer Regime dar. Die Begrenzung des Pluralismus existiert dabei legal oder *de facto*. Im Gegensatz zu totalitären Regimen existieren politische Gruppen, die unabhängig vom Staat entstehen und existieren. Linz definiert den Pluralismus gleichzeitig als nichtverantwortlich, die politische Führung ist gegenüber keiner (politischen) Gruppe oder der Bevölkerung zur Rechenschaft verpflichtet. Es mögen Wahlen im autoritären Regime stattfinden, diese haben jedoch keinen Einfluss auf die Machtverhältnisse: „In autoritären Regimen erhalten jene, die an die Macht kommen, ihre Position nicht durch die Unterstützung einzelner Gruppen [...]. Sie

⁴⁸ Dahl 1971, S. 8.

⁴⁹ Linz 2009, S. 7.

⁵⁰ Linz 2009, S. 129.

⁵¹ Linz 2009, S. 132f.

⁵² Linz 2009, S. 136.

erhalten sie vor allem aufgrund des Vertrauens, das ein Führer oder eine führende Gruppe in sie gesetzt hat.“⁵³

Mit den gegebenen Definitionen und erstellten Subtypen⁵⁴ sieht Linz nicht alle Beispiele der Empirie abgedeckt, weitere Ergänzungen seien unablässig. Er plädiert für einen qualitativen Ansatz, da die quantitative Methode mitunter irreführende Ergebnisse produziere. Die Einordnung des politischen Systems lässt sich folglich nicht „errechnen“, sondern muss argumentiert werden. Die anschließende Bestimmung der autoritären Regime in Subtypen ist nur temporär möglich, da das Spektrum der Entwicklungsmöglichkeiten der autoritären Regime sehr umfangreich ist.

Die Entstehung von totalitären und demokratischen Regimen stellt Linz als „Ergebnis einer einzigartigen Zusammenfügung von Umständen und Faktoren“⁵⁵ dar. Die Errichtung autoritärer Regime ist leichter, da Demokratie sowie Totalitarismus höhere Ansprüche besitzen. Diese Aussage lässt sich aus Linz' Konzept ableiten: In autoritären Regimen muss der Pluralismus nicht maximal offen beziehungsweise monistisch klein gestaltet werden wie in demokratischen respektive totalitären Regimen. Auch der Mobilisierung können autoritäre Führer im Vergleich weniger Aufmerksamkeit schenken, schließlich müssen sie nicht für gehaltvolle Wahlen wie in einer Demokratie oder die völlige Aktivierung der Bevölkerung sorgen, um die handlungsleitende Ideologie des totalitären Regimes zu verinnerlichen.

Auf die Fragen zum Wandel der politischen Systeme nach 1990 hält Linz' Ansatz nur bedingt Antworten parat. Das Kriterium des begrenzten Pluralismus nach Linz scheint für eine Vielzahl von Fallbeispielen nicht mehr erfüllt. Linz spricht sich an dieser Stelle gegen die Bildung von Demokratie-Subtypen aus. Wenn die politischen Systeme kategorisch mit Adjektiven erfasst werden sollen, dann plädiert Linz für

⁵³ Linz 2009, S. 131. Dies erschwert die Anwendung des Konzeptes auf einige politische Systeme nach 1990, vgl. Abschnitt 2.3.

⁵⁴ Linz definiert neben totalitären und autoritären Regimen auch folgende Subtypen der autoritären Regime: bürokratisch-militärische Regime, der organische Staat, mobilisierende autoritäre Regime in postdemokratischen Gesellschaften, postkoloniale autoritäre Mobilisierungsregime, Rassen- oder ethnische „Demokratien“, „unvollkommene“ und „prätotalitäre“ politische Situationen und Regime, posttotalitäre Regime. Linz versteht diese Klassifikation als Hilfe zur Orientierung und Veranschaulichung. Ihm „scheint es fast unverantwortlich, wenn man versucht, alle Länder der Welt innerhalb [dieser] Typen und Subtypen [...] zu verorten“, vgl. Linz 2009, S. 259.

⁵⁵ Linz 2009, S. 266.

„Autoritarismus mit Adjektiv“, um Verwechslungen mit demokratischen Regimen auszuschließen.⁵⁶

Auch wenn Linz' Konzept unvollständig ist, trägt es entschieden zum Verständnis über Entstehung sowie mögliche Entwicklungen autoritärer Regime bei und reicht weit über die Vorstellung von diesem Regimetyp als lediglich „nichtdemokratisch“ hinaus.

2.1.3 Wiederbelebte Autoritarismusforschung

In den 1990er-Jahren dominieren Konzepte zu „Demokratie mit Adjektiven“ und „hybrider“ Regime die vergleichende Politikwissenschaft, Linz' Konzept gerät in den Hintergrund. Geddes fragt 1999 in ihrem vielzitierten Aufsatz, welche Erkenntnisse zur Demokratisierung in der Vergangenheit gewonnen wurden. Ihre spieltheoretische Untersuchung zur Dauerhaftigkeit von Militärregimen, personalistischen und Einparteien-Regimen belebt die Autokratieforschung wieder.⁵⁷ Im Zentrum des Forschungsinteresses all dieser Arbeiten steht die Frage: Warum bleiben autoritäre Regime stabil?

Performanz und Repression

Kaum neue Erkenntnisse bieten Arbeiten zur Performanz von autoritären Regimen. Eine gute Performanz des autoritären Regimes müsste gemäß der Modernisierungstheorie von Lipset destabilisierend wirken. Im Zuge einer Verbesserung der sozioökonomischen Situation im Staat bildet sich gemäß Lipset eine Mittelklasse, die die Extreme scheut, die Grundlage für ein demokratisches Regime bildet und somit den Zusammenbruch des autoritären Regimes einläutet. Die Regierung eines autoritären Regimes ist folglich einem Spannungsverhältnis ausgesetzt, in dem eine Verbesserung der sozioökonomischen Situation der Bevölkerung destabilisierend wirkt, eine schlechte Performanz des Regimes hingegen die „spezifische Unterstützung“ (nach Easton) durch die Bevölkerung gefährden könnte. Die Ereignisse Anfang 2011 in Nordafrika unterstreichen letzteren Punkt exemplarisch. Przeworski et al. (1997) bestätigen die Konsolidierung und das Fortbestehen von Demokratie in reichen Ländern, kritisieren jedoch die

⁵⁶ Linz 2009, S. XL.

⁵⁷ Geddes 1999.

Monokausalität für die Entwicklung hin zu Demokratie. Wie das Mittelmaß hinsichtlich der Performanz genau aussehen müsste, ist unklar. Der Sturz der Regierung in einem autoritären Regime sollte außerdem nicht mit der Einsetzung von Demokratie gleichgesetzt werden.

Die Androhung und Ausübung von Repression gegen die Bevölkerung und insbesondere die Opposition unterscheiden Autokratien von Demokratien. Repressionen können von Einschüchterungen bis zu willkürlichen Verhaftungen und Angriffen auf das Leben reichen. Durch Rückgriff auf solche Mittel können autoritäre Regime unmittelbar ihren Willen durchsetzen. In der Forschung ist weithin unbestritten, dass ein solches Vorgehen kostenintensiv ist und somit zwar eine notwendige Bedingung für Stabilität, aber keine hinreichende sein kann. Kurzfristig können autoritäre Führer ihre Macht durch Repression sichern. Gewalt und Terror treten in erster Linie auf, wenn sich die autoritäre Führung friedlichen Protesten gegenüber sieht. Erst mit der steigenden Gefahr einer gewaltvollen Ablösung der autoritären Regierung, beginnt diese die Freiheitsrechte der Bevölkerung einzuschränken. Escribà-Folch rechnet für die Strategien des autoritären Regimes unterschiedliche Erfolgsaussichten aus: Der Einsatz von Terror macht lediglich eine gewaltlose bzw. reguläre Ablösung des autoritären Führers unwahrscheinlich. Die Beschränkung der Freiheitsrechte erscheint hingegen effektiv, um sowohl einen gewaltlosen als auch einen gewaltvollen Umsturz der autoritären Regierung zu verhindern.⁵⁸ Welche Konsequenzen sich mittel- und langfristig aus Repressionen ergeben, ist noch unklar.

Institutionalisierter Machterhalt

Bei Erklärungsversuchen für die Stabilität autoritärer Regime wird den Institutionen große Aufmerksamkeit geschenkt. Vermeintlich demokratische Institutionen wie Wahlen, Parteien und Parlamente in autoritären Regimen galten in der Vergangenheit entweder als Teil einer „Fasadendemokratie“ oder wurden definitorischer Bestandteil der Konzepte zu Demokratien mit Adjektiven. Seit der jüngeren Vergangenheit existiert eine dritte Kategorisierung: Nach den Demokratien mit Adjektiven folgen nun Konzepte wie elektoraler (Schedler 2002a) bzw.

⁵⁸ Escribà-Folch 2011, S. 23.

kompetitiver Autoritarismus (Levitsky/Way 2002).⁵⁹ Erste Wahlen sind demnach kein zuverlässiger Indikator für eine unmittelbar bevorstehende Demokratisierung. In vielfältiger Weise nehmen die Akteure Einfluss auf den Wahlprozess, um so ihre Macht zu erhalten. Dabei müssen sie mit der Zeit ihre Strategien ändern, da oppositionelle Gruppen und Parteien mitunter Erfolge erzielen: einen besseren Zugang zu den Medien und finanziellen Ressourcen sowie beispielsweise Reformen, die den politischen Wettbewerb stärken.⁶⁰ Wahlen nicht als zuverlässigen Indikator für Demokratisierung zu begreifen, ist eine der Lehren, die aus den Entwicklungen der 1990er-Jahre richtigerweise gezogen wurde. Durch die Verwendung von Adjektiven zur Beschreibung von Autokratie – so wie vorher im Falle der Demokratie – leistet die Autokratieforschung konzeptionell keine Innovationen.

Der Einfluss von Parteien und Parlamenten rückt ebenfalls vermehrt ins Zentrum der Analyse. Gandhi und Przeworski (2007) identifizieren zwei potenzielle Risikofaktoren für die Stabilität autoritärer Regime: intra-elitäre Rivalitäten und Regimeaußenseiter. Ersteren kann das autoritäre Regime mittels Parteienstrukturen entgegenwirken, indem es einfluss- oder „ruhmreiche“ Ämter ausgleichend unter den potenziellen Konkurrenten innerhalb der Elite verteilt. Regimeaußenseiter können auf ähnlichem Wege einbezogen oder durch Schaffung ökonomischer Vorteile mittels Gesetzgebung als Gefahr neutralisiert werden. Die Autoren gehen somit nur indirekt auf die Rolle der Opposition ein, da für sie das Handeln der Regierung im Vordergrund bleibt.

Brownlee (2007) unterstreicht den stabilisierenden Effekt von Parteien und hebt ihre Fähigkeit zur Entschärfung, Beilegung und Prävention von Konflikten hervor. Letzteres fördere die internen Kohäsionskräfte des Regimes, trage zur reibungslosen Machtweitergabe und somit zur Fortdauer des autoritären Regimes bei.

Rolle der Akteure

Bei der Analyse der Institutionen in autoritären Regimen scheint die Betrachtung des Präsidentenamtes in Vergessenheit geraten zu sein. Mit seinem „menu of manipulation“ macht Schedler (2002 / 2009) deutlich, welchen großen Einfluss die politischen Führer in Autokratien auf die Wirklichkeit der Institutionen ausüben. Hier

⁵⁹ Auf diese Konzepte wird im folgenden Abschnitt zur politischen Opposition eingegangen, da sich bei selbigen die Fragen der autoritären Regime und der politischen Opposition sinnvoll verknüpfen lassen. Vgl. Abschnitt 2.3.

⁶⁰ Schedler 2002a, S. 41-46.

lässt sich die auf Institutionen konzentrierte Forschung mit Fragen des Akteurshandelns verknüpfen. Starke Präsidenten sorgen nicht nur mit illegalen, sondern auch mit legalen Mitteln für die Fortdauer autoritärer Regime.

Neben diesen Erklärungsversuchen gibt es Arbeiten, die *co-optation* als Stabilisierungsmechanismus von autoritären Regimen identifizieren. Ziel von Kooptation ist es, durch Einbeziehung einflussreicher (und oppositioneller) Akteure das autoritäre Regime zu legitimieren und gleichzeitig die Opposition im Land zu schwächen. Auch wenn diese Strategie der autoritären Führung keine Erfindung des 21. Jahrhunderts ist, bleibt die Literatur hierzu ausbaufähig. Als erstes fehlt eine genaue Begriffsbestimmung für Kooptation. Diese sinngemäß mit „Legitimation durch Inklusion“ zu definieren, könnte ebenso gut als ein Grundsatz von Demokratie gedeutet werden. Die zuweilen vorgenommene Unterteilung in institutionelle und materielle Kooptation – also Kooptation durch Verteilung politischer Ämter bzw. finanzieller Ressourcen – ist ebenso problematisch. Zum einen ist bei der materiellen Kooptation auch von *mass co-optation* die Rede. Wenn jedoch Massen materiell kooptiert werden: Warum ist dies nicht mit staatlicher Wohlfahrt gleichzusetzen? Eine institutionelle „Massenkooptation“ im Sinne des Zugangs zu politischen Ämtern könnte zudem als Charakterisierung von Demokratie dienen. Um die Erklärungskraft für die Fortdauer von Autokratien wäre es dann wohl geschehen. Hier sollte der Begriff von Kooptation eng gefasst werden, um speziell zur Erklärung der Stabilität autoritärer Regime (und nicht aller Regime) hilfreich zu sein.

Zum anderen wird die informelle Sphäre der politischen Handlungen in der Zweiteilung institutionell und materiell vernachlässigt. Arrangements zwischen der politischen Führung des autoritären Regimes und anderen einflussreichen Akteuren müssen und werden nicht immer formell institutionalisiert im Staat wiederzufinden sein. Gleiches gilt für die materielle Kooptation. In der Analyse der Akteursstrukturen, ob nun formell institutionalisiert oder nicht, liegt dennoch das Potenzial für den Kooptationsbegriff, konzentriert sich die Mehrheit der Autokratie-Literatur vor allem auf Institutionen.

Entwicklung von Autoritarismus-Konzepten

Ein Defizit der Debatte ist zunächst der Mangel an Arbeiten zum Konzept von autoritären Regimen. Autokratie existiert viel zu oft im bloßen Verständnis als Nicht-

Demokratie.⁶¹ Die Regimetypologie von Hadenius und Teorell (2007) versucht dem entgegen zu wirken. Sie leiten für die Formen der Machterhaltung in Autokratien aus der Empirie drei Grundformen ab: Erbfolge der Machthaber, Anwendung oder Androhung von militärischer Gewalt, Volkswahlen. Diese drei korrespondieren mit drei eigenständigen, generischen Regimetypen: Monarchie, Militärregime und elektorale Regime.⁶² Elektorale Regime werden weiter unterschieden in Keiparteien- und Einparteienregime sowie Regime mit begrenztem Mehrparteiensystem. Theokratien (die politische Macht liegt in den Händen der religiösen Elite) und Transitionsregime (Regime von kurzer Dauer aufgrund von Transitionsprozessen) erhalten ebenso Einzug in die Typologie. Im Unterschied zu Geddes' Ansatz stellen Regime mit personalistischen Zügen keine eigenständigen Regimetypen dar, da die Autoren darin eine Eigenschaft sehen, die alle autoritären Regimen mehr oder weniger aufweisen.⁶³ Für diese Typologie spricht die Vielfalt von autoritären Regimesubtypen, die zudem nicht nur aufgrund ihres kompetitiven Charakters unterschieden werden. Dennoch benötigt die Typologie theoretische Fundierung. Die Autoren unterscheiden Demokratie grundlegend von Autokratie lediglich mittels quantitativer Indizes von Freedom House und Polity. Die phänomenologische Ableitung der Subtypen durch Hadenius und Teorell besitzt ebenfalls kaum theoretische Substanz. Die Welt und mit ihr die autoritären Regime lassen sich so zwar modelliert in Tabellen und Graphen abbilden, doch solchen „Ergebnissen“ sollte nur illustrierende und nicht erklärende Kraft zugeschrieben werden.

Eine theoretisch besser reflektierte Alternative wurde von Kailitz (2011) vorgeschlagen, der autoritäre Regime anhand ihrer Legitimation unterscheidet. Adressat der staatlichen Macht sei an erster Stelle der Staatsapparat selbst, gefolgt von der Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft. Kailitz' Typologie beinhaltet Monarchien, patrimoniale Herrschaftsformen, Militärregime, Einparteien-Autokratien, Ideokratien (legitimiert durch eine Ideologie) und Mehrparteien-Autokratien.

Und die Beiträge zu Theorien und Modellen der Autokratieforschung nehmen zu. Sie stehen nicht im Zentrum des Erkenntnisinteresses der vorliegenden Arbeit, die Ideenvielfalt soll hier jedoch kurz umrissen werden. Knobloch (2013) macht sich für

⁶¹ Gerschewski 2010, S. 51; Bank 2010, S. 35.

⁶² Hadenius/Teorell 2007, S. 146.

⁶³ Hadenius/Teorell 2007, S. 149.

eine positive allgemeine Autokratietheorie stark und schlägt einen systemtheoretischen Ansatz vor. Autokratien sollen dabei in ihrer Beziehung zur Luhmann'schen Weltgesellschaft und dem Aufeinandertreffen von Fremd- und Selbstreferenz erschlossen werden. Frankenberger (2013) stellt eine alternative Heuristik vor, bei der die strukturfunktionalistische Perspektive der Systemtheorie nach Talcott Parsons mit der poststrukturalistischen Perspektive einer „Analytik der Macht“ von Michel Foucault kombiniert wird. Ziel ist es, moderne Autokratien anhand der Kategorien Subjekt, Macht und Regierungstechnologie zu analysieren. Empirisch bereits breiter aufgestellt ist die Untersuchung von Møller, Munoz und Skaaning (2013) zum Zusammenhang zwischen internationalem Strukturwandel und Autokratien. Anhand ihrer vergleichenden Analyse von 167 Ländern im Zeitraum 1973 bis 2007 stellen sie für das Ende des Kalten Krieges einen asymmetrischen „Schock“ fest: „Die Bedeutung sozioökonomischer Bedingungen, der Einfluss des Regimetyps von Nachbarländern, das Erbe einer britischen Kolonialherrschaft sowie, zumindest bedingt, die ethnische Zusammensetzung eines Landes, haben an Einflusskraft für den Regimetyp verloren“.⁶⁴ Die Variablen Erdölrente und muslimische Bevölkerungsmehrheit sind vom Strukturwandel des internationalen Systems hingegen weniger betroffen. Eine ähnlich umfassende Auswertung empirischer Daten weist das Vorhaben von Gerschewski et. al. (2013) auf. Sie identifizieren für ihre im Historischen Institutionalismus angesiedelte Untersuchung Repression, Legitimation und Kooptation als komplementäre Säulen,⁶⁵ die das autoritäre Regime stützen. Sollte die Schwäche einer der Säulen nicht durch die anderen kompensiert werden können, steht das Regime am Scheideweg (*critical juncture*) und ist im erhöhten Maße vom Handeln der relevanten Akteure abhängig.⁶⁶

⁶⁴ Møller/Munoz/Skaaning 2013, S. 100.

⁶⁵ Eine alternative Deutung der drei Säulen findet sich bei Backes und Kailitz (2014) für sogenannte Ideokratien: Anders als im Säulenmodell (vgl. oben Gerschewski et. al. 2013) werden diese Elemente bei Backes/Kailitz aber nicht als gleichwertige Stützen des Regimes, sondern als Instrumente der politischen Führung verstanden. An erster Stelle steht für diese die Legitimierung ihres Regimes durch die offizielle Ideologie. Sollte die Unterstützung der Bürger (dennoch) ausbleiben, greift die politische Führung auf die Instrumente Kooptation und Performanz zurück. Vermittels Kooptation „erkauft“ sich das Regime Gefolgschaft oder zumindest Tolerierung, indem es potenziellen Abweichlern und Gegnern materielle und immaterielle Vorzüge verschafft. Als Mittel letzter Wahl wird Repression verstanden, da diese weder bedingungslose Unterstützung (wie im Falle der Legitimation) noch bedingte Unterstützung (Kooptation, Performanz) erzeugen kann, sondern die Unterdrückung der Opposition zum Ziel hat.

Zur Produktivität des Ansatzes von Gerschewski et. al. lässt sich wenig sagen, da noch keine Ergebnisse vorliegen.

⁶⁶ Gerschewski 2013.

Chancen für eine „stabile“ Autokratieforschung

Die gegenwärtige deutschsprachige Autokratieforschung weist eine große methodologische Vielfalt auf – verschiedene statistische Verfahren, konfigurative Ansätze, Umfragen, Interviews, qualitativ angelegte Small-N-Vergleiche und Fallstudien kommen zum Tragen. Kailitz und Köllner konstatieren eine gewachsene Ausdifferenzierung der Forschung mit reicherem Perspektiven- und Methodenschatz. Allerdings werden vor allem gegenwärtige Regime mit zumeist nominell demokratischen Institutionen untersucht. Die Autoren erachten dies als riskant, da die Forschung zu sehr Gefahr liefe, nur einen einseitigen Ausschnitt zu betrachten und längerfristige Entwicklungspfade gar gänzlich außen vor zu lassen. Ferner bemängeln Kailitz und Köllner in den Analysen eine Vernachlässigung der Rolle des Militärs seit 1990. Zudem seien Zwangsinstitutionen samt Repressionen sowie Legitimitäts- und Legitimierungsfragen zu wenig Bestandteil der Forschung, welche außerdem die (In-)Stabilitätsfrage mehrheitlich aus der Top-down-Perspektive heraus zu beantworten sucht, zukünftig aber die Perspektive der Gesellschaft einbeziehen sollte.⁶⁷

Fortschritte können in der Debatte gemacht werden, wenn elementare, längst überfällige Fragen beantwortet werden. Die deutliche Mehrzahl der aktuellen Arbeiten sucht die Stabilität von Autokratien zu erklären. Dabei wird nicht ausreichend behandelt: Was bedeutet eigentlich „stabil“? Bank (2010) fragt zu Recht, ob die Begriffe Aufrechterhaltung (*maintenance*), Ausdauer (*endurance*), Dauerhaftigkeit, Persistenz, Resilienz sowie Robustheit (*robustness*) mit politischer Stabilität gleichzusetzen oder davon abzugrenzen seien. Bank konstatiert eine synonyme Verwendung der aufgezählten Begriffe.⁶⁸

Der Versuch, die Stabilität autoritärer Regime durch eine Untersuchung der Institutionen, insbesondere Parlamenten, Parteien, Wahlen, zu erklären, hat die Debatte vorangebracht, aber auch nur um einen von mehreren Schritten. Die derzeitige Konzentration auf vermeintlich demokratische Institutionen läuft Gefahr, Charakteristika der Autokratie außen vor zu lassen. Dazu gehören die Legitimation der politischen Führung in Autokratien sowie Elemente und Strategien der

⁶⁷ Kailitz/Köllner 2013a.

⁶⁸ Bank 2010, S. 35.

Repression.⁶⁹ Weiteres Erkenntnispotenzial besitzen Analysen zum Akteurshandeln, welche in der Vergangenheit in den Hintergrund traten.

Um Erkenntnisse in der theoretischen Debatte sind Gerschewski und Schmotz (2011) bemüht. Sie diskutieren, wie die „Grauzone“ zwischen Demokratie und Autokratie konzeptionell erfasst werden kann, insbesondere hinsichtlich Sartoris Forderung nach sich gegenseitig ausschließenden und zusammen vollständigen Kategorien. Köhler und Warkotsch (2010) sprechen sich gegen die Vorstellung eines Kontinuums aus, in dem alle Regimetypen eingeordnet werden können und liefern theoretische Argumente gegen die Verwendung von Adjektiven für demokratische und autoritäre Regimetypen. Beide Arbeiten bilden einen Kontrast zu der ansonsten sehr empirielastigen Forschungsliteratur. Eine Vertiefung des theoretischen Verständnisses von Autokratie bietet die Chance, für die empirische Arbeit neue Ideen und spezifischeres Werkzeug zu liefern. Dass in dieser Hinsicht Verbesserungen nötig sind, zeigt sich in dem Fokus auf vermeintlich demokratische Institutionen bei der Analyse von Autokratien sowie die konzeptionelle Erfassung dieser mit Adjektiven.

Den autoritären Regimen wird in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit zuteil, die vorher Demokratien „mit Adjektiven“ genossen. „Hybride“ Regime scheinen in beiden Debatten ihre Position aufrecht zu erhalten. Die Frage der politischen Opposition wird in den Debatten jedoch nur unzureichend thematisiert.

⁶⁹ Kailitz 2009, S. 472.

2.2 Opposition – eine erste Annäherung

In den Debatten um Demokratie bzw. Autoritarismus „mit Adjektiven“ und „hybriden“ Regimen wird die Frage der politischen Opposition nur unzureichend thematisiert, die ihr eigene Perspektive vernachlässigt. Diesen Beitrag sucht die vorliegende Arbeit zu leisten. Im Folgenden soll die politische Opposition begriffsgeschichtlich und konzeptionell (von der Demokratieforschung bis zum Linz'schen Ansatz) erschlossen werden. Ferner soll auf jüngere Autoritarismuskonzepte eingegangen werden, die die politische Opposition mitberücksichtigen. Abschließend werden die wenigen Beiträge zur Oppositionsforschung in autoritären Regimen diskutiert.

2.2.1 Begriffsgeschichte

Der Begriff Opposition leitet sich vom Lateinischen *oppositio* ab, welches mit Entgegensetzung übersetzt werden kann. In einer ersten Formulierung lässt sich Opposition allgemein als jene Größe in einer politischen Gemeinschaft fassen, die sich den Machthabern entgegensetzt. So sehr der Begriff heute als fester Bestandteil von Demokratie angesehen wird, reichen die ideengeschichtlichen Wurzeln von Opposition nicht so weit zurück wie beispielsweise im Falle der Begriffe Bürger und Staat.

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts widmet sich Machiavelli in seiner *Discorsi* dem politischen Alltag des antiken Roms. Im Gegensatz zur Vielzahl prominenter, klassischer (und antiker) Texte der politischen Theorie drückt Machiavelli hierbei seine Wertschätzung für den politischen Widerstreit von Volk und Adel aus. Anstatt in einem solchen Konflikt ausschließlich eine Gefahr für die Sicherheit des Staates zu sehen (wie etwa bei Hobbes), betont Machiavelli die Produktivität der Auseinandersetzung, welche im Beispiel Roms in die Einsetzung der Volkstribune mündete.⁷⁰ Das dem Senat häufig entgegengesetzte Wirken der Volkstribune wird bei Machiavelli nicht als subversiv eingestuft. Die Einlegung von Einsprüchen seitens der Volkstribune gegen die Beschlüsse des Senates bezeichnet Bodin später sogar bereits als „opposition“.⁷¹

⁷⁰ Machiavelli 1977, S. 18ff.

⁷¹ Euchner 1993, S. 8.

Die moderne Vorstellung von Opposition besitzt ihren Ursprung im England des 18. Jahrhunderts. Im parlamentarischen System des „Westminster-Modells“ genießt das Königshaus zunächst eine herausragende Stellung gegenüber dem Parlament. Oppositionellen Parlamentsmitgliedern fehlt es an Programmen und organisatorischem Zusammenhalt, ihr Verhalten gilt als „faktiös und [ist] sogar mit dem Makel der mangelnden Königstreue behaftet“.⁷² Im Zuge der „Glorreichen Revolution“ und des Übergangs der Krone auf das Haus Hannover wird das Machtverhältnis zu Gunsten des Parlamentes verschoben und die politische Führung dem *Prime Minister* überlassen. Der *Prime Minister* ist bei seiner Regierung auf die Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit im Unterhaus angewiesen, welche zunehmend von Parteien organisiert wird. Die Whigs stellen zu dieser Zeit die stärkste Kraft dar und sehen sich der Krone nahen Partei der Tories gegenüber. Letztere nehmen im Unterhaus ihren Platz in der Tat gegenüber (*opposite*) vom Regierungslager ein, was ebenso sinnbildlich zur Bezeichnung als Opposition führt. Schließlich ist es Lord Henry Bolingbroke, der 1749 in seiner Schrift „Letters on the Spirit of Patriotism“ der Regierung durch die Whigs die Verfolgung von Partikularinteressen vorwirft und die Bedeutung der Opposition als Gegengewicht hervorhebt. Die Arbeit der Opposition wird fortan als legitim, anstatt unpatriotisch angesehen.⁷³ Der Grundstein für das heutige Verständnis von Opposition wird somit gelegt, auch wenn diese Praxis auf dem europäischen Festland später Einzug erhält.⁷⁴

2.2.2 Moderne Oppositionsforschung

Kirchheimers Arbeit kann als „Auftakt zur modernen Oppositionsforschung“⁷⁵ verstanden werden. Kirchheimer konstatiert einen Wandel der politischen Opposition, die fortan nicht mehr nur als „Opposition aus Prinzip“ zu verstehen ist. Die prinzipielle Opposition, auch als „fundamental“ oder „systemkonträr“ bezeichnet, zielt auf den revolutionären Umbau von Staat und Gesellschaft. Mit dem Ende des zweiten Weltkrieges verbessern sich die politischen und sozialen Zustände dergestalt, dass die großen politischen Parteien in den wichtigsten europäischen Ländern von einer systemkritischen Haltung abrücken und den Fokus auf wirtschafts- und

⁷² Loewenstein 1964, S. 72.

⁷³ Euchner 1993, S. 9f.

⁷⁴ Zu den unterschiedlichen Entwicklungen in Frankreich und Deutschland, vgl. Euchner 1993, S. 10ff.

⁷⁵ Euchner 1993, S. 12.

sozialpolitische Korrekturen legen.⁷⁶ Die rechtsstaatliche Verfassung wird als Grundlage des politischen Gemeinwesens von der Opposition anerkannt, letztere wird in dieser Hinsicht fortan als „loyal“ bezeichnet. „Durch unaufhörliche Kritik will die Opposition von der Regierung Zugeständnisse erreichen, und sie zur Änderung von umstrittenen Vorhaben bringen. Als potentielle Regierung will die Opposition die öffentliche Meinung immer wieder auf die Möglichkeit und Erwünschtheit einer schnellen Ablösung der Regierung durch Neuwahlen aufmerksam machen.“⁷⁷

Für die moderne internationale Oppositionsforschung bildet Dahls Sammelband „Political Oppositions in Western Democracies“ (1966) einen wichtigen Referenzpunkt. Dahl unterscheidet darin sechs Grundmuster von Opposition (*patterns of opposition*) in westlichen liberalen Demokratien. Dazu gehören die organisatorische Kohäsion bzw. Konzentration der Opponenten sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Opposition, ferner Ort und Rahmen (*site or setting*) für die Begegnung zwischen Opposition und Regierung, Identifizierbarkeit der Opposition sowie ihre Ziele und Strategien.⁷⁸ Für die unterschiedlichen Ausprägungen dieser Grundmuster in einem bestimmten Fallbeispiel sind für Dahl fünf „Primärbedingungen“ (*primary conditions*) und zwei „intervenierende Faktoren“ (*intervening factors*) von Bedeutung. Zu ersteren zählen die verfassungsrechtliche Struktur und das Wahlsystem, die kulturellen Grundvoraussetzungen, die spezifischen Subkulturen, das Ausmaß an Unzufriedenheit mit der Regierung sowie die sozialen und ökonomischen Unterschiede. Zu letzteren gehören die spezifische Struktur der Konfliktlinien und die mentale Einstellung gegenüber Konflikt und Konsensbildung sowie das Ausmaß der Polarisierung.⁷⁹

Während Dahl den Rahmen für Oppositionshandeln umreißt, entwickelt Steffani im Anschluss an Dahl und Kirchheimer drei Kategorien zur Unterscheidung der Oppositionsgruppen: Systemintention, Wirkungsebene und Aktionskonsistenz. Ersteres meint die Einstellung der Opposition gegenüber den Grundprinzipien der politischen Ordnung. Die Opposition tritt nach Steffani entweder als „loyal“ bzw. systemimmanent oder „fundamental“ bzw. systemkonträr in Erscheinung. Die systemimmanente Opposition erkennt die Grundsätze der gegebenen Verfassung

⁷⁶ Euchner 1993, S. 12. Kirchheimer 1957, S. 137f.

⁷⁷ Kirchheimer 1957, S. 116.

⁷⁸ Dahl 1966a, S. 332.

⁷⁹ Dahl 1966b, S. 348.

sowie die Spielregeln des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses an und tritt für deren Beachtung und Sicherung ein. Sie begegnet dem politischen Kontrahenten in einem Gegnerschaftsverhältnis und begreift diesen als Konkurrenten. Eine systemkonträre Opposition stellt hingegen die Verfassungsgrundsätze prinzipiell in Frage oder erkennt sie nicht an. Der politische Kontrahent ist aus Sicht dieser fundamentalen Opposition nicht mehr Gegner, sondern Teil einer Freund-Feind-Beziehung.⁸⁰

Hinsichtlich der Wirkungsebene differenziert Steffani parlamentarische Opposition und außer- bzw. vorparlamentarische Opposition. Parlamentarische Opposition ist in der Regel in Parteiform organisiert und entsendet Abgeordnete in Parlament, die eine Fraktion bilden. Außer- bzw. vorparlamentarische Opposition nimmt unterschiedliche Organisationsformen an. Neben der Parteistruktur existiert diese Opposition auch als mehr oder weniger organisierte Interessengruppe, als politische Vereinigung oder Klub, in Form von Bürgerinitiativen, politischen Studentenverbänden oder Redaktionen in Medien.⁸¹

In Bezug auf die Aktionskonsistenz agieren die Oppositionsgruppen entweder situationsorientiert oder systematisch. Die situationsorientierte Opposition wird nur je nach Einzelfrage aktiv. Bekannte Beispiele hierfür bilden Bürgerinitiativen, dies gilt aber genauso für Parteien im Parlament, die gegen ausgewählte Programmpunkte und Vorlagen der Regierung opponieren und gegen andere nicht. Die systematische Opposition richtet sich grundsätzlich (in all ihren Aktionen) gegen die Regierung und übernimmt die Aufgaben der öffentlichen Kritik und Kontrolle. Vornehmliches Ziel der systematischen Opposition ist die Ablösung der Regierung (beispielsweise durch Misstrauensvotum oder Wahl). Dazu werden ein eigenes politisches Programm entwickelt sowie Sach- und Personalalternativen bereitgestellt.⁸²

In Aufgliederung der Funktionstrias aus Kontrolle, Kritik und Alternative formuliert Steffani die weiteren Funktionen der (systematischen parlamentarischen) Opposition wie folgt: „1. Kontrolle der Regierung einschließlich des von ihr zu verantwortenden Verwaltungshandelns; 2. Kritik der und Einflußnahme auf die Regierungspolitik (gegebenenfalls durch Aufzeigen von Alternativen); 3. Erarbeitung von Alternativprogrammen (Sachalternative); 4. Selektion und Ausbildung qualifizierter Regierungsaspiranten (Personalalternative); 5. stete Bereitschaft zur

⁸⁰ Steffani 1977, S. 428.

⁸¹ Steffani 1977, S. 428.

⁸² Steffani 1977, S. 428.

Regierungsübernahme; 6. Kritischer Mahner zur Wahrung von Freiheit und Minderheitenschutz, Recht und Ordnung ([Opposition] als »Hort und Hüter der Freiheit«); 7. Integration von Minderheitsgruppen in den politischen Prozeß und 8. durch Mobilisierung der Öffentlichkeit als »Beweger der Politik« wirksam werden.“⁸³ Bei der Wahrnehmung dieser Funktionen tendiert die systematische parlamentarische Opposition entweder zu einem kompetitiven Verhalten, das den Akzent der Arbeit auf eine wahlorientierte öffentliche Kritik legt oder zu einem kooperativen Verhalten, das weniger öffentlichkeitsbezogen ist und für eine indirekte Regierungsbeteiligung und somit zur Steigerung des oppositionellen Einflusses sorgt.⁸⁴

Steffanis dreidimensionaler Untersuchungsansatz erlaubt eine differenzierte Darstellung der Opposition in demokratischen Regimen. Die Kategorien Systemintention, Wirkungsebene und Aktionskonsistenz lassen sich als solche jedoch nicht unmittelbar auf autoritäre Regime übertragen bzw. würden in einem solchen Falle entscheidende Spezifika der Opposition in autoritären Regimen vernachlässigen. Die Unterscheidung der Wirkungsebene mit Fokus auf das Parlament ist für die Analyse der Opposition in autoritären Regimen zweitrangig. Hier stellt sich grundsätzlich die Frage, wie das Handeln der Opposition von der Regierung bewertet und (gegebenenfalls) sanktioniert wird. Daher ist für die vorliegende Untersuchung die Frage nach dem Handlungsstatus vordergründig. Die Frage der Systemintention ist als Frage der Einstellung gegenüber dem herrschenden politischen System auch im Autoritarismus von Belang und wird in abgewandelter Form in der Untersuchungsdimension der Handlungsüberzeugung zum Tragen kommen. In demokratischen Regimen sind die Rahmenbedingungen der Oppositionsarbeit institutionalisiert und garantiert. Wann bzw. ob die Opposition tätig wird (Aktionskonsistenz nach Steffani), ist daher für die Analyse der Opposition in demokratischen Regimen instruktiv. In autoritären Regimen findet die Oppositionsarbeit im Vergleich unter erschwerten Bedingungen statt. Hier ist die Frage nach dem Wann der Oppositionsarbeit nicht minder interessant. Grundsätzlich stellt sich jedoch die Frage, wie die Opposition vor dem Hintergrund des Handlungsstatus (und der eigenen Handlungsüberzeugung) aktiv wird, also welche Handlungsstrategie sie verfolgt.⁸⁵

⁸³ Steffani 1977, S. 430.

⁸⁴ Steffani 1977, S. 430.

⁸⁵ Zu den drei Untersuchungsdimensionen der vorliegenden Arbeit vergleiche Abschnitt 2.4.

Die „klassische“ Funktionstrias der Opposition (Kontrolle, Kritik, Alternative) findet zunächst nur in demokratischen Regimen Anwendung. Welche Funktionen die Opposition in autoritären Regimen übernimmt, bleibt von der Oppositionsforschung (als Teil der Demokratieforschung) unberücksichtigt und wird auch in der neueren Autoritarismusforschung vernachlässigt.

Die Ursprünge der Opposition reichen wie gesehen weit zurück. Die begriffliche Erfassung und formelle Institutionalisierung entsprechend dem heutigen Verständnis erfolgt ungefähr ab dem 18. Jahrhundert in Europa. Die moderne Oppositionsforschung verzeichnet in den 1960er- und 1970er-Jahren wegweisende Beiträge, deren Bedeutung auch in der Folgezeit nicht gemindert wird. Die Oppositionsforschung erfährt eine Phase der Ruhe. Eine weiter beachtete Aktualisierung des Dahl'schen Konzeptes erfolgt mit Blondel erst gegen Ende der 1990er-Jahre, der überdies die Aufmerksamkeit auch auf die politische Opposition in autoritären Regimen richtet.

2.2.3 Opposition in demokratischen und autoritären Regimen

Blondel knüpft an Dahls Oppositionskonzept an, hält eine Vereinfachung jedoch für geboten und fasst einige Grundmuster zusammen. Er argumentiert, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Opposition von deren Kohäsionsgrad beeinflusst wird. Die Identifizierbarkeit der Opposition stellt sich für Blondel zudem als Ergebnis der Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit dar sowie der relativen Bedeutung des Ortes und des Rahmens der Begegnung von Opposition und Regierung. Schließlich hält Blondel die Unterscheidung von Zielen und Strategien in der Praxis für schwierig, da die Wahl der Strategie vom angestrebten Ziel abhängt. Die Wahl des Ortes und des Rahmens der Begegnung zwischen Opposition und Regierung hängt für Blondel sehr wahrscheinlich von den Zielen sowie der Organisationsform der Opposition ab: Politische Parteien tendieren die Auseinandersetzung mit der Regierung im Parlament und bei Wahlen auszutragen, während Interessengruppen sich auf Komitees konzentrieren und soziale Organisationen womöglich eher die Straße als Raum für ihre Aktionen wählen. Im Ergebnis hält Blondel im Anschluss an Dahl drei Grundmuster fest: In welchem Maße ist die Opposition „geschlossen“ (*cohesive*) oder

diffus? Wie sehen die Ziele oder die Kombination von Zielen und Strategien aus?
Welche Arten von Akteure sind involviert?⁸⁶

Mit Hilfe der ersten beiden Fragen konstruiert Blondel ein zwei-dimensionales Bild der politischen Opposition. Die Opposition heißt dann geschlossen, wenn ein Bestandteil der Opposition wesentlich stärker ist als andere Teile innerhalb der Opposition. Als diffus wird die Opposition charakterisiert, wenn zwei oder mehr Gruppen innerhalb der Opposition ungefähr dieselbe Stärke aufweisen. Diese relative Stärke lässt sich für Blondel unter anderem an Wahlergebnissen und Mitgliederzahlen messen. In der zweiten Dimension bezieht sich Blondel auf die Ziele der Opposition. Diese werden in ihrer Distanz zu den Zielen der Regierung verortet. An einem Ende der Skala lehnt die Opposition sowohl die aktuelle Regierung als auch das politische System ab, am anderen Ende existieren zwischen Regierung und Opposition lediglich begrenzte Meinungsverschiedenheiten bezüglich bestimmter Themen. Im Zwischenraum streitet die Opposition mit der Regierung um generelle Sachfragen, das politische System wird dabei nicht in Frage gestellt.⁸⁷

Blondel nimmt ebenfalls Vereinfachungen hinsichtlich der von Dahl beschriebenen Bedingungen für die Ausbildung bestimmter Oppositionstypen vor. Die Fragen der Verfassung und des Wahlsystems begreift Blondel als institutionelle Dimension. Insbesondere im Kontext autoritärer Regime verdeutlicht er, dass mehr Charakteristika des Wahlsystems von Bedeutung sind als noch bei Dahl dargestellt. Einschränkungen des Wahlrechts und Wahlmanipulationen haben beispielsweise einen größeren Einfluss auf die Entwicklung der Opposition als einzig die Frage des Verhältniswahlrechts. Zudem fügt Blondel die Rolle von Parteien und Parteiensystemen als institutionelle Variable der Überlegung hinzu. Er sieht Parteien weniger als bloße Konsequenz des Wahlsystems, sondern betont ihren Einfluss auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse in einem gegebenen Land, indem sie ideologische Standpunkte vertreten und auf diese Weise die Distanz zwischen Zielen der Regierung und der Opposition verändern. Parteien und Parteiensysteme nehmen demnach sowohl Einfluss auf die Ziele als auch die Stärke oppositioneller Akteure.⁸⁸

⁸⁶ Blondel 1997, S. 468f.

⁸⁷ Blondel 1997, S. 470f.

⁸⁸ Blondel 1997, S. 474f.

Oppositionskonzepte von Dahl und Blondel

Dahl	Blondel
<i>Grundmuster</i>	<i>Grundmuster</i>
<ul style="list-style-type: none"> - organisatorische Kohäsion bzw. Konzentration der Opponenten - Wettbewerbsfähigkeit der Opposition - Ort und Rahmen für die Begegnung zwischen Opposition und Regierung - Identifizierbarkeit der Opposition - Ziele - Strategien 	<ul style="list-style-type: none"> - Opposition geschlossen (cohesive) oder diffus - Ziele oder Kombination der Ziele und Strategien (Ziele vor allem im Bezug auf Position der Regierung) - Art der involvierten Akteure
<i>Bedingungen</i>	<i>Bedingungen</i>
<ul style="list-style-type: none"> - verfassungsrechtliche Struktur und Wahlsystem - kulturelle Grundvoraussetzungen - spezifische Subkulturen - Ausmaß an Unzufriedenheit mit der Regierung - soziale und ökonomische Unterschiede - spezifische Struktur der Konfliktlinien und die mentale Einstellung gegenüber Konflikt und Konsensbildung - Ausmaß der Polarisierung 	<ul style="list-style-type: none"> - institutionelle Dimension - sozio-ökonomische Dimension - Unterscheidung autoritäres und liberales politisches System

*Tabelle 1: Oppositionskonzepte von Dahl und Blondel
Quelle: Dahl 1966, Blondel 1997.*

Die von Dahl aufgeführten kulturellen Grundvoraussetzungen, spezifischen Subkulturen, das Ausmaß der Unzufriedenheit mit der Regierung, soziale und ökonomische Unterschiede sowie die Struktur der Konfliktlinien und das Ausmaß der Polarisierung fasst Blondel als sozio-ökonomische Dimension zusammen. Dahl weist bereits auf einen Zusammenhang zwischen den sozialen und ökonomischen Unterschieden, die Blondel als strukturelle Variable ansieht, und den anderen Bedingungen für die Herausbildung der Opposition, die Blondel als kulturelle Variable zusammenfasst, hin. Blondel geht es in der Diskussion jedoch weniger darum, die Frage zu klären, wie genau diese Verbindung aussieht, sondern konstatiert, dass die kulturellen Variablen den größten direkten und unmittelbaren Einfluss auf die

Ausbildung der Opposition haben.⁸⁹ In Ländern mit einer homogenen Gesellschaft, das heißt in der kulturelle Vorstellungen über weite Strecken geteilt werden, und mit einer Bevölkerung mit ausgeprägtem Zusammengehörigkeitsgefühl neigen die Ziele der Opposition laut Blondel nicht sehr fern der Regierungsziele zu sein. Die Distanz vergrößert sich, sobald das Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Bevölkerung schwindet. In beiden Fällen ist die Opposition laut Blondel konzentriert und „geschlossen“. In heterogenen Gesellschaften (beispielsweise als Resultat einer Vielzahl von Subkulturen) ist die Opposition weniger „geschlossen“, die Distanz zu den Zielen der Regierung variiert je nach Oppositionsgruppe und aus je unterschiedlichen Gründen.⁹⁰

Zur Bestimmung des Charakters der Opposition erweitert Blondel Dahls Ansatz und fügt die Unterscheidung zwischen Liberalismus und Autoritarismus ein.⁹¹ Selbst wenn die Regierung die Gründung von Oppositionsparteien untersagt, bedeutet dies nicht, dass keine Opposition existiert. Ihre Erscheinungsart hängt vom liberalen Charakter des politischen Systems ab. Laut Blondel dürfte die Opposition dort radikaler und unter Umständen gewalttätiger werden, wo sie nicht oder weniger toleriert wird. Ebenso variieren die Ziele sowie die Stärke der Opposition, wenn sie verboten ist.⁹²

Blondels Szenarien für die Opposition

Eine Vielzahl von Faktoren bestimmt laut Dahl und Blondel den Charakter und die Entwicklungsmöglichkeit der Opposition und über das genaue Zusammenspiel der verschiedenen Einflüsse ist wenig bekannt. In der Absicht sich dennoch einer Theorie der gegenwärtigen politischen Opposition zu nähern, unterscheidet Blondel vier Szenarien, in denen Opposition identifiziert wird.

(1) Liberale Demokratien mit einem Entscheidungszentrum, soziale Konfliktlinien spielen eine untergeordnete Rolle. Die Opposition ist primär Ergebnis des institutionellen Arrangements und nahezu ausschließlich parteipolitisch. Die Entwicklung eines Zwei-Parteien-Systems ist wahrscheinlich, wodurch die zentralisierten Parteien ein weites ideologisches Spektrum abdecken. Beide Parteien

⁸⁹ Blondel 1997, S. 475.

⁹⁰ Blondel 1997, S. 477.

⁹¹ Blondel führt an dieser Stelle aus, dass es zur Unterscheidung auf den liberalen Charakter des politischen Systems ankommt und somit Liberalismus als Gegenpart zum Autoritarismus aufzuführen ist und nicht Demokratie, vgl. Blondel 1997, S. 472f.

⁹² Blondel 1997, S. 473.

pendeln zwischen Zentrum und Extreme, somit variiert die Distanz zwischen Regierungs- und Oppositionszielen. Die Stärke der Opposition hängt von Lage der Regierung und eigener Position bezüglich des Zentrums ab. Parteien in der Nähe des Zentrums sind erfolgreicher bei Wahlen. Es kommt zu zahlreichen Regierungswechseln, die Opposition von heute ist die Regierung von morgen.⁹³

(2) Liberale Demokratien mit mehreren Entscheidungszentren, soziale Konfliktlinien spielen eine untergeordnete Rolle. Die Opposition ist primär Ergebnis des institutionellen Arrangements und nahezu ausschließlich parteipolitisch, Interessengruppen und soziale Bewegungen sind von großer Bedeutung. Die Mehrzahl der Entscheidungszentren ergibt sich beispielsweise durch eine strikte Gewaltenteilung und/oder einen starken Föderalismus. Es bildet sich ein Zwei- oder Mehrparteiensystem. Die Parteien sind dezentralisiert aufgebaut und bilden zusammen keine geschlossene Opposition. Je stärker die Gewaltenteilung und der Föderalismus ausgeprägt sind, desto unwichtiger sind die Parteien für die Bildung der Opposition und andere Gruppen treten in den Vordergrund. Die Distanz zwischen Regierung und Opposition variiert von Thema zu Thema, Koalitionen bilden sich *ad hoc*. Interessengruppen und soziale Bewegungen bedienen Themen, die von etablierten Parteien nicht abgedeckt werden.⁹⁴

(3) Liberale Demokratien mit gesellschaftlichen Konfliktlinien von großer Bedeutung. Je mehr eine Konfliktlinie mehrere Gruppen durchzieht (*cross cutting cleavage*), desto geringer wird die Bedeutung der Konfliktlinie und desto mehr wird die politische Opposition vom institutionellen Arrangement geprägt. Je mehr sich die Konfliktlinien mit Gruppen überlappen (*reinforcing cleavage*), desto größer wird die Bedeutung der Konfliktlinien und dies auch für die Ausprägung der politischen Opposition. Parteien werden in letzterem Falle Sprachrohr kommunaler Konflikte und entwerfen weniger nationale politische Programme und Strategien.⁹⁵

(4) Autoritäre Regime. Die Führerschaft in autoritären Regimen toleriert die Gegenwart der Opposition nur in dem Maße, wie sie deren Bedeutung für den eigenen Führungsanspruch nicht fürchtet. Das Wirken der Opposition ist eine Mixtur aus Aktivitäten im Untergrund und anerkanntem oder von der Regierung geduldetem Handeln in der Öffentlichkeit. Die Stärke der Opposition ist schwer einzuschätzen, aber meist geringer als von der Opposition selbst angenommen und der Regierung

⁹³ Blondel 1997, S. 478-80.

⁹⁴ Blondel 1997, S. 480f.

⁹⁵ Blondel 1997, S. 482.

stets unterlegen, wodurch die Führerschaft für lange Perioden unangetastet bleibt. Autoritäre Regime stellten in der Geschichte des 19. Jahrhunderts den Regelfall da und überdauerten, wenn nicht gar prosperierten im 20. Jahrhundert. Der Kollaps dieser Systeme in Osteuropa Ende des 20. Jahrhunderts war für Blondel prinzipiell kein Resultat des offenen oder verdeckten Widerstandes der Opposition.⁹⁶

Blondel skizziert für autoritäre Regime ein „optimistisches“ Szenario, in dem die Opposition über die Jahre an Stärke gewinnt und sich von einer unbedeutenden Gefahr zur substantiellen Bedrohung der Herrschenden entwickelt. Er hält ein solches Szenario für denkbar, aber wenig wahrscheinlich. Die Alternative ist ein „pessimistisches“ Szenario, in dem oppositionelle Aktivitäten an der Überlegenheit der Regierung scheitern, da letztere über mehr Ressourcen, Mobilisierungspotenzial und Ansehen verfügt. In Krisenzeiten des autoritären Regimes bedeutet die Opposition laut Blondel nicht die größte Gefahr für die Führerschaft. Schwächungen des autoritären Regimes liegen eher in Streitigkeiten auf Regierungsebene begründet, wie mit dem inneren Druck oder den internationalen Forderungen nach Liberalisierung umzugehen ist. „Political opposition is thus more likely to be the spark or the detonator rather than the real cause of the collapse of the regime.“⁹⁷

Diese für den Regimewechsel untergeordnete Rolle der Opposition erklärt laut Blondel auch die Schwierigkeiten der Opposition, sich angesichts einer plötzlichen Liberalisierung des lang währenden autoritären Regimes zu (re-)positionieren und sich der Bevölkerung als ernsthafte Konkurrenz zur Regierung zu präsentieren. Dies fällt insbesondere in den Fällen schwer, in denen kaum eine Tradition für oppositionelle Gruppen oder Parteien existiert wie zum Beispiel in Subsahara-Afrika. Die Ausbildung eines nationalen Parteiensystems verläuft sehr langsam, da sich die politischen Eliten erst am Anfang eines langwierigen Lernprozesses befinden und (noch) nicht zu der Einsicht gelangt sind, Parteistrukturen und -programme geduldig und vereint zu entwickeln. Diese notwendige „Repositionierung“ der Opposition im neu liberalisierten System beschreibt Blondel als einen Prozess, dessen inhaltlicher und zeitlicher Anspruch mit dem des Heranwachsens einer Nation vergleichbar ist.⁹⁸

Blondels Thesen zum Wirken der Opposition in autoritären Regimen werden im Schlusskapitel der vorliegenden Arbeit diskutiert – insbesondere ob für die politische Opposition im autoritären Regime das „optimistische“ oder des „pessimistische“

⁹⁶ Blondel 1997, S. 483f.

⁹⁷ Blondel 1997, S. 485.

⁹⁸ Blondel 1997, S. 485f.

Szenario von Blondel zutreffend ist. Einige der von Blondel angeführten Punkte sollen an dieser Stelle als Fragen in die vorliegende Arbeit aufgenommen werden: Welchen Schwierigkeiten sieht sich die Opposition im Zuge der politischen Veränderungen zu Beginn der 1990er-Jahre gegenüber? Wie wirken sich diese Veränderungen auf das Wirken der Opposition aus? Welchen Einfluss haben die oppositionellen Gruppen auf einen Herrschaftswechsel? Welchen auf eine Konversion des Regimes?

Neben dem Versuch, das Oppositionskonzept von Dahl zu straffen, bezieht Blondel in seiner Untersuchung die autoritären Regime mit ein. Das ist insofern bemerkenswert, da Oppositionsforschung traditionell einen Teil der Demokratieforschung darstellt. Dabei sind Überlegungen zur Opposition bereits im „klassischen“ Beitrag zu autoritären Regimen von Linz enthalten.

2.2.4 Opposition in autoritären Regimen bei Linz

Linz entwickelt (zunächst am Beispiel Spaniens unter Franco) das Konzept der autoritären Regime und durchbricht das dualistische Regimebild, in dem nur demokratische und totalitäre Regime existieren. Sein Autoritarismusansatz wird in der Folge kaum verfolgt. Erst mit Beginn der 2000er-Jahre setzt eine Art „Renaissance“ der Autoritarismusforschung ein. An dieser Stelle soll ein Einblick in Linz' Konzept zu autoritären Regimen gegeben werden, dabei sind insbesondere der von ihm definierte „begrenzte Pluralismus“ und die von ihm ebenfalls schon berücksichtigte Rolle der Opposition von Interesse.

Für Linz sind autoritäre Regime „politische Systeme mit begrenztem, nicht verantwortlichen politischen Pluralismus; ohne formulierte und leitende Ideologie (aber mit bestimmten Mentalitäten); ohne intensive und extensive politische Mobilisierung (mit Ausnahme bestimmter Momente in der Entwicklung dieser Regime); und in der ein Führer (oder manchmal auch eine kleine Gruppe) innerhalb formal ungenau bestimmter, aber ziemlich vorhersagbarer Grenzen die Herrschaft ausübt.“⁹⁹ Linz konstatiert, dass die Liberalisierung eines autoritären Regimes nicht *per se* mit einer Vergrößerung der Partizipationsmöglichkeiten einhergeht.¹⁰⁰ Autoritäre Regime sind durch einen legitimierten (legal oder *de facto*) begrenzten Pluralismus gekennzeichnet, sowohl innerhalb der herrschenden Elite als auch innerhalb von Institutionen und sozialen Organisationen. Das bedeutet, dass einige

⁹⁹ Linz 2011, S. 19f.

¹⁰⁰ Linz 1973, S. 185.

Teile der Elite, einige institutionelle Interessen und einige sozialen Kräfte zu einem bestimmten Zeitpunkt besser repräsentiert sind und mehr oder weniger Einfluss haben. Der Streit um mehr Einfluss hat dabei für keinen der Beteiligten verheerende oder gar tödliche Folgen. Die Konflikte sind in einem gewissen Grade offenkundig oder sichtbar. Da es keine extensive und erfolgreiche Mobilisierung der Bevölkerung durch die politische Führung gibt, ist eine Durchdringung der Gesellschaft durch die pluralistischen Elemente in der Herrschaftsstruktur möglich. Gleichzeitig unterbindet die legale oder *de facto* Beschränkung von organisierten Gruppen die Partizipationsmöglichkeiten großer Teile der Bevölkerung, sei es als Befürworter oder Opposition.¹⁰¹

Die Kombination von begrenztem Pluralismus und politischer Entfremdung der Bevölkerung stellt den Rahmen für die Auseinandersetzung von Regierung und Opposition dar. Die Bevölkerung betritt nicht die politische Ebene, bildet jedoch den Hintergrund für die Konflikte von Regierung und deren Kritikern und Konkurrenten. Die Zahl potenzieller Herausforderer oder Unterstützer der Regierung wird durch den Fakt reduziert, dass keine politische oder ideologische Identifikation für den persönlichen Erfolg in vielen Bereichen der Gesellschaft (zuweilen sogar im Bereich des Politischen) von Nöten ist. Dies hat zur Folge, dass die Freiheit des Durchschnittsbürgers wächst, gleichzeitig in Teilen der Bevölkerung, vor allem unter den Intellektuellen und der jüngeren Generation, Gefühle politischer Apathie und Entfremdung sowie der Sinnlosigkeit von Politik vorherrschen. Die mangelnde Institutionalisierung pluralistischer Elemente in autoritären Regimen verursacht eine Unberechenbarkeit und Unsicherheit, die in Krisenzeiten schwer wiegen können und die Legitimität des politischen Systems bedrohen.¹⁰²

Warum wird Opposition toleriert?

Solange Kritiker und Gegner die Grundzüge des autoritären Regimes oder die politische Führung akzeptieren, erhöht ihre Gegenwart die Flexibilität des Regimes. In Auseinandersetzungen mit der Opposition kann die Regierung in bestimmten Fragen eine ungeliebte Verantwortlichkeit auf andere übertragen, aufstrebenden Politikern Hoffnung machen und die Basis für Rekrutierungen erweitern. Zudem werden Kooperationen zwischen verschiedenen Gruppen der politischen Elite und Teilen der

¹⁰¹ Linz 1973, S. 189.

¹⁰² Linz 1973, S. 189f.

Gesellschaft ermöglicht und grundsätzliche Entscheidungen zum politischen System können vertagt werden, da in der Zwischenzeit die in Aussicht gestellte oder bereits gewährte Partizipation der Konfrontation die Schärfe nimmt.¹⁰³

Es ist zudem nicht ohne weiteres zu beurteilen, ob die Tolerierung der Opposition (vor allem der alegalen Gegner) ein Zeichen der Schwäche oder der Stärke des autoritären Regimes ist. Der Versuch, die Kritiker und Gegner zu Einigkeit und Konformität zu bewegen, bedarf mehr des Zwanges denn der Manipulation. Solche Repressionen drohen jedoch andere Teile der Elite und die Bevölkerung zu entfremden und unterminieren die Legitimität des Regimes. Hier kann auch im Hinblick auf ausländische Beobachter und Geldgeber die Tolerierung der Opposition von Vorteil sein. Zudem kann die Regierung im Umgang mit der alegalen Opposition wie oben gezeigt, besser Einfluss auf deren Wirken nehmen als im Falle einer im Untergrund operierenden Opposition. Dabei kann die alegalen Opposition gleichsam als Stimmungstester der systemkritischen Akteure im Land dienen.¹⁰⁴

Semiopposition

Linz unterscheidet die Opposition in autoritären Regimen in „Semiopposition“, „alegale“ und „illegale“ Opposition, wobei an dieser Stelle auf die beiden erst genannten näher eingegangen werden soll.¹⁰⁵ Linz definiert Semiopposition als jene Gruppen, die weder dominierend noch in der Regierung vertreten sind, eine Beteiligung an der politischen Macht jedoch anstreben, ohne das Regime grundsätzlich in Frage zu stellen.¹⁰⁶ Gruppen der Semiopposition teilen bis zu einem gewissen Grade gemeinsame Standpunkte, Loyalitäten sowie Mentalitäten und Symbole. Sie agieren nicht verdeckt. Charakteristika der Semiopposition sind jedoch nicht vollkommen entwickelt, es findet keine Institutionalisierung in Form von Parteien statt und es existiert kein Wettbewerb unter ihnen vermittels periodischer Wahlen. Auch wenn es keinen gesetzlichen Rahmen gibt, in dem diese Gruppen operieren, sind sie nicht illegitim. Die Gruppen nehmen zuweilen Formen an, die sich

¹⁰³ Linz 1973, S. 226.

¹⁰⁴ Linz 1973, S. 227.

¹⁰⁵ Auf eine genauere Ausführung zur illegalen Opposition in autoritären Regimen wird an der Stelle verzichtet, da es gerade die beiden ersten Formen der Opposition sind, die die Spezifika des autoritären Regimes insbesondere aufzeigen. Illegale Opposition findet man als Oppositionsform genauso in anderen Regimetypen vor. Hier unterscheidet sich „nur“ der Umgang der herrschenden Elite mit solchen Gruppen.

¹⁰⁶ Linz 1973, S. 191.

sehr von ihrer Funktion unterscheiden (beispielsweise als religiöser Verband, Herausgeber einer Zeitschrift oder als ein Forschungszentrum). Linz beschreibt diese Gruppen in dieser Hinsicht als „alegal“. Die öffentliche Arbeit der Semiopposition ermöglicht der Bevölkerung, jedoch nicht der großen Masse, mit der einen oder andere Gruppen zu sympathisieren und eventuell selbst die politische Arena zu betreten. Der Zuwachs der Semiopposition wird aber per Gesetz oder *de facto* stark begrenzt.¹⁰⁷

Die Semiopposition kann laut Linz oft auch als „Pseudo-Opposition“ beschrieben werden. In solchen Fällen ist die Semiopposition an der Regierung oder den Strukturen politischer Macht beteiligt und verfolgt bestimmte Inhalte, während sie andere Aspekte des politischen Geschehens ablehnt. Es existieren unter Umständen Gruppen, die der Regierung und den politischen Institutionen äußerst kritisch gegenüber stehen, jedoch zwischen diesen Punkten und dem politischen Führer unterscheiden und somit weiterhin als legitim gelten. Diese teilweise Inklusion, teilweise Exklusion von der politischen Macht erschwert es der Semiopposition, als politische Alternative zu fungieren und zu erscheinen. Fortschritte hinsichtlich der Anerkennung und Integration der Semiopposition seitens der Regierung (Kooptation) gehen gleichsam mit einem Glaubwürdigkeitsverlust gegenüber der Bevölkerung einher. Die Semiopposition nimmt somit eine ambivalente Position im autoritären Regime ein.¹⁰⁸

Der Hauptunterschied zwischen der Semiopposition in autoritären Regimen und der Opposition in demokratischen ist die mangelnde Verantwortlichkeit (vermittels eines formalen Verfahrens wie freier Wahlen) gegenüber einer potenziellen Wählerschaft. Die Semiopposition wird weder durch Wahlen legitimiert noch kann sie auf das Vertrauen der Bevölkerung zählen. Dass (oppositionelle) Gruppen an der politischen Macht in autoritären Regimen beteiligt werden, resultiert aus den Entscheidungen der politischen Führung und deren Bereitschaft, diese Gruppen zu kooptieren. Dies geschieht häufig in Reaktion auf sich wandelnde Verhältnisse und/oder Meinungen im In- und Ausland. Solche politischen Anpassungen sollten jedoch nicht mit denen in demokratischen Regimen verwechselt werden, die dort zum Beispiel Folge von Wahlergebnissen und Volksabstimmungen sind. „Authoritarian regimes are likely to

¹⁰⁷ Linz 1973, S. 192.

¹⁰⁸ Linz 1973, S. 192 und 204f.

be somewhat responsive (largely through the rule of anticipated reactions) but not accountable.”¹⁰⁹

Arten der Semiopposition

Linz identifiziert drei Arten von Semiopposition. Dazu gehören erstens Gruppen, die andere Schwerpunkte bei ihren politischen Themen legen als die Regierung, ohne auf lange Sicht gesehen das politische System in Frage zu stellen. Konflikte mit der Regierung handeln folglich mehr von Fragen bezüglich der wirtschaftlichen Ausrichtung des Landes oder der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates und nicht der Liberalisierung des Regimes. Zur Semiopposition zählt Linz zweitens Regimekritiker innerhalb der führenden Elite, die andere langfristige Ziele und institutionelle Alternativen zum gegebenen System bevorzugen, dabei aber die politische Führung selbst akzeptieren und die eigene Position im Machtapparat nicht gefährden wollen. Die Motive der Regimekritiker sind unterschiedlich gelagert. Die einen streben nach der Wiederherstellung eines vergangenen Regimes, andere nach einer besseren Umsetzung der Ideologie, für die eine Revolutionsbewegung aufrecht erhalten werden muss und die keine Kompromisse mit existierenden Strukturen erlaubt. Wieder andere Regimekritiker suchen eine größere Annäherung mit anderen Staaten und ideologischen Modellen oder machen sich erneut für abweichende langfristige Ziele stark, die sie für die Phase einer nationalen Krise hinten anstellten und nun wiederbeleben. Oder die Kritik des Regimes richtet sich an Reformbestrebungen der Regierung, die den *status quo* gefährden.¹¹⁰

Als dritte Art der Semiopposition nennt Linz Gruppen, die sich ursprünglich mit dem Regime identifizierten, dann aber nicht Teil der Führungsschicht wurden. Linz geht dabei insbesondere auf die jüngere Generation ein, die von der politischen Führung für die Erneuerung der Gesellschaft geschätzt, deren jugendlicher Enthusiasmus jedoch kritisiert wird und denen der Zugang zur realen Macht letztlich verwehrt bleibt. Kooptiert die politische Führung Teile dieser Gruppe, während der Rest der Gruppe nicht toleriert wird, kommt es zur Spaltung. Dabei ziehen sich einige aus dem politischen Geschehen zurück, während andere weiter um die Gunst der politischen

¹⁰⁹ Linz 1973, S. 193.

¹¹⁰ Linz 1973, S. 193-6.

Führung buhlen. Wieder andere beginnen Aktivitäten als Teil der alegalen Opposition oder schließen sich der illegalen Opposition an.¹¹¹

Alegale Opposition

Die alegale Opposition strebt im Unterschied zur Semiopposition einen grundsätzlichen Wechsel des Regimes und der politischen Institutionen sowie in weiten Teilen der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen an. Sie ergreift dabei keine illegalen Mittel und genießt nicht die Vorteile der Semiopposition. Sie befindet sich gegenüber der Regierung in einer schwachen Position. Die Transition der alegalen Opposition hin zur Semiopposition, um als kooptierte Opposition mehr Einfluss zu gewinnen, ist ebenso denkbar wie hin zur illegalen Opposition. Letzteres tritt zum Beispiel ein, wenn insbesondere die jüngere Generation innerhalb der alegalen Opposition von der scheinbaren Ohnmacht der Gruppe desillusioniert wird.¹¹²

Die Fähigkeit der alegalen Opposition als politische Alternative zu fungieren ist begrenzt. Die alegale Opposition wird von der Regierung toleriert, ohne als legale Opposition integriert zu werden. Eine ernsthafte Bedrohung der Regierung, sei es durch illegale Aktionen oder politische Erfolge, gefährdet diesen Status. Gleichzeitig erhält die alegale Opposition Privilegien, die ihr sowohl Vor- als auch Nachteile bieten. So genießen Mitglieder der alegalen Opposition größere persönliche Freiheiten und Möglichkeiten für politische Aktivitäten. Dazu gehören beispielsweise Reisefreiheit oder die Publikation von Texten im In- und Ausland. Dadurch wird das Handeln der alegalen Opposition sichtbar, jedoch weniger für die Bevölkerung als viel mehr für die Regierung, die so die Stärken und Schwächen der alegalen Opposition besser ausmachen und Kooptationsbemühungen gezielter einsetzen kann. Gleichzeitig gerät die alegale Opposition durch diese Privilegien in eine Abhängigkeit von der Regierung, wodurch Streitigkeiten abnehmen. Gegenüber anderen Oppositionsgruppen erscheint die alegale Opposition folglich als fingiert. Und auch bei der Bevölkerung verliert die alegale Opposition an Ansehen, welche sich in dem privilegierten Status der alegalen Opposition nicht wiederfindet.¹¹³

¹¹¹ Linz 1973, S. 197f.

¹¹² Linz 1973, S. 220.

¹¹³ Linz 1973, S. 220f.

Der Oppositionsansatz in autoritären Regimen von Linz wird in der Forschung nicht bedeutend fortgeführt. Für die Entwicklung der Oppositionstypologie in der vorliegenden Arbeit werden vor allem seine Vorstellung zur alegalen Opposition sowie Spielarten der Semiopposition zum Tragen kommen. Linz' Darstellung des begrenzten Pluralismus autoritärer Regime muss hingegen einer Aktualisierung unterzogen werden, mit den politischen Umbrüchen treten sich Opposition und Regierung vielerorts unter veränderten Bedingungen gegenüber. Die Einführung von Mehrparteienwahlen wird hier zum (einzigen) Zugang zur politischen Macht. Im Gegensatz zum Konzept von Linz, gemäß dessen nur derjenige Zugang zur politischen Macht im autoritären Regime erhält, der das Vertrauen des politischen Führers oder der führenden Gruppe genießt.¹¹⁴ Die vermeintliche Öffnung des politischen Wettbewerbes sorgt jedoch nicht zwangsläufig für die Demokratisierung des Regimes. Die Forschung macht (wenn auch mit einer gewissen Verzögerung) weitere Varianten des Autoritarismus aus,¹¹⁵ in denen Wahlen und andere politischen Freiheiten die Beziehung zwischen Opposition und Regierung nachhaltig verändern, ohne eine Transformation zur Demokratie zu bewirken. Auf diese soll im Folgenden eingegangen werden, um ein besseres (theoretisches) Verständnis der Opposition in autoritären Regimen der Gegenwart zu erlangen.

¹¹⁴ Linz 2000, S. 131.

¹¹⁵ Bevor von einer „Renaissance“ der Autoritarismusforschung gesprochen werden konnte, dominierten Arbeiten zu „verminderten“ Demokratietypen und „hybriden“ Regimen die vergleichende Politikwissenschaft, vgl. Collier/Levitsky 1997.

2.3 Oppositionshandeln im eingeschränkten Wettbewerb

Zunächst werden die Regimekonzepte „kompetitiver“ und „elektoraler“ Autoritarismus (Levitsky/Way 2010 bzw. Schedler 2006) nachgezeichnet, um das veränderte Aufeinandertreffen von Regierung und Opposition aus Sicht der jeweiligen Autoren zu beleuchten. Dabei ist auch die Beziehung von Regierung und Opposition als Spiel auf zwei Ebenen von Interesse. Abschließend wird auf die wenigen neueren Arbeiten zur Rolle der Opposition in autoritären Regimen eingegangen, die zum einen die Opposition als möglichen Stabilisator für autoritäre Regime analysieren (Albrecht 2005), zum anderen das „politische Umfeld“ der Oppositionsakteure näher beleuchten (Lust-Okar 2004).

2.3.1 Kompetitiver Autoritarismus

Levitsky und Way sehen das von ihnen entwickelte Konzept nicht in der Typologie autoritärer Regime von Linz inbegriffen.¹¹⁶ „Kompetitiver Autoritarismus“ ergäbe sich vor allem aus den veränderten politischen Randbedingungen der letzten 25 Jahre. Mit Ende des Kalten Krieges verlieren viele autoritäre Regime die Unterstützung der scheidenden Supermächte und dem „Siegesszug“ der Demokratie scheint keine politische Ideologie entgegenzustehen. Zeitgleich unterminiert eine wachsende Wirtschaftskrise die Stabilität autoritärer Regime, während westliche Hilfeleistungen an politische Bedingungen geknüpft werden, vornehmlich Demokratisierung und Einhaltung der Menschenrechte. Auf internationaler Ebene werden die Bemühungen verstärkt, die Demokratie gegen Angriffe zu verteidigen. Eine Vielzahl von Organisationen setzt sich für die Einhaltung der Menschenrechte ein.¹¹⁷ Dies alles führt zu weitreichenden Veränderungen, doch die Autoren konstatieren dabei keine international induzierte Demokratisierungswelle: „the post-Cold War international environment raised the minimum standard for regime acceptability, but the standard was multiparty elections, not democracy.“¹¹⁸ Der politische Pluralismus wird zwar gestärkt bzw. grundlegend ermöglicht, den stattfindenden politischen Wettbewerb bezeichnen Levitsky und Way dabei als real aber unfair.¹¹⁹ Die Transition der

¹¹⁶ Levitsky/Way 2010, S. 15. Diamond konstatiert, dass keines der von Linz beschriebenen Beispiele autoritärer Regime auf vergleichbare Weise Mehrparteienwahlen einschließt wie das Konzept von Levitsky und Way; Diamond 2002, S. 24.

¹¹⁷ Levitsky/Way 2010, S. 17f.

¹¹⁸ Levitsky/Way 2010, S. 19.

¹¹⁹ Levitsky/Way 2010, S. 3.

autoritären Regime nach Ende des Kalten Krieges führt laut den Autoren nicht per se zur Demokratisierung und sie kritisieren die Forschung zu hybriden Regimen als in dieser Hinsicht als zu voreingenommen.¹²⁰

Levitsky und Way definieren einen aus ihrer Sicht neuen Regimetyp, den kompetitiven Autoritarismus: „Competitive authoritarian regimes are civilian regimes in which formal democratic institutions exist and are widely viewed as primary means of gaining power, but in which incumbents' abuse of the state places them at a significant advantage vis-à-vis their opponents.“¹²¹ Den Oppositionsparteien stehen demokratische Institutionen zur Verfügung, um die Regierung herauszufordern. Mindestens eines der drei von den Autoren definierten Attribute der Demokratie wird im kompetitiven Autoritarismus dabei nicht erfüllt: freie Wahlen, Bürgerrechte, gleiche Wettbewerbsbedingungen. Im Gegensatz zum *full authoritarianism* („geschlossener Autoritarismus“) finden Wahlen regelmäßig statt und Oppositionsparteien agieren im öffentlichen Raum, das heißt, sie verfügen über Wahlbüros, rekrutieren Kandidaten und organisieren Wahlkämpfe. Oppositionspolitiker befinden sich eher selten im Exil oder im Gefängnis.¹²² Im kompetitiven Autoritarismus sind demokratische Prozesse hinreichend von Bedeutung, um von der Opposition als Mittel zur Erlangung der politischen Herrschaft ernst genommen zu werden. Die Wettbewerbsbedingungen sind jedoch zu Gunsten der Regierung verschoben,¹²³ der Pluralismus eingeschränkt.

Wahlen, bürgerliche Freiheiten und ungleicher Wettbewerb im kompetitiven Autoritarismus

Im kompetitiven Autoritarismus stellen Wahlen für die Regierung insofern eine Herausforderung dar, als dass die wesentlichen Oppositionskandidaten nicht mehr von den Wahlen ausgeschlossen werden und Oppositionsparteien öffentlich Wahlkampf betreiben. Allerdings sind die Wahlen oft als nicht frei und fast immer als unfair zu bezeichnen.¹²⁴ Dies drückt sich unter anderem in der Manipulation von Wahllisten und -urnen sowie der Fälschung von Wahlergebnissen aus. Der Wahlbetrug nimmt laut den Autoren aber nie ein solches Maß an, dass Wahlen zu

¹²⁰ „Hybride“ Regime werden oftmals als defekte, unvollständige oder als im Übergang befindliche Demokratien kategorisiert, vgl. Levitsky/Way 2010, S. 3.

¹²¹ Levitsky/Way 2010, S. 5.

¹²² Levitsky/Way 2010, S. 7.

¹²³ Levitsky/Way 2010, S. 5.

¹²⁴ Levitsky/Way 2010, S. 8.

einem sinnlosen Unterfangen degenerieren. So kommt es mitunter auch zur Einschüchterung von Oppositionellen, Wählern und Wahlbeobachtern bis hin zur Einrichtung von „Verbotzonen“ für Oppositionsanhänger. Dies geschieht jedoch nicht derart schwerwiegend oder systematisch, als dass die Opposition von einem nationalen Wahlkampf abgehalten würde.

Bürgerliche Freiheiten wie Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Pressefreiheit werden in kompetitiven autoritären Regimen nominell zugesichert und mindestens zum Teil auch in der Praxis garantiert. Es existieren unabhängige Medien. Zivilgesellschaftliche und politische Oppositionsgruppen agieren im öffentlichen Raum beispielsweise in Form von Demonstrationen.¹²⁵ Auf der anderen Seite werden bürgerliche Freiheiten regelmäßig verletzt. Oppositionspolitiker, unabhängige Richter, Journalisten, Menschenrechtsaktivisten sowie andere Regierungskritiker werden schikaniert, inhaftiert und es kommt zu tätlichen Übergriffen. Unabhängige Medien werden ebenfalls bedroht und angegriffen, zum Teil eingestellt oder verboten. Ein paar Regime, die Levitsky und Way als kompetitiven Autoritarismus einordnen, befinden sich an der Grenze zum geschlossenen Autoritarismus, wenn offenkundige Repressionen wie die Inhaftierung führender Oppositionspolitiker, die Tötung von Oppositionsaktivisten und die gewaltsame Unterdrückung von Protesten weitverbreitet sind. Die Autoren nennen hier exemplarisch Kambodscha, Simbabwe und Russland unter Putin.¹²⁶

Wesentlich häufiger erfolgen Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten auf subtilem Wege. Regierungsgegner werden in Form von „legaler Repression“ (*legal repression*) oder der willkürlichen Anwendung juristischer Instrumente belangt, zum Beispiel durch Steuergesetze oder Verleumdungs- und Diffamierungsklagen. In Malawi lässt Präsident Bingu wa Mutharika seinen größten Herausforderer und ehemaligen Präsidenten Bakili Muluzi wegen Korruption inhaftieren. In Malaysia nutzt Mahathir Mohammad den Vorwurf der Korruption und Sodomie, um seinen aussichtsreichsten Widersacher Anwar Ibrahim zu inhaftieren.¹²⁷ Obwohl dieses Vorgehen gegen die Opposition entlang des geltenden Gesetzes stattfindet, sprechen die Autoren von einer Form der Repression, da die Auslegung des Rechts in diesen Fällen selektiv und parteiisch erfolgt und nicht universell.¹²⁸

¹²⁵ Levitsky/Way 2010, S. 8.

¹²⁶ Levitsky/Way 2010, S. 8.

¹²⁷ Für weitere Beispiele der Autoren siehe Levitsky/Way 2010, S. 9.

¹²⁸ Levitsky/Way 2010, S. 9.

Als womöglich am weitesten verbreitete Form von „legaler Repression“ führen Levitsky und Way den Einsatz von Verleumdungs- und Diffamierungsklagen gegen Journalisten, Redakteure und Medienunternehmen an. In Kamerun werden Ende der 1990er-Jahre mehr als 50 Journalisten strafrechtlich verfolgt und viele Zeitungen stellen ihre Arbeit aufgrund empfindlich hoher Geldstrafen ein. In einigen Fällen (die Autoren nennen hier Weißrussland, Kambodscha und Russland) verschwinden viele Medienunternehmen im Zuge wiederholter kostspieliger Gerichtsverfahren von der Bildfläche, in anderen Beispielen (Malaysia und Ukraine) führt die Furcht vor einer strafrechtlichen Verfolgung zu einer weit verbreiteten Selbstzensur der unabhängigen Medien.¹²⁹

Levitsky und Way konstatieren einen gewissen Vorteil für den Amtsinhaber in allen Demokratien. Um den ungleichen Wettbewerb im kompetitiven Autoritarismus davon zu unterscheiden, definieren die Autoren eine dreiteilige Schwelle: „We consider the playing field uneven when (1) state institutions are widely abused for partisan ends, (2) incumbents are systematically favored at the expense of the opposition, *and* (3) the opposition’s ability to organize and compete in elections is seriously handicapped.“¹³⁰ Von besonderem Interesse sind für die Autoren hierbei der Zugang zu Ressourcen und den Medien sowie die Rechtsprechung.

Der Zugang zu Ressourcen ist für Levitsky und Way dann ungleich, wenn Amtsinhaber mit Hilfe ihrer Amtsmacht Ungleichheiten schaffen respektive aufrecht erhalten, die die Opposition ernsthaft daran hindern am politischen Wettbewerb teilzunehmen.¹³¹ Dies kann auf verschiedenen Wegen erfolgen. Zum einen können Amtsinhaber Staatsressourcen parteistrategisch verteilen, sodass die Regierungspartei zum Beispiel durch Ministerien oder staatliche Subventionen finanziert wird. Zum anderen können Amtsinhaber systematisch den Staatsapparat zu ihrem Vorteil einsetzen und sowohl öffentliche Staatsgebäude, Fahrzeuge und Kommunikationsinfrastrukturen als auch Beamte und Sicherheitskräfte für ihren Wahlkampf nutzen.¹³² Ferner können Amtsinhaber den Zugang zum privaten Finanzsektor monopolisieren. Regierungsparteien können treuhänderische Kontrolle über Kredite und Lizenzen übernehmen und von parteieigenen oder -zugehörigen Unternehmen profitieren. Gleichzeitig lässt sich der Ressourcenzugang für die Opposition erschweren, indem

¹²⁹ Levitsky/Way 2010, S. 9.

¹³⁰ Levitsky/Way 2010, S. 10 (Hervorhebung im Original).

¹³¹ Levitsky/Way 2010, S. 10.

¹³² In Weißrussland, Russland und der Ukraine sind bei einer solchen Mobilisierung auch Lehrer und Ärzte mit inbegriffen, Levitsky/Way 2010, S. 10.

die sie unterstützenden Unternehmen durch Steuerbehörden oder ausbleibende staatliche Förderung unter Druck gesetzt werden.¹³³

Ohne Zugang zu den Medien besteht für die Opposition keine Möglichkeit des fairen Wettbewerbs. Diese Ungleichheit manifestiert sich vor allem in der staatlichen Kontrolle von Fernsehen und (meist auch) Rundfunk. Diese geht häufig mit einer voreingenommenen und nicht repräsentativen Berichterstattung einher. Existierende unabhängige Zeitungen erreichen für gewöhnlich nur eine kleine städtische Elite. In Fällen einer größeren privaten Medienlandschaft können Amtsinhaber dennoch ihren Einfluss vermittels Medienpartnerschaften, Patronage und gesetzeswidriger Mittel geltend machen.¹³⁴

In vielen kompetitiven autoritären Regimen bedrängen Amtsinhaber Vertreter der Judikative und der Wahlkommission sowie andere nominell unabhängige Schiedsrichter und manipulieren diese durch Bestechung, Erpressung, und/oder Einschüchterung. In der Folge entscheiden Gerichte und Behörden stets zugunsten der Regierung und unterstützen diese in ihrem rechtswidrigen Vorgehen.¹³⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass informelle Institutionen für kompetitiv autoritäre Regime eine zentrale Rolle spielen. Rund um Wahlen treten rechtswidrige Strategien wie Stimmenkauf, Mehrfach-Abstimmung und Manipulation der Wahlurnen in den Vordergrund. Um die Folgsamkeit der einzelnen Regierungsmitglieder während der Amtszeit aufrecht zu erhalten, kommt es zu organisierter Korruption (unter anderem Bestechung, Erpressung). Auf der anderen Seite helfen informelle Mechanismen der Repression und informelle oder privatisierte Gewalt gegen die Opposition dabei, die Machtposition der Regierung zu sichern.¹³⁶

Machterhalt und die Rolle der Opposition

Die Fortdauer des kompetitiv autoritären Regimes ist von einer inhärenten Spannung gekennzeichnet. Die politische Führung steht im Spannungsfeld von

¹³³ So unter anderem geschehen in Ghana, Levitsky/Way 2010, S. 10f.

¹³⁴ Für Beispiele aus der Ukraine unter Kuchma und Fujimoris Peru vgl. Levitsky/Way 2010, S. 11.

¹³⁵ Die Autoren führen hier unter anderem Malaysia unter Mahathir, Peru unter Fujimori, Weißrussland unter Lukaschenko und Venezuela unter Chavez als Beispiele an, vgl. Levitsky/Way 2010, S. 12.

¹³⁶ Levitsky/Way 2010, S. 27f.

Demokratieförderung und Machterhalt. Konzentriert sich die Regierung auf die weitere Förderung der Demokratieentwicklung, gefährdet es die eigene Position nachhaltig. Entscheidet sich die politische Führung hingegen, der Erweiterung des Pluralismus entgegenzuwirken, läuft sie Gefahr, die (vor allem wirtschaftliche) Unterstützung aus dem Ausland zu verlieren. Das Regime muss jedoch nicht zwangsläufig an diesem Konflikt scheitern, Levitsky und Way konstatieren vielmehr eine bemerkenswerte Robustheit des Regimetyps, selbst im Falle wechselnder Regierungen.¹³⁷

Welchen Kurs das kompetitiv autoritäre Regime nimmt, hängt für die Autoren von zwei Faktoren ab: Verbindungen zum Westen (*linkage to the west*) und Organisationsvermögen (*organizational power*) der Amtsinhaber. Wo die Verflechtungen mit dem Westen stark ausgeprägt sind, kommt es nach Ende des Kalten Krieges zur Demokratisierung des Regimes (vor allem in Osteuropa und Mittel- und Südamerika). Wo diese Verbindungen weniger intensiv sind, größtenteils in der Region Afrika und der ehemaligen Sowjetunion, fällt der externe Demokratisierungsdruck schwächer aus. In diesen Fällen entscheidet das Organisationsvermögen der Amtsinhaber, also das Vorhandensein von Strukturen des Machterhalts (Qualität des Staats- und Zwangsapparates, Organisation der Regierungspartei), über die Regimestabilität.¹³⁸

Eine weitere Ambivalenz tritt im Zuge der Wahlen im kompetitiven Autoritarismus zu Tage. Für die herrschende Elite steht gerade bei Wahlen nach ihrer eigenen Amtszeit viel auf dem Spiel. Gelingt es nicht, einen loyalen Nachfolger zu finden, sehen sich scheidende Amtsinhaber Gefahren ausgesetzt, von Einschnitten im angehäuften Wohlstand über Gerichtsverfahren bis hin zur Inhaftierung oder Exil. Gleichzeitig bringt ein für loyal befundene Nachfolger wenig, wenn er nicht die Mehrheit der Stimmen bei den Wahlen für sich gewinnen kann.¹³⁹

Auch für die Oppositionsparteien im kompetitiven Autoritarismus stellt sich die eigene politische Situation nicht einseitig dar. Auf der einen Seite fordern sie die Regierung im Rahmen der gesetzten Regeln heraus, auf der anderen Seite versuchen sie diese Regeln (weiter) zu verändern. Um im unfairen politischen Wettbewerb des

¹³⁷ In Anlehnung an Huntingtons Diktum konstatieren Levitsky und Way „many halfway houses do stand“, vgl. Levitsky/Way 2010, S. 21.

¹³⁸ Levitsky/Way 2010, S. 23f. Für eine Diskussion zur Regimestabilität siehe Abschnitt 2.1 der vorliegenden Arbeit.

¹³⁹ Levitsky/Way 2010, S. 28f.

kompetitiven Autoritarismus zu bestehen, entwickeln die oppositionellen Parteien ebenso Strategien fern des angestrebten Anspruches der Demokratie.¹⁴⁰

Die vielleicht augenfälligste Kritik am herrschenden Wahlvorgang ist der Wahlboykott der Opposition. Dieser vermag unter Umständen im Land und gegenüber dem Ausland die Legitimität der Wahlen zu unterminieren. Betreffende Oppositionsparteien riskieren gleichzeitig jedoch bei möglichen weiteren Reformverhandlungen außen vor zu bleiben, sollten die Wahlen nationale und internationale Anerkennung erhalten. Eine Wahl zu boykottieren bedeutet ebenfalls, erreichte Fortschritte im politischen Pluralismus nicht auszuschöpfen.

Ein in der Demokratie nicht gekanntes Vorgehen der Opposition während des Wahlkampfes ist die Mobilisierung von Schlägertruppen. Levitsky und Way führen insbesondere für eine im Wahlkampf siegreiche Opposition die Beispiele von Benin 1991, Malawi 1994 und Serbien 2000 an. Diese Mobilisierung mag die Wahlaussichten der Opposition schmälern, im Kontext weit verbreiteter Gewalt oder Gesetzlosigkeit im Wahlkampf muss die Opposition unter Umständen neben den Wählerstimmen aber genauso um die eigene physische Sicherheit kämpfen.¹⁴¹

Nach verlorenen Wahlen gestalten sich die Oppositionsstrategien unterschiedlich. Entweder die Opposition versucht im Rahmen der parlamentarischen Oppositionsarbeit und mit Hilfe öffentlicher Proteste die Demokratisierung des Regimes und den Sturz der Regierung zu erwirken oder sie strebt eine Koalition mit der Regierung an, um die eigene Position zu sichern. Letzteres bringt der Opposition häufig den Vorwurf des Opportunismus ein. In Ländern mit Unterentwicklung oder einer staatlich kontrollierten Wirtschaft vermag jedoch einzig die Nähe zur Regierung den Zugang zu finanziellen Ressourcen und den Medien zu sichern. Diese Nähe bedeutet für viele Parteien den Verlust der Wählerunterstützung, gleichzeitig wären sie ohne eine solche Protektion in ihrer politischen Existenz bedroht.¹⁴²

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Opposition im kompetitiven Autoritarismus ein doppeltes Spiel spielt: Auf der einen Seite versucht sie mit Hilfe der existierenden Regeln den politischen Sieg davon zu tragen, auf der anderen Seite will sie zeitgleich diese Regeln ändern. Obwohl die Opposition den politischen

¹⁴⁰ Levitsky/Way 2010, S. 30.

¹⁴¹ Levitsky und Way führen insbesondere für die im Wahlkampf siegreiche Opposition die Beispiele von Benin 1991, Malawi 1994, Serbien 2000 und Kenia 2002 an, vgl. Levitsky/Way 2010, S. 30.

¹⁴² Levitsky und Way machen diesen Punkt insbesondere für die Region Afrika stark, vgl. Levitsky/Way 2010, S. 30f.

Wettbewerb innerhalb des Regimes rund um die Wahlen zur Stimmenmaximierung erstnehmen muss, verfolgt sie zuweilen auch Strategien, die Integrität des Regimes zu unterminieren (Boykotte, Proteste). Letzteres beinhaltet dann unter Umständen sogar ein Vorgehen, dass weniger Zustimmung in der Bevölkerung finden dürfte (Mobilisierung von Gewalt oder eine Koalition mit der wenig geliebten Regierung), aber ein Bestehen oder gar Überleben im ungleichen Wettbewerb mit der Regierung erst möglich macht.¹⁴³

2.3.2 Elektoraler Autoritarismus

Die Portugiesische Revolution von 1974 bildet den Beginn der sogenannten dritten Demokratisierungswelle. Zu dieser Zeit beurteilt Freedom House 42 Staaten als „frei“. Dreißig Jahre später sind es laut Freedom House 89 Staaten. Schedler sieht einen damit verbundenen Optimismus jedoch skeptisch, wird der vermeintlich positive Eindruck durch wieder aufkommende ethnische Gewalt, die Verbreitung des internationalen Terrors innerhalb stabiler Demokratien sowie fortdauernder autoritärer Regime getrübt.¹⁴⁴ Neben den stabilen und von der sogenannten Demokratisierungswelle unberührten autoritären Regimen brachte der Transitionsprozess vor allem ab den 1990er-Jahre eine neue Form des Autoritarismus hervor, so Schedler. Nach (Er-)Öffnung des Pluralismus und der Abhaltung erster freier und fairer Wahlen endet die Transition für viele Staaten und es bleibt ein autoritäres Regime hinter einer elektoralen Fassade zurück, für Schedler der „elektorale Autoritarismus“.¹⁴⁵

In elektoralen autoritären Regimen finden regelmäßig Mehrparteienwahlen statt. Dabei werden die liberal-demokratischen Prinzipien von Freiheit und Fairness so schwer und systematisch verletzt, dass die Wahlen zum Instrument des autoritären Regimes werden und nicht Ausdruck eines Demokratisierungsprozesses sind.¹⁴⁶ Aus historischer Sicht ist das Abhalten von Wahlen kein neues Werkzeug der autoritären Führerschaft. Im elektoralen Autoritarismus erreicht die Beeinträchtigung der Wahlen (vor allem die Wahlmanipulation) laut Schedler aber eine neue Qualität.¹⁴⁷

¹⁴³ Levitsky/Way 2010, S. 32.

¹⁴⁴ Schedler 2006, S. 2.

¹⁴⁵ Schedler 2006, S. 3.

¹⁴⁶ Schedler 2006, S. 3.

¹⁴⁷ Schedler 2006, S. 1.

Der Fokus des Konzeptes liegt auf dem Zugang zur Macht und nicht auf der Struktur der Machtbeziehungen, der Legitimationsstrategien, dem Verhalten zur Bevölkerung oder der Zusammensetzung der regierenden Koalition.¹⁴⁸ Die Wahlen im elektoralen Autoritarismus sind inklusiv (es gilt allgemeines Wahlrecht) und pluralistisch (die Opposition darf kandidieren). Ferner bezeichnet Schedler die Wahlen als „minimally competitive“ und „minimally open“. Das heißt zum einen, die Oppositionsparteien können Stimmen und Sitze erkämpfen, ohne am Ende die Wahl gewinnen zu dürfen, und zum anderen, dass sie nicht Ziel massiver Repression werden, auch wenn es zeitweilig zu ausgewählter Repression gegen die Opposition kommt.¹⁴⁹

Die Beeinträchtigung der Wahlen kann im elektoralen Autoritarismus verschiedene Formen annehmen. So existieren beispielsweise für die Opposition gezielt benachteiligende Regeln zur Erringung des Präsidentenamtes. Mitunter wird einzelnen Oppositionsparteien und -kandidaten der Zugang zu den Wahlen verwehrt. Die politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten der Oppositionsmitglieder sind nicht gesichert sowie der Zugang zu Medien und Wahlkampffinanzierungen zuweilen beschränkt. Die Regierung vermag außerdem formelle und informelle Einschränkungen des Wahlrechts insbesondere für Oppositionsbefürworter vorzunehmen und Teile der Opposition durch Zwang und Korruption zum Rückzug aus dem Oppositionslager zu bewegen. Schließlich versucht die Regierung die Wahlen durch Umverteilung von Stimmen und Sitzen zu manipulieren.¹⁵⁰

Im Unterschied zu früheren Beispielen autoritärer Regime, die bereits Wahlen als Instrument einsetzten, erfolgt im elektoralen Autoritarismus sowohl der Zugang zur Legislative als auch zur Exekutive via Mehrparteienwahlen. Der Pluralismus wird in eingeschränkter Form geöffnet. Elektorale autoritäre Regime garantieren (größtenteils) das allgemeine Wahlrecht und gestatten eine organisierte Form des Widerspruches in Form des Wettbewerbs um hohe politische Ämter anders als im „geschlossenen“ Autoritarismus.¹⁵¹

Der organisatorische Aufwand, der mit den Wahlen einhergeht, bedeutet eine Begrenzung des Grades der Personalisierung des Regimes. Amtsinhaber, die ihre Regierung durch Mehrparteienwahlen legitimieren wollen, benötigen eine

¹⁴⁸ Schedler grenzt sich bewusst vom Linz'schen Ansatz und der Geddes'schen Typologie ab, vgl. Schedler 2006, S. 6.

¹⁴⁹ Schedler 2006, S. 3.

¹⁵⁰ Schedler 2006, S. 3.

¹⁵¹ Schedler 2006, S. 5.

unterstützende Partei sowie weitergehende Staatsstrukturen, um Wähler zu mobilisieren und Wahlen zu kontrollieren. Auch für die Regierung stellen die Wahlen ein zweischneidiges Schwert da. Zum einen bieten sie Möglichkeiten zur Patronage, Konfliktbewältigung und Bekräftigung der Regierungskoalition. Zum anderen bergen sie Gefahren wie Dissens und Spaltung.¹⁵²

Elektorale autoritäre Regime weisen ein breites Spektrum demokratischer Institutionen auf (neben den Wahlen sind hier vor allem Verfassungen, Parlamente und Gerichte zu nennen) und lassen unabhängige Medien, Interessengruppen und andere soziale Organisationen zu. Auch wenn keine dieser Einrichtungen die Regierung ernsthaft herausfordern können soll, wird potentiell der Raum für Dissens und Konflikt im Regime geboten. Wesentlich für den elektoralen Autoritarismus und somit für die Dynamik und Stabilität des Regimes sind die Wahlen. „They [the elections] are constitutive of the playing field, the rules, the actors, their resources, and their available strategies.“¹⁵³

So sehr die Bedeutung der Wahlen für diesen Regimetyp betont wird, so wenig handelt es sich dabei um „the only game in town“. Schedler identifiziert zwei parallel ablaufende Prozesse: zum einen die Manipulationsbestrebungen, mit denen die Regierung den Ausgang der Wahlen zu bestimmen versucht, und zum anderen den Reformprozess, mit dessen Hilfe die Opposition die nichtdemokratischen Elementen rund um die Wahlen beseitigen will. Beide Kontrahenten im politischen Spiel um die Macht versuchen also die grundlegenden Regeln des politischen Spiels fortlaufend zu verändern. Die formalen Institutionen befinden sich somit in keinem Gleichgewichtszustand, sondern repräsentieren lediglich eine temporäre „Waffenruhe“ der beteiligten Spieler.¹⁵⁴

Für die Bevölkerung bedeuten die Wahlen, dass die Regierung um ihre Zustimmung wirbt, vordergründig gilt das Primat der demokratischen Legitimation, auch wenn diese letztlich in der Praxis im Zweifelsfall untergraben wird. Der Bürger übernimmt im Zuge der Wahlen dennoch eine politische Rolle, sei es als individueller Akteur an der Wahlurne oder als kollektiver Akteur auf der Straße mit anderen.¹⁵⁵

¹⁵² Schedler 2006, S. 15.

¹⁵³ Schedler 2006, S. 12.

¹⁵⁴ Schedler 2006, S. 12f. Ausführlicher zur Beziehung von Regierung und Opposition in autoritären Regimen vgl. folgenden Abschnitt 2.3.3.

¹⁵⁵ Schedler 2006, S. 13.

Mit der Durchführung von Mehrparteienwahlen eröffnen elektorale autoritäre Regime der politischen Opposition Raum zur Entfaltung. In manchen Fällen wird selbst dieser Raum von der Regierung zu gestalten versucht, indem offizielle Oppositionsparteien von der Regierung gegründet werden¹⁵⁶ oder unliebsame Oppositionsparteien und -mitglieder ausgeschlossen werden.¹⁵⁷ Mit der bloßen Ankündigung von Mehrparteienwahlen verabschiedet sich das Regime bereits von der Vorstellung einer kollektiven Harmonie und akzeptiert die Gegenwart gesellschaftlichen Zwiespalts und widerstrebender Definitionen des Allgemeinwohls.¹⁵⁸

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der elektorale Autoritarismus laut Schedler keine elektorale Demokratie ist,¹⁵⁹ da keine freien und fairen Wahlen stattfinden. Er ist aber auch nicht mit dem „geschlossenen“ Autoritarismus gleichzusetzen, welcher keine Mehrparteienwahlen zur Erlangung der legislativen und exekutiven Macht aufweist.¹⁶⁰

2.3.3 Regierung und Opposition – zwei Akteure, zwei Spiele

Die politische Führerschaft in autoritären Regimen sichert ihre Machtposition in Gegenwart von Mehrparteienwahlen durch Wahlbetrug und politische Repression. Neben diesen Strategien nimmt die politische Führung ebenso Einfluss auf das Teilnehmerfeld im politischen Spiel. Dies kann auf verschiedenem Wege erfolgen.

Die Exklusion des politischen Gegners von den Wahlen ist laut Schedler die wahrscheinlich sicherste Variante, um aus Sicht des Amtsinhabers den Wahlsieg zu erlangen. Die Mittel hierfür weisen eine große Bandbreite auf, von der physischen Eliminierung bis hin zum gesetzlichen Ausschluss des Gegners. Letzteres beinhaltet Parteienverbote und die Disqualifizierung von Präsidentschaftskandidaten. In der Elfenbeinküste und Sambia hinderten eigens verabschiedete „Nationalitätsklauseln“ aussichtsreiche Oppositionelle an der Kandidatur. In Gambia sorgte Yahya Jammeh

¹⁵⁶ Schedler nennt hier exemplarisch Ägypten unter Sadat und Senegal unter Senghor.

¹⁵⁷ Schedler verweist hier auf post-sowjetischen Regime in Eurasien, vgl. Schedler 2006, S. 14.

¹⁵⁸ Schedler 2006, S. 14.

¹⁵⁹ Elektoralen Demokratien mangelt es im Vergleich zur liberalen Demokratie laut Schedler an *Checks and Balances*, Integrität der Verwaltung und an einer unabhängige Judikative, vgl. Schedler 2006, S. 5.

¹⁶⁰ Für die Region Subsahara-Afrika zählt Schedler Burkina Faso, Kamerun, Tschad, Äthiopien, Gabun, Gambia, Guinea, Mauretanien, Tansania, Togo und Sambia zu den elektoralen autoritären Regimen, vgl. Schedler 2006, S. 3.

nach dem Coup mit einer neuen Verfassung dafür, dass die gesamte politische Elite von der Wahl ausgeschlossen wurde. Alle bis dato bedeutenden Parteien wurden verboten, alle Mitglieder der bisherigen Regierungen an der Kandidatur gehindert.¹⁶¹

Um die Geschlossenheit der Opposition aufzubrechen, bemüht sich die politische Führung im autoritären Regime um die Fragmentierung der Opposition. Maßnahmen zur Zersplitterung der Opposition sind vor allem das Verbot bestimmter Oppositionsparteien oder gar aller Parteien, um ausschließlich unabhängigen Kandidaten zur Präsidentenwahl zuzulassen. Ferner werden Parteien solange schikaniert oder bestochen, bis sich die Parteien spalten oder Spitzenvertreter ins Regierungslager wechseln.¹⁶²

Neben der Beeinflussung des Akteurraumes manipulieren Amtsinhaber in autoritären Regimen ebenso die Regeln der Repräsentation sowie die relevanten Themenfelder und profitieren vom unfairen Wettbewerb. Mit Hilfe gezielt zugeschnittener Wahlbezirke ist es der Regierung möglich, die Mehrheit der Sitze zu erlangen, ohne die Mehrheit der Stimmen zu gewinnen. Unter Einsatz von Gewalt gegenüber dem Ausland oder im Inland versucht die Regierung Bestätigung für ihre Themen wie zum Beispiel nationale Sicherheit zu finden. Amtsinhaber gestalten den Wettbewerb unfair, indem sie sich einen besseren Zugang zu Medien und Ressourcen verschaffen, und behandeln die Opposition mit Geringschätzung.¹⁶³

Wahlen als Spiel auf zwei Ebenen

Schedler konzentriert sich bei seiner Betrachtung auf manipulierte Wahlen. Sie stellen für keinen der Beteiligten langfristig eine ausgeglichene Lösung dar: „[T]hey will accept the rules of the electoral game as a temporary compromise, a provisional truce contingent on current correlations of force and open to revision in the uncertain future.“¹⁶⁴ Die Regierung versucht den Grad der politischen Unsicherheit hinsichtlich der eigenen Position zu minimieren, während die Opposition ihre Chancen zu maximieren wünscht. Schedler verortet manipulierte Wahlen zwischen

¹⁶¹ Schedler 2002b, S. 106.

¹⁶² Schedler 2002b, S. 107.

¹⁶³ Schedler 2002b, S. 107ff.

¹⁶⁴ Schedler 2002b, S. 109.

den Polen autoritärer Kontrolle und demokratischer Unsicherheit und kennzeichnet sie als institutionell ambivalent.¹⁶⁵

Schedler beschreibt den Konflikt zwischen Regierung und Opposition als Zwei-Ebenen-Spiel. Auf der einen Ebene treten die Kontrahenten bei Wahlen gegeneinander an. Auf der anderen Ebene, die als Meta-Ebene verstanden werden kann, streiten beide Seiten um die Reform des Regimes. Im Anschluss an Tsebelis spricht Schedler von einem *nested game*.¹⁶⁶

Regierung und Opposition müssen für sich strategisch überlegen, wie sie den Wahlen gegenüber stehen wollen. Zeigt sich der Amtsinhaber Reformen gegenüber offen oder verschließt er sich gegenüber institutionellen Veränderungen vor den Wahlen? Davon hängt unter anderem ab, ob die Opposition sich entschließt, bei den Wahlen anzutreten oder selbige zu boykottieren. Die Regierung entscheidet zu den Wahlen, ob sie diese so fair und frei wie möglich gestaltet, um beispielsweise die Integrität eines Demokratisierungsprozesses zu beweisen, oder ob sie die Wahlen manipuliert, um sicher im Amt zu bleiben. Nach Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses obliegt es der Opposition, gegen den Charakter der Wahlen zu protestieren oder das Ergebnis zu akzeptieren. Schedler vereinfacht die strategischen Überlegungen der Kontrahenten so weit, um die strategische Interdependenz beider Seiten deutlich zu machen.¹⁶⁷

Regierung und Opposition treffen in dem dargestellten Schema ihre Entscheidungen auf unterschiedlichen Ebenen. Die Regierung nimmt mit ihren Entscheidungen Einfluss auf die Meta-Ebene des Konfliktes, die Reform des Regimes, während die Opposition auf Ebene des politischen Wettbewerbes zum Zuge kommt. Nichtsdestoweniger sind beide Gruppen voneinander abhängig. Die erste Abhängigkeit ist offensichtlich. Das Regierungsvorgehen bezüglich der Reformen und des Charakters der Wahlen hat entscheidenden Einfluss auf die Aussichten der Opposition. Doch auch umgekehrt ist die Opposition für die Regierung von Bedeutung. Sie besitzt in gewisser Weise die Kontrolle über die Legitimität der Wahlen. Sobald die Regierung den politischen Wettbewerb über die Grenzen der innerparteilichen Konkurrenz hinaus öffnet, entzieht sich die Frage der Akzeptanz des Wettbewerbes den Regierungskreisen. Die Regierung ist in dieser Hinsicht auf die

¹⁶⁵ Schedler 2002b, S. 109.

¹⁶⁶ Schedler 2002b, S. 110.

¹⁶⁷ Schedler 2002b, S. 112.

Kooperation der Kontrahenten angewiesen. „While incumbents may be able to establish rules by decree, they cannot establish legitimacy by decree.“¹⁶⁸

Während die Opposition die Bedingungen des politischen Wettbewerbs im Fokus hat, sorgt sich die Regierung um die Legitimität des Regimes – die Kontrahenten kontrollieren jeweils eine Sphäre, die für den anderen von Wert ist. Gleichzeitig bedeutet diese Konstellation für beide ein Dilemma. Die Regierung muss zwischen Kontrolle der Wahlen und deren Glaubwürdigkeit abwägen. Die Opposition weiß hingegen, dass die Teilnahme an den Wahlen zur Legitimierung des Regimes beiträgt, aber ein Boykott die Möglichkeit womöglich verstreichen lässt, weiter an Stärke zu gewinnen.

2.3.4 Zwischenfazit zu „neuen“ Autoritarismen

Mit dem kompetitiven und elektoralen Autoritarismus von Levitsky und Way bzw. Schedler liegen zwei Konzepte autoritärer Regime vor, die der (zuweilen) veränderten Empirie autoritärer Regime nach Ende des Kalten Krieges Rechnung tragen.¹⁶⁹ In der Tat weisen die Konzepte sehr viele Gemeinsamkeiten auf, so dass sie als „pluralistischer Autoritarismus“ zusammengefasst werden könnten. In beiden Konzepten steht der politische Wettbewerb in Form von Mehrparteienwahlen im Zentrum. Dieser Fokus auf die Wahlen wurde einst dem Demokratieoptimismus der Transformationsforschung vorgeworfen (wenn nicht gar zum Verhängnis) und zeigt zugleich die Grenzen der Konzepte auf.

Der Wahlfokus hebt den größten Unterschied gegenüber autoritären Regimen der Vergangenheit hervor. Sobald die Wahlen als Zugang zur politischen Macht implementiert werden, ist die Legitimationsgrundlage der Regierung definiert. Eine herrschende Gruppe kann ihren Herrschaftsanspruch nicht (mehr) durch Berufung auf eine andere Qualität (Tradition, Herkunft, Glaube o.ä.) begründen.

Die (Er-)Öffnung des politischen Pluralismus erfolgt nicht vollständig, sodass Regierung und politische Opposition nicht nur um die politische Macht, sondern auch um weitere grundlegende Veränderungen des Regimes streiten. Schedler gibt hier

¹⁶⁸ Schedler 2002b, S. 113.

¹⁶⁹ An dieser Stelle sollte nicht vergessen werden, dass die Einführung von Mehrparteienwahlen in autoritären Regimen nach Ende des Kalten Krieges kein zwangsläufiges Ereignis war.

interessante Einsichten in das veränderte Wechselspiel von Regierung und Opposition, die in die vorliegende Arbeit einfließen sollen.

Sowohl bei Levitsky und Way als auch bei Schedler stehen die Amtsinhaber (mit ihrem weiterhin großen Einflussbereich) im Vordergrund. Die politische Opposition trägt zwar dazu bei, dass sich die autoritären Regime wandeln, wird größtenteils aber mehr als Spielball der Regierung beschrieben. So sehr die Amtsinhaber den politischen Wettbewerb beeinflussen bzw. manipulieren, bedarf die politische Opposition einer genaueren Betrachtung. Sowohl im Konzept des kompetitiven als auch des elektoralen Autoritarismus wird die Perspektive der Opposition nur unzureichend beleuchtet – dies soll die vorliegende Arbeit leisten.

Inwiefern ist die Konzentration auf den politischen Wettbewerb im autoritären Regime instruktiv, wenn die Regierung selbigen so massiv beeinträchtigen wenn nicht gar manipulieren kann? In beiden Konzepten wird deutlich, dass die Öffnung des politischen Raumes das politische Geschehen nachhaltig verändert, wenn auch nicht gleichermaßen die Ablösung der Regierung und die Transition zur Demokratie bedeutet. Teile der politischen Opposition werden zu legitimen Akteuren im politischen System. Die Regierung kann sich nicht mehr auf die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung beziehen, wenn sie gegen die Opposition vorzugehen gedenkt. Dies schränkt die Handlungsmöglichkeiten der Regierung ein.

Der Handlungsspielraum der Regierung wird ferner aufgrund einer gesteigerten Öffentlichkeit beeinträchtigt. Oppositionelle Gruppen sowie Medien und soziale Organisationen kritisieren im veränderten Pluralismus verstärkt die Arbeit der Regierung. Unter Umständen stehen der politischen Opposition dazu Instrumente wie parlamentarische Anfragen oder juristische Verfahren zur Verfügung. Diese Instrumente erreichen nicht per se dieselbe Qualität wie in demokratischen Regimen, sind jedoch Ausdruck des veränderten politischen Prozesses. Bedeutet dies (mittel- bis langfristig) die Transition hin zur Demokratie? Nicht zwangsläufig. Der Handlungsspielraum der Regierung mag durch die Öffnung des Pluralismus eingeschränkt werden, er ist wie von den Autoren ausgeführt dennoch groß und beinhaltet Mittel, die Regierungen in demokratischen Regimen nicht offen stehen.¹⁷⁰

¹⁷⁰ Wie beschrieben in Schedlers (2002a) „menu of manipulation“.

Für die vorliegende Arbeit sind folgende Aspekte der beiden Autoritarismuskonzepte von besonderem Interesse. Im Zuge des Endes des Kalten Krieges erfahren zahlreiche autoritäre Regime die Einführung von Mehrparteienwahlen und das offizielle Primat der demokratischen Legitimation erhält Einzug. Der neue politische Wettbewerb wird dabei von den Amtsinhabern unfair gestaltet, bleibt aber bedeutsam, da der Zugang zur Macht formell institutionalisiert und somit prinzipiell geöffnet wird. Regierung und Opposition müssen vordergründig zwischen je zwei Zielen abwägen. Die Regierung wird durch den neuen politischen Wettbewerb herausgefordert und muss (teils neue) Wege finden, um ihre Machtposition zu sichern, ohne im Angesicht einer legalen politischen Opposition und gestiegenen Öffentlichkeit ihre Legitimation zu verlieren. Gleichzeitig muss die Regierung eine angemessene Reaktion auf die Reformforderungen aus dem In- und häufig aus dem Ausland finden, da der davon ausgehende Druck die Position der Amtsinhaber gefährdet. Die Regierung kann in diesen Fragen keine einseitige Strategie verfolgen. Die politische Opposition muss hingegen entscheiden, inwiefern sie ihre Ressourcen auf den neuen politischen Wettbewerb konzentriert und dadurch selbiger Legitimität verleiht oder ob sie die fundamentale Regimekritik aufrecht erhält und weitere Reformen einfordert. Auch hier gilt, dass eine einseitige Strategie dem Anliegen der Opposition sowohl nutzen als auch schaden würde. Regierung und Opposition agieren dabei auf zwei unterschiedlichen Ebenen, bedingen und benötigen einander.

Schedlers Darstellung zum Zwei-Ebenen-Spiel widerspricht (wenn auch nicht direkt und in abgeschwächter Form) dem von Blondel skizzierten „pessimistischen“ Szenario. Dass die Opposition jedoch auch mehr Funktionen übernehmen kann als „nur“ die des Reformantreibers, macht Albrecht deutlich. Lust-Okar sucht zudem zu erklären, unter welchen Bedingungen die Opposition geschlossen (und erfolgreich) agiert und in welchen Fällen dies nicht eintritt. Beide Autoren sollen im Folgenden diskutiert werden.

2.3.5 Opposition als Stabilisator

Am Beispiel Ägyptens untersucht Albrecht die Bedeutung der Opposition in einem autoritären Regime und greift die Arbeit von Zartman auf, der in einer vergleichenden Studie im arabischen Raum ein Komplementarität von Regierung und

Opposition konstatiert, die zur Stabilität des politischen Regimes beiträgt.¹⁷¹ Das Aufkommen der Opposition ist für Albrecht kein Zeichen der Schwäche des autoritären Regimes unter Mubarak, das womöglich nicht in der Lage war, die gesellschaftlichen Spannungen zu unterdrücken. Er argumentiert, dass die politische Führung die Entwicklung der Opposition zugelassen (wenn nicht gar befördert) hat, während gleichzeitig vermittels Kooptationsstrategien und Klientelismus Kontrolle über selbige ausgeübt werden sollte.¹⁷²

Albrecht zieht für die Beschreibung von spannungsgeladenen Beziehungen drei Konzepte heran: „Dissens“ (*dissent*), „Opposition“ (*opposition*) und „Widerstand“ (*resistance*). Unter „Dissens“ versteht Albrecht eine allumfassende Analysekategorie, die nicht auf die Sphäre des Politischen beschränkt ist. Dissens existiert nicht nur im Verhältnis von Regierung und Opposition, sondern genauso beispielsweise in Vater-Sohn-Beziehungen und zwischen Arbeitskollegen. Bezogen auf das von ihm untersuchte Beispiel Ägypten erfasst Albrecht Fraktionen im Regierungslager und integrierten Dissens mit diesem Konzept. Mit „Opposition“ bezeichnet Albrecht politische Institutionen mit entscheidender Organisationskapazität, deren Interaktionen mit der Regierung einen kompetitiven Charakter besitzen. Der Wettbewerb findet auf Grundlage einer minimalen gegenseitigen Akzeptanz der Kontrahenten statt. Hierzu zählen laut Albrecht die tolerierte ägyptische Opposition (politische Parteien und Nichtregierungsorganisationen) und systemkritische Bewegungen (moderate Islamisten, Intellektuelle). „Widerstand“ stellt Dissens zwischen den politischen Gegnern dar, der in politische Aktionen kulminiert mit dem Ziel die Regierung zu bekämpfen. Dieser Aktionen sind häufig von Gewalt geprägt. Je nach vertretenem Standpunkt werden diese Akteure als „Staatsfeinde“, „Terroristen“ und „Radikale“ respektive als „Freiheitskämpfer“ und „Befreiungsbewegung“ bezeichnet. Im Falle Ägyptens verortet Albrecht militante islamistische Gruppen in dieser Kategorie.¹⁷³

Das „dynamische Gleichgewicht“ von Führung und Opposition

Albrecht wertet den Fall Ägypten als Beispiel neopatrimonialer Herrschaft und weist dem autoritären Regime unter Mubarak eine hohe Inklusion aus. Es existiert ein

¹⁷¹ Zartman 1988, S. 84.

¹⁷² Albrecht 2005, S. 379.

¹⁷³ Albrecht 2005, S. 379f.

Dissens zwischen der politischen Führung und der Opposition über Ideen, Macht und Ressourcen, der ein „dynamisches Gleichgewicht“ der Interessen erzeugt.¹⁷⁴ Während die politische Führung einen Ausgleich zwischen den eigenen Machtbestrebungen und den gesellschaftlichen Forderungen (beispielsweise nach Liberalisierung) anstrebt, um die politische Stabilität des Regimes zu gewährleisten, sorgt der beschriebene Dissens für Gewinner und Verlierer in einem dynamischen Prozess. Dies bedeutet nicht, dass Repressionen keine Anwendung finden. Der überwiegende Teil der Bevölkerung, sozialer Organisationen und Interessengruppen bleibt zudem von diesem politischen Wettstreit ausgeschlossen. Die politische Teilhabe einer Gruppe oder bestimmter Personen hängt von der gegenwärtigen strategischen Bedeutung für die Machterhaltung ab. Die Gewinner von heute können ebenso die Verlierer von morgen sein und umgekehrt. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe allein garantiert dabei keine Inklusion.¹⁷⁵

Dieses dynamische Gleichgewicht braucht einen Schiedsrichter, für Albrecht im Falle Ägyptens ist dies der politische Anführer Mubarak. In Anbetracht der Breite von Interessen und insbesondere im Hinblick auf ideologische Konflikte muss der politische Anführer so pragmatisch wie möglich entscheiden. Dabei muss er als Bewahrer der Nation auftreten, mit den politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Modernisierung fertig werden und im Falle Mubaraks als ergebener Muslime dastehen.¹⁷⁶

Im Ergebnis muss das Handeln der politischen Führung von außen nicht immer nachvollziehbar sein und den Anschein erwecken, als würde eine erratische Politik betrieben. Die Entscheidungen zum Beispiel drängender Wirtschaftsfragen oder anderer gesellschaftlicher Herausforderungen bemisst die politische Führung nicht primär nach Maßstäben einer konsistenten, gelungenen Wirtschaftspolitik oder sozialer und kultureller Kriterien. Vorrangig werden diese Entscheidungen im Hinblick auf ihren Einfluss auf die Machtposition der politischen Führung bewertet. Dieser Eklektizismus in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen kann wie im Beispiel Ägyptens für die politische Führung von großem Nutzen sein, die Dissonanzen haben somit auch ihr Gutes, so Albrecht.

¹⁷⁴ Albrecht 2005, S. 389.

¹⁷⁵ Albrecht 2005, S. 389.

¹⁷⁶ Albrecht 2005, S. 389.

Fünf Funktionen der Opposition

Albrecht verwendet den Begriff „authoritarian opposition“, um die Opposition in Ägypten zu fassen. Diese Opposition ist in einem autoritären Regime gewachsen und trägt nicht zum Regimewandel bei.¹⁷⁷

In autoritären Regimen erfüllt die Opposition laut Albrecht fünf Funktionen, die der Regierung von Nutzen sind. Erstens trägt die Existenz der Opposition zur Legitimität des Regimes bei. Die Herstellung eines relativ liberalen politischen Klimas (verglichen mit anderen autoritären Regimen) und die Tolerierung von politischer Opposition kommen Forderungen nach Demokratisierung entgegen. Die Gegenwart von Opposition dient als Zeichen der Liberalität des Regimes. Zweitens ist das dadurch gezeichnete Bild eines pluralistischen politischen Systems nicht nur gegenüber dem Inland, sondern auch gegenüber dem Ausland von Vorteil für die Regierung. Zahlungen ausländischer Geldgeber sind mitunter an politische Vorgaben wie Demokratisierung geknüpft. Darüber hinaus können Oppositionsparteien und Nichtregierungsorganisationen weitere finanzielle Unterstützung aus dem Ausland akquirieren. Solche finanziellen Ressourcen stehen zwar nicht unter direkter Kontrolle der Regierung, machen die oppositionellen Parteien und sozialen Organisationen aber zu attraktiven Verhandlungspartnern. Drittens können mit Hilfe der Opposition und Nichtregierungsorganisationen soziale Gruppen fern der politischen Elite erreicht werden. Eine zentralistische Struktur dieser Gruppen kommt dabei den Kooptationsbemühungen der politischen Führung zu Gute. Viertens erfüllt die Opposition eine Kanalisierungsfunktion. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wird in Form der Opposition gebündelt und strukturiert. Die politische Führung kann so der ansonsten diffus fassbaren Unzufriedenheit zielgerichtet begegnen. Gleichzeitig kann die politische Opposition in Verhandlungen als Stimmungstester stellvertretend für die Bevölkerung genutzt werden. Fünftens schreibt Albrecht der Opposition eine moderierende Funktion zu. Die politische Opposition hat das Potenzial den Widerstand der Bevölkerung zu entradikalisieren. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass sich die Opposition umso weniger hinter einer gewalttätigen Strategie vereinen lässt, je zugänglicher das politische System ist. Somit gilt es für die politische Führung, gewalttätigen Widerstand in kontrollierte Opposition umzuwandeln.¹⁷⁸

¹⁷⁷ Albrecht 2005, S. 390.

¹⁷⁸ Albrecht 2005, S. 390ff.

Albrecht gelingt es mit seiner Analyse, die Rolle der Opposition in den Vordergrund zu rücken. Dabei bleibt die Einnahme der Oppositionsperspektive jedoch aus. Die vorliegende Arbeit zielt darauf ab, diese Lücke aufzufüllen. In Albrechts Darstellung scheint die Opposition, insbesondere im Hinblick auf die genannten Funktionen, zum bloßen Instrument der Regierung degradiert. Die von Albrecht genannten, Regierung stützenden Funktionen der Opposition sollen für das Fallbeispiel der vorliegenden Arbeit überprüft werden. Gleichzeitig soll jedoch auch analysiert und diskutiert werden, inwieweit die Opposition die Regierung zu schwächen, wenn nicht gar abzulösen vermag.

2.3.6 Das „politische Umfeld“

In ihrer vergleichenden Studie zu den autoritären Regimen Marokkos und Jordaniens untersucht Lust-Okar das Verhalten der Opposition in Zeiten schwacher Wirtschaftsleistungen und damit einhergehenden wachsenden Unmut der Bevölkerung. Davon ausgehend, dass die politische Führungselite bestimmt, welche Gegner formal am politischen System teilhaben dürfen, entwickelt Lust-Okar drei Szenarien des „politischen Umfelds“ (*political environment*). In einem nicht geteilten und exklusiven politischen Umfeld darf kein politischer Gegner in der formalen politischen Sphäre wirken. In einem nicht geteilten, aber inklusiven Umfeld nehmen alle politischen Gegner am politischen Geschehen teil. In einem geteilten politischen Umfeld ist es einigen Oppositionellen gestattet, formal am politischen System teilzunehmen, während andere davon ausgeschlossen bleiben.¹⁷⁹

Die Inklusion einiger und die Exklusion anderer Teile der politischen Elite führt laut Lust-Okar zu zwei Arten von Oppositionsgruppen: „loyale“ und „illegale“ Opposition. Die Gruppen können auch hinsichtlich ihrer ideologischen Orientierung unterschieden werden in „Moderate“ und „Radikale“. In einem geteilten politischen Umfeld werden die radikalen Gruppen vom politischen System ausgeschlossen und die moderaten integriert, da die Regierung bei Kompromissen mit der moderaten Opposition die eigene Position weniger gefährdet sieht.¹⁸⁰

In einem geteilten politischen Umfeld verfolgen legale (also loyale) und illegale Opposition nicht die gleichen Interessen. Die loyale Opposition besitzt das Privileg, die Unzufriedenheit der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen und die Regierung

¹⁷⁹ Lust-Okar 2004, S. 160.

¹⁸⁰ Lust-Okar 2004, S. 160.

herauszufordern. Die loyale Opposition besitzt im Vergleich zu anderen Teilen der Opposition bessere Organisationsstrukturen und ihr Mobilisierungspotenzial ist hoch. Im Gegenzug für diese Vorteile zeigt sich die loyale Opposition allerdings damit einverstanden, sich für die Aufrechterhaltung des politischen Systems einzusetzen. Die illegale Opposition besitzt ein geringeres Mobilisierungspotenzial und gewinnt dann an Stärke, wenn ein politischer Konflikt (wie der anwachsende Unmut der Bevölkerung in Wirtschaftskrisen) andauert. Dabei hat sie weniger zu verlieren als die loyale Opposition, wenn sie das politische System zu destabilisieren versucht.¹⁸¹

Lust-Okar schlussfolgert aus diesen Überlegungen, dass sich unterschiedliche Dynamiken des Protestes ergeben, je nachdem, ob das politische Umfeld geteilt ist oder nicht. In einem geteilten Umfeld nutzt die loyale Opposition die frühen Phasen einer politischen Krise, um die Bevölkerung zu mobilisieren und Forderungen gegenüber der Regierung zu stellen. Der illegalen, radikalen Opposition fehlt das Mobilisierungspotenzial, um zur selben Zeit eine Protestbewegung zu initiieren. Erst mit Anhalten der Krise nimmt die radikale Opposition an den Demonstrationen teil und gewinnt an Einfluss, so dass sie eigene Forderungen an die Regierung stellt. Die moderate Opposition entscheidet sich nun gegen die Aufrechterhaltung der Proteste, um radikalen Reformbestrebungen entgegenzuwirken. Die loyale Opposition versucht die in der Vergangenheit gestarteten Proteste zu beenden, selbst wenn die eigenen Forderungen von der Regierung noch nicht erfüllt wurden.¹⁸²

In einem ungeteilten politischen Umfeld halten die Oppositionsgruppen die Mobilisierung der Bevölkerung mit Fortdauer der wirtschaftlichen Krise aufrecht. Nachdem die Opposition beschlossen hat, gegen die Regierung mobil zu machen, wird sie den Protest so lange fortführen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Die Möglichkeit, dass es äußerst unterschiedliche Gruppierungen innerhalb der Opposition gibt, ändert daran nichts. Dass mehrere Gruppen die Regierung herausfordern, hindert keine Gruppe daran, es selbst zu versuchen. Moderate Oppositionsgruppen mobilisieren also auch dann weiter die Bevölkerung, wenn radikale Gruppen hinzustoßen und eigene, radikalere Forderungen formulieren.¹⁸³

¹⁸¹ Lust-Okar 2004, S. 161.

¹⁸² Lust-Okar 2004, S. 161.

¹⁸³ Lust-Okar 2004, S. 161.

Lust-Okar macht im Unterschied zu Albrecht die Perspektive der Opposition zum Kern des Forschungsinteresses, jedoch werden dabei Einstellungen und Beziehungen der Opposition zur Regierung nicht ausreichend beleuchtet – gerade diese Verhältnisse prägen jedoch die Genese und Handlungsweise der verschiedenen Oppositionsgruppen. Ihr Konzept vom „politischen Umfeld“ veranschaulicht (nochmals), dass nicht von der einen Opposition generell gesprochen werden kann, sondern eine Vielzahl von Akteuren und Interessen im Raum stehen. Während die Ausgestaltung des politischen Umfelds geprägt wird durch die Einflussnahme der Regierung, soll in der vorliegenden Arbeit von einem „Geflecht“ der oppositionellen Akteure ausgegangen werden. In diesem Geflecht bestehen bestimmte Verbindungen zwischen den Oppositionsakteuren und Knotenpunkte, auf die mehrere oppositionelle Pfade zulaufen. Welche Bedeutung verschiedene Muster in diesem Geflecht haben, welche Spannungen und Erschütterungen darin enthalten sind, soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersucht werden.¹⁸⁴

¹⁸⁴ Ferner bleibt die Analyse des Fallbeispiels nicht wie bei Lust-Okar auf Phasen wirtschaftlicher Schwäche beschränkt.

2.4 Methodik

Die vorliegende Arbeit fällt in den Bereich der qualitativen Sozialforschung. Als explorative Fallstudie unterstützt sie die Abgrenzung des Untersuchungsbereiches (Opposition in autoritären Regimen) und bereitet weitere Hypothesenbildung vor. Die Arbeit leistet theoretische Beiträge zur Typologisierung von Opposition, zur Konzeptionalisierung autoritärer Regime und zur Debatte um Stabilität und Wandel politischer Systeme. Die empirischen Arbeiten umfassen in erster Linie Policy-Analysen und Dokumentenanalysen. Anknüpfend an eigene Vorarbeiten wird das Fallbeispiel Kenia analysiert. Im Zentrum steht die Überprüfung der eigens entwickelten Typologie für Opposition in autoritären Regimen.

Untersuchungsgegenstand ist die jüngere Geschichte der Oppositionslandschaft Kenias bis hin zum Untersuchungszeitraum 1990-2005. Die Wahl des Fallbeispiels und des zeitlichen Rahmens ermöglicht die Analyse der Rolle der Opposition sowohl während einer Umbruchphase des autoritären Regimes (1990-92, einschließlich der Einführung von Mehrparteienwahlen) sowie in drei anschließenden Wahlprozessen (1992, 1997 und die für die Opposition siegreichen Wahlen 2002, welchen einen weiteren Umbruch des im autoritären Regime bedeuten) und zwei Höhepunkten im Verfassungsstreit (1997, 2005). Somit ergeben sich sechs Schlüsselstellen, in denen das Handeln der politischen Opposition vertieft analysiert werden kann. Die Beleuchtung der ersten Jahre nach Machtübernahme der Opposition ist zudem hilfreich, um weitere Rückschlüsse über die politische Opposition anzustellen.¹⁸⁵

2.4.1 Ziele

Die Erforschung autoritären Regime erfolgt in der vorliegenden Arbeit unter besonderer Berücksichtigung

- der nicht herrschenden politischen Akteure – der politischen Opposition
- des gewandelten Pluralismus in autoritären Regimen nach 1990
- einer neuen Typologie zur Erschließung der politischen Opposition
- des Wirkens einzelner Oppositionsgruppen auf die Regierung

¹⁸⁵ Die Wahlen 2007 erregen im Zuge der Gewalteskalation internationales Aufsehen. Sie werfen auch für die Forschung wesentliche Fragen auf, welche den Rahmen der vorliegenden Arbeit jedoch übersteigen.

- der Beziehung der Oppositionsakteure zueinander (Oppositionsgeflecht)
- der Konsequenzen von bestimmten Oppositionsgeflechten für die Konversion des Regimes
- des subsaharischen Afrikas mit Fokus auf das Fallbeispiel Kenia.

Ziel 1: Konzeptionelle und empirische Erschließung von Opposition in autoritären Regimen

Mit Hilfe der eigens entwickelten Typologie für Opposition in autoritären Regimen werden die empirischen Phänomene konzeptionell erschlossen. Ziel ist es, die Arbeitsfähigkeit und Nützlichkeit der Typologie von Opposition in der Forschungspraxis zu überprüfen und zu verbessern. Es soll nachgewiesen werden, dass mit Hilfe der entwickelten Idealtypen das Wirken der Opposition in autoritären Regimen erklärt werden kann.

Ziel 2: Bestimmung der Rolle und Funktion von Opposition in autoritären Regimen

Der eingeschränkte Pluralismus in autoritären Regimen gibt Raum für regierungsunabhängige Opposition. Dabei prägen sich Oppositionsgruppen auf vielfältige Weise aus. Ziel ist es, das unterschiedliche Wirken der Opposition hinsichtlich der Legitimierung und somit auch der Stabilität von autoritären Regimen zu bestimmen. Es soll gezeigt werden, welche Rolle die jeweiligen Oppositionsgruppen sowohl während kontinuierlicher Regierungsdominanz als auch im Falle einer Konversion des Regimes spielen.¹⁸⁶

Ziel 3: Analyse der Wechselwirkung von Opposition in autoritären Regimen

Der Handlungsspielraum der Opposition wird durch den eingeschränkten Pluralismus autoritärer Regime bedingt. Darüber hinaus nehmen die Oppositionstypen Einfluss aufeinander. Sie bilden ein Oppositionsgeflecht. Ziel ist es, die Interdependenz der verschiedenen Oppositionstypen aufzuzeigen. Ferner soll nachgewiesen werden, dass eine bestimmte Konstellation der unterschiedlichen Oppositionstypen eine

¹⁸⁶ „Konversion“ beinhaltet die Umwandlung des Regimes, wobei der autoritäre Charakter aufrecht erhalten bleibt. Eine solche relevante Umwandlung findet statt, wenn die autoritäre Führungselite von der Opposition abgelöst wird oder eine wesentliche Reform des Regimes stattfindet. Diese Ereignisse bedeuten eine grundlegende Veränderung des autoritären Regimes – sie sind jedoch nicht mit der Transition bzw. Transformation des Regimes in einen anderen Typ (zum Beispiel demokratisches Regime) gleichzusetzen.

Konversion des autoritären Regimes bewirkt (Herrschaftswechsel bzw. wesentliche Reform der Verfassung).

Mit den oben gesetzten Zielen wird die gegenwärtige Autoritarismusforschung um einen wichtigen Beitrag ergänzt: Im Zentrum steht eine elitenorientierte Typologie zu Opposition in autoritären Regimen. Durch die konzeptionelle Beschäftigung mit Opposition sowie deren empirische Erschließung am Beispiel Kenias soll zum weiteren Verständnis autoritärer Regime im 21. Jahrhundert beigetragen werden.

2.4.2 Forschungsfragen

- Welche Oppositionstypen können in autoritären Regimen identifiziert werden?

Die politische Opposition in autoritären Regimen kann nicht als homogener kollektiver Akteur begriffen werden, gleichzeitig fehlt eine systematische Erfassung der Oppositionsakteure. Wie kann die politische Opposition konzeptionell erfasst werden? Und wie stellen sich die Beziehungen zwischen den Oppositionsakteuren und gegenüber der Regierung dar?

- Welche Rolle spielt die politische Opposition im autoritären Regime Kenias?

Wie wirken sich die Veränderungen nach 1990 auf die kenianische Opposition aus? Versucht die Opposition die Demokratisierung des Regimes stetig voranzutreiben und die Regierung abzulösen,¹⁸⁷ wie für den kompetitiven und elektoralen Autoritarismus nach Levitsky/Way bzw. Schedler beschrieben? Oder unterstützt sie die Regierung, das autoritäre Regime zu stabilisieren wie von Albrecht für den Fall Ägypten beobachtet?

- Unter welchen Bedingungen bewirkt die politische Opposition eine Konversion des autoritären Regimes?

¹⁸⁷ Unter „Regime“ wird hier mit Fishman verstanden „formal and informal organization of the center of political power, and of its relations to the broader society“, vgl. Fishman 1990.

Die politische Opposition besteht aus verschiedenen Akteuren mit unterschiedlichen Motiven und Möglichkeiten. Welchen Einfluss haben die oppositionellen Gruppen auf einen Herrschaftswechsel? Welchen auf die Reform der Verfassung?

2.4.3 Abgrenzung des Oppositionsbegriffes

Der Verwendung des Begriffes Opposition für die Regierungsgegner in autoritären Regimen wurde in der Vergangenheit widersprochen. Oberreuter will unter Opposition „eine abgrenzbare Position im Willensbildungsprozess entwickelter und stabilisierter, heute mit Sicherheit demokratischer politischer Systeme“ verstanden wissen.¹⁸⁸ Ob der Oppositionsbegriff auch auf nicht-demokratische Regime anwendbar ist, ist nicht nur eine Frage der verfassungsrechtlichen Grundlage und den politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern betrifft auch den Charakter der Opposition selbst, so die Kritiker. Sobald oppositionelles Handeln durch das politische System nicht legitimiert ist, nimmt es die Form von Widerstand (bis hin zur Revolution) an. Ein Oppositionsbegriff, der nicht zwischen legaler Opposition und politischem Widerstand unterscheidet, macht sich aus historischer Sicht angreifbar: „Ideengeschichtlich entwickelte sich das Konzept der politischen Opposition zwar aus dem mittelalterlichen Widerstandsrecht. Im Zuge der neuzeitlichen Entwicklung des Staates und der Gesellschaft zerfiel dieses jedoch in eine Oppositionslehre und eine Revolutionslehre.“¹⁸⁹

Euchner spricht sich für eine Weitung des Oppositionsbegriffes und somit eine Anwendung auch auf nicht-demokratische Regime aus. Andernfalls würde eine Vielfalt von politischen Kräften – von kirchlichen Verbänden über Gewerkschaften bis hin zu Menschenrechtsgruppen – nicht mehr unter die Bezeichnung „Opposition“ fallen, was laut Euchner eine missliche Kluft zwischen politischem Sprachgebrauch und Wissenschaftssprache bedeuten würde. Inwiefern diese Kluft für die politikwissenschaftliche Analyse ernsthaft ein Problem darstellt, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Euchner weist jedoch zu Recht daraufhin, dass aus den Widerstandsgruppen von heute die Opposition (im engeren Sinne) von morgen erwachsen kann. Er fordert daher, den Oppositionsbegriff auch auf „Gruppen und Bewegungen anzuwenden, die in Ländern ohne zureichende politische Freiheitsrechte gegen die herrschenden Verhältnisse Widerstand leisten und um die

¹⁸⁸ Zitiert nach Helms 2002, S. 11.

¹⁸⁹ Helms 2002, S. 12.

Verwirklichung von Bürgerfreiheiten kämpfen.“¹⁹⁰ Voraussetzung ist ein gewisses Niveau der politischen Kultur, sodass ziviler Ungehorsam bis hin zum gewaltsamen Widerstand gegen ein Übermaß menschenrechtswidriger staatlicher Gewalt im Oppositionsbegriff enthalten, gewalttätige Ausschreitungen oder Terrorismus hingegen ausgeschlossen sind.¹⁹¹

Opposition wurde und wird nicht nur in der deutschsprachigen Forschung im engen Zusammenhang mit parlamentarischer Opposition verstanden. Helms konstatiert, dass der Gegensatz zwischen institutioneller Opposition und außerparlamentarischer Opposition die „wichtigste begriffliche-analytische Unterscheidung der älteren Oppositionsliteratur“¹⁹² ist. Insbesondere konservative Autoren, so Helms, vermengten dabei außerparlamentarische Opposition mit Protestverhalten radikaler oder systemfeindlicher Natur, ohne dass eine solche Interpretation im Konzept außerparlamentarischer Opposition von vornherein angelegt ist. Helms schlägt vor, in diesen Fällen von „unkonventionelle[n] Formen politischer Beteiligung“ zu sprechen, solange oppositionelles Handeln fern des Parlaments – wie das Abhalten von Versammlungen und Kundgebungen – nicht der verfassungsrechtlichen Grundlage des politischen Systems zuwider laufen.¹⁹³ Helms spricht sich somit für eine Weitung des Oppositionsbegriffes im Hinblick auf parlamentarische und außerparlamentarische Opposition aus. Der Zusatz am Ende setzt wiederum (wohl) ein demokratisches Regime als Bedingung voraus.

Wie lassen sich nun das traditionelle Verständnis in der Forschung von Opposition und die notwendige Anwendung des Begriffes auch auf autoritäre Regime vereinen? Ein versöhnlicher Kompromiss, der die Verfechter beider Seiten zufrieden stellt, wird wohl nicht zu erreichen sein und ist für die vorliegende Arbeit auch nicht Bedingung. Eine allgemeine Beschreibung von Opposition (wenn auch auf demokratische Regime bezogen) könnte dennoch der erste Schritt zum Brückenschlag sein: „In einem politischen System ist die Realisierbarkeit politischer Freiheit weitgehend bedingt durch die Entfaltungsmöglichkeit und Realisierbarkeit politischer Opposition [...]. Die

¹⁹⁰ Euchner 1993, S. 15.

¹⁹¹ Euchner 1993, S. 15.

¹⁹² Helms 2002, S. 13.

¹⁹³ Helms 2002, S. 14.

Geschichte politischer Freiheit ist zugleich die Geschichte der Organisations- und Wirkungsmöglichkeiten politischer Opposition“.¹⁹⁴

Die Frage der politischen Elite („politische Klasse“, Mosca 1896) ist für die Analyse der Opposition in autoritären Regimen konstitutiv. Mosca unterteilt die Gesellschaft in Nichtelite und Elite, wobei letztere – mit Pareto (1962) – weiter in den regierenden und den nichtregierenden Teil unterschieden wird. Die Opposition kann als nichtregierender Teil der politischen Klasse verstanden werden. Dieser ist sehr heterogen und konkurriert in mehr oder weniger institutioneller Form mit dem regierenden Teil der politischen Klasse um Ressourcen und Machtpositionen.

Opposition wird hier verstanden als organisierter Akteur im öffentlichen Raum, der sich innerhalb der politischen Klasse konzeptionell wie personell als Alternative zur herrschenden Elite positioniert, mit dem letztlichem Ziel, diese abzulösen.¹⁹⁵

Opposition nimmt am politischen Spiel teil und strebt nach Macht, welche verstanden wird als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“¹⁹⁶

2.4.4 Konzept Oppositionstypologie

Im Folgenden werden Untersuchungsdimensionen zur Analyse der Opposition eingeführt.¹⁹⁷ Sie bilden den Rahmen für die Konzeptionierung verschiedener Idealtypen von Opposition. Am Ende muss sich die Typologie daran messen lassen, inwiefern sie das Auftreten und Wirken der Opposition zu erklären hilft. Dabei wird auch bewertet, inwiefern die vorgeschlagenen Untersuchungsdimensionen zielführend und inwieweit die entwickelten Idealtypen zur Interpretation der Empirie von Nutzen sind. Im Sinne des Weber'schen Idealtypus lässt sich das Agieren der

¹⁹⁴ Steffani 1977, S. 427.

¹⁹⁵ Das heißt die politische Herrschaft zu übernehmen: „Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“, Weber 1980, S. 28.

¹⁹⁶ Weber 1980, S. 28.

¹⁹⁷ Ich danke an dieser Stelle Azadeh Zamirirad und Raimund Krämer für sehr produktive Diskussionen der Untersuchungsdimensionen und Idealtypen zur Analyse der politischen Opposition.

Opposition konzeptionell in drei Dimensionen erfassen: Handlungsstatus, Handlungsüberzeugung und Handlungsstrategie.

Dimension: Handlungsstatus

legal ——— alegal ——— illegal

In seiner grundlegenden Arbeit zum Konzept der autoritären Regime macht Linz deutlich, dass der „begrenzte Pluralismus“ Raum für Opposition lässt.¹⁹⁸ Der Status wird durch den Grad der Legalität und der Akzeptanz bestimmt, die die Regierung der Handlung zuschreibt; der Status manifestiert sich nicht allein an der formalen, juristischen Einordnung der Handlung. In seiner Arbeit zur Opposition in autoritären Regimen weist Linz auf Oppositionsgruppen hin, die formal als nicht legal eingestuft, von der Regierung dennoch akzeptiert werden – die sogenannte alegalen Opposition. Zwar akzeptiert die Regierung diese Oppositionsgruppen, doch die Regierung verhindert deren Legalisierung. Gleichzeitig kann die Regierung die alegalen Opposition aufgrund ihrer vorhandenen realen Einflussmöglichkeiten nicht wie die illegale Opposition behandeln. Das heißt: Die Regierung kann die alegalen Opposition weder ignorieren, da die Bedeutung dieser Gruppe in Machtüberlegungen der Regierung mit einbezogen werden müssen, noch kann die Regierung die alegalen Opposition massiv verfolgen, da hierfür die Kosten (zu) hoch sind (Ressourcenaufwand, Gefahr für die Ordnung im Staat, Verlust des Ansehens der Regierung).

Die Unterscheidung der Opposition in legal, illegal und alegal ist charakteristisch für autoritäre Regime.¹⁹⁹ Dies gilt genauso für jene autoritären Regime, die eine Erweiterung des Pluralismus nach 1990 erlebten. Die dreiteilige Unterscheidung der Opposition ist zudem für keinen anderen Regimetyp zutreffend. Demokratische Regime sind rechtsstaatlich organisiert, der Pluralismus offen. Für jeden oppositionellen Akteur gilt dasselbe herrschende Recht und dies gleichermaßen, unabhängig von der jeweiligen politischen Ausrichtung. Eine Opposition, die den Rechtsstaat missachtet und dennoch von der Regierung akzeptiert bzw. geduldet wird (also einen alegalen Handlungsstatus besitzt), ist in einem demokratischen

¹⁹⁸ Dieser Raum existiert erst recht in jenen Beispielen, in denen nach 1990 Mehrparteienwahlen eingeführt werden.

¹⁹⁹ Die Opposition in Form des „politischen Widerstandes“ (wie oben diskutiert) findet sich vor allem im Rahmen der illegalen Opposition wieder.

Regime nicht denkbar. Im Falle totalitärer Regime wird eine Unterscheidung der Opposition hinfällig. Jede Form von Opposition ist im totalitären Regime illegal. Die Frage des Handlungsstatus macht somit nicht nur die Legalität und Akzeptanz des oppositionellen Handelns seitens der Herrschenden deutlich, sie weist zudem auf ein besonderes Charakteristikum autoritärer Regime im Allgemeinen hin.

Die Einordnung des Oppositionshandeln in legal, illegal oder alegal gibt zudem Rückschlüsse über das betrachtete autoritäre Regime im Speziellen. Gerade was die beiden erst genannten Merkmalsausprägungen angeht, hängen diese nicht nur vom Vorgehen der Opposition ab, sondern sind gleichermaßen Ausdruck der herrschenden Strukturen im gegebenen Regime und Abbild der Rezeptionen der politischen Führung. Denn wann eine Opposition als legal oder illegal eingestuft und wann als alegal akzeptiert wird, hängt einzig und allein von der Bewertung durch die Regierung ab. Für die Analyse der Opposition in autoritären Regimen ist die Dimension des Handlungsstatus daher ein elementarer Bestandteil der Typisierung.²⁰⁰

Dimension: Handlungsüberzeugung

visionär ——— pragmatisch ——— egozentrisch

Während die Dimension des Handlungsstatus neben dem Oppositionshandeln auch Auskünfte über das autoritäre Regime und das Verhalten der Regierung gibt, richtet sich die Dimension der Handlungsüberzeugung direkt auf die Position der Opposition. Welche Ziele stehen hinter dem Handeln der Opposition? Worin besteht die Motivation zu opponieren?

Eine visionär geprägte Opposition strebt die Veränderung der politischen Verhältnisse an und hat dafür auch explizit einen Gesellschaftsentwurf. Ihre Ziele sind mit den Verfassungsregeln des gegebenen Systems nicht vereinbar.²⁰¹ Ihr gegenüber steht die egozentrische Opposition, deren Vertreter sich primär selbst bereichern will, losgelöst von Überlegungen zu den politischen Verhältnissen. Zwischen diesen Polen wird die pragmatische Handlungsüberzeugung verortet. Oppositionsgruppen mit pragmatischer Handlungsüberzeugung besitzen nur in einem bestimmten Maß

²⁰⁰ Dass mit dem Handlungsstatus der Opposition gleichzeitig ein wesentliches Merkmal autoritärer Regime zum Tragen kommt, bedeutet nicht, dass die Typologie zwangsläufig nur auf diesen Regimetyp angewendet werden kann.

²⁰¹ Die visionäre Opposition kommt Kirchheimers „Opposition aus Prinzip“ sehr nahe, vgl. Kirchheimer 1967, S. 251.

eigene Vorstellungen zur Veränderung des Regimes; für ihr politisches Handeln sind zugleich eigene Interessen und Karrierepläne von Bedeutung. Sie versuchen, pragmatische Lösungen für aktuelle Probleme zu finden. Während es der visionären Opposition um „alles“ geht und sich die egozentrische Opposition nur auf „sich selbst“ konzentriert, kümmert sich die pragmatische Opposition um die „Sache“.

Die Überzeugung, die hinter einem bestimmten Handeln steht, lässt sich nicht so eindeutig ablesen, wie etwa der legale Status einer oppositionellen Gruppe. Selbstbeschreibungen der Opposition geben an dieser Stelle auch keine Gewissheiten. Die hintergründige Handlungsüberzeugung ist neben Antrieb des Handelns auch Ausdruck der Einstellung der Opposition gegenüber dem autoritären Regime. Diese Einstellungen werden im Verlaufe oppositioneller Handlungen erkennbar. Keine egozentrische Opposition wird Risiken eingehen (wie die Teilnahme an einer verbotenen Demonstration), wenn sich daraus nicht individuelle Vorteile ergeben. Ebenso wenig wird die visionäre Opposition ihre politischen Forderungen nach Veränderung gegen monetäre Anreize eintauschen.

In letzter Konsequenz kann es nie eine vollständige Klarheit darüber geben, warum eine Handlung begonnen wurde. Diese Frage beschäftigt die praktische Philosophie seit ihren Anfängen. Ist die Handlungsüberzeugung als Dimension für die Analyse schließlich unnütz? Mitnichten. Wer das Auftreten und Wirken der Opposition untersucht, muss sich mit den (Hinter-)Gründen des oppositionellen Handelns befassen. Die Handlungsüberzeugung gibt dem Agieren der Opposition Orientierung. Und selbst wenn die vertretenen Überzeugungen von den Akteuren nicht vollumfänglich auch verinnerlicht werden, die Akteure womöglich eine Rolle einnehmen, so prägen diese Überzeugungen das Handeln im Rahmen der etwaigen Rolle und tragen somit zur Verortung des Akteurs im Oppositionsgeflecht und seinem Wirken im autoritären Regime bei.

Dimension: Handlungsstrategie

kooperativ — konkurrierend — konfrontativ

Für das Handeln der Opposition in autoritären Regimen wird eine beobachtbare Strategie angenommen. Diese Annahme stützt sich darauf, dass die Arbeit der Opposition im eingeschränkten Pluralismus wie oben dargestellt einigen spezifischen Herausforderungen unterliegt. Neben diesen Hindernissen birgt das

Oppositionshandeln ebenfalls Gefahren in Form von Repressionen durch die Regierung. Das Engagement als Opposition ist demnach kein Unterfangen, das die Akteure leichtfertig in Angriff nehmen, es bedarf der Organisation und Planung. Um als Opposition Erfolg zu haben, bedarf es zudem strategischer Überlegungen und selbst wenn diese nicht bis ins letzte Detail ausgearbeitet und formuliert sein sollten, wird ein Kurs des Handelns der Opposition erkennbar sein, der hier als Strategie identifiziert werden soll.

Die Strategie der Opposition zielt entweder auf eine Zusammenarbeit mit der Regierung oder besteht auf eine Entgegensetzung zur Regierung. Kooperation erfolgt entweder angesichts der grundsätzlichen Übereinstimmung der Opposition mit der Regierung oder sie ist Ergebnis einer Nutzenkalkulation der Opposition. Der gegenüberliegende Pol zur Kooperation ist der gewaltsame Kampf. Verfolgt eine Oppositionsgruppe diese Strategie, ist sie zu keinen Verhandlungen mit der Regierung bereit. Die gewaltvolle Konfrontation zwischen Opposition und Regierung kann die Eliminierung beteiligter Akteure zur Folge haben. Zwischen diesen Polen befindet sich die konkurrierende Handlungsstrategie. Die Opposition strebt die Ablösung der Regierung im Rahmen des politischen Wettbewerbes an, welcher durch den eingeschränkten Pluralismus bedingt wird.

Welche Strategie die Opposition erfolgt, wird unter anderem von der Handlungsüberzeugung, den Motiven und angestrebten Zielen, beeinflusst. Strategie und Überzeugung sind aber nicht identisch. Zudem wird bei der Auswahl der Strategie – welche Ziele sollen erreicht werden, welche Mittel sind dafür zu ergreifen – vom eingeschränkten Pluralismus bedingt. Von ihm hängt ab, unter welchen (offiziellen und inoffiziellen) Rahmenbedingungen die Opposition handeln kann und unter Umständen welche Ressourcen ihr dafür zur Verfügung stehen. Schließlich nimmt der Führungsstil der Herrschenden ebenfalls Einfluss auf die strategischen Entscheidungen der Opposition.

Schließlich beeinflusst auch der Handlungsstatus der Opposition die Strategie des Handelns. Dies jedoch nicht derart, als dass sich aus dem Status allein die ausgewählte Strategie ergibt; wie unten noch dargestellt wird, können sich hier wesentliche Unterschiede ergeben. Ich folge an dieser Stelle also nicht der Auffassung von Blondel, dass Ziele und Strategien der Opposition als eine Variable verstanden werden können. Zu den Gründen siehe insbesondere folgenden Abschnitt zur Beziehung der Untersuchungsdimensionen untereinander.

Handlungsstatus, Handlungsüberzeugung und Handlungsstrategie bedingen einander, das eine lässt sich jedoch nicht durch das andere vollständig erschließen. Die drei Dimensionen existieren eigenständig. Sie machen das Oppositionshandeln erklärbar und spannen den Raum auf, in dem verschiedene Typen von Opposition verortet werden können.

2.4.5 Beziehung von Handlungsstatus, Handlungsüberzeugung und Handlungsstrategie

Mit Hilfe der dargestellten Dimensionen sollen für die Analyse spezifische Oppositionstypen definiert werden. Rein theoretisch erlauben die skizzierten Merkmalsausprägungen 27 Kombinationen und somit vermeintlich genauso viele verschiedene Oppositionstypen. Davon abgesehen, dass dies eine für die Untersuchung ungeeignet große Zahl an Typen ist, sollte die Entwicklung der Oppositionstypen weniger „ausgezählt“ als vielmehr argumentiert werden. Hierzu ist es ratsam, das Zusammenwirken der verschiedenen Dimensionen noch einmal genauer zu betrachten, bevor die für die Untersuchung relevanten Oppositionstypen hergeleitet werden.

<u>Gegenüberstellung der Dimensionen Handlungsstatus und -überzeugung</u>			
	legal	alegal	illegal
Visionär Veränderung der Verhältnisse	V	V	V
Pragmatisch Erhaltung der Verhältnisse	V	X	X
Egozentrisch Ignorierung der Verhältnisse	V	V	X

*Tabelle 2: Gegenüberstellung der Dimensionen Handlungsstatus und -überzeugung
Quelle: Eigene Darstellung.*

Zur Beziehung von Handlungsstatus und Handlungsüberzeugung kann festgehalten werden, dass für die legale und alegalen Opposition prinzipiell jede Handlungsüberzeugung denkbar ist. Die Existenz einer legalen und visionären Opposition wäre sicherlich ein Indiz für ein autoritäres Regime mit größerer politischer Offenheit als andere.

In einem ersten Schritt zur Straffung des Konzeptes wurden wie in der Tabelle erkennbar die Kombinationsmöglichkeiten für die illegalen Oppositionstypen beschränkt. Es ist nicht plausibel, warum eine pragmatische Oppositionsgruppe von der Regierung als illegal eingestuft werden sollte, wenn diese Gruppe sich vor allem für die Lösung von Sachfragen einsetzt. Das Verbot einer oppositionellen Gruppe und die Verfolgung dieses Verbotes sind für die Herrschenden mit einem (mitunter hohen) Aufwand verbunden. Eine pragmatische Opposition stellt für die Regierung jedoch keine direkte Gefahr für die eigene Machtposition dar und es erscheint aus Sicht der Regierung strategisch klüger, eine solche Opposition zu integrieren statt zu verfolgen. Das Verbot der pragmatischen Opposition hätte wenn dann keinen politischen Hintergrund, somit wäre die Untersuchung eines solchen (zumindest denkbaren) Oppositionstypen für die vorliegende Arbeit zweitrangig. Ähnliches gilt für die alegalen pragmatischen Opposition, weshalb auch diese Kombinationsmöglichkeit gestrichen wurde.

Die Gegenwart einer illegalen und egozentrischen Opposition wird für die Untersuchung ausgeschlossen. Warum sollte die Regierung eine einzig auf sich selbst bezogene Oppositionsgruppe verbieten und die Kosten dafür in Kauf nehmen? Eine egozentrische Opposition sucht Bereicherung und ignoriert die politischen Verhältnisse. Zugegeben, die Bereicherung – sei sie nun finanziell oder gar ideell – könnte diese Oppositionsgruppe durch die Einnahme der politischen Führung erzielen. Wie oben beschrieben, birgt die Teilnahme am politischen Wettbewerb in autoritären Regimen aber Gefahren. Wozu also ein solches Risiko? Zumal eine illegale und egozentrische Opposition Schwierigkeiten haben dürfte, Unterstützung aus der Bevölkerung zu mobilisieren. Sollte die egozentrische Opposition dennoch über die Ressourcen verfügen, eine Gefahr für die Regierung darzustellen und somit in den Machtüberlegungen der Regierung eine Rolle spielen, so wäre sie nicht als illegal einzustufen. Entweder die Regierung duldet diese egozentrische Opposition als alegal, um eine Eskalation des Konfliktes zu vermeiden oder sie wird versuchen sie zu kooptieren.

<u>Gegenüberstellung der Dimensionen Handlungsüberzeugung und -strategie</u>			
	visionär	pragmatisch	egozentrisch
Kooperativ Übereinstimmung	X	V	V
Konkurrierend Wettstreit	V	V	V
Konfrontativ offener Konflikt	V	X	X

*Tabelle 3: Gegenüberstellung der Dimensionen Handlungsüberzeugung und -strategie
Quelle: Eigene Darstellung.*

Eine konkurrierende Handlungsstrategie ist im Zusammenhang mit jeder Handlungsüberzeugung denkbar. Für eine Kooperation mit der Regierung entscheiden sich wenn dann nur die pragmatische und die egozentrische Opposition – erstere, um somit anliegende Probleme zu lösen, letztere, um sich selbst zu bereichern. Dass die visionäre Opposition mit der Regierung kooperiert, widerspräche den eigenen Ansprüchen, grundlegende Veränderungen der politischen Verhältnisse zu erwirken und bedeutete gleichzeitig ein Glaubwürdigkeitsproblem gegenüber den eigenen Unterstützern.²⁰²

Eine konfrontative Handlungsstrategie wird nur für die visionäre Opposition angenommen. Im Bestreben, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse im autoritären Regime grundlegend zu verändern, greift die visionäre Opposition (unter Umständen) auf Mittel des offenen Konfliktes zurück. Einen solchen Kampf werden die pragmatische und die egozentrische Opposition nicht austragen. Die eigenen politischen Vorstellungen zur Veränderung des autoritären Regimes der pragmatischen Opposition reichen nicht aus, einen offenen Konflikt mit seinen vitalen Bedrohungen zu provozieren. Die mit einem solchen Konflikt verbundene ungewisse Perspektive schließt es als Mittel zur Lösung aktueller Sachfragen

²⁰² Aus der Praxis dürften Beispiele bekannt sein, in denen eine auf Veränderung drängende Opposition in einem Zwischenschritt Kompromisse mit der Regierung eingeht, um einen wenn auch abgeschwächten Teilerfolg zu erreichen. In der idealtypischen Konzeption spielen solche vermischten Strategien jedoch keine Rolle.

ebenfalls aus. Es leuchtet nicht ein, wieso die egozentrische Opposition eine konfrontative Strategie verfolgen sollte. Zum einen dürfte es ihr schwer fallen, für eine solche Strategie Unterstützer zu mobilisieren. Zum anderen stellt sich die Frage, was eine reine Selbstbereicherung durch einen gewaltvollen Konflikt darstellt? Dies erinnert eher an Piraten oder Kriegsfürsten. Solche Konflikte sind nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung der politischen Auseinandersetzung von Regierung und Opposition.

Gegenüberstellung der Dimensionen Handlungsstatus und -strategie

	legal	alegal	illegal
Kooperativ Übereinstimmung	v	x	x
Konkurrierend Wettstreit	v	v	x
Konfrontativ offener Konflikt	x	x	v

*Tabelle 4: Gegenüberstellung der Dimensionen Handlungsstatus und -strategie
Quelle: Eigene Darstellung.*

Die möglichen Handlungsstrategien der legalen Opposition stellen sich wie folgt dar. Der legalen Opposition obliegt es, sich für eine kooperative oder konkurrierende Strategie zu entscheiden. Eine gewaltvolle Konfrontation der Regierung bedeutete eine Gefährdung des Handlungsstatus und erscheint somit nicht sinnvoll.

Diese Wahlmöglichkeit besitzt die illegale Opposition nicht. Ihr Handlungsstatus verhindert die Konkurrenz mit der Regierung, eine solche Strategie kann sie somit nicht verfolgen. Eine Kooperation zwischen Regierung und illegaler Opposition ist ausgeschlossen, da letztere nicht von der Regierung akzeptiert wird. Der illegalen Opposition steht dementsprechend die konfrontative Handlungsstrategie offen. Diese ist für die illegale Opposition nicht *per se* konstitutiv, letztlich aber Ergebnis der gegebenen politischen Rahmenbedingungen.

Die alegalen Opposition sieht sich wie von Linz beschrieben einer gewissen Ambivalenz ausgesetzt. Dies spiegelt sich in den möglichen Handlungsstrategien wider. Mit einer konfrontativen Handlungsstrategie würde die alegalen Opposition ihren Status und die damit verbundene Privilegien riskieren. Eine Kooperation mit der Regierung würde hingegen eine Verschärfung des ohnehin schon bestehenden Glaubwürdigkeitsproblems bedeuten und wäre somit ebenso wenig sinnvoll. Ihr bleibt schließlich der Konkurrenzkampf mit der Regierung, auch wenn unter erschwerten Bedingungen, ohne die Möglichkeit, am offiziellen politischen Wettbewerb teilzunehmen.

Abschließend kann konstatiert werden, dass die entwickelten Untersuchungskategorien eine konzeptionelle Vielfalt im Bereich der legalen Opposition erlauben. Dies gilt nicht mehr für die alegalen und illegale Opposition. Wie sich dies auf die Bildung möglicher Oppositionstypen auswirkt soll im Folgenden dargestellt werden.

2.4.6 Herleitung der Oppositionstypen

Die Reduzierung der Kombinationsmöglichkeiten verringert die Zahl der potentiellen Oppositionstypen (siehe Schaubild). Die Auswahl der Oppositionstypen muss jedoch auch an dieser Stelle diskutiert, statt lediglich kombiniert werden.

Typ C (siehe Abbildung 1) stellt eine visionäre konkurrierende Opposition dar, die von der Regierung legalisiert wurde. Dieser Oppositionstyp macht der Regierung innerhalb des Systems Konkurrenz und ist Ausdruck einer gewissen politischen Offenheit des autoritären Regimes. Typ A könnte als der Regierung loyal gegenüberstehendes Pendant zu Typ C stehen. Dieser zweite Typus zielt nicht auf die Veränderung des politischen Systems und sucht die Kooperation mit der Regierung, anstatt sie herauszufordern.²⁰³ Als Feinde des autoritären Regimes könnte man die Opposition unter Typ H (illegal, visionär, konfrontativ) bezeichnen, während Typ D als „klassische“ Variante der alegalen Opposition bezeichnet werden könnte: Ziel ist ein verändertes politisches System, weswegen diese oppositionelle Gruppe mit der Regierung konkurriert, allerdings nur mit den Möglichkeiten einer akzeptierten nicht

²⁰³ Die Bedeutung des Attributes „loyal“ wird an dieser Stelle im Vergleich zur Darstellung von Kirchheimer und Steffani variiert. Die Systemkonformität bleibt erhalten, jedoch gilt im Folgenden die Loyalität ebenso gegenüber der Regierung, anders als insbesondere bei Steffani, dessen loyale Opposition die Regierung herausforderte, vgl. Abschnitt 2.2.2.

legalisierten Opposition. Die Oppositionstypen A, C, D und H sind in sich geschlossen und klar voneinander zu unterscheiden. Sie zeichnen ein nachvollziehbares Bild einer potentiellen Oppositionslandschaft und werden für die Oppositionstypologie der vorliegenden Arbeit weiter verwendet. Zur besseren Handhabung der unterschiedlichen Typen, erhalten diese einen schlagwortartigen Titel: Typ A = „Loyalisten“, Typ C = „Herausforderer“, Typ D = „Gegner“ und Typ H = „Feinde“.²⁰⁴

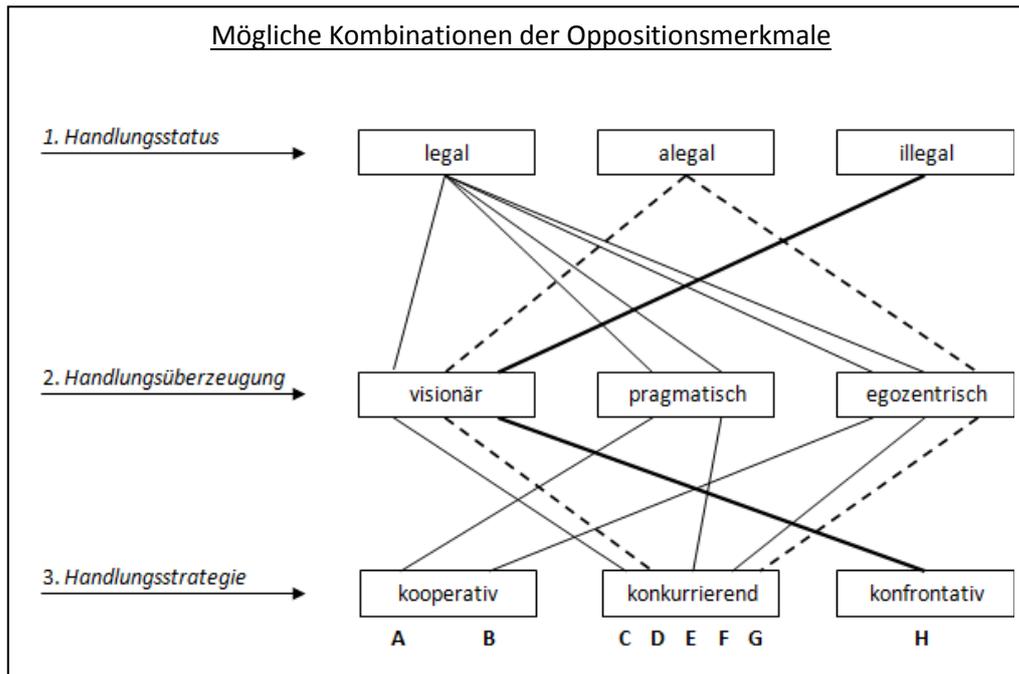


Abbildung 1: Mögliche Kombinationen der Oppositionsmerkmale
Quelle: Eigene Darstellung.

Etwas mehr Diskussion bedürfen die restlichen potentiellen Oppositionstypen. Nach Einschränkung der Kombinationsmöglichkeiten der Merkmalsausprägungen ist eine legale, pragmatische, konkurrierende Opposition (Typ E) im Konzept theoretisch möglich. Doch wie sollte man sich diese Oppositionsgruppe vorstellen? Es würde sich um einen Konkurrenten der Regierung handeln (da konkurrierende Strategie), der jedoch nicht die grundlegende Veränderung des politischen Systems zum Ziele hat. Es besteht also überwiegend Konsens mit der herrschenden Ordnung, dennoch wird die Regierung herausgefordert, um selbst die Geschicke des Staates zu leiten und in

²⁰⁴ „Loyalisten“ könnten mit Linz als Semiopposition (unter Berücksichtigung des veränderten Pluralismus nach 1990) bezeichnet werden, während „Gegner“ wohl dem von Linz gezeichneten Bild der „alegalen Opposition“ sehr nahe kämen. In Albrechts dreiteiliger Beschreibung von spannungsgeladenen Beziehungen wären „Loyalisten“, „Herausforderer“ und „Gegner“ der „Opposition“ zuzurechnen, „Feinde“ entsprächen dem „Widerstand“, vgl. Abschnitt 2.3.5.

einzelnen Sachfragen anders zu handeln als die Regierung. Rechtfertigt diese Motivation das Risiko, den Unmut der Regierung durch Konkurrenz auf sich zu ziehen? Aus Perspektive der eigenen Karrierechancen (die in die pragmatische Handlungsüberzeugung mit einfließt) unter Umständen schon.

Die Lösung bestimmter Sachfragen und einen politischen Aufstieg lassen sich aber genauso gut, wenn nicht besser in Kooperation mit der Regierung erreichen. Es mag sein, dass eine solche Kooperation nicht zu Stande kommt, da die Regierung dieser Oppositionsgruppe nicht genügend politisches Gewicht einräumt und somit von einer Zusammenarbeit nicht profitieren würde. In diesem Falle (mangelnde politische Bedeutung) dürfte es die Opposition unter Typ E aber genauso schwer haben, als Konkurrent Erfolge zu verzeichnen und wäre somit für das Machtgefüge von Regierung und Opposition zu vernachlässigen. Die Regierung kann die Kooperation mit Typ E auch aus anderen Gründen (z. B. personen- oder ethnienbezogene Gründe) verweigern. Typ E ließe sich als abgewiesener „Loyalist“ erfassen. Mit dem Oppositionstyp E wird wie gesehen ein unklares Bild von der Opposition entworfen, das zudem nicht vollkommen nachvollziehbar ist – der Oppositionstyp E wird nicht in die Oppositionstypologie der vorliegenden Arbeit übernommen.

Eine schwer zu fassende oppositionelle Gruppe stellt Typ G dar. Es handelt sich um eine alegalen Opposition mit egozentrischer Handlungsüberzeugung, die mit der Regierung konkurriert. Die Regierung herauszufordern, ohne von ihr legalisiert worden zu sein, ist für jede betreffende Opposition ein riskantes Unterfangen. Dass eine alegalen Opposition mit der Regierung in Konkurrenz tritt, ist bereits bei Typ D beschrieben worden. Hier machte die visionäre Handlungsüberzeugung ein solches Vorgehen plausibel. Weniger nachvollziehbar ist, warum eine alegalen egozentrische Opposition – also ohne eine vergleichbare „politische Mission“ – ein solches Risiko eingehen sollte. Sich durch das System selbst zu bereichern, ohne offiziell Teil des Systems zu sein, scheint ein schwieriges (wenn nicht gar hoffnungsloses) Unterfangen zu sein.

Eine Opposition wie in Typ G fordert die Regierung heraus, ohne einen potentiellen formalen Zugang zur Macht und ohne eine politische Überzeugung im Hintergrund. Die Unterstützung der Bevölkerung für diesen Oppositionstyp ist wenig wahrscheinlich. Woher könnte dennoch die Akzeptanz beziehungsweise Duldung dieses Oppositionstyps durch die Regierung rühren? Womöglich müsste man sich den Typ G als alegalen „Provokateur“ vorstellen, der über entsprechende

Publikationsmittel verfügt, um eine Öffentlichkeit gegen die Regierung zu schaffen. Diesem „Provokateur“ ginge es darum, die Regierung bloß zu stellen, weniger ihren Posten einzunehmen. Ein Vorgehen der Regierung gegen diesen Akteur könnte die Regierung wertvolles Ansehen gegenüber dem In- und Ausland kosten. Gleichzeitig wäre ein solcher Akteur aber kein Teilnehmer im politischen Spiel um die Macht, entspräche nicht mehr der gegebenen Oppositionsdefinition und ist somit für die vorliegende Untersuchung zweitrangig. Letzten Endes lässt der hypothetische Oppositionstyp G zu viele Fragen offen und erscheint zuweilen widersprüchlich. Für die vorliegende Untersuchung ist er nicht von Nutzen.

Die Oppositionstypen B und F weisen eine große Ähnlichkeit auf. Beide sind Teil der legalen Opposition und besitzen eine egozentrische Handlungsüberzeugung. Es stellt sich die Frage, wie bedeutend der Unterschied zwischen diesen beiden legalen Typen ist. Dass die einen kooperieren und die anderen nicht, hängt nicht mit einer unterschiedlichen Überzeugung zusammen, was die beiden Oppositionstypen vom „Wesen“ her trennen würde. Es gibt keine politische Motivation für die unterschiedliche Auswahl der Strategie. Warum sollte also Typ B mit der Regierung kooperieren und Typ F nicht? Dies könnte zum einen daran liegen, dass die Regierung nur Typ B ein Kooperationsangebot unterbreitet (aus welchen Gründen soll an dieser Stelle nicht gemutmaßt werden, denn letztlich stellen beide Oppositionstypen nicht das politische System in Frage). Zum anderen rechnet sich womöglich der Oppositionstyp F durch die Konkurrenz mit der Regierung höhere Chancen auf Erfolg (Selbstbereicherung) aus. Es ist jedoch nicht offensichtlich, warum die Wahl der Handlungsstrategie endgültig sein sollte. Warum sollte Oppositionstyp B nicht die Konkurrenz mit der Regierung suchen, wenn letztere an Stärke verliert? Und warum sollte umgekehrt der Oppositionstyp F nicht eine Kooperation mit der Regierung eingehen, wenn dies zur Selbstbereicherung entschieden beitrüge? Die legale egozentrische Opposition anhand der Handlungsstrategie zu unterscheiden, erscheint daher wenig überzeugend. Sowohl für Oppositionstyp B als auch für Typ F erscheint ein opportunes Handeln plausibel, sodass an dieser Stelle von einem Oppositionstypen ausgegangen wird, dessen Handlungsstrategie variieren kann. Der Typ B und F werden zusammengefasst unter dem Titel „Opportunisten“.²⁰⁵

²⁰⁵ „Opportunisten“ könnten in Linz’ „Semiopposition“ verortet werden, sind hier jedoch nicht mit Sicherheit einzuordnen. Mit Albrecht handelt es sich bei dieser Gruppe um Teile der „Opposition“.

Diese Mischung zweier Typen auf konzeptioneller Ebene sollte möglichst vermieden werden. An dieser Stelle erscheint sie jedoch notwendig und sinnvoll. Zum einen ergibt sich somit ein (noch) homogener Oppositionstyp (legal, egozentrisch, Wahl der Handlungsstrategie auf eigenen Vorteil bedacht). Zum anderen wird die geringe Trennschärfe zwischen zwei Oppositionstypen vermieden und die Stringenz des Konzeptes erhöht.

2.4.7 Idealtypen der Opposition in autoritären Regimen

Für die Bestimmung der politischen Opposition in autoritären Regimen werden Idealtypen gebildet. Diese sind mit Weber als ein „Gedankenbild“ zu verstehen, „welches nicht die historische Wirklichkeit oder gar die ‚eigentliche‘ Wirklichkeit ist“.²⁰⁶ Gleichzeitig soll die Wirklichkeit nicht exemplarisch eingeordnet werden. Der Idealtyp dient als „idealer Grenzbegriff“, mit dessen Hilfe die „Wirklichkeit zur Verdeutlichung bestimmter bedeutsamer Bestandteile ihres empirischen Gehaltes gemessen“ wird.²⁰⁷

Zur Klassifizierung der verschiedenen Oppositionsgruppen werden folgende fünf Idealtypen definiert.

- Loyalisten

„Loyalisten“ gehören zur legalen und akzeptierten Opposition. Sie besitzen eine pragmatische Handlungsüberzeugung, die weitestgehend mit dem Selbstverständnis der Regierung übereinstimmt. Innerhalb der Opposition weisen Loyalisten das höchste Maß an Identifikation mit der Regierung auf. Die loyalistische Opposition kooperiert ohne größere Reibungsverluste mit der herrschenden Gruppe. Ziel ist die Teilhabe an der Herrschaft und weniger die Verfolgung des eigenen Herrschaftsanspruches. Loyalisten verhalten sich wie potenzielle Koalitionspartner, nicht wie Konkurrenten.

- Opportunisten

„Opportunisten“ sind Teil der legalen und akzeptierten Opposition. Ihre Handlungsüberzeugung ist eher egozentrisch. Die Handlungsmotivation der

²⁰⁶ Weber 1991, S. 77.

²⁰⁷ Weber 1991, S. 77.

opportunistischen Opposition besteht nicht in der Umsetzung bestimmter politischer Ziele, sondern ist primär von der individuellen Nutzenkalkulation abhängig. Im Ergebnis strebt die opportunistische Opposition nicht nach einer Verbesserung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, sondern nach einer profitablen Positionierung im Klientelnetzwerk der Regierung bzw. nach alternativen Wegen der Selbstbereicherung. Je nach Verhandlungsposition verfolgt die opportunistische Opposition dabei eine kooperative bzw. konkurrierende Strategie gegenüber der Regierung.

- Herausforderer

„Herausforderer“ gehören zur legalen und akzeptierten Opposition. Ihr Handeln ist visionär; Ziel ist eine durch die Herausforderer herbeigeführte Veränderung der politischen Verhältnisse. Herausforderer zeigen wenig Bereitschaft zur Kooperation mit der Regierung, denn sie verstehen sich als Alternative. Herausforderer kanalisieren und entradikalisieren dabei die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Ferner übernehmen Herausforderer nach Möglichkeit die Aufgaben, die Regierung zu kritisieren oder gar zu kontrollieren. Der Charakter des Wettbewerbs zwischen Regierung und Herausforderer wird durch den eingeschränkten Pluralismus des autoritären Regimes bedingt und kann verschiedene Formen annehmen.

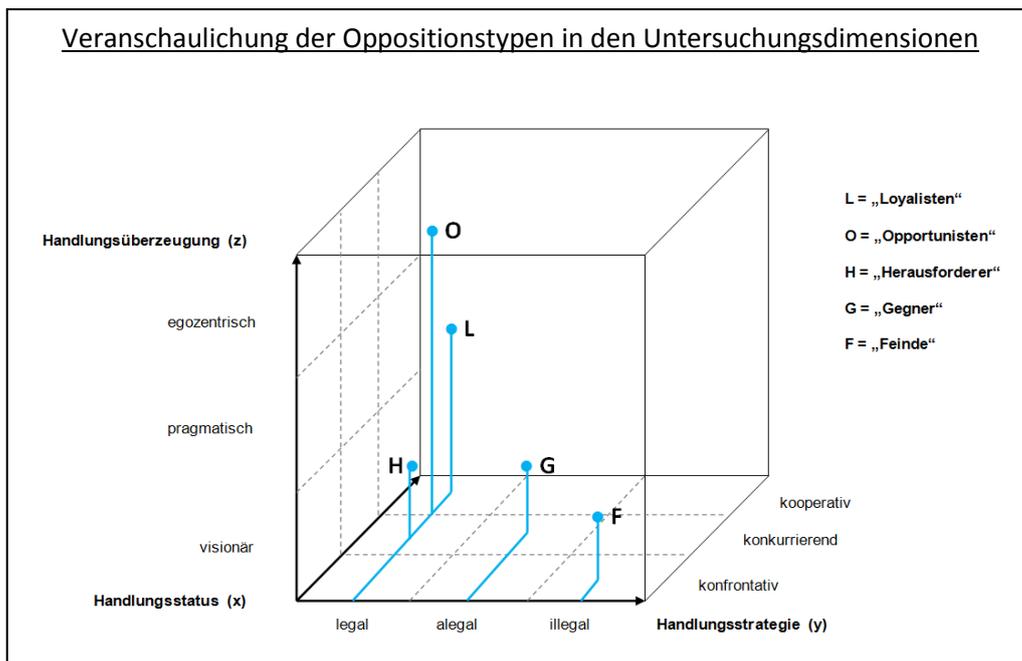
- Gegner

„Gegner“ sind formal nicht legalisierte Oppositionsgruppen, werden jedoch von der Regierung akzeptiert; ihr Status ist alegal. Gegner besitzen eine visionäre Handlungsüberzeugung und zielen auf die Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse ab. Sie versuchen aufgrund ihrer gegebenen Einflussmöglichkeiten, Druck auf die Regierung auszuüben. Sie besitzen eine Führungsrolle bei einem potenziellen Herrschaftswechsel. Die rivalisierende Handlungsstrategie wird in der Praxis durch den alegalen Status beschränkt: Zum einen würden Gegner ihren Status als akzeptierte Opposition durch eine offene, gewaltvolle Auseinandersetzung mit der Regierung riskieren. Zum anderen können Gegner die Regierung nicht in einem legalen Wettbewerb herausfordern.

- Feinde

„Feinde“ sind illegale und von der Regierung nicht akzeptierte Oppositionsgruppen. Sie besitzen eine visionäre Handlungsüberzeugung. Die Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse soll dabei nicht durch Zusammenarbeit mit der

Regierung, sondern in Konfrontation erreicht werden. Ebenso wenig nehmen Feinde im eingeschränkten Pluralismus des autoritären Regimes am politischen Wettbewerb teil, um mit der Regierung zu konkurrieren. Die Handlungsstrategie dieses Oppositionstyps besteht in der gewaltvollen Bekämpfung und letztlich Beseitigung der Regierung. Feinde sehen sich mit einer ebenfalls gewaltvollen Verfolgung durch die Regierung konfrontiert, die zu deren Eliminierung führen kann. Sie aggregieren und radikalisieren die Unzufriedenheit der Bevölkerung.



*Abbildung 2: Veranschaulichung der Oppositionstypen in den Untersuchungsdimensionen
Quelle: Eigene Darstellung.*

2.4.8 Hypothesen

Für die empirische Untersuchung werden folgende Hypothesen formuliert:

(1) Beim kenianischen Fallbeispiel handelt es sich im Untersuchungszeitraum 1992-2005 um ein autoritäres Regime.

Der politische Pluralismus wird Anfang der 1990er-Jahre gegenüber der Vergangenheit geöffnet. Die Exekutive dominiert jedoch weiterhin die anderen Gewalten und nimmt Einfluss auf den politischen Wettbewerb und die Wahrung der bürgerlichen Freiheiten. Dem Anspruch eines demokratischen Regimes wird nicht entsprochen.

(2) In autoritären Regimen existiert Opposition im Rahmen eines eingeschränkten Pluralismus, der fünf unterscheidbaren Oppositionstypen den Raum bietet, politisch wirksam zu werden.

Anhand von Handlungsstatus, Handlungsüberzeugung und Handlungsstrategie lassen sich fünf Idealtypen von Opposition in autoritären Regimen bestimmen: „Loyalisten“, „Opportunisten“, „Herausforderer“, „Gegner“ und „Feinde“.

Die politische Opposition lässt sich weder als homogener kollektiver Akteur begreifen noch ihr Einfluss eindimensional erfassen. Daher sollen zwei kontrastierende Hypothesen zum Wirken der politischen Opposition in der vorliegenden Arbeit überprüft werden:

(3a) Opposition in autoritären Regimen übernimmt schwächende Funktionen.

Opposition schwächt das autoritäre Regime, indem sie

- die Unzufriedenheit der Bevölkerung aggregiert und artikuliert,
- Gegeneliten jenseits des Herrschaftszentrums rekrutiert und formiert,
- eine Alternative zur Regierung darstellt,
- den Konflikt zwischen politischer Führung und Bevölkerung radikalisiert,
- in ihrer Auseinandersetzung mit der politischen Führung die Grenzen der angenommenen Liberalität des Regimes aufzeigt und somit das Regime delegitimiert.

(3b) Opposition in autoritären Regimen übernimmt Regime stabilisierende Funktionen.

Die Opposition stabilisiert das autoritäre Regime, indem sie

- die Unzufriedenheit der Bevölkerung kanalisiert und entradikalisiert,
- Gegeneliten fern des Herrschaftszentrums kooptiert,
- mit der politischen Führung kooperiert,

- als Zeichen der Liberalität des Regimes gedeutet wird und somit das Regime (auch international) legitimiert.

(4) Kein Oppositionstyp kann allein eine Konversion des autoritären Regimes bewirken. Opposition erreicht nur einen Wechsel aufgrund einer spezifischen Konstellation der Typen innerhalb des Oppositionsgeflechtes.

Im Oppositionsgeflecht variiert die Dominanz einzelner Oppositionstypen in Folge von Konkurrenzkämpfen und der temporären Bildung von Allianzen sowie internationaler/regionaler Entwicklungen. Für die Möglichkeit einer Konversion des Regimes (Herrschaftswechsel, fundamentale Reform)²⁰⁸ wird folgendes angenommen:

- a) Es kommt zu *einer* Konversion des autoritären Regimes, wenn die „Gegner“ das Oppositionsgeflecht dominieren und die „Feinde“ die konfrontative Handlungsstrategie gegenüber der Regierung ungemindert aufrechterhalten und die „Opportunisten“ für sich keine Chancen auf Kooperation mit der Regierung sehen.
- b) Es kommt zu *keiner* Konversion des autoritären Regimes, wenn die „Loyalisten“ das Oppositionsgeflecht dominieren und die „Opportunisten“ weiterhin Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit der Regierung sehen.

²⁰⁸ „Konversion“ beinhaltet die Umwandlung des Regimes, wobei der autoritäre Charakter aufrecht erhalten bleibt. Eine solche relevante Umwandlung findet statt, wenn die autoritäre Führungselite von der Opposition abgelöst wird oder eine wesentliche Reform des Regimes stattfindet. Diese Ereignisse bedeuten eine grundlegende Veränderung des autoritären Regimes – sie sind jedoch nicht mit der Transition bzw. Transformation des Regimes in einen anderen Typ (zum Beispiel demokratisches Regime) gleichzusetzen.

3. Vorbetrachtungen zum Fallbeispiel

Im folgenden Abschnitt soll auf die regionalen Charakteristika des Fallbeispiels Kenia eingegangen werden. Im Vordergrund stehen die Fragen der Staatlichkeit und der Ethnien in Subsahara-Afrika – sie stellen Randbedingungen des Fallbeispiels dar. Es geht hierbei jedoch nicht darum, einen Sonderfall zu deklarieren. Vielmehr ist eine angemessene Kontextualisierung des Fallbeispiels geboten. Im dritten Teil des Abschnittes wird ein Überblick über die politische Herrschaft im Untersuchungszeitraum in anderen Ländern der Region gegeben.²⁰⁹

3.1 Staatlichkeit in Subsahara-Afrika

Das präkoloniale Afrika

Die Geographie präkolonialer Staaten²¹⁰ in Afrika ist geprägt durch weites Land, geringer Bevölkerungsdichte und einer im europäischen Vergleich weniger weit entwickelten Landwirtschaft. Die präkolonialen Staatsführer schreiben dem Territorium wenig Wert zu. Die geringe Produktivität der Landwirtschaft bietet keinen Anreiz zur Besteuerung, die Kosten für die Steuereintreibung würden den Wert des Steueraufkommens übersteigen. Eine kartografische Darstellung des Territoriums erfolgt nicht. Die zentralisierten Regierungen engagieren sich wenig in den peripheren Gebieten des Staates, solange die Tribute entrichtet werden, nicht zuletzt, weil die entlegenen Regionen keine bedeutungsvolle Gefahr für die Sicherheit des Staates darstellen – die Macht der Herrscher nimmt mit Abstand zum Zentrum ab. Zahlreiche präkoloniale Staaten sind sehr dynamisch hinsichtlich Form und Größe. In weiten Teilen Afrikas unterliegen die ethnische Zusammensetzung des

²⁰⁹ Zum Überblickscharakter des Abschnittes gehört, dass die Komplexität der Fragen nach der Staatlichkeit und der Ethnien sowie der politischen Entwicklung in anderen Ländern nur aufgezeigt werden kann und nicht der Versuch unternommen wird, diese auch zu entschlüsseln.

²¹⁰ Die Verwendung des Begriffes Staat wirft im Folgenden Schwierigkeiten auf. Wie zu sehen sein wird, existieren einige Unterschiede in der Entwicklung der Staatlichkeit in Subsahara-Afrika verglichen mit der europäischen Geschichte. Zudem ist mindestens diskutabel, ob für die präkoloniale und koloniale Phase von einem Staat im weberschen Sinne die Rede sein kann, wenn nicht sogar auch für die postkoloniale Zeit. Der Überblickscharakter des folgenden Abschnittes gebietet jedoch eine gewisse Vereinfachung (so wie grundsätzlich auch nicht von *dem* afrikanischen Beispiel oder *der* europäischen Geschichte die Rede sein kann). Auch im Sinne der besseren Lesbarkeit soll die Verwendung von „Staat“ verschiedene Formen und Entwicklungsstufen der Staatlichkeit im folgenden Abschnitt gleichermaßen miteinschließen.

Staates sowie weitere Charakteristika des Staates einem anhaltenden Wechsel, da die politischen Gemeinwesen kontinuierlich kontrahieren und expandieren.²¹¹

Der Herrscher über ein bestimmtes Territorium ist nicht *per se* auch der Herrscher über die darin lebenden Einwohner. Die Dynamik präkolonialer Staaten findet in dem von Herbst als „Primacy of Exit“ beschriebenen Phänomen Ausdruck. Sofern Bevölkerungsgruppen in der Peripherie des Staates in Konflikten mit der Zentralregierung keine einvernehmliche Lösung finden können, fällt es ihnen leichter, das Staatsgebiet zu verlassen als die Regierung zu bekämpfen. Der Kampf um das Hinterland ist für die Regierung zumeist nicht lukrativ, sodass selbiges zuweilen wegbricht. Die fehlende Präsenz der Regierung in den entlegeneren Regionen des Staates hat zur Folge, dass der Besitz und die Kontrolle über Land und Leute divergiert.²¹²

Die Größe des präkolonialen Staates hängt von der Geschwindigkeit ab, mit der Nachrichten übermittelt werden. Nur dort, wo die Regierung Präsenz zeigt und ihre Macht ausübt, kann sie ihre Kontrolle behaupten. Hierzu ist eine schnelle Information über lokale Herausforderungen und zur zügigen Übertragung von Befehlen notwendig. In West-Afrika sind die präkolonialen Staaten größer, da das Gelände den Einsatz von Pferden und Kamelen zur schnelleren Nachrichtenübermittlung erlaubt. Im 19. Jahrhundert beginnen einige Staaten zu expandieren. Dies ist vor allem auf die Teilnahme am internationalen Handel sowie dem Aufkommen von Schusswaffen zurückzuführen. Der Zugang zu Waffen erfolgte ausschließlich in den Handelszentren, was zur weiteren Zentralisierung des Staates beiträgt. Insgesamt entstehen jedoch keine neuen Praktiken und Traditionen was die Expansion und Konsolidierung der Staatsmacht anbelangt. Den großen Staaten und Imperien gelingt es nicht, grundsätzlich andere Systeme zur Kontrolle des Hinterlandes zu entwickeln.²¹³

Die politische Kontrolle im präkolonialen Afrika kann nicht als selbstverständlich erachtet werden, da die geographischen Gegebenheiten die kontinuierliche Geltendmachung der eigenen Autorität über eine signifikante Distanz wesentlich beeinträchtigen. Die präkolonialen Herrscher müssen sowohl Loyalitätsbeziehungen ausbilden als auch auf Gewaltanwendungen zurückgreifen sowie sich um die Ausbildung von Infrastrukturen bemühen, um die formelle politische Kontrolle zu erlangen. Andernfalls ist es für die Bevölkerung sehr einfach, das Staatsgebiet zu

²¹¹ Herbst 2000, S. 37-45.

²¹² Herbst 2000, S. 39f.

²¹³ Herbst 2000, S. 49ff.

verlassen. Die Entkopplung von Landbesitz und -kontrolle erschwert zudem die vollständige Herrschaft über das Territorium.²¹⁴

Die politische Herrschaft im präkolonialen Afrika kann für Herbst nicht als primitiv bezeichnet werden. Im Gegenteil zeigen die präkolonialen Führer ein Bewusstsein für die spezifischen Herausforderungen. „Overall, pre-colonial Africa was a state system without fictions.”²¹⁵ Anstatt Herrschaft über ein Territorium behauptet wird, das die politischen Führer physisch kaum erreichen, entstehen subtile und nuancierte Möglichkeiten der geteilten Souveränität. Die zentrale Regierung behauptet nicht für das gesamte politische Gemeinwesen zu sprechen und unterscheidet weniger in Innen- und Außenpolitik, wenn sie mit anderen Staaten und zuweilen mit deren Bestandteilen verhandelt. In Abhängigkeit von den verschiedenen physischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten auf dem Kontinent weist das präkoloniale Afrika eine Vielfalt von Staatsformen auf. „Rather than simple “primitivism,” these developments reflect an appreciation of how power was actually deployed in pre-colonial Africa. The form and practice of domestic and international politics was in harmony with the challenges posed by the political geography.”²¹⁶

Koloniale Herrschaft

Die Rezeption der Kolonialzeit und der damaligen afrikanischen Staaten fällt in der Wissenschaft unterschiedlich aus. Während auf der einen Seite die geringe Größe der kolonialen Verwaltungen ins Zentrum der Forschung gestellt wird, fokussieren andere Arbeiten die Auswirkungen der Herrschaft durch Zwang auf die sozialen Systeme vor Ort bzw. die veränderte Herrschaftsausübung der Europäer, die keine (traditionelle) direkte Herrschaft ausüben konnten. Herbst geht jedoch nicht davon aus, dass die europäische Herrschaft einen fundamentalen Bruch mit der bisherigen Herrschaftsausübung bedeutet, selbst in Anbetracht wesentlicher Veränderungen (Einführung eines Grenzsystems und neuer Wirtschaftszweige basierend auf Minenarbeit und Erwerbsanbau, Ausbau der Infrastrukturen zu Handelszwecken und die Einfuhr anderer Religionen, Sprachen und kulturellen Praktiken).²¹⁷

²¹⁴ Herbst 2000, S. 41.

²¹⁵ Herbst 2000, S. 55.

²¹⁶ Herbst 2000, S. 55.

²¹⁷ Herbst 2000, S. 58-61.

Wesentlicher Markstein bildet die Berlin-Konferenz im Jahre 1885, auf der die europäischen Kolonialmächte über die Verteilung der afrikanischen Territorien entscheiden, dem sogenannten *Scramble for Africa*. Noch zwanzig Jahre zuvor existierte vor allem seitens Großbritanniens keine Vision für einen Machtausbau auf dem afrikanischen Kontinent. Vor 1885 wurde nur ein sehr kleines Gebiet über die Küste hinaus formell von den Kolonisatoren kontrolliert, das Inland blieb weitgehend unbekannt. Das Desinteresse lässt sich hauptsächlich auf die mangelnden wirtschaftlichen Möglichkeiten sowie die hohen Sterberaten der europäischen Kolonisten zurückführen. Im 19. Jahrhundert treten die Europäer lediglich als ein weiterer Händler auf dem Kontinent in Erscheinung.²¹⁸

Das 1885 stattfindende Gedränge der europäischen Mächte ist in Anbetracht dieser Tatsachen nicht leicht erklärt. Zu den notwendigen Entwicklungen für den Ausbau der Kolonisationsbestrebungen gehören neue Technologien, ein Schutz gegen Malaria sowie bessere Waffen. Die gestiegene Motivation für ein Engagement auf dem afrikanischen Kontinent ist auch Ausdruck der herrschenden europäischen Rivalitäten. Darüber hinaus schwand das eroberbare Land, was zur Hysterie, außen vor zu bleiben, beigetragen haben dürfte.²¹⁹ Am erstaunlichsten am *scramble* dürften der späte Zeitpunkt sowie die hohe Geschwindigkeit für die weitere Kolonisation des Kontinentes sein, die ohne ernsthafte Gefechte vonstattenging.²²⁰

So groß der Andrang auf Gebiete in Afrika ist, so gering fallen die Investitionen für den Machtausbau vor Ort aus. Auf der Berlin-Konferenz beschlossen die Europäer, dass die Kontrolle über die Küstenregion genügt, um legitimen Anspruch auf das dahinter befindliche Inland zu erheben. Zuweilen werden Kolonialgebiete nur aus dem Grunde beansprucht, um auf diese Weise den Anspruch anderer zu verhindern. In der Vergangenheit wurde aufgrund der hohen Kosten kein umfangreiches Verwaltungsnetz in den Kolonien aufgebaut, dies ändert sich auch nicht nach 1885, die örtliche Verwaltung wird zum Teil sogar an privatwirtschaftliche Verwaltungen übergeben. Die Beschlüsse der Berlin-Konferenz überlassen es den europäischen

²¹⁸ Eine Ausnahme bildet in dieser Darstellung Südafrika, wo schon früh Bodenschätze gefunden wurden, vgl. Herbst 2000, S. 61-64.

²¹⁹ Dieses Unbehagen kommt womöglich in den Worten des belgischen Königs Leopold II. am besten zum Ausdruck, der einem seiner Gesandten mitteilen ließ: „Wir müssen umsichtig vorgehen, denn wir dürfen keinen Streit mit den Engländern riskieren, uns aber auch nicht die Chance auf ein Stück dieses wundervollen afrikanischen Kuchens (ce magnifique gâteau africain) entgehen lassen.“ Zitiert nach Wesseling 1999, S. 87.

²²⁰ Herbst 2000, S. 64ff.

Staaten zu entscheiden, was unter formeller Herrschaft in den Kolonien zu verstehen sei, der Begriff Protektorat wird zu einem diffusen Ausdruck.²²¹

Die Berlin-Konferenz hat unmittelbar geringen Einfluss auf die Politik in weiten Teilen Afrikas. Die vorgenommene Aufteilung des Kontinents entspricht nicht der politischen Realität. Erfolgt in der europäischen Geschichte Eroberungen bevor Grenzen gezogen wurden, wird in Afrika erst die Karte gezeichnet – 44% der Grenzen sind gerade Linien und entsprechen astrologischen Messungen oder sind parallel zu anderen Gruppen von Linien.²²² Zur Jahrhundertwende 1900 sind die weißen Soldaten und Verwalter zu gering an der Zahl, um die Kolonialgesetze in den Kolonien umzusetzen. Die Kolonialmacht ist zumeist nur in den Städten präsent, Sicherheitskräfte werden kaum etabliert und nur wenige Siedler befinden sich vor Ort. Die Entwicklung der Kolonialherrschaft wird dabei zudem durch den ersten Weltkrieg unterbrochen.²²³

In der Theorie werden die Konturen des Kolonialstaates mit dem Gegensatzpaar „indirekter und direkter Herrschaft“ umrissen,²²⁴ wobei Großbritannien und Belgien zu ersterem und Frankreich und Portugal zu letzterem zu zählen sind. Für Herbst ist eine solch klare Zuteilung nicht möglich, sondern es sind eher vom Einzelfall abhängende Tendenzen wahrnehmbar. Die kolonialen Herrscher vor Ort agieren recht unabhängig und der Kolonialstaat sowie seine Bestandteile besitzen einen substantiellen Grad an Autonomie.²²⁵

Zentrales Merkmal der kolonialen Herrschaft ist die (extreme) Anwendung von Gewalt. Dass die Europäer auf dem afrikanischen Kontinent keine hegemoniale Herrschaft etablieren, führt Herbst auf drei Gründe zurück. Erstens besitzen die Europäer keinen Bedarf eines solchen Machtausbaus, da sie nur an einem geringen Grad an Ordnung und der Verfolgung begrenzter wirtschaftlicher Ziele interessiert sind. Zweitens erzeugen diese Interessen nur eine konfuse und unsystematische Herrschaft. Die Nutzung traditioneller Autoritäten über einen längeren Zeitraum ist drittens dysfunktional und führt zur Zerstörung lokaler Eliten, die ihre Machtgrundlage verloren. Die angestrebte Kooptation lokaler Institutionen führt zu

²²¹ Herbst 2000, S. 67-76.

²²² Herbst 2000, S. 75.

²²³ Herbst 2000, S. 77ff.

²²⁴ Die „indirekte Herrschaft“ zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass lokale Größen von den Kolonialisten zur Herrschaftsausübung genutzt werden. Dabei werden seltener (als in der „direkten Herrschaft“) neue Strukturen und Systeme eingeführt.

²²⁵ Herbst 2000, S. 80ff.

einer Vielzahl diverser Ergebnisse, von der tolerierten Bewahrung bestehender Strukturen über die Entwicklung von Parallelstrukturen bis hin zur Unvereinbarkeit. Die Kolonialmächte wollen bestehende Strukturen nutzen, sind jedoch nicht bereit, diese kontinuierlich anzupassen, wie es in der präkolonialen Ära der Fall war.²²⁶

Die Europäer sind nicht in der Lage, die Kostenstrukturen für den systematischen Herrschaftsausbau gegenüber der präkolonialen Zeit zu verändern. Mit der Berlin-Konferenz entstehen auf dem afrikanischen Kontinent erstmalig strikte Grenzen. Nur aufgrund der Verbindlichkeit dieser Grenzen ist es den europäischen Mächten möglich, lokale Autoritäten auf so unterschiedliche Weise einzusetzen. Die unantastbaren festen Grenzen und das etablierte permanente (unverrückbare) Staatensystem werden zu den wesentlichen Voraussetzungen der Machtkonsolidierung. Die europäischen Kolonisatoren errichten eher Territorialstaaten als Nationalstaaten.²²⁷

Die koloniale Herrschaft weist dabei einige Gemeinsamkeiten mit der präkolonialen Herrschaft auf. So sind die Kolonialstaaten zentralistisch organisiert und die Kolonialmächte ebenfalls vorwiegend in den Städten präsent. Die Kolonialherrscher reisen daher viel innerhalb der Kolonien, um ihre Macht vor Ort auszuüben. Dies erinnert an die präkoloniale Herrschaftsperiode, in der die Reichweite der Macht von den Möglichkeiten der schnellen Kommunikation abhing. Ferner ist Migration auch während der Kolonialzeit ein probates Mittel der Bevölkerung, um unerwünschter Herrschaft zu entgehen.²²⁸

Im Unterschied zur präkolonialen Herrschaft weist die koloniale Herrschaft für Herbst Fiktionen bezüglich des Staates auf. So wird die Herrschaft über ein Gebiet beansprucht, die in der Praxis nicht umgesetzt werden kann. Die strikte Grenzziehung ist nicht das Ergebnis einer souveränen Kontrolle des entsprechenden Territoriums, sondern Resultat einer gemessen am politischen Einfluss willkürlichen Aufteilung des afrikanischen Kontinents durch die europäischen Mächte.

Die präkoloniale Herrschaft in Afrika ist nicht so primitiv wie von den Kolonialisten unterstellt. Die präkolonialen Führer stellen rationale Machtkalkulationen an und sind sich der politischen Realität gewahr. Ihre Macht strahlt von einem Zentrum aus und schwindet mit zunehmender Entfernung davon, sodass mitunter die Bevölkerung

²²⁶ Herbst 2000, S. 91ff.

²²⁷ Herbst 2000, S. 94f.

²²⁸ Herbst 2000, S. 87f.

in der Peripherie auswandert und das Hinterland wegbricht. Die präkolonialen Staaten kontrahieren und expandieren auf dynamische Art und Weise. Die koloniale Herrschaft führt hingegen ein Grenzsystem ein ohne das notwendige Maß an Kontrolle in den Gebieten. Sie belastet und zerstört bestehenden politische und soziale Strukturen durch die Anwendung extremer Gewalt, die Einführung eines neuen Wirtschaftssystems und die Forcierung fremder sozialer und religiöser Praktiken.

Afrikanische Staaten nach der Unabhängigkeit

In den 1960er-Jahren verändert sich die politische Weltkarte nachhaltig. Die Kolonialmächte rücken von ihren Forderungen auf dem afrikanischen Kontinent ab und die ehemaligen Kolonien erklären ihre Unabhängigkeit. Die neuen Präsidenten sprechen sich für die Erhaltung des in der Kolonialzeit geschaffenen Staatensystems aus. Sie haben wenig Interesse an territorialen Konflikten und wünschen nicht, zum dynamischen Staatensystem der präkolonialen Ära mit geteilter Souveränität und weichen Grenzen zurückzukehren. Die politischen Führer treten für den Nationalstaat ein, unabhängig von damit verbundenen Problemen. Alternativen werden nicht in Betracht gezogen auch aufgrund der Tatsache, dass die Unabhängigkeit für alle Protagonisten zu einer unerwarteten Zeit und mit ungeahnter Geschwindigkeit erfolgt. Koloniale Verwaltungsstrukturen werden übernommen, der Sitz der Hauptstadt selten geändert. Pan-afrikanische Bewegungen bleiben insbesondere aufgrund der Eigeninteressen der neuen politischen Führer erfolglos und politische wie wirtschaftliche supranationale Organisationen (wie die *Mali Federation*, die *East African Federation* oder *Senegambia*) scheitern.²²⁹

Herbst konstatiert drei Gründe für die Bewahrung des Grenzsystems. Erstens ist die erneute Grenzziehung schwerlich umzusetzen, bedenkt man die Konflikte, die sich um demografische, ethnografische und typografische Faktoren ergeben.²³⁰ Zweitens sind Grenzen in Abhängigkeit der realen Kontrollen von der politischen Führung nicht erwünscht, weil dadurch die Staaten kleiner ausfielen, die Unsicherheit jedoch

²²⁹ Herbst 2000, S. 101f.

²³⁰ Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass das koloniale Staatensystem konfliktfrei ist.

zunahme. Schließlich stellen Kriege zur Grenzziehung keine Option dar, da sie als zu riskant wahrgenommen werden und das Militär zu schwach und zu klein ist.²³¹

Die Stabilität der Grenzen und das Fortbestehen der Nationalstaaten werden durch das Ausland mitbestimmt. Die internationale Gemeinschaft bevorzugt Nationalstaaten und gewährt nur diesen die Hilfen von UN, IWF, WHO und UNICEF. Die Mitgliedschaft in diesen Organisationen ist ebenfalls an den nationalstaatlichen Status geknüpft.²³² Die Supermächte USA und die Sowjetunion beschützen zudem die von ihnen unterstützten Staaten vor Gefahren, so auch vor Rebellionen im Land. Ferner erklärt die *African Organisation of Unity* (AOU) die Kontrolle über die Hauptstadt als Maßstab für die Souveränität über das gesamte Staatsgebiet. Diese Regelung vereinfacht die Identifizierung des Souveräns, stärkt die politischen Führer an der Macht – und erinnert stark an die Souveränitätsanforderungen im Zuge der Berlin-Konferenz.²³³

Unterschiede zur europäischen Staatenentwicklung

Tilly (1985) untersucht die europäische Entwicklung des Nationalstaates, um die Herausforderungen der gegenwärtig vergleichsweise jungen Staaten besser zu verstehen. Tilly hebt die Bedeutung des Krieges für die Entwicklung von Nationalstaaten in Westeuropa ab dem 17. Jahrhundert hervor.

In Anlehnung an Weber definiert Tilly Staaten als „relatively centralized, differentiated organizations the officials of which more or less successfully claim control over the chief concentrated means of violence within a population inhabiting a large, contiguous territory.“²³⁴ Oberste Aufgabe des Staates ist es, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Hierzu zieht er Ressourcen aus der Bevölkerung heran (u.a. Steuern, Arbeitskraft), akkumuliert Kapital und führt Kriege gegen die inneren und äußeren Feinde. Diese drei symbiotischen Elemente prägen laut Tilly die europäische Staatenentwicklung, wobei die Machthaber dies weder so eingeplant noch vorhergesehen haben.

Die staatliche Gewalt unterscheidet sich von der Gewalt anderer aufgrund ihrer Legitimität. Diese Kategorie wächst mit der Zeit und der Staat muss sich zuerst gegen

²³¹ Die meisten zwischenstaatlichen Konflikte sind keine Eroberungskriege und bedrohen nicht die Existenz anderer Staaten, vgl. Herbst 2000, S. 103f.

²³² Herbst 2000, S. 100.

²³³ Herbst 2000, S. 110f.

²³⁴ Tilly 1985, S. 170.

andere (lokale) Machthaber, Banditen und Piraten durchsetzen. Die Könige hängen bei der Kriegsführung von bewaffneten Fürsten ab, durch die die Könige ihre Herrschaft indirekt ausüben können, die für sich genommen aber ebenso eine potenzielle Gefahr darstellen. Die Monopolisierung der Gewalt wird zum Hauptziel der angehenden Staatengründer. Gleichzeitig kann sich die Regierung (eines großen Landes) nicht allein auf das Militär stützen und benötigt weitere Finanzmittel, um den Staatsapparat auszubauen. Die Gewaltmonopolisierung und der Machtausbau des Staates führen zur Befriedung und folglich zur Legitimität des staatlichen Handelns.²³⁵

Die Tätigkeiten des Staates unterteilt Tilly in vier Aktivitäten. *War making* bezieht sich auf die Eliminierung oder Neutralisierung der Rivalen des Staates außerhalb des Staatsterritoriums. *State making* beinhaltet die Eliminierung oder Neutralisierung der Rivalen innerhalb dieses Territoriums. *Protection* bedeutet die Eliminierung oder Neutralisierung der Feinde der Klienten des Staates (Bevölkerung). Mit *extraction* ist die Aneignung der Mittel zur Ausführung der ersten drei Aktivitäten.

Diese Aktivitäten des Staates sind auf die Monopolisierung der Zwangsgewalt angewiesen. Jede hat für sich charakteristische Organisationsformen. Für die Kriegsführung benötigt der Staat Armeen, Marine und unterstützende Dienste. Die Staatsbildung (*state making*) benötigt dauerhafte Kontrollinstrumente des Landes wie etwa eine Polizeigewalt. Der Schutz der Bevölkerung erfolgt sowohl mit den Elementen der ersten beiden Aktivitäten als auch vermittelt Gerichten und repräsentativen Versammlungen. Für die Akquirierung der notwendigen Ressourcen schafft der Staat eigene Fiskalkörperschaften.

Die Aktivitäten des Staates bedingen sich gegenseitig und überschneiden sich zum Teil. Die Kriegsführung trägt zum Schutz der Bevölkerung und wesentlich zur Sicherung des Staatsterritoriums bei. Die für die Kriegsführung benötigte Industrie sowie unterstützende Bürokratie und gestiegene Militärorganisation führt darüber hinaus zur weiteren Ausbildung der staatlichen Strukturen (*state making*). Die Aneignung der notwendigen Ressourcen durch Fiskalkörperschaften fördert ebenfalls

²³⁵ Tilly 1985, S. 175. Ferner argumentiert Tilly, dass der Staat die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten verspricht, wobei er selbst die größte Gefahr für die Bevölkerung darstellt, indem er Krieg gegen andere führt. Mit der Schutzleistung rechtfertigt die Staatsführung die Erhebung von Steuern und den Einzug weiterer Ressourcen. Tilly bezeichnet diesen bezahlten Schutz für eine Bedrohung, die ohne den Beschützer (also den Machthabern im Staat) nicht bestünde, als Form des organisierten Verbrechens. Da diese Einschätzung für die politische Entwicklung in Subsahara-Afrika an der Stelle zweitrangig ist, bleibt eine Diskussion selbiger aus.

den Staatsaufbau und hilft den Machthabern lokale Rivalen auszubooten. Letztere sehen sich in Anbetracht verbesserter staatlicher Strukturen in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt.²³⁶

In dieser Darstellung der europäischen Staatenentwicklung werden, wie Tilly selbst eingesteht, die externen Beziehungen zwischen den Nationalstaaten vernachlässigt. Die (entstehenden) Nationalstaaten begegnen sich nicht ausschließlich auf dem Schlachtfeld. Es existiert ebenfalls ein Fluss von Ressourcen über die territorialen Grenzen hinaus. Auch das Bilden von Koalitionen gegen gemeinsame Feinde und das Zusammentreffen für Friedensverhandlungen müssen zum Bild des allein kämpfenden Nationalstaates hinzugefügt werden.²³⁷

Außerdem lässt die These von *war makes states* den Nationenbegriff gänzlich unangetastet. Eine ausführliche Diskussion von Tillys Thesen soll hier jedoch nicht stattfinden. Tillys Arbeit soll vor allem dazu beitragen, die Unterschiede in der Staatenentwicklung in Europa und Subsahara-Afrika zuzuspitzen (von der Kolonialzeit einmal abgesehen). Tilly macht deutlich, wie viel Investitionen in die Staatsentwicklung fließen, ob nun im Vorfeld von den Machthabern geplant oder nicht sei dahin gestellt. Die Monopolisierung der Gewaltmittel sowie die Verteidigung (und zuweilen Expansion) des beanspruchten Gebietes führen zur weiteren Entwicklung der staatlichen Strukturen. Die Eliminierung oder Neutralisierung der äußeren und inneren Feinde wird dabei zum Gradmesser für den Erfolg, die Souveränität der Machthaber.²³⁸

Die *war makes state* These verdeutlicht, wie viel in die europäischen Grenzen investiert wurde und dass der territoriale Machtanspruch nur immer so weit reicht wie die realen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. In Subsahara-Afrika haben weder die Kolonialisten noch die ersten Präsidenten nach Erlangen der Unabhängigkeit genauso viel in die politischen Strukturen des Staates investieren müssen, um das Staatsgebiet abzusichern. In der Folge existieren unabhängige Staaten mit zum Teil wenig entwickelten politischen Institutionen, die überdies keine Tradition vorweisen können. Der Handlungsspielraum für die neuen Regierungen

²³⁶ Tilly 1985, S. 183.

²³⁷ Tilly 1985, S. 184f.

²³⁸ Ein Begriff, der in Tillys These *war makes states* ebenfalls keine Anwendung findet.

nach der Unabhängigkeit ist groß und führt häufig – wie im vorliegenden Fallbeispiel – zur Entwicklung autoritärer Regime.²³⁹

²³⁹ Damit soll keine Kausalität behauptet werden. Die Frage, warum scheinbar so viele autoritäre Regime im subsaharischen Afrika nach Erlangen der Unabhängigkeit entstehen, kann hier nicht behandelt werden. Für erste Antworten bezogen auf die ehemals britischen Kolonien siehe Munslow 1983.

3.2 Frage der Ethnien

Das vielleicht prominenteste Schlagwort, das im Zusammenhang mit politischer Herrschaft in Afrika fällt, ist „Ethnie“. In der Forschung herrscht wenig Einigkeit darüber, was unter diesem Begriff genau zu verstehen ist. So wird zum einen der Begriff verschieden ausgelegt, zum anderen die realen Auswirkungen des Phänomens unterschiedlich bewertet – ganz zu schweigen von der wieder anderen Interpretation des Begriffes durch die Mitglieder einer vermeintlichen Ethnie. Im Folgenden soll auf die Begriffsvielfalt hingewiesen und die prägendsten Diskussionen umrissen werden. Abschließend soll die Relevanz von Ethnien für die vorliegende Untersuchung geklärt werden.

Begriffsvielfalt

Der Begriff „Ethnie“ stammt vom griechischen Wort *ethnos* ab, ein Synonym für „heidnisch“ (auch: nicht christlich, nicht jüdisch). In der antiken griechischen Literatur wird *ethnos* gleichermaßen verwendet für Bande, Sippe bzw. Stamm, Schwarm (Bienen, Vögel), Rasse, Volk, Kaste bzw. Gesellschaftsklasse und die Perser. All diese Verwendungen verbindet die Vorstellung einer Zahl von Menschen (oder Tieren), die über bestimmte kulturelle und biologische Charakteristika verfügen und die gemeinschaftlichen leben und handeln.²⁴⁰

Der Begriff Ethnie findet auch heute eine vielfältige Anwendung, die genaue Bedeutung muss hierbei jedoch diskutiert werden. Unter *ethnic identity/origin* wird zum einen die Identifikation auf individueller Ebene mit einer kulturell definierten Gesamtheit verstanden. *Ethnic origin* steht darüber hinaus sowohl für das individuelle Gefühl von Abstammung (in Bezug auf Eltern und Großeltern) als auch kollektive Ahnenverehrung. *Ethnocentrism* wird in der Sozialpsychologie auf individueller oder interpersonaler Ebene als Geringschätzung oder Verachtung des Fremden verstanden. Mit diesem Begriff kann aber auch eine kollektive historische Perspektive zum Ausdruck kommen im Sinne der Einzigartigkeit, Zentralität und Überlegenheit einer Ethnie verglichen mit anderen Ethnien. Der Begriff *Ethnicism* findet seltener Anwendung und bezieht sich auf die Protestbewegung und den

²⁴⁰ Hutchinson/Smith 1996, S. 4.

Widerstand einer Ethnie gegen unterdrückende oder ausbeutende Fremde, häufig unter Berufung auf die eigene Geschichte.²⁴¹

Hutchinson und Smith weisen daraufhin, dass die verschiedenen Begriffe von Ethnie sowohl auf individueller als auch kollektiver Ebene angewendet werden, die Trennung der beiden Ebenen aber stets aufrechtzuerhalten ist. Das Verhalten des Mitglieds einer Ethnie lässt sich nicht vom kollektiven Charakter oder der weiteren Entwicklung der Ethnie ableiten. Hutchinson und Smith illustrieren dies an Diasporagruppen wie den Juden und Chinesen im Ausland: „It is, after all, quite possible for large numbers of individuals of a diaspora *ethnie* to assimilate to their host societies, and yet leave the *ethnie* in question intact. Conversely, the *ethnie* may experience political destruction and cultural marginalization, yet, [...] individuals bearing the culture may persist for many generations.“²⁴²

Am häufigsten ist von der ethnischen Gruppe (*ethnic group*) bzw. ethnischen Gemeinschaft (*ethnic community*) die Rede, ohne dass für selbige eine anschauliche Definition existiert. Erschwerend kommt hinzu, dass ein unterschiedliches Maß in der Ausbildung der Gemeinschaft identifiziert werden kann. Handelman unterscheidet hierbei vier verschiedene Stufen: *ethnic category*, die Mitglieder der Gruppe nehmen kulturelle Unterschiede zu Außenstehenden und eine Form der Abgrenzung zu diesen wahr; *ethnic network*, die Mitglieder der Gruppe treten regelmäßig in Interaktion miteinander, Ressourcen werden zwischen den Mitgliedern ausgetauscht; *ethnic association*, die Mitglieder der Gruppe entwickeln gemeinsame Interessen und gründen politische Organisationen, um diese Interessen als kollektiver oder korporativer Akteur zu vertreten; *ethnic community*, die Gruppe verfügt über ein permanentes, physisch abgegrenztes Territorium, das über den Rahmen der politischen Organisation hinausgeht (vergleichbar mit einer an der Macht befindlichen Ethnie in einem Nationalstaat).²⁴³

In Anschluss an Schermerhorn definieren Hutchinson und Smith Ethnie als „a named human population with myths of common ancestry, shared historical memories, one or more elements of common culture, a link with a homeland and a sense of solidarity among at least some its members.“²⁴⁴ Die Ethnie ist folglich durch einen eigenen Namen gekennzeichnet, der sowohl zur Identifikation als auch zur

²⁴¹ Hutchinson/Smith 1996, S. 5.

²⁴² Hutchinson/Smith 1996, S. 5.

²⁴³ Hutchinson/Smith 1996, S. 6.

²⁴⁴ Hutchinson/Smith 1996, S. 6.

Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen und Ethnien dient. Der Mythos von gemeinsamen Ahnen verleiht der Gruppe ein fiktives verwandtschaftliches Verhältnis. Die geteilten Erinnerungen an eine gemeinsame Vergangenheit (oder Vergangenheiten) beinhalten Personen und Ereignisse sowie deren Gedenken. Die Elemente der gemeinsamen Kultur müssen von Fall zu Fall spezifiziert werden, beinhalten für gewöhnlich jedoch Religion, Bräuche oder Sprache. Der Bezug zu einem Heimatland setzt nicht zwingend die physische Herrschaft über ein bestimmtes Gebiet voraus, sondern findet auch in der symbolischen Verbundenheit zum Land der Ahnen Ausdruck.

Analyseansätze zur Ethnizität

Das Phänomen der Ethnizität stellt die Forschung vor einige Herausforderungen. So existieren Ethnien, die ihre Wurzeln über mehrere Jahrhunderte zurückverfolgen können. Diese Dauerhaftigkeit lässt sich jedoch nicht verallgemeinern. Die Forschung beobachtet gleichzeitig das Emporkommen neuer Ethnien und das Verschwinden älterer sowie die Transformation zahlreicher Ethnien. Bei genauerer Betrachtung der Ethnien lassen sich zudem Risse und Abspaltungen in den Ethnien erkennen sowie Verschiebungen der ethnischen Identifikation. Hutchinson und Smith identifizieren in der Literatur eine Vielzahl von Beispielen zu „multiplen Identitäten“, die nicht nur die verschiedenen Zugehörigkeiten des einzelnen zu anderen Gruppierungen (rund um beispielsweise Religion, Klasse oder Region) beinhalten, sondern auch die wechselnde Identifikation mit verschiedenen Ethnien oder ethnischen Kategorien. So kann die persönliche Identifizierung im heutigen Nigeria anhand des Klans, der Ethnie (Ibo, Yoruba, Tiv, Hausa etc.), der Religion (Christentum, Islam) sowie des eigenen Staates und/oder der afrikanischen Kultur erfolgen. Diese mannigfaltigen (zuweilen paradoxen) Ausprägungen des Phänomens Ethnie erklären laut Hutchinson und Smith die widerstreitenden Analyseansätze in der Forschung.²⁴⁵

Einer der zwei hauptsächlichen Analyseansätze wird vertreten von den sogenannten Primordialisten. In dieser Vorstellung schreiben die Mitglieder einer Gruppe bestimmten Verbindungen eine überwältigende und unbeschreibliche Qualität zu. Diese ungewöhnliche Verbundenheit zu etwa der Religion, der Sprache oder eben der Ethnie wird von den Mitgliedern als etwas Externes, Zwingendes, „Gegebenes“

²⁴⁵ Hutchinson/Smith 1996, S. 7f.

empfunden.²⁴⁶ Kritiker werfen den Primordialisten eine zu statische und naturalistische Interpretation vor, die nur wenig Aussagekraft besitzt; die Empirie untergräbt die Vorstellung von ethnischen Gemeinschaften als unvordenkliche, eigenständige und beständige Entitäten.²⁴⁷

Im zweiten hauptsächlichen Analyseansatz, vertreten durch „Instrumentalisten“, wird Ethnie als soziale, politische und kulturelle Ressource verstanden, die für verschiedenen Interessen- und Statusgruppen verwendet wird. Der instrumentelle Charakter von Ethnie wird zuweilen unterschiedlich ausgelegt. Auf der einen Seite wird die Bedeutung der Manipulation von Symbolen, um so die Unterstützung der Massen und politische Ziele zu erreichen, hervorgehoben. Auf der anderen Seite steht der individuelle Beitritt in bestimmte Ethnien oder nationale Gemeinschaften im Vordergrund, um auf diese Weise Wohlstand, Macht und den eigenen Status abzusichern. Generell betonen Instrumentalisten die sozial konstruierte Natur von Ethnizität und die Fähigkeit des Einzelnen eine Vielzahl von ethnischen Überlieferungen und Kulturen zu mischen mit dem Ziel, individuelle oder Gruppeninteressen zu formen. Diese Sichtweise droht, so die gängige Kritik, die Suche nach der individuellen kulturellen Identität von ihren institutionellen Bezügen zu trennen. Ferner wird der (weite) kulturelle Rahmen, in dem die Nutzenmaximierung und der Wettbewerb der Eliten stattfinden, vernachlässigt. Außerdem, so die Kritik weiter, werden Interessen größtenteils anhand materieller Güter definiert und somit der Sinn der Gruppenmitglieder für die Beständigkeit ihrer Ethnie außer Acht gelassen sowie die gefühlsbezogenen Dimensionen von Ethnizität unterschätzt.²⁴⁸

Nur wenige Arbeiten zur Ethnizität lassen sich ausschließlich als „primordialistisch“ oder „instrumentalistisch“ charakterisieren und weitere Forschungsansätze werden entwickelt. „Transaktionalisten“ verstehen ethnische Gruppe als „units of ascription“ (Einheiten der Zuschreibung), in denen soziale Grenzen den Zusammenhalt der Gruppe gewährleisten. Nicht der kulturelle Gehalt der Gruppe ist für deren Fortbestehen von Bedeutung, sondern die Grenzen selbst und „boarder guards“ wie Sprache, Kleidung, Nahrung erhalten die Gemeinschaft aufrecht. Den Grenzen wird dabei eine bestimmte Durchlässigkeit zugeschrieben, sodass Transaktionen möglich

²⁴⁶ Die Zuschreibung der Verbindungsattribute erfolgt durch die Mitglieder selbst, wohnt den Verbindungen also nicht inne.

²⁴⁷ Hutchinson/Smith 1996, S. 8.

²⁴⁸ Hutchinson/Smith 1996, S. 9.

sind, welche die Langlebigkeit der Grenzen erhöhen. Kritik erhält diese Vorstellung von Ethnizität für die angenommene Beständigkeit der eingegrenzten ethnischen Identität sowie für das Unvermögen, zwischen verschiedenen Arten der ethnischen Loyalität, unterschiedlich verfügbaren Ressourcen verschiedener ethnischer Gruppen und deren eigenen subjektiven Dimension zu unterscheiden.²⁴⁹ Andere Konzepte verfolgen einen sozialpsychologischen (die Zugehörigkeit zur Ethnie ruht grundsätzlich auf einem Verwandtschaftsmythos und einem Gefühl der Ehre in Bezug auf andere Gruppen) oder „ethno-symbolistischen“ Ansatz. Letzterer konstatiert in der modernen Welt eine Wiederbelebung der Ethnizität, in der Mythen und Symbole eine entscheidende Rolle bei der Vereinigung der Bevölkerung spielen und deren Kontinuität über Generationen sicherstellen. Die ethnischen Wurzeln stehen dabei als Gegenpol zum unpersönlichen bürokratischen Rationalismus.²⁵⁰

Ethnien und Politik

Ottaway konstatiert einen weltweiten Anstieg offener, gewaltvoller Konflikte rund um ethnische und religiöse Identitäten.²⁵¹ Folglich sind Ethnien keine letzten Überreste der Vergangenheit, sondern üben Druck auf das gegenwärtige politische Geschehen aus. Die politischen Veränderungen der 1990er-Jahre, die sogenannte Demokratisierungswelle, hat zur Zunahme ethnischer Spannungen beigetragen, da ehemalige Mechanismen, die die ethnischen Beziehungen reguliert und Konflikte in Schach gehalten haben, zerstört wurden, so Ottaway. Nach drei Jahrzehnten der Unabhängigkeit ist Ethnizität in vielen afrikanischen Ländern politisch von höherer Relevanz als je zuvor, da die Erweiterung des Pluralismus vielerorts zur Bildung (zahlloser) „ethnischer Parteien“ geführt hat. Ottaway sieht darin jedoch nicht die vermeintliche Wiederkehr „primitiver“ afrikanischer Strukturen, sondern verortet die Ursprünge der Konflikte in der Gegenwart. Der politische Umgang mit der Ethnienfrage (*ethnic politics*) hat sich seit der Unabhängigkeit in den 1960er Jahren gewandelt.²⁵²

²⁴⁹ Hutchinson/Smith 1996, S. 9.

²⁵⁰ Hutchinson/Smith 1996, S. 9f.

²⁵¹ Eine Kausalität zwischen gewaltvollem Konflikt und Ethnien sollte nicht leichtfertig angenommen werden. Fearon und Laitin (2003) können in ihrer Untersuchung keine Korrelation zwischen ethnischer oder religiöser Vielfaltigkeit und gewalttätiger Konflikte nachweisen.

²⁵² Ottaway 1999, S. 299f.

Nachdem der Nationalstaat in Europa zum Modell des modernen Staates avancierte, beabsichtigen die Kolonialmächte diese Strukturen auf den afrikanischen Kontinent zu übertragen. Mit inbegriffen ist dabei die Vorstellung, dass Menschen zu einer *natural group* gehören, deren Mitglieder eine gemeinsame Kultur und Sprache (zuweilen auch einen Ahnenmythos) teilen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln. Diese „natürlichen Gruppen“ stellen keine politischen Entitäten dar, bilden aber das Fundament für selbige, so die Vorstellung. Während in Europa sich der Begriff der Nation verbreitet, nehmen die Kolonialmächte für die Gruppierungen der afrikanischen Bevölkerung primitive Strukturen an und reden folglich von „Stämmen“ (Tribalismus). Ottaway widerspricht dieser „primordialen“ Vorstellung sowohl des Nationenbegriffes in Europa als auch des vermeintlichen Tribalismus‘ in Afrika: „In Africa, a combination of socioeconomic change, missionary language policies, anthropological studies, and deliberate attempts by the colonial authorities to establish a workable administrative framework caused Africans to move beyond narrower identification with a lineage or a clan and to see themselves as members of large and newly invented tribes.“²⁵³

Mit Erlangen der Unabhängigkeit bemühen sich die führenden politischen Kräfte der afrikanischen Staaten die Bedeutung der Ethnien für den Staat in den Hintergrund zu drängen. Sie sehen im ethnisch geprägten Nationalismus eine Gefahr für die Sicherheit des Staates, schließlich unterteilte die koloniale Grenzziehung die Bevölkerung willkürlich und schuf keine auf einer Nation beruhenden Staaten. Fern der Städte identifizieren sich die Bürger nicht mit dem Staat, sondern mit lokalen Gruppen und Gegenden. Davon abgesehen sprechen die politischen Führungskräfte den Ethnien die Legitimität ab, um der internationalen Vorstellung eines in Afrika herrschenden primitiven Tribalismus‘ entgegenzuwirken. Zudem sehen sie in den Staatsgrenzen übergreifenden ethnischen Identitäten eine Belastung für die zwischenstaatlichen innerafrikanischen Beziehungen.²⁵⁴

Dieser offiziellen Sprechweise steht die politische Praxis entgegen. In den meisten Fällen versuchen die politischen Anführer Ethnizität zu manipulieren und so ihre Macht zu erhalten. Hierbei sind zwei Strategien zu unterscheiden. Auf der einen Seite bilden die politischen Führer Allianzen mit vielen verschiedenen ethnischen Gruppen bzw. kooptieren potentielle Gegner anderer Ethnien und machen sie zum Teil der Regierung. Auf der anderen Seite behaupten sie ihre Macht, indem sie sich einzig auf

²⁵³ Ottaway 1999, S. 301.

²⁵⁴ Ottaway 1999, S. 303.

Mitglieder der eigenen Ethnien stützen und andere gezielt ausschließen. Die erste Strategie sollte nicht mit der Demokratisierung des Regimes verwechselt werden. Sie kann aber zum Frieden und zur Stabilität im Staat beitragen, während das zweite Vorgehen Spaltungen in der Bevölkerung befördert und zu Feindseligkeiten führt, insbesondere wenn die Dominanz einer Ethnie durch Repression gegen andere behauptet wird.²⁵⁵

Politisierte Ethnizität in der Gegenwart

Die politischen Umbrüche in Folge des Niedergangs der Sowjetunion stoßen in subsaharischen Afrika vielerorts politische Reformen an und wirken sich ebenso auf die Frage der Ethnien aus. In der Vergangenheit wurden die ethnischen Beziehungen im Rahmen unveränderlicher Grenzen und autoritärer (im Gegensatz zu demokratischer) Regierungsformen verhandelt. Ohne formal demokratische Verfahren wurden Konflikte und Verteilungsfragen unabhängig von der numerischen Wichtigkeit der Ethnien gelöst. Ethnische Minderheiten waren in der Lage, die Regierung in autoritären Regimen zu behaupten. Im Zuge der Einführung von Mehrparteienwahlen ist eine solche Dominanz einer Minderheit nicht mehr möglich. Auch die Kooptation ethnischer Anführer gestaltet sich insofern anspruchsvoller, als dass die Bevölkerungsgruppen ihren Vertreter nun selbst bestimmen können. Die Wahlergebnisse sind in der Lage bestehenden Arrangements zu stören, da sie für eine neue Machtverteilung innerhalb der politischen Elite sorgen. Im Ergebnis werden ethnische Konflikte besser augenscheinlich, wenn nicht akuter und destruktiver.²⁵⁶

Die Politisierung von Ethnizität lässt sich in den veränderten politischen Systemen nach 1990 vor allem an dem mal mehr, mal weniger offenkundigen ethnischen Charakter der aufkommenden politischen Parteien erkennen. Die plötzlichen Reformen lassen den neu gegründeten Parteien wenig Zeit, eigene politische Programme zu entwickeln. In der Summe treten alle Oppositionsparteien für einen politischen Wechsel ein. Ideologien verlieren mit dem Ende der Sowjetunion an Strahlkraft, einzig die regional begrenzten islamistischen Parteien weisen eine

²⁵⁵ Ottaway 1999, S. 304.

²⁵⁶ Ottaway 1999, S. 310f.

weitergehende Fundierung auf. In der Folge wird Ethnizität zum Hauptunterscheidungsmerkmal der verschiedenen neuen Parteien.²⁵⁷

Die Auswirkungen dieses sozusagen ethnischen Mehrparteiensystems sind verschieden, eine Generalisierung diesbezüglich ist nicht möglich. In Burundis Vergangenheit dominierte die ethnische Minderheit der Tutsi das politische Geschehen, ethnische Konflikte mit den Hutu traten offen zu Tage. Aus den Mehrparteienwahlen 1993 geht erwartungsgemäß eine Partei als Sieger hervor, die den Hutu zugeordnet wird. Während die abgelösten Amtsinhaber aus Reihen der Tutsi die Niederlage zu akzeptieren scheinen, versuchen die Tutsi Offiziere mit Hilfe des Militärs drei Monate nach den Wahlen einen Staatsstreich. Der gewählte Präsident sowie viele Kabinettsmitglieder und tausende Zivilisten werden getötet.²⁵⁸

In Benin hingegen, das ebenfalls eine lange Geschichte ethnischer Rivalitäten vorweist, gelingen Anfang der 1990er-Jahre friedliche Mehrparteienwahlen, obwohl wiederholt die Regierung ihres Amtes enthoben und das Machtgefüge zwischen den Ethnien neu angeordnet wurde.²⁵⁹

Ottaway identifiziert neben ethnischen Parteien auch „ethnische Staaten“ und Staatskollaps als neue Muster der politischen Ethnizität. Das Phänomen eines ethnischen Staates bleibt bei Ottaway letztlich aber auf das Beispiel von Äthiopien beschränkt und spiegelt offensichtlich keine allgemeine Entwicklung wider. Das Problem kollabierender Staaten ist für das politische Gesamtbild Subsahara-Afrikas relevant, sollte jedoch nicht auf die Frage der Ethnien verknüpft werden.

Von dem (vermeintlich) ethnischen Charakter einer Partei kann laut Basedau et al. (2011) nicht auf die Zustimmung durch die Bevölkerung geschlossen werden. Hinsichtlich der Parteipräferenz der Wähler ist Ethnizität nur einer von mehreren Faktoren. Die Strenge des Zusammenhangs zwischen der Wahlentscheidung für eine ethnische Partei und der Übereinstimmung mit der persönlichen identifizierten Zugehörigkeit zur selben Ethnie variiert von Fall zu Fall.²⁶⁰

Wann Ethnizität politisiert wird, wird in der Forschung zumeist entlang dreier Erklärungsversuche beantwortet. Im Rahmen einer strukturalistischen Argumentation wird Ethnizität in Abhängigkeit der ethnischen Demografie, der

²⁵⁷ Interessanterweise sollten somit die autoritären Führer nach Erlangen der Unabhängigkeit Recht behalten, die ein Mehrparteiensystem in der Befürchtung einer Politisierung von Ethnizität offiziell ablehnten, vgl. Ottaway 1999, S. 311.

²⁵⁸ USIP 2002.

²⁵⁹ Ottaway 1999, S. 312.

²⁶⁰ Basedau et. al. 2011, S. 464.

relativen Größe der ethnischen Gruppen untereinander, politisiert: Eine stärkere Fraktionierung der Ethnien erschwert die Politisierung der Ethnizität, da diese dem notwendigen kollektiven Handeln entgegenstünde. Eine polarisierte Ethnienverteilung (wenige, dafür größere ethnische Gruppen) erhöht das politische Mobilisierungspotenzial, da die Unterschiede zwischen den Gruppen hervorstechen. Institutionelle Argumentationen verweisen, zweitens, auf die Bedeutung verschiedener politischer Institutionen. Dementsprechend haben Verbote ethnischer Parteien, Verhältniswahlrecht (kleinere Ethnien haben hierin bessere Aussichten auf individuelle Repräsentation, da kleinere Parteien gute Chancen haben, ins Parlament gewählt zu werden), Fragmentierung des Parteiensystems, Regierungsformen (präsidentiell oder parlamentarisch) und die Struktur des Territorialstaates (zentralistisch oder föderal/dezentralisiert) wesentlich Einfluss auf die Politisierung von Ethnizität. In einer dritten Argumentation stehen historische Pfadabhängigkeiten im Zentrum der Erklärung. Die Politisierung von Ethnizität erfolgt bereits in der Vergangenheit und damit verbundene positive Anreizsysteme lassen dieses Phänomen andauern. Gegenwärtige Rivalitäten zwischen ethnischen Gruppen lassen sich unter anderem auf den kolonialen Herrschaftsstil des „Teile und Herrsche“, die tendenziöse Verteilung des Landes und weitere in der Vergangenheit kultivierte wirtschaftliche Unterschiede zurückführen.²⁶¹

Die vergleichenden Studie zur Parteipräferenz von Basedau et. al. (2011) anhand repräsentativer Meinungsumfragen in vier anglophonen (Ghana, Malawi, Tansania, Sambia) und vier frankophonen (Benin, Burkina Faso, Mail, Niger) Ländern Subsahara-Afrikas legt nahe, dass der Grad der ethnischen Politisierung in Fällen schwacher ethnischer Polarisierung und gleichzeitiger Dominanz einer Partei gering ausfällt sowie generell von der früheren Politisierung der Ethnien beeinflusst wird.²⁶²

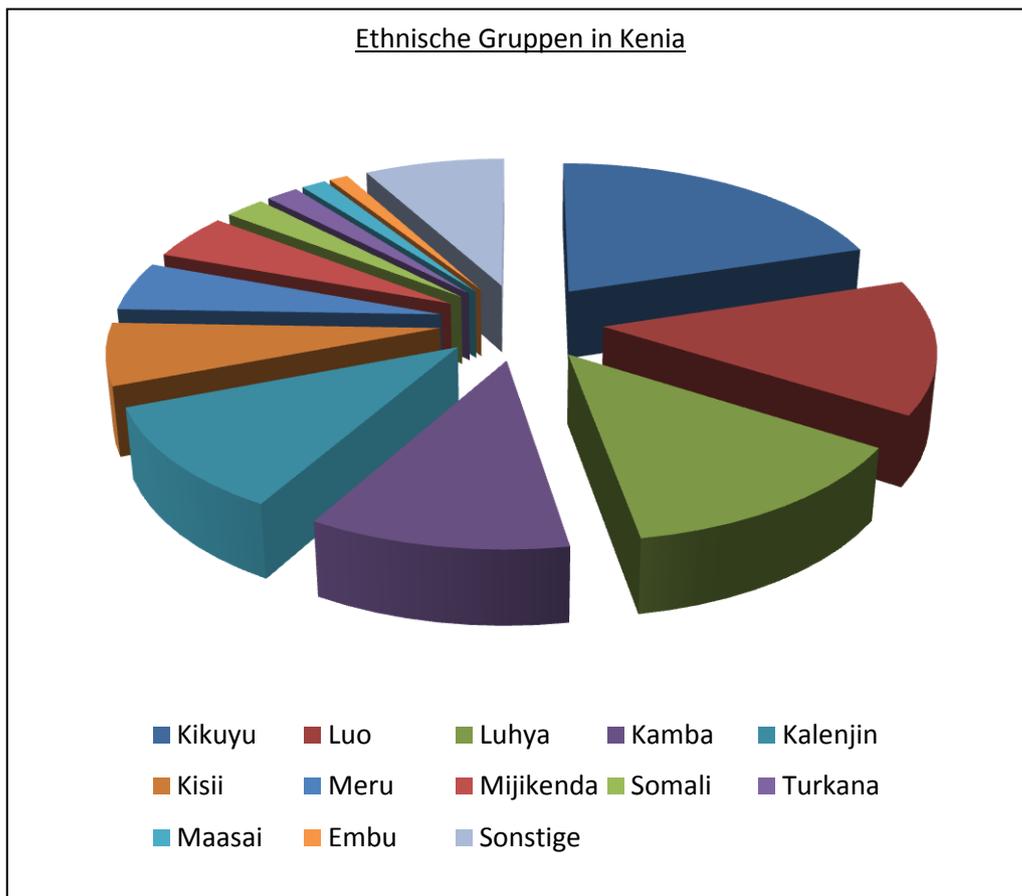
Zusammenfassung

Wie gesehen existiert eine Vielfalt sowohl in der Begriffsverwendung als auch dem weiteren Verständnis von Ethnie. In der vorliegenden Arbeit wird Ethnie als Bezeichnung für Menschengruppen verstanden, die sich mehr oder weniger über eine gemeinsame (teils fiktive) Ahnenschaft, Religion, Sprache und/oder andere kulturelle Praktiken identifizieren. Die Mitgliedschaft in der Gruppe erfolgt durch

²⁶¹ Basedau et. al. 2011, S. 468ff.

²⁶² Basedau et. al.(2011, S. 472.

menschliche Zuschreibung (ist also nicht biologisch determiniert) und schließt somit eine Beeinflussung der ethnischen Identifikation nicht prinzipiell aus. Unentschieden bleibt, ob die ethnischen Identitäten in Subsaharischer Afrika von den Kolonialmächten oder den indigenen Anführern oder beiden entwickelt und kultiviert wurden.



*Abbildung 3: Ethnische Gruppen in Kenia²⁶³
Quelle: Kurian 1992, S. 970.*

Die existierenden Ethnien sind in der vorliegenden Arbeit nicht Teil des zentralen Forschungsinteresses. Für die Analyse der Beziehung zwischen Opposition und Regierung sowie deren Machtverhältnis muss die Frage der Ethnien konzeptionell nicht weiter erfasst werden.²⁶⁴ Die in der vorliegenden Arbeit entwickelte und zu überprüfende Typologie von Opposition lässt eine Kategorie zur Ethnie aus.

²⁶³ Für weitergehende Informationen zu den sieben größten Ethnien in Kenia vgl. Berg-Schlosser 1984.

²⁶⁴ Dies wird von dem Umstand unterstützt, dass in der Forschung kein Konsens darüber besteht, welche genaue Relevanz Ethnien in der Politik und allgemein besitzen.

Nichtsdestoweniger sind Ethnien Teil der politischen Realität in Subsahara-Afrika. Ethnische Gruppen formulieren Ansprüche und verfolgen eigene Interesse, ganz egal, ob diese in ihrer ethnischen Identität begründet liegen oder nicht. Dies soll nicht voraussetzen, dass Ethnien homogene und geschlossene Akteure sind. Ethnien bleiben – unabhängig davon wie im Speziellen interpretiert – etwas, womit sich Oppositionsgruppen auseinandersetzen müssen, sei es als Identifikationsquelle, als potentielle Anhänger- bzw. Gegnerschaft oder als Ursprung bzw. Katalysator für Konflikte. Für die Analyse der Opposition im untersuchten Fallbeispiel ist es daher angebracht, die Entwicklung der Ethnienfrage, die etwaige historische Politisierung von Ethnizität sowie deren Auswirkungen auf das gegenwärtige politische Geschehen zu berücksichtigen.

Die Beachtung der Ethnien in der vorliegenden Arbeit soll zum besseren Verständnis der Empirie beitragen, ohne letztere darauf zu reduzieren.

3.3 Politische Herrschaft in Subsahara-Afrika – Gegenwart

Der folgende Abschnitt soll helfen, das Fallbeispiel Kenia auf der politischen Karte Subsahara-Afrikas zu verorten. Sofern möglich wird eine allgemeine Übersicht zu politischen Entwicklungen in dieser Region gegeben, die gleichzeitig für bestehende Unterschiede zwischen den Ländern sensibilisiert.

Auswirkungen der „Demokratisierungswelle“

Die sogenannte dritte Demokratisierungswelle erreicht um 1990 auch das subsaharische Afrika. In den Jahren 1989-2000 werden insgesamt 70 Präsidentschaftswahlen in der Region abgehalten. In derselben Zeit finden in 42 der 48 subsaharischen Staaten Mehrparteienwahlen zur Legislative statt.²⁶⁵ Zuvor existierten solche Wahlen nur in neun Ländern (betrachtet für die Zeit 1985-1989). Die Mehrparteienwahlen sind keine einmaligen Ereignisse, in 35 Ländern werden zwischen 1989 und 2000 Wahlen mehrmals durchgeführt.

Die Öffnung des politischen Pluralismus führt in der Region nicht zwangsläufig zur vollständigen Demokratietransition der Regime. Für das Jahr 2000 zählt die Statistik von Freedom House 39 Länder als elektorale Systeme mit Mehrparteienwahlen. Bezüglich der bürgerlichen Freiheiten werden davon 22 Länder als „partly free“ eingestuft. Die Extreme „free“ beziehungsweise „not free“ sind zu ungefähr gleichen Teilen vertreten (dazu zählen neun respektive acht Länder).²⁶⁶

Auf der einen Seite werden Botswana und Mauritius als demokratische Regime angesehen, in beiden Ländern besitzt das Mehrparteiensystem eine vergleichsweise lange Tradition. Auch Benin, Kap Verde, São Tomé und Príncipe gelten als vollständig demokratisiert in den 1990er-Jahren. Es existieren neben den regelmäßigen Wahlen

²⁶⁵ In der Demokratischen Republik Kongo, Eritrea, Ruanda, Somalia, Swasiland und Uganda werden in besagtem Zeitraum keine Mehrparteienwahlen durchgeführt, vgl. Van de Walle 2002, S. 67.

²⁶⁶ „A Free country is one where there is broad scope for open political competition, a climate of respect for civil liberties, significant independent civic life, and independent media. A Partly Free country is one in which there is limited respect for political rights and civil liberties. Partly Free states frequently suffer from endemic corruption, weak rule of law, and ethnic or religious strife, and they often feature a single political party that enjoys dominance despite a façade of limited pluralism. A Not Free country is one where basic political rights are absent, and basic civil liberties are widely and systematically denied.“ Vgl. Freedomhouse.org.

eine horizontale Verantwortlichkeit (zumeist in Form von Gerichten und nationaler Legislative) sowie unabhängige Medien und politische Organisationen.²⁶⁷

Auf der anderen Seite bleiben die autoritären Regime in Gambia, Guinea, Kamerun, Mauretanien und Togo von der vermeintlichen Demokratisierungswelle weitgehend unberührt.²⁶⁸ Die Einführung von Mehrparteienwahlen gefährdet nicht die Herrschaft der Amtsinhaber. Die Regierungspartei des vergangenen Ein-Parteien-Systems behält als weiter vorherrschende politische Größe die Kontrolle über die Legislative. Der Judikative mangelt es an Befugnissen, Ressourcen und Unabhängigkeit, um die Regierung in wichtigen Fragen effektiv zu kontrollieren. Wahlen werden gefälscht, politische Opposition, soziale Organisationen und Medienvertreter unterdrückt.²⁶⁹

Ein einheitlicher Entwicklungspfad für die Subsaharische Region lässt sich nicht ausmachen. Für den Zeitraum 1990-2010 beobachten Lynch und Crawford (2011) folgende zwiespältigen Tendenzen: regelmäßige Wahlen und eventueller Machttransfer, aber ebenso Beispiele rückläufiger Demokratisierung; Institutionalisierung von demokratischen Prozessen bei bleibender Dominanz des Präsidentenamtes und (lokal) auftretenden Korruptionsfällen; Institutionalisierung von Parteien, jedoch weit verbreitetes Wählen entlang ethnischer Zugehörigkeit und die Zunahme einer ethnisch exklusiven und oftmals gewaltvollen Politik; neue politische Freiheiten und Wirtschaftswachstum, aber extensive politische Kontrollen und ungleiche Entwicklungen; unstetes Auftreten der Geberländer und daraus resultierend konterproduktive Konsequenzen für den Demokratisierungsprozess; anhaltende militärische Interventionen.²⁷⁰

Geschwächte Opposition

Die Öffnung des politischen Pluralismus und die Durchführung von Wahlen haben seit 1989 nicht per se zur Stärkung der politischen Opposition beigetragen. Die Schwäche der Oppositionsparteien korreliert mit der unzureichenden Demokratisierung der politischen Systeme. Die Aussage, die schwache Opposition sei für den stockenden oder ausbleibenden Demokratisierungsprozess verantwortlich,

²⁶⁷ Van de Walle 2002, S. 68.

²⁶⁸ Zusätzlich zu den genannten autoritären Regimen sind jene Beispiele zu erwähnen, in denen wie in Äquatorial-Guinea und Dschibuti von einer Öffnung des politischen Pluralismus de facto nicht die Rede sein kann.

²⁶⁹ Van de Walle 2002, S. 68f.

²⁷⁰ Lynch/Crawford 2011, S. 275.

scheint jedoch nicht gesichert. In der Vergangenheit versuchte die Regierung (größtenteils mit Erfolg) das Aufkommen einer lebendigen Oppositionslandschaft zu unterminieren, wodurch die herrschende Gruppe ihre Macht absichern konnte. Die Schwäche der Opposition ist daher sowohl eine Konsequenz der Demokratiedefizite der Vergangenheit als auch Ursache für deren Bestehen in der Gegenwart.²⁷¹

Die Legislative – der Ort, an dem die Oppositionsparteien sich am besten profilieren können – spielt eine untergeordnete Rolle in den zumeist präsidentiellen Systemen in der subsaharischen Region. Der wesentliche politische Machtkampf findet um das Präsidentenamt statt, welches in der Vergangenheit mit umfassenden Befugnissen und Ressourcen ausgestattet wurde. Die Amtsinhaber genießen in der Auseinandersetzung mit der Opposition Vorteile aufgrund der dominanten Rolle der Exekutive. Die Öffnung des politischen Pluralismus Anfang der 1990er-Jahre bedeutet zumeist nur eine begrenzte Steigerung des politischen Wettbewerbes. Die führende Partei der Vergangenheit (meist in einem autoritären Einparteien-System) geht bei den Mehrparteienwahlen nach 1990 sehr viel wahrscheinlicher als Sieger hervor als ihre Kontrahenten.²⁷² Die Arbeit als Parlamentarier bietet der Opposition nur unzureichend Raum, um politisch auf sich aufmerksam zu machen. In den politischen Systemen Subsahara-Afrikas besitzt die Legislative laut des „Parliamentary Powers Index“ bis auf wenige Ausnahme eine schwache Position im institutionellen Gefüge.²⁷³

Die Dominanz der Exekutive spiegelt sich vor allem im Präsidentenamt wider, wo sich die Macht konzentriert. Im Zuge der Einführung von Mehrparteienwahlen in den 1990er Jahren entscheiden sich nur Äthiopien, Lesotho und Südafrika für ein parlamentarisches System.²⁷⁴ Die präsidentiellen Systeme gehen häufig mit einer Zentralisierung des Staates einher, die auf kommunaler Ebene nur schwache politische Strukturen besitzt. Der politischen Opposition mangelt es daher auch in diesem Bereich an Möglichkeiten, Einfluss auf die Regierungsarbeit zu nehmen und ihr Personal auf den politischen Wettbewerb ums Präsidentenamt vorzubereiten.²⁷⁵

Die Schwäche der Opposition ist in einigen Fällen aber auch auf die oppositionellen Gruppen selbst zurückzuführen. So mangelt es ihnen an Organisation und Festigung

²⁷¹ Rakner/Van de Walle 2009, S. 109.

²⁷² Rakner/Van de Walle 2009, S. 112.

²⁷³ Rakner/Van de Walle 2009, S. 112f.

²⁷⁴ Dies ist zudem bemerkenswert, da die meisten Staaten zur Unabhängigkeit mit einem parlamentarischen System ausgestattet sind.

²⁷⁵ Rakner/Van de Walle 2009, S. 113.

ihrer Strukturen. Ferner gelingt es ihnen nicht, ausreichend Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen und das Interesse internationaler Akteure zu wecken.²⁷⁶ Die politische Opposition erweist sich zudem nicht in der Lage, den drängendsten Problemen der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen.²⁷⁷

*Informelle und formelle Institutionen*²⁷⁸

„Neopatrimonialismus“ ist ein häufig anzutreffender Begriff im Zusammenhang mit politischer Herrschaft in Afrika und betont die Relevanz informeller Institutionen. Die genaue Bedeutung des Begriffes fällt vielfältig aus.²⁷⁹ In Bezug auf die politikwissenschaftliche Betrachtungsweise wird mit „Neopatrimonialismus“ zum einen der Einfluss von persönlichen Beziehungen für die Arbeit der Regierung hervorgehoben. Zum anderen wird mit „Neopatrimonialismus“ ein Regimetyp definiert, indem eine patrimoniale Logik auch die bürokratischen Institutionen betrifft. Dieses Phänomen entwickelt sich über die Amtszeit individueller Machthaber hinaus zu charakteristischen informellen Institutionen: Präsidentialismus, systematischer Klientelismus und der Gebrauch der Staatsressourcen zur politischen Legitimierung.²⁸⁰

„Neopatrimonialismus“ geht auf Webers Konzept patrimonialer Herrschaft zurück. Bratton und Van de Walle sehen den Unterschied zu Weber darin, dass im „Neopatrimonialismus“ keine genaue Grenze mehr zwischen patrimonialer und rational-legaler Autorität existiert.²⁸¹

²⁷⁶ Wie zu sehen sein wird, trifft die Organisationsschwäche mehr auf die kenianische Opposition zu als den Mangel an Unterstützung aus dem In- und Ausland.

²⁷⁷ Uddhammar/Green/Söderström 2011, S. 1064.

²⁷⁸ „Formell“ und „formal“ weisen eine ähnliche Bedeutung auf. „Formal“ betrifft die äußere Form, während „formell“ den äußerem Formen entsprechend bedeutet – im vorliegenden Fall stellen Gesetze, Verfassungen u.a. diese äußeren Formen dar. „Informell“ verdeutlicht den nicht offiziellen Charakter, die Abwesenheit von Formalitäten. „Informal“ weist auch auf fehlende Richtlinien hin, trägt aber mehr den Charakter des Spontanen, was im Vorliegenden nicht zutreffend ist – wann immer die Institutionen nicht formell sind, haftet ihnen dennoch etwas Dauerhaftes an. Der Institutionen-Begriff wird in der vorliegenden Arbeit breit angelegt, darunter sind sowohl Regeln, Gesetze, Verfassungen als auch Einrichtungen wie Parlamente und Parteien zu verstehen.

In der Forschung ist mitunter auch von „formalen und informellen“ Institutionen die Rede. Da jede Begriffsbestimmung Raum für Diskussionen bietet, soll zumindest der Wahl des Gegensatzpaares eine Einheitlichkeit innewohnen.

²⁷⁹ Für eine Übersicht der mit diesem Begriff verbundenen Forschungsstränge, vgl. Pitcher/Moran/Johnston 2009.

²⁸⁰ Bratton/Van de Walle 1997, S. 63-68.

²⁸¹ Für eine Kritik dieses Ansatzes, vgl. Pitcher/Moran/Johnston 2009.

Die Autoren stellen bei der Herleitung ihres Begriffes jedoch Webers Konzept zu undifferenziert dar. Das Gefüge Herrscher-Beherrschte im Rahmen der patrimonialen Herrschaft wird von Bratton und Van de Walle streng asymmetrisch interpretiert, bei dem der Beherrschte über keinerlei Rechte oder Privilegien verfügt. Die Machbefugnisse des Herrn sind vollkommen personalisiert und sein Regieren nur von den eigenen Präferenzen geprägt.²⁸² Im Unterschied zu dieser einseitig beschriebenen Beziehung zwischen Herrscher und unterdrückten Beherrschten, stellt Weber jedoch fest, dass „[i]n aller Regel [...] der politische Patrimonialherr mit den Beherrschten durch eine Einverständnismgemeinschaft verbunden [ist]“²⁸³. Diese beruht auf der Überzeugung der Beherrschten, dass die Herrschaft durch den Herrn legitim sei.²⁸⁴ Die Abhängigkeit zwischen beiden ist außerdem wechselseitig, „weil nicht nur die Sicherheit seiner [des Herrn] Herrschaft, sondern auch deren Erträge stark von der Gesinnung und Stimmung der Untertanen abhängen.“²⁸⁵ Die politischen Untertanen besitzen zudem Rechte und Privilegien, im Gegensatz zur Darstellung von Bratton und Van de Walle.²⁸⁶ Desweiteren konstatieren die Autoren, Weber hätte die patrimoniale Herrschaft nur zur Kennzeichnung kleinster, sehr traditioneller Gemeinwesen entwickelt.²⁸⁷ Dieser hingegen verortet den patrimonialen Charakter auch bei der „Mehrzahl aller großen Kontinentalreiche“²⁸⁸ bis zur Neuzeit und darüber hinaus.

Das von Bratton und Van de Walle definierte „neopatrimoniale Regime“ weist konzeptionelle Schwierigkeiten auf.²⁸⁹ Zum einen ist die begriffliche Herleitung widersprüchlich, zum anderen werden keine klaren Unterscheidungsmerkmale gegenüber demokratischen oder autoritären dieses sogenannten „hybriden“ Regimes aufgezeigt.

²⁸² Bratton/Van de Walle 1997, S. 61.

²⁸³ Weber 1980, S. 590.

²⁸⁴ Weber 1980, S. 590.

²⁸⁵ Weber 1980, S. 583.

²⁸⁶ Weber 1980, S. 590f.

²⁸⁷ Bratton/Van de Walle 1997, S. 61.

²⁸⁸ Weber 1980, S. 585.

²⁸⁹ Die im deutschsprachigen Raum gefasste Definition durch Erdmann unterscheidet sich im Kern nicht von dieser, vgl. Erdmann 2002.

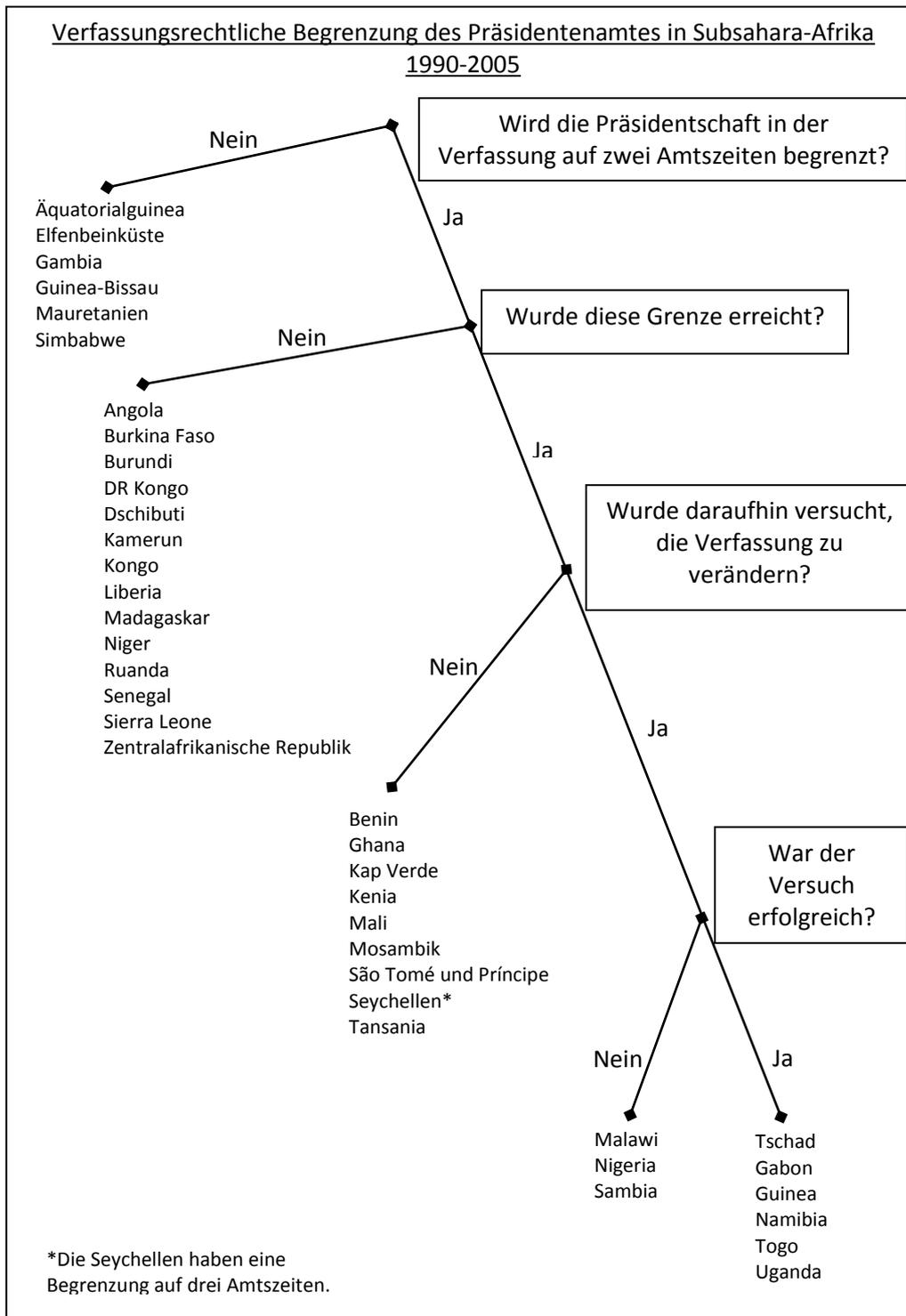


Abbildung 4: Verfassungsrechtliche Begrenzung des Präsidentenamtes in Subsahara-Afrika 1990-2005

Quelle: Posner/Young 2007, S. 132.

Posner und Young machen eine gestiegene Bedeutung formeller Institutionen aus. Dies machen sie zum einen an der Art fest, wie die politischen Machthaber (Präsidenten) ihre Macht abgeben. In den 1960er und 1970er Jahren verlieren knapp 75 Prozent der politischen Regierungsführer durch einen Staatsstreich, gewaltvollen

Umsturz oder Ermordung ihre Position. In den 1980er Jahren liegt dieser Wert noch knapp unter 70 Prozent. Ab Mitte der 1990er Jahre scheiden dann mehr Präsidenten durch freiwilligen Rücktritt, Wahlniederlage oder natürlichen Tod aus dem Amt.²⁹⁰

Die Rolle der formellen Institutionen nimmt laut Posner und Young auch im Bereich der maximalen Legislaturperioden zu. Nur in sechs Ländern der subsaharischen Region sieht die Verfassung keine Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten vor. In jenen Fallbeispielen, in denen die maximale Amtszeit im Untersuchungszeitraum 1990-2005 erreicht wird, kommt es in 11 von 17 Fällen zur Ablösung des Präsidenten (siehe Abbildung 4).²⁹¹

²⁹⁰ Posner/Young 2007, S. 128.

²⁹¹ Cheeseman rät in diesem Zusammenhang internationalen Akteuren, bei ihrem Engagement zur Unterstützung demokratischer Prozesse in Subsahara-Afrika verstärkt Augenmerk auf die Begrenzung der Amtszeiten zu legen, vgl. Cheeseman 2010, S. 152.

4. Kenias politische Entwicklung 1990-2005 – empirische Untersuchung

Im folgenden Abschnitt sollen die wesentlichen politischen Entwicklungen im Untersuchungszeitraum 1990-2005 nachgezeichnet werden unter besonderer Berücksichtigung der Fragen der politischen Opposition und des autoritären Regimes. Der zeitliche Rahmen steckt dabei sowohl die politische Zäsur von 1992 (Abhalten von Mehrparteienwahlen) als auch die ersten Regierungsjahre der 2002 erfolgreichen Opposition ab. Zur besseren Kontextualisierung wird zunächst ein kurzer Abriss der kenianischen Geschichte beginnend mit der Unabhängigkeit Kenias gegeben.

4.1 Das unabhängige Kenia unter Kenyatta und Moi

Im Zuge der *Mau Mau*-Aufstände von 1952-55 gesteht die britische Kolonialregierung der afrikanischen Bevölkerung in Kenia ein gewisses Maß an Selbstbestimmung zu. Dieses gewisse Maß findet darin Ausdruck, dass 1957 die ersten Wahlen abgehalten werden, bei denen die Kenianer ihre Repräsentanten selbst wählen dürfen. Großbritannien bleibt bei diesem Prozess federführend und fordert von der neuen kenianischen Regierung die Wahrung westlicher Vorstellungen. Die *Kenyan African Union* (KAU), die erste echte afrikanische Partei, bleibt seit 1953 verboten und ihr charismatischer Anführer, Jomo Kenyatta, weiterhin in Haft. An den Wahlen können nur auf Distriktebene beschränkte Parteien teilnehmen, sodass die ersten offiziellen kenianischen Politiker ihre Unterstützung durch die Bevölkerung ausschließlich auf regionaler Ebene suchen.²⁹²

Im Frühjahr 1960 findet in London die erste Lancaster-Konferenz statt. Thema ist die politische Zukunft des kenianischen Staates. Die kenianischen Abgesandten besitzen dabei unterschiedliche Positionen. Die *Kenya African National Union* (KANU), als Nachfolgepartei der KAU 1960 gegründet,²⁹³ fordert sowohl eine starke zentrale Regierung, die ihren Einfluss ebenso auf den wirtschaftlichen Bereich geltend macht,

²⁹² Throup/Hornsby 1998, S. 7f. Ein Muster, das sich bis in die Gegenwart fortsetzen soll, vgl. diesen Abschnitt unten sowie Abschnitt 5.3.

²⁹³ Die KAU wurde als nationalistische afrikanische Organisation 1953 verboten. Ihre Mitglieder waren vor allem privilegierte Kenianer, darunter viele Kikuyu, die in der Kolonialregierung Posten als Büroangestellte, Telefonisten, Lehrer und weitere Stellen, die ein Mindestmaß an Bildung voraussetzten, bekleideten, vgl. Cowen/Kanyinga 2002, S. 133.

als auch eine hervorgehobene Rolle für das Parlament im von der Kolonialregierung vorgegebenen Westminster-System. Die *Kenya African Democratic Union* (KADU) befürwortet im Gegensatz dazu ein föderales Regierungssystem,²⁹⁴ geprägt von Gewaltenteilung und einem liberalen Wirtschaftssektor. Gemein ist den Parteien, die Suche nach Unterstützung bei bestimmten Ethnien. Die KANU sieht sich vor allem als Vertreter der großen Ethnien Kikuyu und Luo. Die KADU konzentriert sich auf kleine Ethnien aus dem semi-ariden Norden, der Coast Province und dem Rift Valley (Kalenjin und ihre benachbarten nilotischen Gruppen Maasai, Turkana und Samburu – KAMATUSA).²⁹⁵

Kenyatta wird 1961 aus der Haft entlassen und übernimmt den Vorsitz von KANU. Bei den Mehrparteienwahlen im Mai 1963 erhält KANU die meisten Stimmen, Kenyatta übernimmt den Regierungsvorsitz als Premierminister und Kenias Unabhängigkeitsprozess wird am 12. Dezember 1963 abgeschlossen.²⁹⁶

<u>Republic of Kenya/Jamhuri ya Kenya</u>	
Hauptstadt:	Nairobi
Bevölkerungszahl:	39,002,772 (Deutschland: 82,329,758)
Fläche:	582,650 km ² (Deutschland: 357,021 km ²)
Amtssprachen:	Englisch, Swahili
Unabhängigkeit:	12. Dezember 1963 (vom Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland)
Provinzen:	Central, Coast, Eastern, Nairobi Area, North Eastern, Nyanza, Rift Valley, Western
Ethnische Gruppen:	Kikuyu 22%, Luhya 14%, Luo 13%, Kalenjin 12%, Kamba 11%, Kisii 6%, Meru 6%, andere afrikanische 15%, nicht-afrikanische (Asiaten, Europäer und Araber) 1%
Religion:	Protestanten 45%, Katholiken 33%, Muslime 10%, indigene Glaubensrichtungen 10%, andere 2% (Schätzungen zu Muslimen und Anhänger indigener Glaubensrichtungen variieren sehr)
Bevölkerungszuwachs:	2.691%

Abbildung 5: Basisdaten von Kenia

Quelle: CIA World Factbook, bezogen von <http://www.cia.gov> (29.06.2009).

²⁹⁴ Auch *majimbo* genannt, also die Forderung nach „regionaler Autonomie“.

²⁹⁵ Throup/Hornsby 1998, S. 9.

²⁹⁶ Throup/Hornsby 1998, S. 10.

In der ersten Phase des unabhängigen Kenias wird eine Abkehr vom geerbten Westminster-Modell deutlich. Kenyatta erlässt zahlreiche Verfassungsänderungen, die mitunter innerhalb von acht Tagen in Kraft treten. Der Premierministerposten sowie der Senat werden abgeschafft und Kenyatta ernannt zum Präsidenten. Das Präsidentenamt wird dabei mit einer Vielzahl von Kompetenzen ausgestattet. So ernannt der Präsident Mitglieder des Parlaments und der Wahlkommission, nimmt Einfluss auf die Wahlberechtigung und besetzt und entlässt die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Die Position der Exekutive wird grundsätzlich gestärkt und die Kompetenzen des Präsidenten um die Bereiche der öffentlichen Sicherheit und des Justizwesens erweitert.²⁹⁷

An der Spitze des politischen Systems steht Kenyatta, der als „Vater der Nation“ auftritt. Während er das Westminster-Modell als politisches Erbe ablehnt, setzt er die Arbeit der ehemals kolonialen Provinz- und Distriktverwaltungen fort. Dies hängt vor allem mit historisch gewachsenen Klientelnetzwerken zusammen, die Kenyatta nicht ohne Weiteres aufzulösen vermag. Während der Kolonialzeit gelang es späteren Mitgliedern von KANU, durch den Aufbau klientelistischer Netzwerke an Einfluss zu gewinnen. Kenyatta nutzt die Verwaltungsstrukturen der Kolonialzeit, um diesen lokalen politischen Größen Raum zur Entfaltung zu bieten und somit innenpolitischen Spannungen vorzubeugen. Kenyatta fördert den Aufstieg lokaler Politiker zu Ministern, denen es gelingt, für lokale Selbsthilfe-Projekte (*harambee*) die notwendige Finanzierung und Unterstützung der Bevölkerung zu realisieren. Diese Honorierung politischer Arbeit trägt zum Ansehen der Kenyatta-Regierung bei und sorgt für die Selektion erfolgreicher Politiker im klientelistischen System.²⁹⁸

Tom Mboya wird im Juli 1969 erschossen. Über die Hintergründe der Tat kann nur spekuliert werden. Mit ihm verliert Kenyatta ein wichtiges Bindeglied zwischen Kikuyu und Luo.²⁹⁹ Zur Festigung der ethnischen Basis seiner Regierung kooperiert Kenyatta in der Folge verstärkt mit anderen Ethnien, vor allem Meru, Embu, Kisii und Kamba, Führer der Luo werden außen vor gelassen. Als Vizepräsidenten ernannt Kenyatta den Kalenjin Daniel arap Moi.³⁰⁰ In den 1970er-Jahren verblasst das Bild des effizient arbeitenden öffentlichen Dienstes und des rege diskutierenden Parlaments. Kenyatta vertraut nur noch ihm nahe stehenden Personen aus seiner Heimat und der

²⁹⁷ Grindle 1996, S. 97.

²⁹⁸ Mair 1994, S. 14f.

²⁹⁹ Throup/Hornsby 1998, S. 14.

³⁰⁰ Mair 1994, S. 16.

öffentliche Dienst leidet unter Korruption und Vetternwirtschaft. Die Parlamentsdebatten gestalten sich weniger offen und die Zahl der politischen Gefangenen steigt.³⁰¹

Kenatta verstirbt 1978 auf natürlichem Wege. Sein rechtmäßiger Nachfolge, Vizepräsident Moi, muss seine neue Position gegen einen Vorstoß der Kiambu-Elite verteidigen, die eine Änderung der Verfassung anstreben. Dank der Unterstützung seiner engen Berater Charles Njonjo und Mwai Kibaki, gelingt es Moi, seinen Posten wie von der Verfassung vorgesehen zu beziehen. In seinen ersten Amtshandlungen zielt Moi auf eine Entspannung des von Kenyatta geerbten repressiven Regimes, entlässt politische Gefangene und kündigt die Bekämpfung der Korruption an. Er bricht die Vormachtstellung der Kikuyu, indem er ethnisch zusammengesetzte Wohlfahrtsorganisationen verbietet. Der Präsidentenwechsel wird von Beobachtern schlussendlich als friedlich bezeichnet und die Parteiwahlen von 1979 gelten als kompetitiver und offener als in der Vergangenheit.³⁰²

Dieser positive Eindruck schwindet 1982. Das Moi-Regime nimmt einen repressiven Charakter an, nachdem Luftwaffenoffiziere vergeblich gegen Moi putschen. Unter dem Vorwand zukünftige Putschversuche zu unterbinden, gehen Sicherheitskräfte vor allem gegen kritische Universitätsangehörige vor. Menschenrechtsverletzungen – vor allem Misshandlungen, Folter, Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren – prägen in der Folge das Regime.³⁰³ Moi entscheidet über die Ernennung lokaler Regierungen und weitet das Polizeirecht aus.³⁰⁴ Die Macht der Exekutive wird ausgebaut und wichtige soziale Organisationen zur Integration in die KANU gezwungen. Die KANU wird zum wichtigsten Kontrollorgan für Moi. Sie steht institutionell über dem Parlament und der Judikative und beaufsichtigt die Auswahl der Abgeordneten sowie die Verteilung der staatlichen Ressourcen. Eine eigene Ideologie entwickelt die Partei nicht.³⁰⁵

Zur Sicherung seiner Macht deformiert Moi das bestehende Klientensystem. Moi verstärkt die Kontrolle der Provinzfürsten, indem die Entscheidung über lokale Ausgaben nun den von Moi ernannten Distriktverwaltern und Provinzadministratoren obliegt. Lokalen politischen Größen entgeht somit eine

³⁰¹ Throup/Hornsby 1998, S. 19f.

³⁰² Mair 1994, S. 17f.; Throup/Hornsby 1998, S. 28.

³⁰³ Risse/Jetschke/Schmitz 2002, S. 104.

³⁰⁴ Grindle 1996, S. 97f.

³⁰⁵ Throup/Hornsby 1998, S. 39f.

Möglichkeit der Profilierung. Aufgrund eines gestiegenen Konkurrenzkampfes um Staatsressourcen und Patronage, konzentrieren sie sich zudem auf kleinere Wahlbezirke. Eine Allianz zwischen den Bezirken wird immer unwahrscheinlicher und einzelnen Lokalpolitikern entzieht sich die Grundlage für eine potenzielle Herausforderung Moisis.³⁰⁶

Moi macht den Präsidenten zur zentralen und alles entscheidenden politischen Figur im politischen System. Die Gefolgschaft der staatlichen Mitarbeiter wird durch den Zugang zu Finanzressourcen – Korruption – abgesichert.³⁰⁷

Außerdem sorgt Moi für den schnellen Auf- und Abstieg von Politikern, wobei die persönliche Beziehung zu Moi entscheidend ist. Er erhöht die Zahl der Minister und Assistenten von 55 auf 75 und tauscht in 14 Jahren 27 Kabinettsmitglieder aus.³⁰⁸ Seine früheren Unterstützer Njonjo und Kibaki drängt Moi in den Hintergrund und setzt fortan auf Energieminister Nicholas Biwott und Verwaltungschef Simeon Nyachae.³⁰⁹

Moisis Ethnie, die Kalenjin, stellt für sich genommen eine zu schwache Machtbasis dar. Moi erhöht die staatlichen Landwirtschaftsinvestitionen in den Regionen Rift Valley, Coast Province und West Province, um eine Allianz mit der KAMATUSA-Elite und anderen ethnischen Gruppen, wie den Luhya und Kamba, auf den Weg zu bringen. Auch Kikuyu werden Teil der Ethnienkoalition – insbesondere die Kikuyu-Technokraten um Kibaki, die alte Kiambu-Elite der Kenyatta-Ära sowie *Mau Mau*-Veteranen der Nakuru und Nyeri, die nicht zu den Nutznießern des Kenyatta-Regimes zählten.³¹⁰

Die Opposition in den ersten Jahrzehnten des unabhängigen Kenias

Die politische Opposition besitzt im unabhängigen Kenia einen schweren Stand. Kenyattas Einfluss auf die Wahlberechtigung macht Kenia *de facto* zum Einparteienstaat. Zwar ist die Gründung von Parteien formal weiter gestattet, die Registrierung wird durch die KANU jedoch verhindert. Ehemalige KADU-Mitglieder werden mit der Aussicht auf wichtige Regierungsposten zum Wechsel in die KANU

³⁰⁶ Grindle 1996, S. 99ff.

³⁰⁷ Cowen/Kanyinga 2002, S. 136.

³⁰⁸ Kenyatta tauschte in 15 Jahren Regierung fünf Kabinettsmitglieder.

³⁰⁹ Throup/Hornsby 1998, S. 40.

³¹⁰ Throup/Hornsby 1998, S. 31.

animiert und Kenyatta führt letztlich die Auflösung der KADU herbei.³¹¹ Es existiert kein Wettbewerb um das höchste politische Amt im Staat. Der politischen Opposition bleibt die Legalisierung verwehrt.

Das politische System unter Kenyatta gestattet Vielfalt, keine Alternativen. Im Zuge des Klientensystems herrscht ein Konkurrenzkampf unter ambitionierten Politikern. Der politische Wettbewerb weitet sich aber nie bis auf das Präsidentenamt aus. Kenyatta gestattet eine relativ offene Debatte im Parlament und die Presse kann verglichen mit anderen afrikanischen Staaten als frei bezeichnet werden. Politisch aktive Verbände werden gebildet und gewinnen an Einfluss – die effektive Regierungsgewalt bleibt davon unberührt.³¹²

Im Jahr 1966 tritt Vize-Präsident Odinga zurück und gründet eine neue Partei, die *Kenyan People's Union* (KPU). Ideologisch orientiert sich die neue Partei am Sozialismus und steht damit im Kontrast zur am Kapitalismus orientierten Politik Kenyattas. Die Partei erhält vor allem die Unterstützung der Luo (zu denen Odinga gehört), spricht mit ihrer sozialistischen Ausrichtung auch Teile der Kikuyu an. Nach der Ermordung Mboyas 1969, der einen gewalttätigen Protest vor allem junger Luo nach sich zieht, wird die Partei jedoch verboten.³¹³

Oppositionsbestrebungen entstehen auch in den Reihen der Kikuyu. Der ehemalige Mau Mau-Anführer Josiah Mwangi Kariuki sucht die vielen Kikuyu zu mobilisieren, die nicht von der Kenyatta-Regierung profitieren und prangert den augenscheinlichen Reichtum der Kikuyu-Elite an. Kariuki wird 1975 erschossen aufgefunden. Eine parlamentarische Untersuchungskommission wird eingerichtet. Der abschließende Bericht belastet führende Regierungsmitglieder, darunter Kenyattas Schwager. In der Folge versucht die Regierung vermehrt, Kritik aus den Parlamentsreihen und den Medien zu unterbinden.³¹⁴

Den ersten Anzeichen einer Liberalisierung des politischen Systems unter Moi bei dessen Amtsantritt 1978 folgt eine Rückkehr zu autoritären Praktiken. Moi verhindert die Gründung einer neuen Partei durch Anyona und Odinga und verankert das Parteienverbot in der Sektion 2A der Verfassungsänderung. Offiziell wird dieser

³¹¹ Risse/Jetschke/Schmitz 2002, S. 103.

³¹² Throup/Hornsby 1998, S. 17f.

³¹³ Cowen/Kanyinga 2002, S. 134.

³¹⁴ Throup/Hornsby 1998, S. 20.

Schritt mit den gefährlichen Auswirkungen eines Mehrparteienstaates vor dem Hintergrund der Ethnienvielfalt begründet. Kenia wird zum Einparteienstaat *de jure*. Mit der Verfassungsänderung von 1982 übt Präsident Moi eine verstärkte Kontrolle über das Parlament aus und Wahlen können nicht mehr angefochten werden.³¹⁵ Die Arbeit des Parlaments ist fortan von Unsicherheit geprägt. Offene Debatten finden nicht mehr statt und Moisis Gesetzesvorhaben werden widerstandslos bestätigt. Die Arbeitseinstellung der Politiker ändert sich unter Moisis Personalpolitik dauerhaft. Da die eigene Leistung keinen Einfluss mehr auf die politische Karriere besitzt und individuelle Erfolge immer unwahrscheinlicher werden, zielen zahlreiche Politiker nur noch auf persönliche Bereicherung.³¹⁶

³¹⁵ Grindle 1996, S. 97f.

³¹⁶ Throup/Hornsby 1998, S. 32ff.

4.2 Druck auf die Moi-Regierung

Die Zeit Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre bildet eine entscheidende Phase der Oppositionsbewegung. Der kirchliche Verband *National Council of Churches of Kenya* (NCCCK) ist dabei eine der ersten formalen Organisationen. Er gewinnt aufgrund des ihm eigenen Mobilisierungspotenzials und der moralischen Autorität großen Einfluss und fordert eine Verfassungsreform zur Neustrukturierung des Staates.³¹⁷ Die *Law Society of Kenya* (LSK) organisiert den Protest der Juristen und kann mit Hilfe internationaler Kontakte auch im Ausland auf den kenianischen Fall aufmerksam machen.³¹⁸

Wiederbelebung der politischen Opposition

Die politische Opposition erlebte im unabhängigen Kenia erhebliche Rückschläge. Vor dem Hintergrund der manipulierten Wahlen von 1988 und der neuen politischen Weltkarte nach Ende des Kalten Krieges formieren sich reformistische Politiker, denen der Zugang zur politischen Macht zu Beginn der 1990er-Jahre verwehrt bleibt.

Am 3. Mai 1990 halten Kenneth Matiba und Charles Rubia eine gemeinsame Pressekonferenz ab. Darin prangern sie die Korruption in Regierungskreisen an und machen die Regierung für die wirtschaftliche Misere und ein Klima der Unterdrückung, die beide in den vergangenen Jahren zunahmen, verantwortlich. In einer zweiten Pressekonferenz eine Woche später präsentieren sich die beiden ehemaligen Minister noch offensiver und starten eine Kampagne zur Wiedereinführung von Mehrparteienwahlen. Nach einer Serie von Angriffen als Folge der ersten Pressekonferenz sehen sich Matiba und Rubia in ihrer Kritik bestätigt, „a one-party system stifles criticism ruthlessly and hence eliminates the fundamental human freedom“.³¹⁹

Nur durch Mehrparteienwahlen sei eine größere Offenheit und Verantwortlichkeit im politischen System zu erreichen. Das Einparteiensystem führte laut Matiba und Rubia zu einem Tribalismus in der Politik und der zweitklassigen Besetzung öffentlicher Ämter. Ferner kritisieren sie die zunehmende Einmischung der Politik in die Angelegenheiten nicht staatlicher Organisationen (wie im Falle der *Kenya Farmers' Association*), das Missmanagement anderer Körperschaften (wie der *Kenya Planters'*

³¹⁷ Nasong'o 2007b, S. 39.

³¹⁸ Grindle 1996, S. 170ff.

³¹⁹ Weekly Review, 18. Mai 1990, S. 8; zitiert nach Throup/Hornsby 1998, S. 60.

Cooperative Union, dem *Coffee Board of Kenya* und der *Kenya Tea Development Authority*) sowie die weit verbreitete Veruntreuung in Regierungs- und halbstaatlichen Verwaltungsstellen und dem zweifelhaften Umgang mit dem erfahrenen Personal darin. Matiba und Rubia bemängeln die Neuorganisation des Bildungswesens und werfen der Regierung die hohe Arbeitslosigkeit vor, da sie es verpasste, die bestehende Industrie zu unterstützen. Auch der Mangel an Medikamenten und angemessener Ausrüstung in den Krankenhäusern führen Matiba und Rubia auf Moisi Einparteienstaat zurück. Das Argument: All diese Probleme werden durch die intransparenten Beschlüsse und dubiosen Geschäfte der Regierung verschärft. Zukünftige politische Entscheidungen müssen daher sorgfältig und vor allen Dingen öffentlich diskutiert werden, unabhängig von den persönlichen finanziellen Interessen der politischen Amtsträger.³²⁰

Matiba und Rubia prosperierten während der Kenyatta-Ära, ohne zu seinem engeren Kreis zu gehören, und verfolgten ausgedehnte wirtschaftliche Interessen von Produktion über Landwirtschaft bis hin zu Tourismus. Nach Moisi Amtsantritt verlieren Matiba und Rubia ihre Posten im Kabinett und im Parlament. Ihre Firmen verlieren die staatlichen Aufträge, ihre Kredite werden aufgekündigt und Devisen verwehrt. Keiner der beiden zeigt sich jedoch bereit, klein beizugeben, um sich mit der Regierung zu arrangieren. Rubia genießt den Ruf eines wilden, aber nicht zu skrupellosen Straßenkämpfers, während Matiba als entschlossen, arrogant und nachtragend gilt. Moi sieht sich 1990 mit der Herausforderung zweier angesehener ehemaliger Minister konfrontiert, die als wohlhabende Geschäftsleute den Groll der wirtschaftlich einflussreichen Kikuyu repräsentieren.³²¹

Binnen weniger Wochen transformieren Matiba und Rubia die lange unterdrückte Untergrundbewegung für Mehrparteien-Demokratie in eine Massenbewegung. Die sogenannten Radikalen Koigi wa Wamwere, George Anyona und Oginga Odinga, die von KANU verstoßen und bedroht vom politischen Geschehen ausgeschlossen wurden, scheiterten wiederholt bei dem Versuch, eine Oppositionspartei zu gründen. Matiba und Rubia stellen für das Moisi-Regime eine größere Bedrohung dar, weil sie neben Wohlstand und Ansehen über die Fähigkeit verfügen, sowohl die Missstände der Kikuyu Wirtschaftselite als auch der armen (städtischen) Bevölkerung Ausdruck zu verleihen. Matiba und Rubia stammen aus dem Murang'a District, einem der

³²⁰ Thoup/Hornsby 1998, S. 60f.

³²¹ Throup/Hornsby 1998, S. 61.

ärmsten und wenig ertragreichen Gebieten der Central Province, dem unter Moisi Führung jegliche staatliche Unterstützung entzogen wurde.³²²

Matibas Vorstoß gegen Moi ist sorgsam geplant. Seit er von Moisi Regierung ausgeschlossen wurde, hält Matiba regelmäßige geheime Treffen ab, neben Rubia nehmen daran auch Paul Muite und Gibson Kamau Kuria teil. Die beiden Anwälte beraten Matiba und Rubia im Vorfeld der ersten Pressekonferenz, um den Rahmen der Kritik und ihre Antworten zu Nachfragen der Journalisten abzustecken, sodass Matiba und Rubia der Regierung wenig Anlass für eine gerichtliche Verfolgung geben. Matiba steht ebenfalls in Kontakt mit dem damaligen Gesundheitsminister Kibaki, der jedoch zu keinen der Treffen erscheint, um nicht den Unmut Moisi zu riskieren. Die Kampagnen von Matiba und Rubia sowie von Odingas *Forum for the Restoration of Democracy* werden von einer kleinen Gruppe von Bürgerrechtlern, regimekritischen Geistlichen und ehemaligen Politikern mit Bedacht entwickelt, denen es gelingt, immer mehr Unterstützung in der Bevölkerung zu gewinnen. Ziel der Kampagnen ist es, die Legitimität der Regierung erfolgreich öffentlich in Frage zu stellen, weswegen eine Massenversammlung für den 7. Juli 1990 vorbereitet wird in dem Wissen, dass die Regierung sie nicht genehmigen wird.³²³

Drei Tage vor der Versammlung, die wie erwartet von der Regierung verboten wird, werden Matiba und Rubia sowie der Sohn von Oginga Odinga, Raila Odinga, inhaftiert. Für Raila ist dies nicht das erste Mal. Dieses Mal dürfte seine Gefangennahme auch als Warnung an Odinga verstanden werden, nicht mit Rubia und Matiba zusammenzuarbeiten. In der Tat würde eine solche Allianz zwei der größten Ethnien (Kikuyu und Luo), die darüber hinaus einen vergleichsweise hohen Entwicklungsgrad im Bildungs- und Wirtschaftsbereich besitzen, im Land zusammenbringen und so die Regierungspartei ernsthaft herausfordern. Gleichzeitig wäre diese Verbindung eine Rückkehr der ehemaligen Regierungsallianz unter Kenyatta. Moi und seine Anhänger diskreditieren Matiba und Rubia als „Tribalisten“, die einzig die Hegemonie der Kikuyu wiederbeleben wollen. Moi betont bei öffentlichen Veranstaltungen, wie viele Menschen von seiner breiten Ethnienkoalition profitieren würden und streut das Gerücht, dass Matiba und Rubia

³²² Throup/Hornsby 1998, S. 61f.

³²³ Throup/Hornsby 1998, S. 62f.

seine Ermordung planen. Die von Moi entworfene Drohkulisse ist nicht neu, bringt aber durchaus bestehende Bedenken in Teilen der Bevölkerung zum Ausdruck.³²⁴

Als sich am 7. Juli dennoch zahlreiche Bürger zur geplanten Versammlung einfinden, wird diese von der Polizei gewaltsam aufgelöst, 29 Menschen werden erschossen.³²⁵

Der Grundstein für die zukünftig jährlichen *Saba Saba*-Aufstände wird gelegt.³²⁶ Die politische Opposition im Land bleibt aktiv, während ein weiterer Akteur ins politische Geschehen Kenias eingreift.

Reaktion des Auslands

Neben dem Druck aus dem Inland sieht sich das Moi-Regime mit angespannten Beziehungen zum Ausland konfrontiert. Auch hier spielt das Ende des Kalten Krieges eine wegweisende Rolle. In den ersten drei Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit war Kenia vor allem als verlässlicher Partner des Westens von Interesse, die kenianische Innenpolitik spielte für ausländische Geldgeber eine geringe Rolle. Nach 1990 knüpfen Staaten wie die USA ihre Zahlungen an politische Bedingungen.³²⁷

Der kenianische Fall erlangt vermehrt internationale Aufmerksamkeit, nachdem die diplomatischen Beziehungen zu Norwegen im Oktober 1990 ein Ende finden. Vorausgegangen war der norwegische Protest gegen die Gefangennahme von Koigi wa Wamwere. Dieser lebte als politischer Dissident im norwegischen Exil und wurde auf einer Reise durch Uganda von kenianischen Sicherheitskräften festgenommen und zur Rückkehr nach Kenia gezwungen.³²⁸ Norwegen stellt daraufhin Zahlungen an Kenia ein und thematisiert die Frage der Menschenrechte in Kenia auf der 45. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Der amerikanische Kongress beschließt im selben Zeitraum, zukünftige Entwicklungshilfen nur bei Einhaltung der Menschenrechte bereitzustellen.³²⁹

Die Beziehungen zum Ausland werden im Zuge des Todes von Außenminister Robert Ouko weiter belastet. Nach offiziellen Angaben begeht Ouko am 12. Februar 1990 Selbstmord. Ungeklärt bleibt dabei, wie er sich erschossen, die Gliedmaßen gebrochen und sich in Brand gesteckt haben soll. Ausländische Ermittler finden

³²⁴ Throup/Hornsby 1998, S. 63.

³²⁵ Risse/Jetschke/Schmitz 2002, S. 115f.

³²⁶ *Saba Saba* lässt sich mit „7.7.“ übersetzen.

³²⁷ Brown 2007, S. 307f.

³²⁸ Brown 2007, S. 308f.

³²⁹ Risse/Jetschke/Schmitz 2002, S. 115f.

heraus, dass Ouko beabsichtigte, Energieminister Biwott (einen engen Vertrauten von Moi) sowie andere hochrangige Offizielle in einem Bericht öffentlich der Veruntreuung von Entwicklungsgeldern zu bezichtigen.³³⁰

Vertreter der USA, Kanadas, Großbritanniens, der Niederlande, Japans und Deutschlands sowie die skandinavischen Botschafter gründen den *Serious Minded Donor Circle*. Ziel ist ein geschlossenes Auftreten gegenüber dem Moi-Regime. Kenias außenpolitische Krise erreicht ihren Höhepunkt im November 1991, als ausländische Journalisten bei einer Protestveranstaltung verletzt und prominente Mitglieder von FORD verhaftet werden. Die Weltbank beschließt, Entwicklungskredite über 150 Millionen Dollar im Energiebereich nur dann auszuzahlen, wenn Energieminister Biwott seines Amtes enthoben wird.³³¹ Die Gesamtsumme finanzieller Hilfen von 350 Millionen Dollar soll erst ausgezahlt werden, wenn in Kenia Mehrparteienwahlen abgehalten und die politischen Partizipationsrechte sowie die Menschenrechte gestärkt werden.³³²

Moi reagiert umgehend und kündigt die Abschaffung der Einparteiengesetzgebung auf dem Sonderparteitag der KANU am 3. Dezember 1991 an. Ein Woche später wird die notwendige Verfassungsänderung vom Parlament bestätigt.³³³

³³⁰ Brown 2007, S. 309f. Der Abschlussbericht von Scotland Yard umfasst 2000 Seiten und wird nie veröffentlicht. In einer Wiederaufnahme des Falles 2002 wird eine Verbindung zwischen der Regierung und des Todes von Ouko immer offensichtlicher, vgl. Gimode 2007, S. 246f.

³³¹ Mair 1994, S. 41.

³³² Brown 2007, S. 311.

³³³ Mair 1994, S. 42.

4.3 Die politische Zäsur 1992

Die Ankündigung der Mehrparteienwahlen sorgt für eine Beruhigung der angespannten Lage in Kenia. Die neu gegründeten Parteien konzentrieren sich auf die anstehenden Wahlen, der Protest der Menschenrechtsgruppen wird schwächer und die Geberländer zeigen sich mit dem bis dahin Erreichten zufrieden. Wie die geforderten freien und fairen Wahlen 1992 genau ablaufen sollen, wird nicht geklärt. Moi erlangt im politischen Geschehen die Oberhand zurück.³³⁴

Moi entwickelt unterschiedliche Vorgehensweisen, um den Ausgang der Wahlen schon im Vorfeld zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Auf institutioneller Ebene sorgt Moi mit der Verfassungsänderung vom Juli 1992 dafür, dass für den Wahlsieg bei den Präsidentschaftswahlen der Gewinner neben der relativen Mehrheit auch 25 Prozent der Stimmen in mindestens fünf der acht Provinzen Kenias erreichen muss. Diese vermeintlich erhöhte Legitimation des Präsidentenamtes – vermeintlich, da keine Stichwahl im Zweifelsfalle vorgesehen ist und Wahlbezirke politisch intendiert zugeschnitten werden (*Gerrymandering*)³³⁵ – macht es den oppositionellen Kandidaten praktisch unmöglich zu gewinnen.³³⁶ Während Moi von einer vielfältigen, über das Land verteilten Ethnienkoalition unterstützt wird und weit verbreitete Bekanntheit besitzt, genießen die Oppositionskandidaten meist nur lokal begrenzt Popularität. In der Verfassungsänderung vom Juli 1992 wird ferner festgehalten, dass der gewählte Präsident ausschließlich Minister aus der eigenen Partei ernennen darf. Die Opposition kann somit nicht nach den Wahlen koalieren, um so die Regierung Moisis gegebenenfalls abzulösen.

Weitere institutionelle Vorteile verschafft sich Moi, indem er und die KANU zum einen Staatsressourcen zur Finanzierung des Wahlkampfes nutzen, während die oppositionellen Parteien keine finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten.³³⁷ Zum anderen besetzt Moi die Wahlkommission im Alleingang und die Wählerregistrierung wird dahin gehend manipuliert, dass es zu einer Überrepräsentation der KANU-Unterstützer und zur Unterrepräsentation der Oppositionsbefürworter kommt.³³⁸

³³⁴ Risse/Jetschke/Schmitz 2002, S. 119.

³³⁵ Ahner-Tönnis 2007, S. 2.

³³⁶ Der Zuschnitt der Wahlbezirke kommt insbesondere Bedeutung zu, da das kenianische Wahlsystem *single-member district* (SMD) mit Mehrheitswahl vorsieht. Mit einer relativen Mehrheit gewinnt ein Kandidat in seinem Wahlbezirk alle zugeschriebenen Parlamentssitze.

³³⁷ Oloo 2007, S. 114.

³³⁸ Throup/Hornsby 1998, S. 415.

Ferner ist es einzig KANU möglich, Wahlwerbung landesweit via Rundfunk und Fernsehen zu betreiben.³³⁹

Am 20. März 1992 verbietet KANU alle öffentlichen Versammlungen der politischen Opposition, nachdem es zwischen Kalenjin und anderen Ethnien im westlichen Kenia zu heftigen Zusammenstößen kommt, wofür jeweils die Gegenseite verantwortlich gemacht wird. Die Opposition ruft daraufhin am 2. April zum Generalstreik auf, vertritt diese Position jedoch nicht geschlossen.³⁴⁰

Zur Splitterung der politischen Opposition trägt das Gerücht bei, Teile der Opposition würden von KANU finanziert werden. Unter Verdacht steht unter anderem FORD-A, die über mehr finanzielle Mittel verfügt als der Partei unter der Führung von Matiba zugetraut wird. Ferner wird der Präsidentschaftskandidat Matiba von KANU nicht so direkt im Wahlkampf angegriffen wie die anderen oppositionellen Kandidaten. Shikuku, ebenfalls FORD-A, trifft sich im Mai 1992 mit Moi zum privaten Abendessen, dessen Hintergründe nicht aufgeklärt werden. Die DP um Kibaki vereint eine Vielzahl ehemaliger Größen der Regierungspartei. Auch ihr wird eine Unterstützung durch die KANU unterstellt, weshalb sie zuweilen als „KANU-B“ betitelt wird. Der Wahrheitsgehalt dieser Vorwürfe lässt sich nicht aufklären, der daraus resultierende Zwist der politischen Opposition, die sich gegenseitig diskreditiert, lenkt die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Ziel, die Ablösung Mois, ab und verunsichert die Wähler.³⁴¹

Die internationale Beobachtung der Wahlen 1992 hält regierungsnahen Gruppen nicht davon ab, der Opposition Gewalt anzudrohen und anzuwenden. Die Repressionspolitik Mois wird fortgesetzt. Mehr als 2.000 Menschen sterben im Zuge des Wahlkampfes und mehrere Zehntausend werden aufgrund ethnischer Gewalt vertrieben. Die Opposition sieht sich zuweilen mit frei erfundenen Anklagen konfrontiert und Gerichtsverfahren werden in entlegene Regionen verlegt, um eine weitere Beobachtung der Prozesse zu verhindern.³⁴² Oppositionspolitiker werden im

³³⁹ Nasong'o 2007a, S. 96.

³⁴⁰ Political Handbook of the World 1993, S. 435.

³⁴¹ Throup/Hornsby 1998, S. 412f.

³⁴² Risse/Jetschke/Schmitz 2002, S. 119.

Vorfeld der Wahlen außerdem durch Stimmenkauf und Bestechung zum Wechsel in das KANU-Lager gebracht.³⁴³

<u>Wahlen vom 29. Dezember 1992</u>	
<i>Präsidentenwahlen</i>	
registrierte Wähler: ca. 7,900,000	
Wahlbeteiligung: unbekannt	
Kandidat (Partei)	Stimmenanteil
Daniel arap Moi (KANU)	36.3%
Kenneth Matiba (FORD-A)	26.0%
Mwai Kibaki (DP)	19.5%
Oginga Odinga (FORD-K)	17.5%
Chibule wa Tsuma (KNC)	0.7%
George Anyona (KSC)	
Harun Mwau (PICK)	
Mukaru Nganga (KENDA)	
<i>Parlamentenwahlen</i>	
Partei	Anzahl der Sitze 188 (200)*
Kenya African National Union (KANU)	100 (112)
Forum for the Restoration of Democracy-Kenya (FORD-K)	31 (31)
Forum for the Restoration of Democracy-Asili (FORD-A)	31 (31)
Democratic Party (DP)	23 (23)
Kenya Social Congress (KSC)	01 (01)
Kenya National Congress (KNC)	01 (01)
Party of Independent Candidates of Kenya (PICK)	01 (01)

Tabelle 5: Ergebnisse der Wahlen 1992
Quelle: <http://africanelections.tripod.com> (06.06.2016).

³⁴³ Mair 1994, S. 90 und 105f.

Am Ende kann Moi die Präsidentschaftswahlen mit 36 Prozent der Stimmen für sich entscheiden. Die oppositionellen Kandidaten liegen in der Spitze um 10-20 Prozent dahinter. Es beteiligt sich gut die Hälfte aller berechtigten Bürger bei den Wahlen. Aufgrund der im Vorfeld zugeschnittenen Wahlbezirke gelingt es KANU, mit nicht mal einem Drittel der Stimmen gut die Hälfte der Parlamentssitze zu gewinnen.³⁴⁴ Unregelmäßigkeiten bei den Wahllokalen und der Stimmenauszählung werden von Wahlbeobachtern angemahnt.³⁴⁵ Versuche der Opposition, den Ausgang der Wahlen anzufechten, werden seitens der Geberländer abgeblockt. Vielmehr soll die Opposition die Wahlniederlage akzeptieren, damit das Land nach einer politisch aufgewühlten Phase wieder zur Ruhe kommt.³⁴⁶

Die neue Beziehung von Regierung und Opposition

Der Wandel der politischen Landschaft in Kenia erfasst ebenso KANU. Nach dem Wahlsieg reaktiviert Moi seine Machtbasis von 1961, als er Vorsitzender der KADU war. Die KAMATUSA-Elite erhält ebenso mehr Einfluss wie Teile der Luhya und der Mijikenda der Küstenregion.³⁴⁷ Dass die politische Opposition sich noch in einer Art Findungs- und Formierungsphase befindet, gibt Moi die Möglichkeit, das politische Geschehen selbstständig zu gestalten. Zunächst straft er jene Regionen ab, die oppositionelle Parteien wählten und entzieht ihnen die Patronage. Die gewählten Vertreter müssen abwägen, ob sie für den politischen Kurs der Opposition eintreten oder vornehmlich staatliche Ressourcen zur Versorgung ihrer Region akquirieren. Bei den betroffenen Wahlbezirken handelt es sich vor allem um ländliche Regionen, die Dürre- und Hungerperioden schwerlich selbst meistern können. Mo's Patronageentzug hat zur Folge, dass nach den Wahlen einige Parlamentsmitglieder das Oppositionslager Richtung KANU verlassen, um die notwendige Ressourcen für ihre Region sicherzustellen. Neue Bezirke auf unterster Ebene ermöglichen Moi, seinen Einfluss auf die Opposition unmittelbar auszuüben. Außerdem ist Moi um die Unterstützung weiterer kleiner Ethnien bemüht.³⁴⁸

Die Rolle der politischen Opposition wird auf institutioneller Ebene aufgebessert. Dem Parlament kommt im Zuge des *Parliamentary Service Commission Bill* eine

³⁴⁴ Ahner-Tönnis 2007, S. 2.

³⁴⁵ Grindle 1996, S. 178.

³⁴⁶ Risse/Jetschke/Schmitz 2002, S. 119.

³⁴⁷ Throup/Hornsby 1998, S. 9.

³⁴⁸ Kanyinga 1998, S. 18f.

größere Bedeutung zu. Parlamentarische Kontrollkomitees werden zudem mit Mitgliedern der Opposition besetzt und durch externe Bilanz- und Wirtschaftsprüfer unterstützt.³⁴⁹ Die Opposition ist in der Lage, eine größere Transparenz der Regierungsarbeit herzustellen, indem sie die Arbeit und die Ausgaben der verschiedenen Ministerien ohne Furcht vor Repressionen kritisieren kann. Ihr fehlt jedoch ein angemessener Zugang zu Informationen, sodass Diskussionen mit der Regierung zuweilen einseitig ausfallen, dienstältere Bürokraten behindern zusätzlich den Zugang zu Informationen.³⁵⁰

Die Exekutive bleibt das dominierende Element im Institutionengefüge. Sie bestimmt den parlamentarischen Veranstaltungskalender sowie die Arbeitsagenda des Parlaments. Die Vormachtstellung des Präsidenten gestattet ihm, das Parlament einzuberufen, zu vertagen und aufzulösen und somit direkt auf den Prozess der parlamentarischen Entscheidungsfindung einzuwirken.³⁵¹ Die Parlamentsregeln wurden zudem im Zuge der Verfassungsreform von 1991 nicht erneuert und sind noch dieselben wie unter dem autoritären Moi-Regime der 1980er Jahre. Die Bildung von Koalitionen bleibt somit weiter verboten und den Kompetenzen des Parlamentsvorsitzenden sind nur wenig Grenzen gesetzt.³⁵²

Die Einflussmöglichkeiten der Regierung auf die Opposition werden aufgrund der größeren Öffentlichkeit des politischen Geschehens verringert. Die legalen Oppositionsparteien fordern weitere Reformen ein und werden dabei von internationaler Beobachtung begleitet. Die Presse fördert die Veröffentlichung und die Diskussion politisch schwieriger Fragen.³⁵³

³⁴⁹ Bei den Komitees handelt es sich das *Public Accounts Committee* (PAC) und das *Public Investments Committee* (PIC).

³⁵⁰ Oloo 2007, S. 118.

³⁵¹ Oloo 2007, S. 118f.

³⁵² International Commission of Jurists 1997, S. 22.

³⁵³ Orvis 2006, S. 105f.

4.4 Parlamentsparteien 1992-1997³⁵⁴

Die Entwicklung von Forum for the Restoration of Democracy (FORD)

Der Kikuyu Matiba und der Luo-Führer Odinga ließen der Ankündigung einer neuen Partei namens *Forum for the Restoration of Democracy* (FORD) Taten folgen.³⁵⁵ Als Vertreter der beiden größten Ethnien in Kenia besitzen die beiden grundsätzlich das Potenzial, KANU bei den ersten Mehrparteienwahlen zu schlagen.

Die junge Partei sieht sich einigen inneren Konflikten gegenüber. Der Beitritt sogenannter *Young Turks*, von denen einige umgehend in wichtige Positionen innerhalb der Partei einnehmen,³⁵⁶ erzeugt Spannungen. Die *Young Turks* gelten als die nächste Generation Politiker, die unter der Federführung der alten Garde ausgebildet und gefördert wurde. In einigen Fällen handelt es sich um die Söhne berühmter Politiker, allen voran Raila Odinga und Uhuru Kenyatta.³⁵⁷ Kritiker in FORD erwarten von den *Young Turks*, die meist zwischen 40 und 50 Jahren alt sind, keinen Neuanfang, selbst im Falle eines Sieges gegen Moi. Raila und Kenyatta³⁵⁸ engagierten sich in der Vergangenheit schon in Wahlkampagnen für ihre Mentoren und von ihnen wird erwartet, dass sie die geerbte politische Tradition fortsetzen.³⁵⁹

Weitere Politiker suchen die Mitgliedschaft in FORD. Insbesondere Politiker mit starkem ethnischen Mobilisierungspotenzial können sich Chancen auf relevante Posten in FORD machen. Die Frage der ethnischen Unterstützung drängt in den Vordergrund und belastet die Partei weiter. Die Kikuyu in FORD machen die Parteiführung und die Präsidentschaftskandidatur für Matiba zum Thema, während Odinga und die *Young Turks* auf eine weitere Änderung der Verfassung drängen, um so den angestrebten und von Moi nur angestoßenen Systemwechsel sicherzustellen.

³⁵⁴ Berücksichtigt werden hier aus Gründen der Relevanz und Übersichtlichkeit die Parlamentsparteien mit größerem Anteil im Parlament. Ausgelassen werden *Kenya Social Congress* (KSC), *Kenya National Congress* (KNC) sowie *Party of Independent Candidates of Kenya* (PICK), die je nur einen Sitz im Parlament von 1992 erlangen.

³⁵⁵ Zu den Gründungsmitgliedern zählen Oginga Odinga, Masinde Muliro, Martin Shikuku, Ahmed Bamahariz, George Nthenge und Philip Gachoka. Rubias Gesundheit leidet stark unter den Folgen der Inhaftierung 1990, so dass er sich von der politischen Bühne weitestgehend zurückzieht, vgl. Kanyinga 1998, S. 15.

³⁵⁶ Dies trifft vor allem auf die Anwälte Gitobu Imanyara, Paul Muite und James Orengo zu, vgl. Kanyinga 1998, S. 15.

³⁵⁷ Weitere *Young Turks* sind Michael ‚Kijana‘ Wamalwa, Musalia Mudavadi und Katana Ngala, vgl. Mwangola 2007, S. 149.

³⁵⁸ Mit Raila ist im Folgenden stets wie in der Literatur üblich Raila Odinga gemeint. Für seinen Vater Oginga Odinga, der in den 60ern die KANU verließ, um die KPU zu gründen, wird im Text weiter die Kurzform Odinga verwendet.

³⁵⁹ Mwangola 2007, S. 149.

Odinga muss sich jedoch auch gegenüber seiner Ethnie positionieren. Die Luo fordern Odinga als Präsidentschaftskandidaten sowie die Unterstützung der Kikuyu in dieser Frage – hatten die Luo doch einst den Kikuyu Jomo Kenyatta mitgetragen.

Die Frage des Präsidentschaftskandidaten spaltet die Partei. Oktober 1992 gründet Matiba zusammen mit anderen FORD-Gründern und mehreren Kikuyu aus der politischen und wirtschaftlichen Elite die Partei FORD-Asili (FORD-A).³⁶⁰ Odinga versammelt die Luo-Politiker und einige *Young Turks* hinter sich und ruft die Partei FORD-Kenya (FORD-K) ins Leben.

Forum for the Restoration of Democracy-Kenya (FORD-K)

Die neuen Parteien kommen nach den Wahlen nicht zur Ruhe. Odinga, Parteiführer von *Forum for the Restoration of Democracy-Kenya* (FORD-K), übernimmt den Vorsitz des *Public Account Committee* (PAC), einem neu geschaffenen Kontrollinstrument des Parlaments.³⁶¹ Aufgabe ist es unter anderem, den Korruptionsskandal um die *Goldenberg International Ltd.* aufzuklären.³⁶² Im Zuge der Untersuchung wird deutlich, dass der Goldenberg-Chef Kamlesh Pattni Odinga in der Vergangenheit finanziell unterstützte. Die Aufrichtigkeit des Verfahrens wird angezweifelt und Odinga vor allem von einigen *Young Turks* der FORD-K zum Rücktritt aufgefordert, während Mitglieder um James Orengo darin einen bloßen Angriff auf die Parteispitze sehen. Besagte Kritiker räumen daraufhin ihre Parteiposten – unter anderem der Generalsekretär Imanyara, der erste Vize-Parteivorsitzende Muite, der Sekretär für parlamentarische Angelegenheiten Kiraitu Murungi und Energie-Schattenminister Farah Maalim. Der Luo Orengo, sowie der Luhya Wamalwa und der Kikuyu Waiyaki rücken dafür in der Parteihierarchie auf.³⁶³

Die Schwierigkeiten mit der personellen Neuaufstellung der Partei offenbaren sich 1994. Im Februar verstirbt Odinga, die Konkurrenz um seine politische Nachfolge führt zu Streit zwischen den Ethnien, aber auch innerhalb der Luo-Fraktion. Der aufgestiegene Orengo sucht eine vermeintliche Erbfolge durch Raila zu verhindern

³⁶⁰ *Asili* ist Swahili und steht in diesem Zusammenhang für die „wahre Herkunft“.

³⁶¹ Außerdem wird das *Public Investments Committee* (PIC) gegründet.

³⁶² Im sogenannten Goldenberg-Skandal erhielt die gleichnamige Firma 80 Millionen US-Dollar in Form von staatlichen Ausgleichszahlungen für den angeblichen Export von Gold. Die Verluste für die kenianische Wirtschaft werden mitunter auf 600 Millionen US-Dollar geschätzt. Der Finanzminister Saitoti soll in den Korruptionsfall involviert gewesen sein, vgl. BBC NEWS (2006c).

³⁶³ Kanyinga 1998, S. 23.

und überzeugt damit die Mehrheit der Parlamentsmitglieder von FORD-K und die Luo-Elite. Die Luhya-Fraktion um Wamalwa schlägt sich auf die Seite von Orengo und Wamalwa wird zum direkten Konkurrenten von Raila. Der Streit ist damit nicht entschieden. Raila erhält Unterstützung von städtischen Arbeitern und Hardlinern, die eine eher radikale politische Gemeinschaft bilden. Zudem rechnet sich Raila Chancen sowohl bei der jüngeren als auch bei der älteren Generation aus. Zum einen war Raila politischer Gefangener unter dem alten Moi-Regime und gewinnt somit Sympathien der jugendlichen Generation, zum anderen gilt er als würdiger Nachfolger seines Vaters.

Die Parteiwahlen von FORD-K 1994 verdeutlichen die Uneinigkeit der Kontrahenten. Nachdem Raila die Wahlen verliert, wirft er der Gegenseite Manipulation vor und versucht mit einem separaten Parteibüro, die Führung von FORD-K für sich zu beanspruchen. Railas unterstreicht seine Forderung damit, dass FORD-K eine von Luo geführte Partei und er somit der einzig legitime Vorsitzende sei. Wamalwa weiß, sich das (vermeintliche) Argument der Ethnie zu Nutze zu machen und erklärt die Notwendigkeit eines Ethnienwechsels an der Führungsspitze. Zudem sei Raila als Politiker zu radikal und gewaltorientiert, um die Führung der Luo-Luhya-Fraktion zu übernehmen. Raila wirft Wamalwa hingegen vor, dass Wamalwa die Partei kompromittiert habe, indem Wamalwa Geschäfte mit Moïs Wirtschaftspartnern abschloss und so die Partei ins politische Niemandsland zwischen Regierung und Opposition beförderte.³⁶⁴ Die streitenden Fraktionen können sich nicht auf eine gemeinsame Durchführung der Parteiwahlen im April 1996 einigen und gehen fortan getrennte Wege. Raila wird Vorsitzender der 1994 registrierten und bis dato politisch unbedeutenden *National Democratic Party* (NDP) und tritt für die Bedürfnisse der Luo (vor allem aus Nyanza) ein, die unter Kenyatta und Moi marginalisiert wurden.³⁶⁵ Wamalwa übernimmt die Führung von FORD-K und tritt auch die Nachfolge von Odinga als Vorsitzender von PAC bei der Untersuchung des Goldenberg-Skandals an. Als PAC entscheidet, Pattni die beschlagnahmten Vermögensanteile zurückzuerstatten, nimmt auch Wamalwas Ansehen Schaden.³⁶⁶

³⁶⁴ Cowen/Kanyinga 2002, S. 143.

³⁶⁵ Cowen/Kanyinga 2002, S. 144.

³⁶⁶ Mair 1998, S. 260.

Forum for the Restoration of Democracy-Asili (FORD-A)

Der zweite Ableger von FORD, *Forum for the Restoration of Democracy-Asili*, wird ebenfalls von einem inneren Machtkampf zersetzt. Nach der Wahlniederlage 1992 sorgen sich Vertreter der Luhya und Kikuyu innerhalb FORD-A um die Sicherheit und Versorgung ihrer Wahlbezirke. Fünf Parlamentsmitglieder der Luhya und einige Berater treten daher der KANU-Fraktion bei. In der Folge verlassen auch andere Parlamentsmitglieder FORD-A, sodass FORD-A insgesamt neun Sitze im Parlament einbüßt. Dabei gerät Matibas Führungsstil zunehmend in die Kritik. Der ehemalige FORD-Gründer Shikuku, mittlerweile Generalsekretär von FORD-A, wirft Matiba die Personalisierung der Partei, die Verfolgung stets eigener Interessen, politische Orientierungslosigkeit sowie Unaufgeschlossenheit gegenüber der Meinung anderer vor. Shikuku erhält dabei sowohl die Unterstützung von anderen Parteigründern als auch von Mitgliedern in wichtigen Parteipositionen und fordert die Parteiführung ein. Diese ist Matiba nicht bereit abzugeben. Schließlich, so Matiba, habe erst seine Person zum Erfolg der Partei bei den Parlamentswahlen geführt³⁶⁷ und es seien auch die finanziellen Mittel seiner Fraktion, die die Arbeit von FORD-A erst ermöglichen.³⁶⁸ Ähnlich wie im Fall von FORD-K können sich Matibas und Shikukus Anhänger nicht auf gemeinsame Parteiwahlen einigen. Matiba bringt Parteidokumente in seinen Privatbesitz und verwehrt Shikuku und seinen Anhängern den Zutritt zum Hauptsitz von FORD-A. Im Februar 1996 führt Matiba die Parteiwahlen ohne Shikuku durch und bildet ein Schattenkabinett aus jüngeren, politisch unerfahrenen Mitgliedern.³⁶⁹

Matibas Alleingang bedeutet nicht das Ende der Zersplitterung von FORD-A. Unzufrieden über die erreichten Reformen der Verfassung tritt Matiba schließlich selbst aus und setzt sich an die Spitze von *Asili Saba Saba*. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 1997 boykottiert er. Shikuku kandidiert für FORD-K, während eine weitere FORD-Splitterpartei, die FORD-People (FORD-P), unter der Führung von Kimani wa Nyoike gegründet wird.³⁷⁰

³⁶⁷ Matiba erhält 1992 bei den Präsidentschaftswahlen 26,0 Prozent der Stimmen und landet somit deutlich vor Kibaki (19,5 Prozent) und Odinga (17,5 Prozent) auf Platz zwei.

³⁶⁸ Kanyinga 1998, S. 28.

³⁶⁹ Kanyinga 1998, S. 27f.

³⁷⁰ Schmitz 2006, S. 160f.

Democratic Party of Kenya (DP)

Die *Democratic Party of Kenya* (DP) geht als viertstärkste Kraft aus den Parlamentswahlen 1992 hervor. Sie besitzt einen völlig anderen Hintergrund als die FORD-Parteien. Der ehemalige Vizepräsident Kibaki hatte an Bedeutung im Moi-Regime verloren. Er verlässt KANU und gründet die DP, um seine politische Karriere gegen eine mögliche Niederlage von Moi und KANU abzusichern. Seinem Beispiel folgen weitere KANU-Mitglieder, die wie Kibaki ihre politische Karriere in den 1970er und 80er Jahren unter Moi begannen, zuletzt jedoch nur eine untergeordnete Rolle in Moisis Regime spielten.³⁷¹

Die DP weist nicht nur aufgrund der politischen Biografien vieler ihrer Mitglieder die größte Nähe unter den Oppositionsparteien zur Regierung auf. Sie macht sich nicht besonders für die Reform der Verfassung stark und scheint eher an der Aufrechterhaltung des *status quo* interessiert zu sein. Dies erleichtert einigen DP-Mitgliedern auch die Rückkehr zur KANU. Da die DP keinen großen Einfluss im Parlament besitzt, sehen die DP-Abweichler ihre Interessen am besten von der KANU vertreten.

Interne Streitigkeiten um die angemessene Repräsentation der verschiedenen Ethnien in der Partei belasten auch die DP. Bei den Parteiwahlen 1993 wird kein Mitglied der Meru für ein bedeutendes Amt vorgesehen. Benjamin Ndubai versammelt die Meru-Elite hinter sich und droht mit Parteiaustritt bzw. einem parteiinternen Kampf gegen Parteichef Kibaki und die Kikuyu. Generalsekretär John Keen versucht den Streit zu beruhigen, indem er die Kikuyu und die Meru als ethnisch verwandt darstellt. Der Konflikt verschärft sich jedoch im Rahmen der GEMA-KAMATUSA-Gespräche im August 1996. Insbesondere jüngere politische Führer in der DP sehen darin eine Annäherung der älteren GEMA-Elite an die KANU von Moi und Biwott. In der Folge verlassen Keen und weitere DP-Mitglieder die Partei Richtung KANU. Die ältere Garde führt die DP zu einem regierungsnahen Kurs zurück, wählt ihre parteiinternen Gegner um Ndubai ab und desillusioniert so den jungen DP-Flügel.³⁷²

³⁷¹ Kanyinga 1998, S. 17.

³⁷² Cowen/Kanyinga 2002, S. 147.

4.5 Der Verfassungsreformprozess 1992-97

Akteure im Reformstreit

Die Streichung der Sektion 2A bedeutet eine Zäsur in der politischen Geschichte Kenias. Die Änderung der Verfassung ist aus Sicht der Demokratiebefürworter damit aber noch längst nicht abgeschlossen. Unmittelbar nach der Wahlniederlage 1992 finden die Oppositionsparteien zueinander und versuchen gemeinsam als *United National Democratic Alliance* (UNA) weiter für die Reform der Verfassung zu kämpfen. In den Jahren 1994 und 1995 entsteht jedoch eine Kluft zwischen den Oppositionsparteien, wie die Reform der Verfassung aussehen soll und auch innerparteilich kommt es zu Konflikten. Bis zu den Wahlen 1997 verschwindet UNA völlig. Anfang 1995 formiert sich jedoch eine neue Allianz für Reformen bestehend aus sozialen Organisationen, von Nicht-Regierungsorganisationen bis hin zu Kirchen. Die Oppositionsparteien fürchten von dieser Allianz aus der öffentlichen Wahrnehmung des Streits um die Verfassungsreform verdrängt zu werden und beleben ihre Reformbemühungen wieder.³⁷³

Die Uneinigkeit der Oppositionsparteien prägt auch diesen gemeinschaftlich gestarteten Vorstoß. Ende 1995 entwickeln sich zwei übergeordnete Verbindungen. Die *National Opposition Alliance* (NOA) vereint die moderaten Politiker um Wamalwas Faktion in Ford-K sowie Shikukus in FORD-A und die Führungsriege um Kibaki in DP. Mitglieder der NOA gehen dem aggressiven Auftreten der beschriebenen Allianz aus sozialen Organisationen aus dem Weg, indem sie vor allem auf das Parlament als angemessenen Ort zur Diskussion der Verfassungsreform verweisen. Der NOA gegenüber steht die *National Solidarity Alliance* (NSA), die die offensiveren Politiker aus den Reihen der Oppositionsparteien versammelt, inklusive Matiba und seine Anhänger aus FORD-A sowie Railas radikaler Flügel der FORD-K. Im Jahr 1997 schließt sich NSA schließlich dem NCEC³⁷⁴ an, während die NOA zusammen mit den Parlamentsabgeordneten von KANU die Reformen aushandelt.³⁷⁵

Moi präsentiert sich nicht besonders reformfreudig. Selbst thematisiert er die weitere Reform der Verfassung erst wieder bei seiner Neujahrsprache 1995. Er stellt dabei in Aussicht, dass dieser Prozess vor den nächsten großen Wahlen 1997 nicht abzuschließen sei. Er fordert in seiner Rede eine öffentliche Debatte und einen

³⁷³ Cowen/Kanyinga 2002, S. 149.

³⁷⁴ Siehe weiter unten in diesem Teilabschnitt.

³⁷⁵ Cowen/Kanyinga 2002, S. 149.

nationalen Konsens für die neue Verfassung und den zukünftigen Charakter der Regierung.³⁷⁶

Einer der stärksten Akteure, wenn nicht der stärkste, der das alte Moi-Regime zur Einführung der Mehrparteienwahlen bewogen hat, tritt nach 1992 in der Frage der Reform weniger in Erscheinung: das Ausland. Die ausgesetzten Zahlungen werden wieder aufgenommen, auch wenn sie über die Jahre tendenziell abnehmen. Inwiefern die finanziellen Mittel an politische Bedingungen geknüpft werden, wird von den ausländischen Partnern unterschiedlich beantwortet. Während die skandinavischen Vertreter Moi weiter sehr kritisch sehen und die USA ihre Zahlungen nur schrittweise, in Abhängigkeit der Pluralismusöffnung und der Befriedung der ethnischen Gewalt freigeben,³⁷⁷ macht sich Großbritannien in der EU für eine bedingungslose Unterstützung stark.³⁷⁸ Weltbank und Internationaler Währungsfond (IWF) äußern ihre Zufriedenheit über den angekündigten Kampf gegen die Korruption, ihre Zahlungen erscheinen losgelöst vom politischen Geschehen und der Situation der Menschenrechte in Kenia.³⁷⁹

Fortschritte im Reformstreit

Die alte Koalition der Reformbefürworter ist mit Moisis Zeitplan für die Reform nicht zufrieden und tritt wieder zusammen. Zu ihr gehören neben den nun legalen Oppositionsparteien wieder der kirchliche Verband NCKK und andere soziale Organisationen.³⁸⁰ Die Forderungen konzentrieren sich vor allem auf die Verfassungsnachträge von Moi wie die Sektionen 40-68 des *Penal Code*, den *Chiefs Authority Act*, den *Public Order Act* und den *Preservation of Public Security Act*. Letzterer ermöglicht unter anderem die Verhaftung ohne Gerichtsverfahren sowie die Zensur und das Verbot von Informationen.³⁸¹ Der *Public Order Act* verbietet jede Versammlung ohne staatliche Genehmigung. Die Polizei löst unter anderem die

³⁷⁶ International Commission of Jurists 1997, S. 43. Es darf mit Recht angenommen werden, dass in diesem hohen Anspruch an den Reformprozess weniger Moisis umfassende Demokratiebestrebung und viel mehr der Versuch, das Verfahren zu verschleppen, zum Tragen kommt.

³⁷⁷ Throup/Hornsby 1998, S. 564.

³⁷⁸ Human Rights Watch 1995.

³⁷⁹ Schmitz 2006, S. 144.

³⁸⁰ Zu den weiteren Organisationen gehören die *Kenya Human Rights Commission* (KHRC) und die *Release Political Prisoners-Gruppe*, *Kenya Youth Foundation Movement* (KYFM), *Student Organisation of Nairobi* (SONU), *Policy Advisory Foundation* (PAF) und *National Union of Kenya Students* (NUKS); vgl. Nasong'o 2007b, S. 39 f.

³⁸¹ International Commission of Jurists 1997, S. 47

Versammlung von Ärzten auf, die vor einer Klinik kostenlose Kontrolluntersuchungen anboten. Die Veranstaltung wurde von George Nyanja (FORD-A) organisiert. In der Praxis brachte das Gesetz sogar formale Genehmigungsgesuche für Geburtstagsfeiern hervor.³⁸²

Am 31. Mai 1996 wird das *National Convention Preparatory Committee* (NCPC) gegründet, um Reformziele und deren Umsetzung zu entwerfen. In dem formulierten Vorschlag einer Minimalreform sind neben den oben genannten Forderungen die Reform der Wahlkommission und die Änderung des Quorums für die Präsidentenwahl (absolute Mehrheit als Bedingung) enthalten. Alle politischen Parteien unterstützen den NCPC, einigen sozialen Organisationen greifen die Forderungen zu kurz.³⁸³

Das NCPC wird in das *National Convention Executive Council* (NCEC) überführt, um den entwickelten Reformforderungen durch Massenaktionen für mehr Öffentlichkeit in ihrer Sache zu sorgen und Nachdruck zu verleihen. Den im Frühling und Sommer 1997 abgehaltenen Großdemonstrationen begegnet die Polizei stets mit Gewalt.³⁸⁴ Die Aufmerksamkeit des Auslandes nimmt zu, als es bei den alljährlichen *Saba Saba*-Protesten erneut zu Todesfällen kommt. Moi strebt in der Folge Gespräche mit hochrangigen kirchlichen Vertretern an. Den NCEC erklärt Moi zur illegitimen Organisation, der keine Wahl durch das Volk vorausgegangen war.³⁸⁵ Das Exekutivkomitee der KANU regt am 17. Juli die Bildung einer parlamentarischen Kommission zur Überprüfung der Verfassung an. Dieser Vorschlag mag ein Fortschritt für die Demokratiebefürworter im Allgemeinen sein. Er ist definitiv ein Rückschlag für den NCEC, der bei einer solchen Kommission außen vor bliebe. KANU gelingt es die Reformbefürworter zu entzweien. Die politischen Oppositionsführer Kibaki und Wamalwa gehen auf den Vorschlag ein, nicht zuletzt um wieder am politischen Spiel teilzunehmen und stellen die Belange des NCEC in den Hintergrund.³⁸⁶

Der Druck auf die Moi-Regierung lässt in der Zwischenzeit jedoch nicht nach. Der IWF zeigt sich Ende Juli unzufrieden mit den Antikorruptionsbemühungen der Regierung und setzt ein Niedrigzinsdarlehen von 220 Millionen Dollar aus. Dem IWF folgen Weltbank, Europäische Union sowie bilaterale Geberländer und Finanzmittel in Höhe

³⁸² International Commission of Jurists 1997, S. 46f.

³⁸³ Nasong'o 2007b, S. 40f.

³⁸⁴ Obat 1997.

³⁸⁵ Amutabi 2007, S. 219f.

³⁸⁶ Schmitz 2006, S. 156.

von 400 Millionen Dollar werden eingefroren.³⁸⁷ Der Tod von sechs Polizisten bei Veranstaltungen des NCEC Anfang August führt zu heftigen Anschuldigungen zwischen Regierung und NCEC.³⁸⁸

Schließlich wird die *Inter-Party Parliamentary Group* (IPPG) einberufen und eine Minimalreform verfasst. Mit über zwei Drittel der Stimmen wird die Verfassungsänderung am 30. Oktober 1997 verabschiedet. Die Bildung von Regierungskoalitionen wird zugelassen. Die Benennung der Wahlkommission erfolgt durch Regierung und Oppositionsparteien. Die umstrittenen Sektionen des *Penal Code* werden entfernt. Politische Kundgebungen benötigen nicht mehr die Genehmigung der Regierung, Inhaftierungen ohne Gerichtsverfahren werden abgeschafft und von der Polizei politische Neutralität verlangt.³⁸⁹ Am 10. November löst Moi das Parlament bis zu den Wahlen auf, über die Umsetzung des Reformvorhabens wird im Parlament demzufolge nicht mehr diskutiert.

³⁸⁷ Brown 2001, S. 733.

³⁸⁸ Schmitz 2006, S. 157.

³⁸⁹ Risse/Jetschke/Schmitz 2002, S. 123.

4.6 Wahlen 1997 und Moïse letzte Amtszeit

Moïse „Prophezeiung“ in seiner Neujahrsansprache von 1995 geht in Erfüllung: Die Reform der Verfassung ist bei den Wahlen 1997 nicht abgeschlossen. Die kurz vor den Wahlen verabschiedete Minimalreform zeigt zwar erste Ergebnisse, internationale Beobachter stufen die Wahlen aber weiter als nicht frei und nicht fair ein.

Die öffentlich-rechtlichen Medien halten im Wahlkampf wie in der Vergangenheit an ihrer einseitigen Berichterstattung fest. Mitglieder anderer Presseorgane und Teilnehmer oppositioneller Wahlveranstaltungen werden bedroht.³⁹⁰ In der Küstenregion kommt es erneut zu Kämpfen zwischen verschiedenen Ethnien, gegen die die Regierung nur schleppend vorgeht, die Polizeipräsenz wird als unzureichend kritisiert.³⁹¹ Der Wahlvorgang offenbart eine überforderte Wahlkommission, die im Zuge der Minimalreform neu besetzt wurde, der es aber an ausreichend Personal und Material (Wahlurnen, Stimmzettel) fehlt.³⁹² Mutmaßlichen Wählern der Opposition werden im überproportional großen Umfang die Registrierung für die Wahlen verwehrt, notwendige Identifikationskarten erst zu spät ausgegeben. Die internationalen Beobachter erachten die Qualität der Wahlen dennoch als ausreichend, sodass die ausländischen Geldgeber keine Anfechtung der Wahlergebnisse unterstützen.³⁹³

Im Zuge der Wahlen kommt es zu Kämpfen in der Rift-Valley-Provinz, bei der Kalenjin jene Regionen angreifen (insbesondere die Distrikte Laikipia und Nakuru), die bei den Wahlen ihre Stimmen für DP abgaben. Kalenjin und Kikuyu bekämpfen sich bis Mitte Februar, 70 Menschen werden getötet, 1.500 vertrieben.³⁹⁴

³⁹⁰ Brown 2007, S. 727.

³⁹¹ Human Rights Watch 2002, S. 3.

³⁹² Schmitz 2006, S. 161.

³⁹³ Brown 2007, S. 319.

³⁹⁴ Amnesty International 1998.

Wahlen vom 29. Dezember 1997

Präsidentschaftswahlen

registrierte Wähler: ca. 9,000,000

gültige Stimmen (total): 6,096,479

Kandidat (Partei)	Anteil der Stimmen
Daniel arap Moi (KANU)	40.12%
Mwai Kibaki (DP)	31.09%
Raila Odinga (NDP)	10.92%
Michael Wamalwa (FORD-K)	8.29%
Charity Ngilu (SDP)	7.71%
Martin Shikuku (FORD-A)	0.60%
Katama Mwangi (KNC)	0.39%
George Anyona (KSC)	0.27%
Kimani wa Nyoike (FORD-P)	0.14%
Koigi wa Wamwere (KENDA)	0.12%
Munyua Waiyaki (UPPK)	0.10%
Godfrey M' Mwereria (GAP)	0.07%
Wangari Maathai (LPK)	0.07%
Stephen Oludhe (EIP)	0.06%
David Waweru Ng'ethe (UMMA)	0.06%

Fortsetzung: Wahlen 1997

Parlamentswahlen

Partei	Zahl der Sitze 210 (222)*
Kenya African National Union (KANU)	107 (113)
Democratic Party (DP)	39 (41)
National Development Party (NDP)	21 (22)
Forum for the Restoration of Democracy-Kenya (FORD-K)	17 (18)
Social Democratic Party (SDP)	15 (16)
Safina (SAFINA)	05 (06)
Forum for the Restoration of Democracy-Kenya (FORD-P)	03 (03)
Forum for the Restoration of Democracy-Asili (FORD-A)	01 (01)
Kenya Social Congress (KSC)	01 (01)
Shirikisho Party of Kenya (SPK)	01 (01)

*210 Sitze werden direkt durch Wahl bestimmt, zwölf werden vom Präsidenten ernannt. Angabe in Klammern entspricht der endgültigen Sitzverteilung

Tabelle 6: Ergebnisse der Wahlen 1997

Quelle: : <http://africanelections.tripod.com> (06.06.2016).

Für die Parlamentswahlen registrieren sich 27 Parteien.³⁹⁵ Darunter befindet sich auch die *Safina*, deren Beteiligung nunmehr genehmigt wurde und an dessen Spitze sich Muite setzt.³⁹⁶ KANU erlangt mit Hilfe der politisch günstig zugeschnittenen Wahlbezirke – KANU erhält mit 43 Prozent der Stimmen 51 Prozent der Parlamentssitze – und den vom Präsidenten ernannten Parlamentsmitgliedern eine knappe Mehrheit von 113 zu 109 Sitzen gegenüber den oppositionellen Parteien.³⁹⁷ Stärkste Oppositionspartei wird die DP um Kibaki, die in der Zustimmung um ca. sechs Prozent gegenüber den Wahlen von 1992 zulegt und 39 Sitze erlangt. Zählt

³⁹⁵ Für eine Übersicht aller neu gegründeten Parteien vgl. IED/CJPC/NCCK 1998, S. 50f.

³⁹⁶ *Safina* kann mit „Arche“ übersetzt werden, vergleichbar mit der Arche Noahs. Muite zählt zu den *Young Turks* und übte einst Druck auf Odinga im Zuge des Goldenberg-Skandals aus und räumte aus Protest seinen Posten als Vize-Parteivorsitzenden von FORD-K. Weitere Infos zur *Safina* siehe Abschnitt 5.4 unten.

³⁹⁷ Nasong'o 2007a, S. 98 und 86.

man die Stimmen aller Parteien zusammen, deren Spitzenkandidaten einst Teil von FORD waren,³⁹⁸ so käme diese hypothetische Fraktion auf 47 Parlamentssitze.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen fällt deutlicher aus, Moi gewinnt mit gut 40 Prozent der Stimmen. Sein stärkster Konkurrent bei den Wahlen 1992, Matiba, verurteilt die kurz zuvor verabschiedete Minimalreform als ungenügend und boykottiert die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen (mit *Asili Saba Saba*) 1997. An seiner Stelle belegt Kibaki den zweiten Platz mit 31 Prozent, der einen Stimmenzuwachs von ca. elf Prozent verzeichnet.³⁹⁹ Die weiteren Präsidentschaftskandidaten sind deutlich abgeschlagen.

Der Einfluss von Moisis Patronagesystem schwindet. Von den 1992 gewählten Parlamentsmitgliedern kehren fünf Jahre später nur 38 ins Parlament zurück. Das neue Parlament bestimmt seine Verfahrensregeln genauso eigenständig wie das Budget und die Ernennung von Kommissionen.⁴⁰⁰ Moi sucht die Stärkung seiner Position im Parlament und findet die NDP um Raila. Die KANU-Mehrheit wächst in der Folge von vier auf 26 Sitze und im August 2001 wird aus der Kooperation mit der NDP offiziell eine Koalition und vier NDP-Mitglieder zu Ministern im Kabinett ernannt, darunter Raila, der fortan Energieminister ist.⁴⁰¹

Die Überarbeitung der Verfassung wurde vor den Wahlen 1997 nicht abgeschlossen. Das neue Parlament verabschiedet den *Kenya Review Act*, durch den eine neue Kommission, die *Constitution of Kenya Review Commission* (CKRC), die Verfassung umfassend reformieren soll.⁴⁰² Die CKRC soll eine rein parlamentarisch zusammengesetzte Kommission sein, was die Vertreter sozialer Organisationen strikt ablehnen. Die Proteste der ausgeschlossenen sozialen Organisationen gipfeln im Dezember 1999 in der Gründung der *People's Commission of Kenya* (PCK). Kirchliche Verbände und zahlreiche soziale Organisationen beabsichtigen nun selbstständig einen reformierten Verfassungsentwurf vorzulegen.

Der Vorsitzende der CKRC, Professor Yash Pal Ghai, macht sich für eine Kooperation mit der PCK stark und Moi stimmt dieser Zusammenarbeit letztlich zu. Im Juni 2001

³⁹⁸ Dies sind die Parteien NDP (Raila), FORD-K (Wamalwa), Safina (Muite), FORD-P (Nyoike) und FORD-A (Shikuku).

³⁹⁹ Es dürfte nicht auszuschließen sein, dass Kibaki mitunter von Matibas Boykott profitiert, werben beide schließlich um die Zustimmung der Kikuyu.

⁴⁰⁰ Schmitz 2006, S. 179.

⁴⁰¹ Steeves 2006a, S. 216.

⁴⁰² Nasong'o 2007b, S. 45f.

beginnen die Kommissionen mit der Arbeit an einer neuen Verfassung.⁴⁰³ Umfassende Meinungsumfragen sollen dabei auch den Standpunkt der Bevölkerung abbilden. Der abschließende Bericht erscheint im September 2002, drei Monate vor den nächsten großen Wahlen.⁴⁰⁴

Im Februar 1997 ratifizierte Kenia/Moi die Antifolterkonvention. Drei Jahre später berichten die Vereinten Nationen, dass Folter und Misshandlungen von Gefangenen weiterhin Teil der polizeilichen Routine sind und die Anforderungen an die gesetzlichen Schutzmechanismen nicht erfüllt werden. Demonstrationen und regierungskritischen Versammlungen begegnet die Polizei mit einem Übermaß an Gewalt, Folttervorwürfen von Angeklagten wird selten nachgegangen.⁴⁰⁵

Der Oberste Gerichtshof bemüht sich um die Wahrung der Meinungsfreiheit. Er annulliert Moisis Verbot von drei Zeitschriften im Juli 1999, die über die ethnischen Unruhen berichteten. Zuvor drohte Moi zudem Menschenrechtsorganisationen wie KHRC, ihnen die Lizenz zu entziehen. Doch die Liberalisierung des Landes erfolgt (wenn überhaupt) nur sehr langsam. Die kurzzeitige Inhaftierung von Oppositionspolitikern und Journalisten bleibt Teil des politischen Alltags.⁴⁰⁶

Auslandsbeziehungen und Nachfolgefrage

Moisis Beziehungen zum Ausland stabilisieren sich weitestgehend. Die USA, Deutschland und die Niederlande äußern Kritik an der Durchführung staatlicher Projekte,⁴⁰⁷ der erneut ins Stocken geratenen Reform der Verfassung, der wenig erfolgreichen Korruptionsbekämpfung sowie den anhaltenden Landüberfällen. Gleichzeitig fürchten die ausländischen Partner ein Umschlagen der wirtschaftlichen Krise in eine politische. Sie erwarten von Moi nicht mehr, als dass er die Stabilität und den Frieden im Land aufrechterhält, bis er seine Präsidentschaft 2002 im Zuge des in der Verfassungsänderung 1991 verankerten *two-term limit* beendet. Der IWF sagt weitere Zahlungen zu und Moi erhält weitere Hunderte von Millionen Dollar. Die Weltbank, Großbritannien, die EU und die Afrikanische Entwicklungsbank begrüßen

⁴⁰³ Ghai 2007, S. 120f.

⁴⁰⁴ Whitaker/Giersch 2009, S. 5.

⁴⁰⁵ Risse/Jetschke/Schmitz 2002, S. 125.

⁴⁰⁶ Amnesty International 1999.

⁴⁰⁷ Die USA beginnen ihre Hilfen direkt an den privaten Sektor zu zahlen.

diesen Schritt. Die bilateralen Partner zeigen sich jedoch überwiegend von der politischen Situation in Kenia besorgt.⁴⁰⁸

Die Wahlen 2002 bedeuten das Ende der Ära Moi und somit eine personelle Zäsur hinsichtlich des Präsidentenamtes, das erst von zwei Politikern seit der Unabhängigkeit bekleidet wurde. KANU kämpft um ihre politische Zukunft, während die politische Opposition einen neuen Kontrahenten im Präsidentschaftswahlkampf erwartet.

Innerhalb der KANU bleibt lange unklar, wer Moisis Nachfolge antritt. Im Gegensatz zur Vergangenheit benennt Moi bei seiner Wahl 1997 keinen Vizepräsidenten. Der bisherige Vizepräsident George Saitoti wird nicht wieder ernannt und dafür Minister für Planung und nationale Entwicklung. Er erwies sich im Zuge der IPPG, die vor den Wahlen mit der Reform der Verfassung beauftragt wurde, recht kooperationsbereit gegenüber der Opposition, was ihm wohl den Unmut Moisis eintrug.⁴⁰⁹

Die Kooperation mit Raila sorgt für Unruhe in KANU. Generalsekretär Joseph J. Kamotho und andere Kritiker befürchten, dass die bisherigen ethnischen Führer in KANU verdrängt würden, die ebenso auf die Nachfolge Moisis spekulierten. Namentlich sind dies Mudavadi (Luhya), Kalonzo Musyoka (Kamba), Saitoti (Maasai) und Noah Kitana Ngala (Mijikenda).⁴¹⁰

Im März 2002 wird KANU auf der Delegiertenkonferenz in Kasarani neu strukturiert. Bis auf Saitoti werden besagte ethnische Führer zu Vize-Parteivorsitzenden ernannt, inklusive Uhuru Kenyatta (Kikuyu), den ältesten Sohn des verstorbenen ersten Präsidenten Kenias – die „neue KANU“ weist folglich eine breite und einflussreiche ethnische Basis auf. Nachdem Kamotho die Intergration Railas in KANU kritisierte, muss er seinen Posten als Generalsekretär an selbigen abgeben. Moi setzt seiner politischen Karriere mit diesen Veränderungen jedoch kein Ende. Im Gegenteil, er stärkt seine Position innerhalb KANU, indem er sich, dem Parteivorsitzenden, ein Veto bei politischen Richtlinienentscheidungen einräumt und seine Bestätigung zukünftiger Kabinettsmitglieder zur Bedingung macht.⁴¹¹

⁴⁰⁸ Brown 2007, S. 319ff.

⁴⁰⁹ Schmitz 2006, S. 163.

⁴¹⁰ Steeves 2006a, S. 217.

⁴¹¹ Steeves 2006a, S. 217f.

4.7 Gründung von NARC und die Wahlen 2002

Im Zuge der Neustrukturierung von KANU im März 2002, bei der Moi fünf prominente Politiker zu Vize-Parteivorsitzenden ernennt, kommen die oppositionellen Politiker Kibaki (DP), Wamalwa (FORD-K) und Ngilu (NPK) überein, KANU bei der anstehenden Wahl geschlossen herauszufordern. Sie gründen die *National Alliance for Kenya* (NAK), der sich weitere Oppositionsparteien anschließen.⁴¹²

Im Juli wird schließlich der Präsidentschaftskandidat von KANU bekannt. Lediglich in Rücksprache mit seinem inneren Zirkel enger Vertrauter und seinem Sohn Gideon unterstützt Moi die Kandidatur von U. Kenyatta und fordert entsprechende Unterstützung von der Partei. Dies geschieht zum Missfallen einiger Parteimitglieder, deren Protest Raila unter dem Namen *Rainbow Alliance* anführt. Er sammelt die Moi-Kritiker um sich – unter anderem die enttäuschten Mudavadi, Ngala, Musyoka sowie die schon vorher ausrangierten Saitoti und Kamotho – und wirbt für einen alternativen Präsidentschaftskandidaten von KANU. Ziel ist es, die Abstimmung über den Präsidentschaftskandidaten bei der nächsten Delegiertenkonferenz von KANU im Oktober für sich zu entscheiden. Doch Moi überzeugt Raila, dass er bei dieser Abstimmung nicht gewinnen kann und Raila verlässt zusammen mit seinen Mitstreitern die KANU. Die *Rainbow Alliance* wird daraufhin zur *Liberal Democratic Party* (LDP) transformiert.⁴¹³

Raila und die LDP begeben sich unmittelbar auf die Suche nach einem Koalitionspartner, Gespräche mit FORD-P um Nyachae scheitern jedoch. Die Gespräche zwischen LDP und NAK verlaufen konstruktiver, wohl auch aufgrund der Vermittlung von Moody Awori, der als *mzee* (weiser und erfahrener Älteste) auftritt und die Beteiligten gemahnt, das Wohl des Landes bei allen Unstimmigkeiten nicht aus den Augen zu verlieren.⁴¹⁴ Die Zusammenarbeit mit Raila und den anderen Überläufern aus KANU mag für den späteren Wahlsieg von NARC von entscheidender Bedeutung gewesen sein, sorgt zunächst jedoch für Konflikte zwischen NAK und LDP. Innerhalb der NAK hatte man sich bereits darauf verständigt, welche Mitgliedspartei in welchen Regionen um Sitze im Parlament und der lokalen Regierung kämpfen

⁴¹² Throup 2003, S. 3f., Steeves 2006a, S. 218.

⁴¹³ Throup 2003, S. 2ff. Steeves 2006a, S. 220.

⁴¹⁴ Steeves 2006a, S. 220.

soll.⁴¹⁵ Einzig die Provinzen Nairobi, Nyanza und Northeastern Province waren nicht vergeben. Die LDP zeigt sich nicht bereit, diese drei Provinzen zu übernehmen. Außerdem wird weiterer Raum für Saitoti und Kamotho (in den DP-Regionen), Moody Awori (Zone von FORD-K) und Musyoka (NPK-Gebiet) benötigt.⁴¹⁶

Die Mitglieder von NAK und LDP (dann NARC) einigen sich auf einen zentralen Ausschuss, der nominierte Kandidaten bestätigt. Die Vorwahlen sollen auf lokaler Ebene durchgeführt werden und die Parteimitglieder können im Rahmen geheimer Wahlen ihren Kandidaten selbst bestimmen. In der Praxis kommt es jedoch zu ebenso häufigen Fällen von Wahlunstimmigkeiten und Einmischungen durch die NARC-Führung wie beim Nominierungsprozess der KANU: „There was little to choose between the two major political groupings in terms of their commitment to democratic principles.“⁴¹⁷

LDP und NAK verfassen im Vorfeld der Wahlen ein *Memorandum of Understanding* (MoU), das den Grundstein für NARC legt. Im Falle des Wahlsieges soll es in den ersten 100 Tagen der neuen Regierung zur Reform der Verfassung kommen, wonach das Amt des Premierministers wieder eingeführt werden soll. Der potenzielle Posten wird Raila zugesichert, die ursprünglich vorgesehene Ngilu muss weichen, um die Kooperation mit der LDP nicht zu gefährden. Raila kommt den Führungsansprüchen seiner ehemaligen KANU-Kollegen in LDP zuvor und fordert die Präsidentschaftskandidatur von Kibaki. Als möglicher Vize-Präsident ist Wamalwa vorgesehen. Das MoU sieht zudem vor, dass alle weiteren zu vergebenen Posten zu gleichen Anteilen zwischen LDP und NAK aufgeteilt werden.⁴¹⁸

In der Zwischenzeit startet Simeon Nyachae, ehemals Chef des öffentlichen Dienstes und Minister, seinen eigenen Wahlkampf und gründet die *Kenya People's Coalition* (KPC). Dies führt anfänglich die radikaleren „alten“ *Young Turks* wie Orengo und Muite mit Kimani wa Nyoike (FORD-P) zusammen. Diese Kooperation besteht nur wenige Monate. Die Versuche von Nyachae und Nyoike Unterstützung in allen Distrikten zu organisieren wird von der Provinzverwaltung und der Polizei systematisch unterbunden. Ihnen werden die Durchführung politischer Treffen sowie die Einrichtung lokaler Zweigstellen ihrer Organisation verboten. Orengo verlässt

⁴¹⁵ Die Vereinbarung sah vor, dass FORD-K Kandidaten in Western Province und dem nördlichen Rift Valley nominieren würde, die DP in Central Province und dem südlichen Rift Valley und die NPK in Ukambani und Coast Province.

⁴¹⁶ Throup 2003, S. 3.

⁴¹⁷ Throup 2003, S. 3.

⁴¹⁸ Throup 2003, S. 3; Steeves 2006a, S. 220; Steeves 2006b, S. 202.

später die KPC, um selbst an der Spitze der neuangestellten SDP als Präsident zu kandidieren. Muite rechnet sich letzten Endes wenig bei einer möglichen Präsidentschaftskandidatur aus und kämpft unter dem Banner der Safina-Partei um einen Sitz im Parlament. Im Alter von 74 Jahren scheint Nyachae allein mit FORD-P nicht in der Lage, weitreichende Unterstützung außerhalb seines persönlichen Wahlkreises mobilisieren zu können, um KANU und NARC ernsthaft herauszufordern.⁴¹⁹

Der Wahlkampf verläuft vergleichsweise gemäßigt. Wahlkampfveranstaltungen bleiben friedlich und die Polizei verhält sich neutral. Der staatliche Radio- und Fernsehsender *Kenya Broadcasting Corporation* (KBC) berichtet weiter einseitig zum Vorteil für KANU und erreicht die meisten Kenianer, doch die Medienlandschaft gewinnt an Vielfalt und bietet alternative Informationsmöglichkeiten.⁴²⁰ KANU kann den Schaden, den die Parteiaustritte vor den Wahlen verursacht haben, nicht beheben. Finanziell investiert KANU das bis zu Fünffache von dem, was die politische Opposition aufbringt. Dies ist vor allem auf die schwache finanzielle Situation der politischen Opposition zurückzuführen.⁴²¹ Die Regierung ist aufgrund der internationalen Beobachtung nicht mehr in der Lage, das Geld für den Wahlkampf förmlich zu drucken wie noch 1992, die Wahlkampfausgaben von KANU für 2002 belaufen sich auf weniger als ein Viertel der Ausgaben zehn Jahre zuvor. Auch die Provinzverwalter und andere lokale Größen können die KANU nicht in dem Ausmaß wie in der Vergangenheit bevorteilen. Nichtsdestotrotz kommt es auch bei diesen Wahlen zur Bestechung, Manipulation und Einschüchterung der Wähler.⁴²²

Uhuru Kenyatta versucht sich vom Moi-Regime zu distanzieren und verspricht, die Perspektive der jüngeren Generation in den Vordergrund zu rücken und die Korruption zu bekämpfen. In beiden Anliegen mangelt es ihm an Überzeugungskraft. Die jüngere Generation scheint eher die 30 Jahre lange politische Erfahrung Kibakis gegenüber der Jugend von Kenyatta zu bevorzugen. Eigenmächtig von Moi erst als Präsidentschaftskandidat nominiert, wird Kenyatta zudem ein politischer Neuanfang nicht zugetraut eingedenk der Tatsache, dass Moi als Parteivorsitzender erhalten bleibt und sein Sohn Gideon sowie sein enger Vertrauter Biwott weiter einflussreich in der Partei sind. Der Goldenberg-Skandal und weitere Korruptionsvorwürfe

⁴¹⁹ Throup 2003, S. 4.

⁴²⁰ Commonwealth Observer Group 2006, S. 16ff.

⁴²¹ Die meisten Oppositionspolitiker sehen sich genötigt, ihr privates Vermögen und das von Freunden und der Familie zur Deckung der Wahlkampfkosten zu beanspruchen.

⁴²² Throup 2003, S. 4; Commonwealth Observer Group 2006, S. 16.

überschatten Kenyattas Botschaft von KANU als Partei der Erneuerung. Das Korruptionsproblem belastet die KANU schwer, auch obwohl einige bedeutende Übeltäter sich NARC anschlossen.⁴²³ Kenyatta gerät im Wahlkampf in die Defensive und propagiert einen politischen Neustart. Die Präsenz von Moi bei Wahlkampfveranstaltungen lässt die Bevölkerung weiter an Kenyattas Glaubwürdigkeit zweifeln.⁴²⁴

Die Kampagne von NARC betont die Verfehlungen des Moi-Regimes und verkündet die Zeit für einen Wechsel. Die Botschaft des Wechsels wird unterstützt von der Arbeit sozialer Organisationen. Die LSK, Menschenrechtsorganisationen und Kirchenverbände forderten in der Vergangenheit wiederholt die Reform der Verfassung und sorgten für eine Menge Schlagzeilen – die politische Wechselstimmung ist schon da.⁴²⁵ NARC verspricht sowohl die Einführung kostenloser Grundschulen, einen wirtschaftlichen Aufschwung, 500.000 neue Arbeitsplätze pro Jahr, die Modernisierung des Agrarsektors als auch den Wiederaufbau der verfallenden Infrastruktur, die Wiederbeschaffung illegal ins Ausland transferierter Finanzmittel sowie einen transparenten Politikstil und von wahrscheinlich größter Bedeutung: die Reform der Verfassung unmittelbar nach Regierungsantritt.⁴²⁶

Kibaki gewinnt die Präsidentschaftswahlen deutlich mit rund 62 Prozent der Stimmen gegenüber Kenyatta (31 Prozent) und Nyachae (sechs Prozent).⁴²⁷ Die geforderten 25 Prozent der Stimmen in mindestens fünf Provinzen erhält Kibaki sogar in allen acht. Er verzeichnet zum Teil große Gewinne in Provinzen, in denen er 1997 noch kaum bis gar keine Unterstützung fand, insbesondere in den Provinzen Western, Coast und Nyanza.⁴²⁸

Zu den Stärken Kibakis zählen unter anderem die Schwächen von KANU und Kenyatta. Außerhalb der von Kikuyu dominierten Regionen verliert KANU die Unterstützung der Wähler. In der Provinz Coast büßt Kenyatta mit KANU rund 30

⁴²³ Throup 2003, S. 4.

⁴²⁴ Steeves 2006b, S. 202.

⁴²⁵ Ndegwa 2003, S. 152.

⁴²⁶ Steeves 2006b, S. 202.

⁴²⁷ Weitere Präsidentschaftskandidaten erreichen nicht einmal ein Prozent, vgl. Steeves 2006a, für eine detaillierte Auswertung der Präsidentschaftswahlen, vgl. ebd.

⁴²⁸ In Western steigt der Stimmenanteil für Kibaki von 1,4 auf 74,9 Prozent, in Coast von 12,7 auf 62,8 und in Nyanza von 15,1 auf 59,5 Prozent, vgl. Throup 2003, S. 5.

Prozent der Stimmen gegenüber den vorherigen Wahlen ein, was auch auf das harte Vorgehen gegen Widersacher in der Vergangenheit zurückzuführen sein dürfte. Bei den Parlamentswahlen erringt NARC knapp doppelt so viele Sitze wie KANU.⁴²⁹

⁴²⁹ Throup 2003, S. 5. Für ein detaillierten Vergleich der Wahlergebnisse von NARC 2002 und den Wahlen 1997 vgl. Ndegwa 2003.

Wahlen vom 27. Dezember 2002

Präsidentenwahlen

registrierte Wähler: 10,451,150

gültige Stimmen (total): 5,861,904

Kandidat (Partei)/[Koalition]	Anteil der Stimmen
Mwai Kibaki (DP) [NARC]	62.2%
Uhuru Kenyatta (KANU)	31.3%
Simeon Nyachae (FORD-P)	5.9%
James Orenge (SDP)	0.4%
David Waweru Ng'ethe (CCU)	0.2%

Parlamentenwahlen

Partei/[Koalition]	Zahl der Sitze 210 (222)*
National Rainbow Coalition [NARC]	125 (132)
Liberal Democratic Party (LDP)	59
Democratic Party (DP)	39
Forum for the Restoration of Democracy-Kenya (FORD-K)	21
National Party of Kenya (NPK)	06
Kenya African National Union (KANU)	64 (68)
Forum for the Restoration of Democracy-People (FORD-P)	14 (15)
Sisi Kwa Sisi (SKS)	02 (02)
Safina (SAFINA)	02 (02)
Forum for the Restoration of Democracy-Asili (FORD-A)	02 (02)
Shirikisho Party of Kenya (SPK)	01 (01)

*210 Sitze werden direkt durch Wahl bestimmt, zwölf werden vom Präsidenten ernannt. Angabe in Klammern entspricht der endgültigen Sitzverteilung

*Tabelle 7: Ergebnisse der Wahlen 2002
Quelle: <http://africanelections.tripod.com> (06.06.2016).*

Die Wahlbeteiligung verringert sich um rund zehn Prozent und liegt 2002 bei 58.0 Prozent. Die Zahlen sind jedoch nicht zuverlässig. Zwar verbessert die Wahlkommission ihre Leistung zunehmend, die Wahlregister sind vielerorts dennoch veraltet und führen sowohl Wähler doppelt als auch mittlerweile verstorbene. Ein Vergleich der Zahlen mit den vergangenen Wahlen wird durch den Umstand erschwert, dass KANU 1992 und 1997 (allen voran im Rift Valley) Einfluss auf die Wahlstatistik nahm. Ein möglicher Grund für den realen Rückgang der Wahlbeteiligung mag die Terminierung der Wahlen sein. Am Wahltag direkt nach Weihnachten (27.12.) und unmittelbar vor dem Wochenende befindet sich gerade die städtische Bevölkerung auf der Rückreise, nachdem sie die Feiertage auf dem Land verbrachte.⁴³⁰

Gründe für den Wahlsieg

Den Oppositionsparteien um NARC bietet sich bei den Wahlen 2002 ein grundsätzlich neues Bild: Präsident Moi tritt wie in der Verfassungsänderung zu Beginn der 1990er-Jahre vorgesehen nach zwei Amtszeiten nicht erneut zur Wahl an – die Identifikationsfigur des alten Regimes erscheint nicht mehr auf dem Wahlzettel. Moisis Umgang mit der Nachfolgefrage führt zudem zur Aufspaltung der KANU-Elite, erfahrene und verdiente Politiker verlassen die Partei und schließen sich unter der Regie Railas der politischen Opposition an. Moi räumt den politisch einflussreichsten Posten des Staates und das von ihm gepflegte Patronagesystem, geschaffene Abhängigkeiten und Verpflichtungen, lassen sich nicht verlustfrei auf Kenyatta, dem neuen Präsidentschaftskandidaten der KANU überführen. Moi genießt weiter großen Einfluss auf die Geschicke der KANU, doch die politische Führung des Staates und den damit verbundenen Zugang zu Ressourcen gibt er ab, sodass Politiker und Verwaltungsbeamte sich umorientieren und für die ungewisse Zukunft nach Moisis Ära neue Möglichkeiten für sich unabhängig von KANU ersinnen.⁴³¹

Die politische Offenheit, die sich durch den Abgang von Moi ergibt, könnte die politische Opposition dahingehend beeinträchtigen, als dass sich viele Oppositionspolitiker persönlich Chancen bei den Präsidentschaftswahlen ausrechnen – es also zur Zersplitterung der Oppositionskoalition kommt, noch bevor die Wahlen stattfinden. Ein Grund für den Zusammenhalt dieser Koalition dürfte die neue

⁴³⁰ Throup 2003, S. 7.

⁴³¹ Ndegwa 2003, S. 153f.

politische Perspektive sein, die NARC in ihrem MoU verfolgt. Im Zuge der beabsichtigten Verfassungsänderung gilt es neben den Posten von Präsident und Vize-Präsident ebenso den des Premierministers zu besetzen sowie ein in seiner Rolle gestärktes Kabinett einzuberufen. Der mögliche Wahlerfolg von NARC würde nicht nur einen Sieger (in dem Falle Kibaki als überaus mächtigen Präsidenten) hervorbringen, sondern politisch einflussreiche Posten für mehrere Politiker bereithalten.⁴³²

NARC vereint eine Gruppe charismatischer Politiker, die im Wahlkampf am Ende im Vordergrund steht. Kibaki verletzt sich am 2. Dezember 2002, gut drei Wochen vor den Wahlen, bei einem Autounfall und kann das Krankenhaus nicht verlassen.⁴³³ Der Verlust für den NARC-Wahlkampf scheint sich jedoch in Grenzen zu halten. Die prominenten NARC-Mitglieder scheinen ohnehin besser geeignet zu sein, um in ihren Heimatregionen für Unterstützung zu werben.⁴³⁴

Gleichzeitig bildet die Spitze von NARC eine ethnische Vielfalt ab, die sich in der breiten Zustimmung bei den Wahlen widerspiegelt. Kibaki spricht die Kikuyu an, während es Wamalwa gelingt, die Luhya für NARC zu gewinnen.⁴³⁵ Raila sichert die Stimmen der Luo, Saitoti die der Maasai. Musyoka und Ngilu sorgen für die Unterstützung der Kamba.⁴³⁶

⁴³² Ndegwa 2003, S. 154.

⁴³³ Für eine spezielle Behandlung reist Kibaki auf ärztlichen Rat nach London. Bei seiner Rückkehr ist der Wahlkampf weitestgehend vorüber, NARC versteht es jedoch, seine Ankunft in Kenia symbolisch für sich zu nutzen, vgl. Steeves 2006a, S. 221.

⁴³⁴ Murunga/Nasong'o 2006, S. 17.

⁴³⁵ Letzteres hängt auch damit zusammen, dass Mudavadi nach seinem Austritt aus KANU zu selbiger zurückkehrt (wie Ngala auch), was ihm den Unmut der Luhya einbringt, vgl. Steeves 2006b, S. 201.

⁴³⁶ Steeves 2006a, S. 226f.

4.8 Die vereinte Opposition an der Macht

Mwai Kibaki wird am 30.12.2002 vereidigt und beendet die 40 Jahre währende Herrschaft der KANU-Präsidenten. Moi tritt sein Amt nach 24 Jahren Regierungszeit ab. Er lobt den friedlichen, demokratischen Wechsel der Regierung und hebt Kibakis Integrität und Courage hervor.⁴³⁷

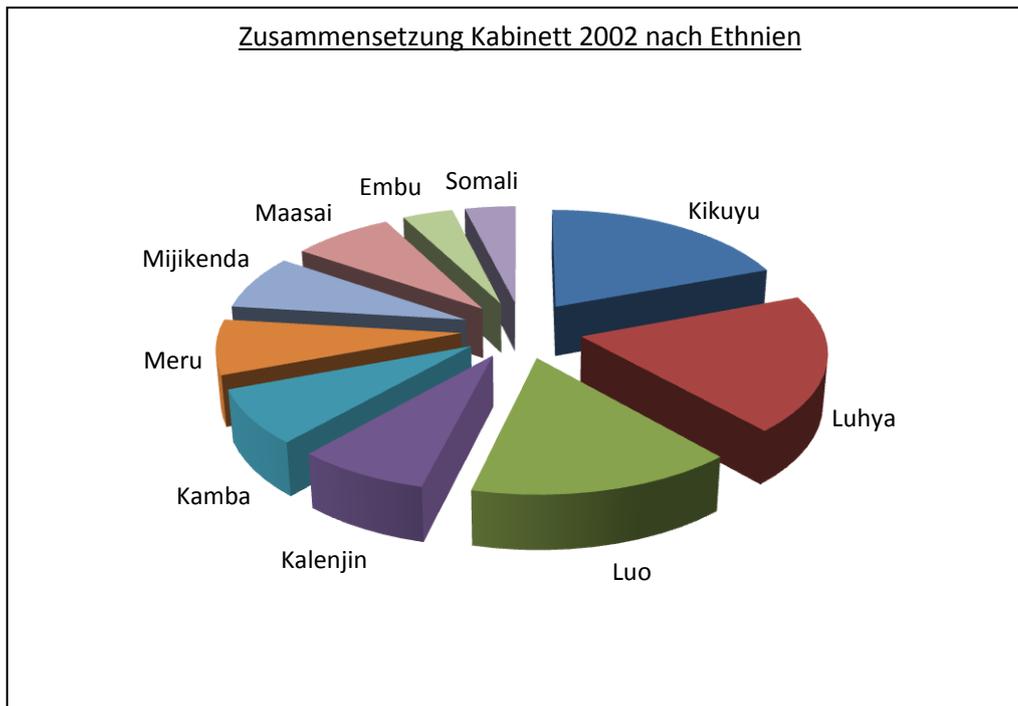
Die Erwartungen an die neue Regierung sind hoch, die Botschaft des Wechsels will die Bevölkerung in die Tat umgesetzt sehen. Von zentraler Bedeutung ist die Reform der Verfassung, die nach der Streichung der Sektion 2A und der damit verbundenen Wiedereinführung von Mehrparteienwahlen 1992 nur unwesentlich verändert wurde und in den Augen der Demokratiebefürworter zu viele Unzulänglichkeiten aufweist. Ferner gilt es, die im Wahlkampf gemachten Versprechen einzuhalten, die Dienstvergehen der KANU-Regierung aufzuarbeiten und den (kriminellen) Praktiken der Vorgänger ein Ende zu setzen. Zahlreiche Schwierigkeiten der Vergangenheit lastet die Bevölkerung der schlechten KANU-Regierungsarbeit an, differenziert jedoch nicht jene Probleme, die struktureller Natur sind und somit nicht umgehend von NARC behoben werden können.⁴³⁸

NARC schloss sich erst kurz vor den Wahlen zusammen und muss jetzt den Beweis erbringen, dass sie eine arbeitsfähige und vor allen Dingen stabile Koalition ist. Kibaki fordert in seiner Antrittsrede die Zusammenarbeit aller Kenianer und spricht die wesentlichen Herausforderungen der Regierung an – die Verfassungsreform lässt er jedoch außen vor.⁴³⁹

⁴³⁷ BBC NEWS 2002b.

⁴³⁸ Ndegwa 2003, S. 157.

⁴³⁹ Kibaki 2002.



*Abbildung 6: Zusammensetzung Kabinett 2002 nach Ethnien
Quelle: Throup 2003, S. 7.*

Das neue Kabinett repräsentiert im Unterschied zur Vergangenheit die ethnische Vielfalt im Land besser. Zudem nehmen drei Frauen Kabinettsposten ein, nachdem in den letzten 40 Jahren nur einmal eine Frau ins Kabinett gelang. Neben den politisch Erfahrensten wie *Attorney General* Amos Wako, Erziehungsminister Saitoti und Außenminister Musyoka werden außerdem Akteure sozialer Organisationen wie Justizminister Kiraitu Murungi, Kivutha Kibwana und Mirugi Kariuki in die Regierung einbezogen.⁴⁴⁰

Der politische Wechsel wird in den ersten 100 Tagen der neuen Regierung zu allererst personell erkennbar. Kibaki entlässt mehr als drei Viertel aller ständigen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und verabschiedet neue Regeln für dessen Arbeit mit dem *Public Offences Bill* und dem *Public Officers Ethic Bill*. Ferner wird der Leiter von *Transparency International*, John Githongo, Teil des Präsidentenbüros zur Überwachung der Korruptionsbekämpfung.⁴⁴¹

Weitere personelle Veränderungen finden im Finanzsektor statt, indem dienstalte Funktionäre nach langjähriger Misswirtschaft ihren Posten räumen müssen. Im Jahr 2003 werden 23 Richter des Obersten Gerichtshofes und des Berufungsgerichtes

⁴⁴⁰ Murunga/Nasong'o 2006, S. 3.

⁴⁴¹ Throup 2003, S. 8.

suspendiert und weitere 82 Verwaltungsbeamte des Justizwesens entlassen.⁴⁴² Kibaki kündigt zudem eine Untersuchung bezüglich der Arbeit von Bernhard Chunga, Präsident des Obersten Gerichtshofes, an, der unter dem Verdacht steht, in der Vergangenheit Folter an politischen Gegnern zugelassen und Korruption innerhalb der Judikative Vorschub geleistet zu haben. Chunga tritt nach dieser Ankündigung zurück.⁴⁴³

Die von Kibaki eingesetzten Minister werden ebenfalls unmittelbar aktiv. Justizminister und Innenminister suchen die Situation der überfüllten Gefängnisse und der Haftbedingungen allgemein zu verbessern. Foltereinrichtungen wie das *Nyayo House* werden aufgelöst und zu Aufklärungszwecken öffentlich zugänglich gemacht.⁴⁴⁴ Raila besetzt, nun als Superminister für Straßen, staatliche Bauvorhaben und Wohnen 143 Posten neu; der Land- und Siedlungsminister nimmt sich möglicher Lösungen der Landproblematik an.⁴⁴⁵

Die ausländischen Partner begrüßen den Tatendrang der neuen Regierung und die Einbeziehung von Vertretern sozialer Organisationen dabei. Insbesondere zur Bekämpfung der Korruption werden Hunderte von Millionen zur Verfügung gestellt. Zu den Unterstützern gehören unter anderem wieder die USA, Großbritannien und Deutschland sowie die Weltbank. Im November 2003 stellt der IWF einen Kredit in Höhe von 250 Millionen Dollar aus.⁴⁴⁶

Anfang vom Ende der vereinten Opposition an der Macht

Das MoU von NAK und LDP ist seit dem ersten Tag der neuen Regierung von geringer Bedeutung. Bei der Auswahl seines Kabinettes hält sich Kibaki nicht an die im Vorfeld getroffene Vereinbarung, zu gleichen Anteilen Kabinettsmitglieder aus Reihen der LDP bzw. der NAK zu berufen und entscheidet sich für ein Verhältnis von 9:13. Für die von LDP-Vertretern bekleideten Posten wählt Kibaki zudem nur sieben aus einer von der LDP vorgelegten Kandidatenliste aus und wählt eigenständig zwei andere LDP-Vertreter.⁴⁴⁷

⁴⁴² Barkan 2004, S. 95.

⁴⁴³ BBC NEWS 2003.

⁴⁴⁴ Gimode 2007, S. 249ff.

⁴⁴⁵ Throup 2003, S. 8f.

⁴⁴⁶ Brown 2007, S. 321f.

⁴⁴⁷ Steeves 2006a, S. 229f.

Hochrangige Position im öffentlichen Dienst und im halbstaatlichen Sektor besetzt Kibaki mit Mitgliedern der KAMATUSA-Elite, die GEMA-Vertreter werden abgelöst, eine repräsentative Neubesetzung – ähnlich wie im Kabinett – findet nicht statt.⁴⁴⁸ Kibaki ernennt mit George Muhoho, Joe Wanjui und Nat Kang'ethe enge Vertraute der DP, die aus der Mt.-Kenya-Region stammen.⁴⁴⁹

Der im MoU vorgesehene Premierministerposten wird nicht eingerichtet. Kibaki und seine Anhänger sehen darin die Schaffung eines zweiten Machtzentrums und fürchten die daraus resultierende Instabilität des Regimes. Ferner argumentieren sie, dass ein solches Amt vor allem vorgesehen war, um die Machtposition von Moi zu schwächen. Unter dem neu gewählten Präsidenten und ehemaligen Oppositionsführer Kibaki müsse diese Funktion nicht mehr ausgefüllt werden.⁴⁵⁰

Die Regierungskoalition bekommt erste Risse. Die LDP fühlt sich sowohl bei der Besetzung des Kabinetts als auch bei der ausgebliebenen Einführung des Premierministers (für den Raila vorgesehen war) übergangen und sucht zuweilen die Nähe zur Opposition, was die Regierungsarbeit auf Parlamentsebene erschwert.⁴⁵¹

Die NAK sieht sich in ihrer Forderung bestätigt, den Koalitionscharakter von NARC aufzulösen und alle Regierungsmitglieder im Parlament zum Eintritt in die NARC zu bewegen. Dies würde der Regierung die Möglichkeit geben, die Kritiker in den eigenen Reihen zur Not mit einem Parteiausschluss zu sanktionieren. Die Ausgeschlossenen könnten erst über eine Nachwahl ins Parlament zurückkehren, müssten dafür jedoch wertvolle Ressourcen für einen weiteren Wahlkampf aufbringen und überdies den Wählern plausibel machen, warum sie aus der populären NARC ausgeschlossen wurden.⁴⁵² Kibaki reagiert auf den Konflikt innerhalb von NARC und bezieht Mitglieder der Opposition – unter anderem Nyachae (FORD-P) sowie John Koech und Njenga Karume (beide KANU) – im Sinne der „nationalen Einheit“ in die Regierung mit ein.⁴⁵³

⁴⁴⁸ Holmquist 2005, S. 210.

⁴⁴⁹ Diese Gruppe wird zuweilen als „Mount Kenya Mafia“ bezeichnet, vgl. Warigi 2006.

⁴⁵⁰ Murunga/Nasong'o 2006, S. 10f.

⁴⁵¹ Oloo 2007, S. 120.

⁴⁵² Throup 2003, S. 9f.

⁴⁵³ BBC NEWS 2004b. Die Kooptation der Opposition war für die Regierung Moi charakteristisch. Auch Kibakis Umgang mit den Landforderungen der Maasai erinnert an den Führungsstil Moi, vgl. Kantai 2007.

Die Zahl der nicht gehaltenen Wahlversprechen wächst. Keine Einführung eines Premierministers, keine unmittelbare Verfassungsreform nach Amtsantritt und auch die Korruptionsbekämpfung gerät ins Straucheln. Der sogenannte *Anglo Leasing*-Skandal kostet die Regierung am Ende über 90 Millionen Dollar. Dieser umfasst die Erteilung eines umstrittenen Bauauftrages für ein Forensiklabor im Wert von drei Millionen Dollar, das nicht gebaut wird. Ferner erhält die Schattenfirma *Anglo Leasing and Finance Ltd.* ohne weitere Ausschreibungen den staatlichen Auftrag, für 36 Millionen Dollar (ursprünglich mal 10 Millionen Dollar) fälschungssichere Ausweise herzustellen, 12 Millionen Dollar werden dabei noch als Provisionsgebühr gezahlt.⁴⁵⁴

Kabinettsmitglieder profitieren mit ihren eigenen Firmen von staatlichen Aufträgen ihrer Ministerien. Hohe Funktionäre und Minister erhärten den Korruptionsverdacht, indem der von ihnen zur Schau gestellte Lebensstandard nicht mit den von ihnen öffentlichen gemachten Verdiensten vereinbar ist. Es existieren viele Anti-Korruptionsinstitutionen, der Ertrag ihrer fällt Beobachtern aber als zu gering aus.⁴⁵⁵ Im Überwachungsausschuss von *Transparency International* sitzen enge Vertraute Kibakis, die für die Entlassung der neuen Präsidenten, Gladwell Otieno, sorgen, nachdem diese die Kibaki-Regierung im Hinblick auf die Korruption angriff.⁴⁵⁶ Kibakis eigener Kampf gegen Korruption lässt zudem Zweifel aufkommen. Zwar muss Verteidigungsminister Chris Murungaru seinen Posten im Zuge bekannt gewordener verdächtiger Verträge räumen, tauscht jedoch nur seinen Posten mit dem Minister für Transport und Kommunikation, Michuki.⁴⁵⁷

Der Kampf gegen Korruption erzielt anfangs durchaus Erfolge, vor allem hinsichtlich korrupter Polizisten und Mitgliedern der Justiz. Nach eineinhalb Jahren Regierungszeit scheint Korruption aber weiterhin ein großflächiges Problem zu sein. Der unter Kibaki entstandene Schaden durch Korruption wird von westlichen Diplomaten auf eine Milliarde Dollar geschätzt.⁴⁵⁸ Githongo, ehemals Leiter von *Transparency International* und von Kibaki eigens für die Korruptionsbekämpfung ins Präsidentenbüro geholt, legt sein Amt nach gut zwei Jahren nieder, da er nicht an die Ernsthaftigkeit der Antikorruptionsagenda der Regierung glaubt. Großbritannien, die

⁴⁵⁴ Murunga/Nasong'o 2006, S. 19. Weiteres zum *Anglo Leasing*-Skandal, vgl. Githongo 2006.

⁴⁵⁵ Murunga/Nasong'o 2006, S. 19f. Weitere Beispiele von Amtsmissbrauch und etwaige Verflechtung britischer Unternehmen in selbige, vgl. ebd., S. 22ff.

⁴⁵⁶ Whittington 2005.

⁴⁵⁷ Rutten 2006.

⁴⁵⁸ Brown 2007, S. 322.

USA und Deutschland beenden daraufhin ihre damit verbundenen Hilfezahlungen. In Furcht um sein Leben geht Githongo ins Exil.⁴⁵⁹ Hochrangige Kabinettsmitglieder werden in seinem Abschlussbericht belastet. Die Minister Saitoti und Murungi müssen ihr Amt aufgeben – werden neun Monate später jedoch wieder Teil des Kabinetts.⁴⁶⁰

Situation bürgerlicher Freiheiten

Justiz- und Innenminister starteten engagiert in ihr Amt, Erfolge bleiben zuweilen aus. Folter richtet sich nicht mehr gegen Mitglieder der Opposition und Menschenrechtsorganisationen, ist gegenüber Häftlingen in Untersuchungshaft und in den Gefängnissen jedoch weit verbreitet. Die Situation der überfüllten Gefängnisse kann nicht so schnell wie gewünscht gelöst werden, im September 2004 ersticken fünf Häftlinge aufgrund von Überbelegung.⁴⁶¹ Einsätze der Polizei sind zuweilen von exzessiver, teils tödlicher Gewalt gekennzeichnet, anschließende Untersuchungen der Vorfälle scheinen nur unzureichend zu sein.⁴⁶²

Die Wahrung der Pressefreiheit erfolgt in größerem Umfang als unter der alten Regierung, erlebt Anfang 2006 aber einen Rückschlag, als drei Journalisten verhaftet werden. Sie berichteten in der Zeitung *The Standard* von einem geheimen Treffen von Kibaki und einem ODM-Mitglied.⁴⁶³ Polizisten bedrohen daraufhin Mitarbeiter in den Produktionsräumen der Zeitung, beschlagnahmen Computer und zünden Zeitungen an. Der Fernsehsender *Kenya Television Network* gehört zur selben Unternehmensgruppe und wird zeitgleich überfallen und abgeschaltet.⁴⁶⁴ Sicherheitsminister Michuki rechtfertigt das Vorgehen der Polizei als Maßnahme zur Wahrung der Sicherheit des Staates und wird mit folgendem Wortlaut zitiert: „If you rattle a snake, you must be prepared to be bitten by it“.⁴⁶⁵

Im Bereich der Versammlungsfreiheit stellt sich die Situation vergleichbar dar, Fortschritte gegenüber der Vergangenheit werden verzeichnet, einzelne Zwischenfälle sorgen dennoch für Diskussionen. *Katiba Watch* organisiert eine Demonstration gegen die Verzögerung der Verfassungsreform, bekommt die

⁴⁵⁹ Githongo 2006.

⁴⁶⁰ BBC NEWS 2006b.

⁴⁶¹ Amnesty International 2006.

⁴⁶² Amnesty International 2007.

⁴⁶³ ODM – Orange Democratic Movement, vgl. Abschnitt zum Referendum 2005.

⁴⁶⁴ Amnesty International 2006.

⁴⁶⁵ BBC NEWS 2006a.

Genehmigung für die Durchführung einen Tag vor der Veranstaltung entzogen. Als am 3. Juli 2004 nichtsdestotrotz im Uhuru Park demonstriert wird, löst die Polizei die Menschengruppe unter Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas sowie Schlagstöcken und Gummigeschossen auf.⁴⁶⁶ Im Juli 2005 wird der Protest gegen die aktuellen Reformverhandlungen auf vergleichbare Art von der Polizei niedergeschlagen.⁴⁶⁷ Im November 2005, als die Bevölkerung über einen Verfassungsentwurf abstimmen soll, erteilt der neue Vizepräsident Awori⁴⁶⁸ der regierungskritischen ODM ein Versammlungsverbot, da Versammlungen unangemessen seien und die nationale Sicherheit bedrohen.⁴⁶⁹

Verfassungsreform unter NARC

Die Bearbeitung der Verfassung gerät unter der Kibaki-Regierung nicht in Vergessenheit, aber bald ins Stocken. Auf einer Konferenz in Bomas/Nairobi diskutieren 629 Teilnehmer – darunter alle Parlamentsmitglieder, Delegierte aus den Distrikten, Vertreter der politischen Parteien und sozialen Organisationen sowie des CKRC – im Kern die Vormachtstellung des Präsidenten im politischen System Kenias.⁴⁷⁰

Der Start der neuen Regierung verdeutlicht bereits, dass Kibaki und seine Gefolgschaft aus der NAK an der Dominanz des Präsidentenamtes festhalten wollen, während Raila und die LDP auf den Premierministerposten und ein parlamentarisches System drängen. Im Frühjahr 2004 legt die oben beschriebene *National Constitutional Conference* (NCC) nach einjähriger Arbeit eine Verfassungsänderung vor, die die Einführung des Premierministerpostens vorsieht. Die Regierungsvertreter um NAK reagieren mit ihrem Austritt aus der NCC, sie verlangen eine parlamentarische Revision des Bomas-Entwurfes.⁴⁷¹

Diese Möglichkeit des Parlamentes, vorgelegte Gesetzesentwürfe noch einmal zu verändern, wurde im Rahmen des *Consensus Act* unter der neuen Regierung beschlossen. Ursprünglich sollte eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Parlamentsstimmen notwendig sein, um etwaige Änderungen vorzunehmen. Kibaki verhindert jedoch

⁴⁶⁶ Amnesty International 2006.

⁴⁶⁷ FIDH 2005, S. 2.

⁴⁶⁸ Vizepräsident Wamalwa verstirbt nach Krankheit im August 2003.

⁴⁶⁹ Amnesty International 2006.

⁴⁷⁰ Whitaker/Giersch 2009, S. 6.

⁴⁷¹ BBC NEWS 2004a.

diese Version des *Consensus Act* und wirkt auf eine einfache Mehrheit als notwendiges Kriterium hin. Bei der Verabschiedung des *Consensus Act* boykottieren KANU und LDP die Abstimmung.⁴⁷²

Das Bestreben von NAK, das Parlament mit der Überarbeitung des Bomas-Entwurfes zu beauftragen, hat zur Folge, dass zahlreiche Mitglieder des NCC – eben jene, die nicht Abgeordnete im Parlament sind – von der weiteren Diskussion um die Verfassungsänderung ausgeschlossen werden. Im November werden kritische Punkte des Bomas-Entwurfes vom parlamentarischen Komitee herausgearbeitet und sollen im darauffolgenden Sommer weiter diskutiert werden. KANU und LDP bleiben weiteren Treffen des Komitees fern und verlangen im Gegenzug eine Volksabstimmung über den Bomas-Entwurf.⁴⁷³ Diese Forderung wird nur in Teilen erfüllt. Das Volk soll zwar über die Änderung der Verfassung abstimmen, ihr wird jedoch das Ergebnis des parlamentarischen Komitees vorgelegt, das *Attorney General* Wako im Juli 2005 präsentiert, der sogenannte Wako-Entwurf.

Der Wako-Entwurf liefert einige Streitpunkte, die thematisch von der Gleichberechtigung der Frauen über die Schaffung gesonderter christlicher und Hindu-Gerichte bis hin zur Bildung einer nationalen Kommission zur Klärung der Landfrage reichen. Heftige Diskussionen entfachen um die Fragen des Premierministerpostens und der Dezentralisierung.⁴⁷⁴

Gemäß des Wako-Entwurfes erhält der Premierminister keine exekutive Autorität. Er soll vom Präsidenten ernannt und vom Parlament bestätigt werden; die Machtposition des Präsidenten bleibt unverändert. Unterstützer des Wako-Entwurfes, wie Kibaki, argumentieren, dass der Premierminister nur indirekt gewählt würde und daher keine großen Kompetenzen verliehen bekommen sollte. Raila und andere Gegner des Wako-Entwurfes verstehen den Premierminister vielmehr als Kontrollinstanz gegenüber dem Präsidenten, der entsprechende Vollmachten benötigt.⁴⁷⁵ Ferner wird kritisiert, dass nur die ersten beiden Kandidatenvorschläge der parlamentarischen Zustimmung bedürfen, der dritte anschließend ohne Parlamentsvotum ins Amt gehoben würde.⁴⁷⁶

⁴⁷² Steeves 2006b, S. 206.

⁴⁷³ Whitaker/Giersch 2009, S. 6.

⁴⁷⁴ Allen 2005.

⁴⁷⁵ Kabiru 2005.

⁴⁷⁶ Whitaker/Giersch 2009, S. 7.

Ein weiterer Grundgedanke des Bomas-Entwurfes, die politische Stärkung der Region, wird im Wako-Entwurf nicht übernommen. Der eigentlich vorgesehene Senat wird genauso aus der Gesetzesvorlage gestrichen⁴⁷⁷ wie die politische Unterteilung des Staates in vier Ebenen. Im Gegenteil sieht der Wako-Entwurf die Auflösung der Provinzverwaltungen vor und unterteilt den Staat schließlich in eine nationale und eine Distriktebene.⁴⁷⁸

Die Entscheidung über den Wako-Entwurf fällt durch ein für den 21. November 2005 vorgesehenes Referendum. Bei der Abstimmung werden die Antwortmöglichkeiten auch durch Früchte symbolisiert, Bananen stehen für „Ja“, Orangen stehen für „Nein“. Zu den Gegnern des Wako-Entwurfes zählen neben Raila weitere bekannte Politiker wie Musyoka, U. Kenyatta und Mudavadi. Moi wirbt unter seinen Anhängern ebenfalls um die Ablehnung des Wako-Entwurfes, tritt der „Orangen-Kampagne“ aber nicht offiziell bei. Ihnen gegenüber stehen Präsident Kibaki und Vizepräsident Awori sowie Ngilu und Raphael Tuju. Die Trennung beider Lager vollzieht sich nicht entlang ethnischer Grenzen. Kibaki und U. Kenyatta konkurrieren um die Unterstützung der Kikuyu, Tuju und Raila um die der Luo, Awori und Mudavadi um die der Luhya, Ngilu und Musyoka um die der Kamba. Das Wählen als ethnischer Block tritt weiterhin auf, wenn auch in abgeschwächter Form. In ungefähr einem Drittel der Wahlbezirke erhält das siegreiche Lager 90 Prozent der Stimmen, vermeintliche Hochburgen der einzelnen Lager werden wiederum nicht immer gewonnen.⁴⁷⁹

Der Wako-Entwurf wird von der Bevölkerung nicht angenommen, 57 Prozent stimmen dagegen, bei einer Beteiligung von 54 Prozent. Die Abstimmung verläuft friedlich, während es im Vorfeld auf zahlreichen Veranstaltungen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, bei der neun Menschen getötet wurden.⁴⁸⁰ Beide Seiten erkennen das Ergebnis an und Kibaki entlässt sein gesamtes Kabinett einen Tag nach der Abstimmung. Die nächste Parlamentssitzung vertagt er auf März 2006.⁴⁸¹

Kibaki stellt sein neues Kabinett zwei Wochen später vor, kein Vertreter der LDP ist darin wiederzufinden. Gesundheitsministerin Ngilu und der Minister für Lokale

⁴⁷⁷ Whitaker/Giersch 2009, S. 7.

⁴⁷⁸ Chege 2008, S. 131.

⁴⁷⁹ Whitaker/Giersch 2009, S. 11.

⁴⁸⁰ Amnesty International 2006.

⁴⁸¹ BBC NEWS 2005a.

Regierung, Musikari Kombo, fordern eine bessere Einbeziehung in die Arbeit des Präsidenten und bessere Posten für ihre Anhänger, bevor sie bereit sind, ihr Amt anzutreten.⁴⁸² Ihnen schließen sich weitere Minister und Assistenten an. Kibaki sieht sich zu weiteren Verhandlungen genötigt. Am Ende ernennt er mit 34 Ministern und 49 Assistenten eines der größten Kabinette der kenianischen Geschichte.⁴⁸³

Die siegreiche „Orangen-Kampagne“ wird in eine neue Oppositionspartei, *Orange Democratic Movement-Kenya* (ODM-K), transformiert. Die Mitglieder von ODM-K können sich jedoch nicht auf die Prozedur zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten einigen, sodass es noch vor den nächsten Wahlen zur Splitterung der Partei kommt. KANU verlässt die Bewegung und versucht eigenständig, die Gunst der Wähler für sich zu gewinnen. Raila führt fortan die Partei ODM an, während Musyoka für ODM-K kandidiert.⁴⁸⁴

Interne Absprachen von NARC aus dem Jahr 2002 sehen vor, dass Kibaki nach einer Amtszeit nicht erneut für das Präsidentenamt kandidiert. Kibaki sieht sich an diese Vereinbarung jedoch nicht gebunden und seine Anhänger gründen zu diesem Zweck NARC-Kenya. Noch vor den Wahlen bildet NARC-K zusammen mit der KANU und weiteren Parteien schließlich die *Party of National Unity* (PNU).⁴⁸⁵

Es existieren zwar weitere Versuche, die Verfassung vor den nächsten Wahlen 2007 zu reformieren. Regierung und Opposition können sich im Sommer 2007 allerdings nicht auf den Umfang der Reformen verständigen, die noch vor den Wahlen im Winter umgesetzt werden sollen. Unter der ersten Kibaki-Regierung bleibt die Verfassung unverändert.

⁴⁸² BBC NEWS 2005b.

⁴⁸³ Whitaker/Giersch 2009, S. 13.

⁴⁸⁴ BBC NEWS 2007a.

⁴⁸⁵ BBC NEWS 2007b.

5. Opposition in Kenia

5.1 Autoritäres Regime im Wandel

Begrenzter Pluralismus unter Kenyatta und Moi bis 1990

An dieser Stelle soll vor allem auf den politischen Pluralismus eingegangen werden. Hinsichtlich der anderen Dimensionen autoritärer Regime nach Linz gilt für das kenianische Beispiel, dass zu keinem Zeitpunkt eine ausgearbeitete herrschende Ideologie existiert. Grundsätzlich verfolgen die Regierungen von Kenyatta und Moi einen westlich orientierten kapitalistischen Kurs, bei dem der Präsident die Rolle als Vater der Nation (Kenyatta) oder als ordnende Instanz (Moi) einnimmt. Die Bevölkerung wird nur zu den Wahlen mobilisiert. Eine Depolitisierung des öffentlichen Lebens, wie von Linz für den „begrenzten Pluralismus“ beschrieben, findet in Kenia jedoch nicht statt. Sowohl unter Kenyatta als auch unter Moi existieren politisch engagierte soziale Organisationen und Verbände sowie eine rege Presse, die sich zunächst weniger und später mehr Repressionen gegenüber sehen.

Das autoritäre Regime unter Kenyatta veranschaulicht den von Linz konzeptionell beschriebenen begrenzten Pluralismus. Mit seinen ersten Amtshandlungen reduziert Kenyatta den in der Verfassung vorgesehenen Pluralismus. Er ernennt sich zum Präsidenten, der keiner demokratischen Legitimation in Form von Wahlen bedarf, und beseitigt den Premierministerposten und den Senat. Das neu geschaffene Präsidentenamt versieht er mit zahlreichen Kompetenzen, die von Wahlanglegenheiten über das Parlament bis hin zur Judikative reichen.

Das Herrschaftszentrum ist im Kenyatta-Regime nicht monistisch. Während der Kolonialzeit bildeten sich Klientelnetzwerke aus, die lokale Autoritäten („große Männer“) hervorgebracht haben. Dieses machtpolitische Erbe kann Kenyatta nicht ignorieren und integriert es durch *Harambee*-Projekte. Die lokalen Selbsthilfe-Projekte gewähren außerdem eine potenzielle vertikale politische Mobilität, der Aufstieg erfolgreicher Lokalpolitiker reicht mitunter bis ins Kabinett.

Der begrenzte Pluralismus spiegelt sich auch im Bereich der Ethnien wider. Einige Teile der Elite sind zu einem bestimmten Zeitpunkt besser repräsentiert und besitzen mehr oder weniger Einfluss.⁴⁸⁶ Kenyatta ist auf die Unterstützung der Ethnien

⁴⁸⁶ Vergleiche Linz Erläuterung vom „begrenzten Pluralismus“, dass einige Teile der Elite, einige institutionelle Interessen und einige sozialen Kräfte zu einem bestimmten Zeitpunkt

angewiesen. Zu Beginn seiner Amtszeit gewinnt Kenyatta sowohl die GEMA-Elite als auch angesehene Vertreter der Luo (Odinga, Mboya) für sich. Nach dem Zerwürfnis mit Odinga und der Ermordung Mboyas Ende der 1960er-Jahre kann Kenyatta nicht mehr auf die Unterstützung der Luo zählen und er bemüht sich um die Unterstützung kleinerer Ethnien, um seine Machtposition wieder zu stärken.

Die Parlamentswahlen stellen die einzige institutionelle Verankerung einer potenziell demokratischen Legitimation dar. Gleichzeitig ist das unabhängige Kenia in den 1960er- und 1970er-Jahren *de facto* ein Einparteienstaat, die politische Opposition wird als illegal erklärt. Die Parlamentsdebatten werden recht offen geführt, zum Ende seines Lebens duldet Kenyatta jedoch immer weniger Kritik.

Unter Moi wird der Pluralismus weiter begrenzt. Moi erklärt Kenia zum Einparteienstaat *de jure*. Nach einer anfänglichen Entspannungspolitik verhärtet sich das Regime im Zuge des gescheiterten Putschversuches 1982. Die Exekutive erhält mehr Kontrolle über das Parlament und die Judikative; Moi nimmt als Präsident fortan mehr Einfluss auf die lokalen Regierungen. Ethnisch zusammengesetzte Wohlfahrtsorganisationen werden verboten (auch um die Dominanz der Kikuyu zu brechen) und wichtige soziale Organisationen in die KANU überführt. Die lokalen „großen Männer“ genießen unter Moi weniger Handlungsspielraum als noch unter Kenyatta. Ein politischer Aufstieg ist ihnen zwar weiterhin möglich, doch Moi erhöht die Konkurrenz zwischen ihnen und lässt schnellen Aufstiegen rasche Abstiege folgen. Die persönliche Beziehung zum Präsidenten wird zum Entscheidungskriterium. So sehr Moi die Personalisierung des Regimes vorantreibt, so wenig kann er sich der Ethnienfrage entziehen. Um seine Machtbasis rund um die Kalenjin zu stärken, bemüht sich Moi um die Gunst der KAMATUSA-Elite und anderer Ethnien wie den Luhya und Kamba sowie ausgewählten Vertretern der Kikuyu und Kiambu.

Wandel statt Demokratie 1990-2005

Die Reform der Verfassung 1991/2 bedeutet eine Zäsur im politischen Systems Kenias. Mehrparteienwahlen werden ebenso eingeführt wie das Amt des Präsidenten zur Wahl gestellt, die Wahlen seitdem regelmäßig durchgeführt. Die Vorbereitungszeit für die ersten Wahlen 1992 fällt sehr kurz aus, sodass eine institutionelle Absicherung des Prozesses ausgeschlossen ist. Bei den

besser repräsentiert sind und mehr oder weniger Einfluss haben, Linz 1973, S. 89 und Kapitel 2 der vorliegenden Arbeit.

darauffolgenden Wahlen verdeutlicht sich, dass das autoritäre Regime trotz der Einführung von Wahlen fortauern kann. Es kommt zur Einschüchterung der Opposition und deren Anhänger sowie kritischer Medienvertreter durch die Regierung. Die Wählerregistrierung erfolgt nur ungleich und die Wahlkommission ist mit ihrer Arbeit überfordert. Wahlurnen und Stimmzettel sind nicht ausreichend vorhanden, nicht jeder registrierte Wähler kann auch seine Stimme abgeben. Die Polizei präsentiert sich nicht als neutraler Ordnungshüter und behindert die politische Opposition. Die 1997 verabschiedeten neuen Bestimmungen zur Wahl können bei den Wahlen im selben Jahr nicht mehr umgesetzt werden. Der Maßstab freier und fairer Wahlen wird 1992 und 1997 nicht erfüllt.

Der Wahlkampf 2002 verläuft zumeist friedlich, die Regierung ist um die Stimmen der Bevölkerung bemüht und Einschüchterungsversuche gegenüber der Opposition werden weniger. Die Wahlkommission wird erstmals repräsentativ besetzt und der Wahlvorgang weist weniger Unzulänglichkeiten auf. Die Polizei verhält sich überwiegend neutral. Unabhängige Medienanstalten berichten ebenso umfassend von den Wahlen wie der regierungstreue staatliche Sender KBC. Doch die Entwicklung der Qualität der Wahlen setzt sich nicht linear fort. Kibaki besetzt die Wahlkommission für 2007 einseitig und im Verlaufe der Wahlen weist der Wahlvorgang zunehmend Unregelmäßigkeiten auf und wird intransparent.⁴⁸⁷

Erhebliche Defizite weist das politische System Kenias im Bereich der Gewaltenteilung auf. Vermöge der Verfassungsänderungen durch Kenyatta nimmt der Präsident seit der Unabhängigkeit Kenias eine umfassende Vormachtstellung ein. Folgende Verfassungsänderungen ändern an diesem Bild wenig. Die Reform von 1991/2 beschränkt die Amtszeit des Präsidenten auf maximal zwei Legislaturperioden und begrenzt die Arbeit des Präsidenten effektiv. 1997 werden die Rechte von Opposition und Parlament gestärkt. Nichtsdestotrotz nimmt der Präsident die zentrale Rolle im politischen System ein und dominiert die anderen Gewalten.

Das Parlament und damit vor allem die gewählten Vertreter der politischen Opposition übernehmen 1992 theoretisch die Kontrollfunktion über die Regierung,

⁴⁸⁷ Bei der Auszählung der Stimmen kommt es zu Unregelmäßigkeiten, Ergebnisse einzelner Wahlbezirke werden nur verzögert verkündet. Je mehr Unmut über die Qualität des Wahlprozesses aufkommt, desto weniger Einblicke gewährt die Wahlkommission in ihre Arbeit. Kibaki wird ungewöhnlich schnell als neuer Präsident vereidigt und bei Wahlbeobachtern wächst der Verdacht der Wahlmanipulation – ein Vorwurf, den die alte und neue Regierung nicht überzeugend entkräften kann. Vgl. European Union Election Observation Mission 2008, S. 33-36; Rice 2007.

sind in ihrer Arbeit aber abhängig vom Willen des Präsidenten. Das Parlament emanzipiert sich nur langsam gegenüber dem Präsidenten. Noch unter Kibakis Regierung (ab 2002) stellt sich das Parlament nicht als eigenständige und unabhängige Institution dar. So kann die politische Opposition nach dem gescheiterten Verfassungsreferendum 2005 den Druck auf die Regierung nicht weiter aufrecht erhalten, da Kibaki weitere Parlamentssitzungen aussetzt und somit vier Monate lang der Konfrontation mit der Opposition aus dem Weg geht, womöglich sogar ein Misstrauensvotum verhindert.⁴⁸⁸

Der Oberste Gerichtshof hebt zuweilen Entscheidungen Moisi auf, während seiner Amtszeit verändert sich die Stellung der Judikative nicht. Mit ein Grund für die stagnierende Entwicklung der Judikative, neben einer fehlenden grundsätzlichen Verfassungsreform und einer verbesserten Ausstattung des Justizwesens, mag die Position von *Attorney General* Wako sein. Seit Mai 1991 im Amt besitzt er bei Reformbestrebungen eine große Nähe zur Regierungsposition. Der von ihm mitentwickelte und nach ihm benannte Wako-Entwurf von 2005 lässt den Willen nach fundamentalen Veränderungen des *status quo* nicht erkennen.

Der gewählte Präsident erhält gemeinsam mit dem Kabinett die effektive Regierungsgewalt und muss auch nicht Konkurrenz aus anderen Bereichen fern des politischen Wettbewerbes fürchten. Nach dem gescheiterten *coup d'état* 1982 greift das Militär nicht erneut nach der Macht im Land und bewegt sich grundsätzlich abseits des politischen Geschehens.⁴⁸⁹

Das Ausland macht punktuell seinen Einfluss auf die Geschicke der Regierung geltend, ohne die Souveränität der Regierung nachhaltig in Frage zu stellen. Erst die Streichung von Krediten und das Aussetzen von Entwicklungshilfefzahlungen nötigen Moi zur Verfassungsänderung 1991/2 sowie zu den Verhandlungen rund um die IPPG 1997.⁴⁹⁰ Die Aufmerksamkeit der ausländischen Partner konzentriert sich auf unmittelbar bevorstehende Wahlen und lässt den größeren Teil des politischen Geschehens außer Acht. Negative Berichte von Menschenrechtsorganisationen und die Aufdeckung von (teils massiven) Korruptionsfällen erntet die Kritik des Auslandes, welches bestehende Forderungen erneuert und zuweilen kurzfristig Sanktionen

⁴⁸⁸ Whitaker/Giersch 2009, S. 13.

⁴⁸⁹ Mai 1998, Branch/Cheeseman 2008, S. 20.

⁴⁹⁰ Die *Inter-Party Parliamentary Group* (IPPG) verfasst eine Minimalreform, nachdem in anhaltenden öffentlichen Protesten eine fundamentale Reform der Verfassung gefordert wurde. Die Einsetzung der IPPG treibt dabei einen Keil in die breite Koalition aus politischen Verbänden sowie inner- und außerparlamentarischer Oppositionsparteien.

verhängt. Nachhaltige Konsequenzen ziehen die ausländischen Partner nicht. Die Moi-Regierung soll nicht allzu sehr unter Druck gesetzt werden, um die Stabilität Kenias nicht zu gefährden. Schließlich war Kenia in der Vergangenheit ein zuverlässiger Partner des Westens und soll dies auch zukünftig sein, nicht zuletzt aufgrund seiner unmittelbaren Nähe zu vergangenen und gegenwärtigen Konflikten (Uganda bzw. Ruanda, Sudan, Somalia).

Das politische System Kenias lässt sich im untersuchten Zeitraum mit Levitskys und Ways Konzept vom kompetitiven Autoritarismus beschreiben: „Competitive authoritarian regimes are civilian regimes in which formal democratic institutions exist and are widely viewed as primary means of gaining power, but in which incumbents’ abuse of the state places them at a significant advantage vis-à-vis their opponents.“⁴⁹¹ Die Garantien freier Wahlen, der Bürgerrechte und gleicher Wettbewerbsbedingungen werden im kenianischen Beispiel nicht gleichermaßen erfüllt, sodass es sich im Sinne von Levitsky und Way um kein demokratisches Regime handelt. Die Opposition agiert jedoch im offenen Raum und erhält im Prozess der Wahlen eine realistische, wenn auch ungleich verteilte Chance, die politische Macht im Regime zu erlangen – Kenia ist kein Beispiel von *full authoritarianism*. Im Zuge der Wahlen versucht die Regierung ihre Macht durch Stimmenkauf, Bestechung, Erpressung und Manipulation zu sichern. Ferner hält die Regierung Repressionen gegen die politische Opposition (sowie deren Anhängern und anderen Kritikern) aufrecht, sowohl auf offiziellem Wege beispielsweise in Form von Inhaftierungen als auch auf informellem Wege in Form privatisierter Gewalt.

⁴⁹¹ Levitsky/Way 2010, S. 5.

5.2 Instrumentalisierte Ethnien

Das kenianische Beispiel lässt sich mit dem instrumentalistischen Analyseansatz erschließen. Das heißt, Ethnie ist in Kenia eine soziale, politische und kulturelle Ressource, die für und von verschiedenen Interessengruppen verwendet wird. Cowen und Kanyinga nehmen in ihrer Kenia-Analyse Kershaw auf, der konstatiert, dass das Konzept eines Kikuyu Stammes mehr kolonial und post-kolonial und weniger prä-kolonial sei. „[T]he belief that there had been a „tribe“ became a self-fulfilling prophecy as boundaries hardened and interaction [between different ethnic groups] was stifled.“⁴⁹² Die gesteigerte Wahrnehmung von Ethnizität bildete die Vorstellung einer geschlossenen Entität aus, die ausgeprägt und verschieden von anderen Entitäten war, so Kershaw weiter. Cowen und Kanyinga fügen an, dass diese Entitäten zu einem „Stamm“ wurden, da ihre Grenzen identisch mit den Grenzen des Landes zur wirtschaftlichen Versorgung und Akkumulation waren.⁴⁹³

Die kolonialen Verwaltungsgrenzen, die (vermeintlich) ethnische Gruppen voneinander abgrenzen sollten und dies – als Teil der selbst erfüllenden Prophezeiung – dann taten, wurden vom unabhängigen Kenia übernommen.⁴⁹⁴ Sie prägen bei Wahlen die Verteilung der Wahlbezirke und nehmen somit Einfluss auf das politische Spiel.⁴⁹⁵

Das Beispiel der Kalenjin zeigt, dass die Schaffung einer Ethnie nicht nur durch externe Akteure (Kolonialisten), sondern auch durch innere Kräfte möglich ist. Die Ethnie Kalenjin ist eine Erfindung der späten 1940er, frühen 1950er Jahre und ein Ergebnis des gestiegenen Nationalismus nach Ende des zweiten Weltkrieges. Eliten der Kipsigis, Nandi, Tugen und anderer sprach- und kulturverwandter Gruppen aus dem Westen des Rift Valleys benutzen „Kalenjin“ („I tell you“) als eine ihnen gemeinsame Redewendung. Darüber hinaus wird „Kalenjin“ seit besagtem Zeitraum als Ausdruck einer Gemeinschaftlichkeit verwendet. Ziel ist es, eine größere Gruppe zu bilden, die über ausreichendes politisches Gewicht hinsichtlich Territorium und Bevölkerung verfügt, um sich gegenüber anderen ethnischen Gruppen in den politischen Umbruchprozessen zu behaupten.⁴⁹⁶

⁴⁹² Zitiert nach Cowen/Kanyinga 2002, S. 130.

⁴⁹³ Cowen/Kanyinga 2002, S. 130.

⁴⁹⁴ Vergleiche Abschnitt 3.1.

⁴⁹⁵ Cowen/Kanyinga 2002, S. 130f.

⁴⁹⁶ Cowen/Kanyinga 2002, S. 135.

In Anbetracht der fluktuierenden Parteienlandschaft und detailarmer Parteiprogramme dient die Ethnie der Parteispitze als primäre Quelle der Parteidentifikation und Wählermobilisierung. Diese Identifikation spiegelt aber vor allem individuelle rationale wirtschaftliche Interessen wider und hat weniger mit etwaigen traditionellen Mustern der politischen Orientierung zu tun.⁴⁹⁷

Wie Ethnie von Interessengruppen – allen voran der Regierung – als Ressource eingesetzt wird, veranschaulicht die ethnische Gewalt rund um Wahlen. Bei den Wahlen 1992 kommt es zu heftigen ethnischen Zusammenstößen im Rift Valley. Die Kämpfe im Zuge von Wahlkampfveranstaltungen werden von einer ausgebildeten Miliz finanziert, bewaffnet und organisiert. Die Kämpfe gehen in der Mehrzahl von Mois Kalenjin aus,⁴⁹⁸ die mit Pfeil und Bogen bewaffnet vornehmlich die Farmen von Kikuyus, Luos und Luhyas angreifen. Die Attacken werden organisiert und systematisch durchgeführt und bald wird klar, dass sie von Moi und KANU manipuliert und auch angestiftet werden.⁴⁹⁹ Moi stellt diese Kämpfe als Beweis dafür dar, wie schlecht ein Mehrparteiensystem für das multi-ethnische Kenia geeignet sei. Die Opfer sind überwiegend Nicht-Kalenjin, die für ihre Oppositionsunterstützung scheinbar bestraft und gezielt aus den fruchtbaren Regionen der Rift Valley Provinz vertrieben werden. Zeitgleich fordern Politiker der Kalenjin und Maasai erneut die Einführung von *majimbo*.⁵⁰⁰ Dem Bericht des *Parliamentary Select Committee* zu Folge, das mit der Aufklärung der Kämpfe beauftragt wird, bot die Miliz für jeden Getöteten 1.000 Ksh, für die in Brandsetzung von Strohhütten bzw. Häusern 500 Ksh bzw. 10.000 Ksh. Die Kämpfe dauern bis Anfang 1993 an und fordern 2000 Menschenleben, 20.000 verlieren ihre Heimstatt. Insgesamt 300.000 Kikuyu und Luo Bauern werden vertrieben.⁵⁰¹

Der vollständige Bericht der *Judicial Commission* zur Frage der ethnischen Kämpfe wird im Oktober 2002 erst auf Entscheid des Obersten Gerichtshofes veröffentlicht. Daraus geht hervor, dass Kabinettsmitglieder die Milizen ausgerüstet und ihnen

⁴⁹⁷ Throup/Hornsby 1998, S. 591.

⁴⁹⁸ Insgesamt sind die Kalenjin an allen Kämpfen beteiligt, ob als Urheber oder nicht. Vgl. Human Rights Watch 1993, S. 123.

⁴⁹⁹ Vgl. Kimenyi/Ndung'u 2005, S. 152.

⁵⁰⁰ *Majimbo* ist eine Form regional autonomen Regierens, das den beiden ethnischen Minderheiten Kalenjin und Maasai im Rift Valley die politische Oberhand gäbe. Eine Forderung, die Moi und seine Gefolgsleute bereits in den 60ern in der KADU stellten. Vgl. Kimenyi/Ndung'u 2005, S. 123f.

⁵⁰¹ Laakso 2007, S. 232; Anderson 2002.

Aufgaben erteilt haben. Prominentestes Beispiel ist Nicholas Biwott, der damalige Handelsminister und enge Vertraute Moisis. Die Regierung wirft dem Bericht Parteilichkeit vor, der sich vor allem gegen Kalenjin und Maasai richtet.⁵⁰²

In 1997 kommt es erneut zu ethnisch orientierter Gewalt in der Coast Province (Gebiete Likoni und Kwale südlich von Mombasa). Ziel ist die Vertreibung potenzieller Oppositionsbefürworter. Von Mitte August bis Anfang November richten sich zahlreiche Attacken gegen Luo, Kikuyu und Kamba, die in Folge von Regierungsprogrammen der Vergangenheit und der attraktiven Tourismusindustrie in diese Regionen zogen. Mehr als 100 Menschen werden getötet, eine unbekannte Zahl zusammengeschlagen, Frauen und Mädchen vergewaltigt sowie zahlreiche Läden, Bars und Wohnhäuser geplündert und angezündet. Circa 100.000 Menschen verlassen Mombasa während des Wahlprozesses, die Wahlbeteiligung in Likoni beträgt am Ende nur 37 Prozent. Berichten zufolge stehen die Angriffe wiederum mit der Regierung im Zusammenhang.⁵⁰³

Die Rolle der Ethnien für das politische Geschehen in Kenia muss berücksichtigt, soll aber nicht überbetont werden. Die Entscheidung bei Wahlen einzig mit der entsprechenden Ethnienzugehörigkeit zu erklären, greift zu kurz. Zum einen zeigen vergleichende Arbeiten im Bereich der Ethnien und Parteiensysteme in Afrika, dass ein solch monokausaler Zusammenhang nur bedingt belastbar ist.⁵⁰⁴ Zum anderen konkurrieren im kenianischen Beispiel Vertreter derselben Ethnie in unterschiedlichen Parteien, Ethnienzugehörigkeit stellt somit keine ein-eindeutige Zuordnung sicher. Die ethnisch orientierte Gewalt fordert viele Opfer und begleitet Kenia über den Untersuchungszeitraum hinaus.⁵⁰⁵ Die Frage der Ethnien spiegelt sich in der politischen Realität wider, sie ist jedoch nicht die wesentliche Grundlage des politischen Spiels zwischen Regierung und Opposition. Bei seinem Amtsantritt profitiert Moi (Kalenjin) im hohen Maße von der Unterstützung des Kikuyus Kibaki.

⁵⁰² Laakso 2007, S. 233.

⁵⁰³ Laakso 2007, S. 233f. Die Milizengruppen entstehen dort, wo sich der Staat nur wenig präsent zeigt. Im Einparteienstaat beginnen Politiker, die Milizen zu unterstützen und ihnen Aufträge zu erteilen. Die Mehrzahl der ethnischen Zusammenstöße nach 1992 finden zwischen solchen Gangs statt, die mal mehr, mal weniger von Politikern kontrolliert werden können. Bekannte Milizengruppen sind unter anderem die Mungiki, die *Taliban*, die *Baghdad Boys* und *Jeshi la Mzee* („Armee der Stammesältesten“), vgl. Branch/Cheeseman 2008, S. 14f. Für ein detailliertes Profil der *Mungiki* und der *Taliban* sowie weiterer aktiver Gruppen, vgl. Anderson 2002, S. S. 533-542 bzw. S. 547-551.

⁵⁰⁴ Basedau et. al. 2011.

⁵⁰⁵ Siehe die Gewaltausbrüche nach den Wahlen 2007.

Mit der Zeit baut Moi eine breite Ethnienkoalition vor allem um kleinere Ethnien auf, die bis dahin vom Herrschaftszentrum entfernt waren. Diese Vorgehensweise folgt in erster Linie machtpolitischen Überlegungen und ist nicht vorrangig Ethniendiskriminierung. Letzteres wird umso deutlicher, als Moi eine Koalition mit Railas NDP eingeht und somit die drittgrößte Ethniengruppe (Luo) erstmals mit in der Regierung vertreten ist. Ähnlich verhält es sich mit der politischen Opposition. Zum einen diskreditieren Oppositionsakteure vor allem die Kikuyu-Teile der Opposition, indem vor der Rückkehr der Kikuyu-Herrschaft wie einst unter Kenyatta gewarnt wird. Zum anderen einigt sich die ethnisch weit gefächerte Oppositionskoalition um NARC 2002 auf den Kikuyu Kibaki als Präsidentschaftskandidaten. Für die politische Zusammenarbeit ist Ethnie somit kein Ausschlusskriterium weder seitens der Regierung noch der Opposition. Die Konkurrenz zwischen politischer Opposition und Regierung lässt sich ebenso wenig auf die Variable Ethnie verknappen, die Auseinandersetzung zwischen Opposition und Regierung folgt politischen, nicht ethnischen Motiven.

Für die Analyse des Fallbeispiels Kenia trägt die Ethnienfrage zur Kontextualisierung bei. Die Vorfälle ethnischer Gewalt erzeugen Grauen bei Betroffenen und Beobachtern. Für die Rolle der politischen Oppositionsakteure, ihrer Beziehung untereinander und zur Regierung ist die Frage der Ethnien jedoch nicht ausschlaggebend. Ethnien prägen das Bild des politischen Spiels, determinieren aber nicht dessen Logik.

5.3 Parteien in Kenia – Anhang statt Rahmen

Bei der Analyse der politischen Opposition in Kenia stehen einzelne Politiker im Vordergrund. Die Wiedereinführung von Mehrparteienwahlen 1991 hat die Bedingungen des politischen Wettbewerbes wesentlich beeinflusst, die herausragende Stellung des Präsidenten im politischen System bleibt davon aber über das folgende Jahrzehnt hinaus weitestgehend unberührt. Die Position des Parlamentes wird nur im geringen Maße gestärkt, insbesondere verglichen mit dem Einflussbereich des Präsidenten und der Exekutive. Dies führt dazu, dass sich die teilnehmenden Akteure im politischen Wettbewerb auf die Präsidentenwahl fokussieren, eine Personalisierung der Politik stattfindet.

Die politischen Parteien erweisen sich in diesem System nicht als Ort der Interessenaggregation und -artikulation. Sie sind essenziell von ihrer Parteiführung oder (sofern festgelegt) ihrem Präsidentschaftskandidaten abhängig. Ziel der in der Partei organisierten Akteure ist es, die Interessen einer bestimmten Ethnie zu vertreten – im Falle der politischen Opposition sind dies zumeist die Ethnien, die von der Regierung bisher nur geringe bis gar keine Berücksichtigung erfuhren. Der Fokus auf eine bestimmte Ethnie führt zu einer regionalen Begrenzung der Partei.⁵⁰⁶ Welche Ethnie durch die Partei repräsentiert wird, hängt von der Ethnie der Parteispitze ab, dies gilt sowohl für die Regierungspartei als auch die politische Opposition: Kenyatta setzte auf die Unterstützung der Kikuyu (seiner eigenen Ethnie) sowie der GEMA-Elite. Mit dem Amtsantritt Moi 1978 ändert die KANU dahingehend ihr Profil, dass sie sich von einer Kikuyu dominierten Partei zu einer Partei mehrerer kleiner Ethnie, angeführt von der der KAMATUSA-Elite, wandelt. Als Raila sich der NDP anschließt, rückt diese politisch mehr in den Vordergrund und vertritt die Interessen der Luo (Railas Ethnie). Nachdem Raila nicht mehr für die NDP als Präsident kandidiert, tritt diese nicht mehr zu Parlamentswahlen an.

Das Beispiel der NDP ist kein Einzelfall für die instabilen politischen Parteien. Im Streit über die Auswahl des Präsidentschaftskandidaten zerfällt FORD noch vor den ersten Wahlen 1992 in die FORD-K und FORD-A. Später wird zudem die FORD-P gegründet

⁵⁰⁶ Diese regionale Begrenzung spiegelt die Anfänge der politischen Interessenvertretung wider, welche mit ein Grund für das heutige Bild sein dürften. Zu Kolonialzeiten wird eine breiter aufgestellte Interessenvertretung verboten, eine gesamt Kenia betreffende Partei nicht zu gelassen. Das „teile und herrsche“-Prinzip der Kolonialmacht begrenzte das politische Engagement zusätzlich auf kleine Räume.

und weitere Parteien treten nach weiteren innerparteilichen Konflikten rund um ehemalige FORD-Spitzen in Erscheinung.⁵⁰⁷

Die Parteien bieten neben dem Spitzenkandidaten kaum Möglichkeiten der Identifikation. Die Oppositionsparteien sind programmatisch kaum zu unterscheiden. Neben der mal mehr, mal weniger expliziten Forderung nach politischen Reformen, steht vor allem die Aussicht auf Zugang zu den staatlichen Ressourcen im Falle eines Wahlsieges im Vordergrund. Die Sicherung der Versorgung einer bestimmten Ethnie ist in der Folge auch das ausschlaggebende Argument, wenn Oppositionspolitiker nach den Wahlen ihren Parteiposten abgeben und in das Regierungslager wechseln. Diese Wechsel tragen zudem zur Schwäche der politischen Parteien bei.

Die Forderung nach mehr föderalen Staatsstrukturen (*majimbo*) erscheint zunächst programmatischer Unterschied der Parteien. Gleichzeitig geht diese Forderung nur von kleineren Ethnien aus und nicht von bestimmten Parteien. Nach Erlangen der Unabhängigkeit spricht sich die KANU unter Kenyatta gegen *majimbo* aus. Als Moi und die KAMATUSA-Elite die Führung von KANU übernehmen, spielt *majimbo* eine größere Rolle.

Die Oppositionsparteien hängen nicht nur politisch, sondern auch existenziell von der Parteispitze ab. Es existieren weder eine staatliche Unterstützung noch Mitgliedsbeiträge zur finanziellen Absicherung der Oppositionsparteien. Sie sind auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Parteiführung angewiesen.⁵⁰⁸ Diese doppelte Abhängigkeit von der Parteiführung unterminiert den Diskurs innerhalb der Partei, schließlich würde die Partei mit dem Austritt prominenter Vertreter die eigene Zukunft riskieren. Eine weitere Personalisierung des politischen Geschehens ist die Folge.

Die politische Beliebigkeit und Unschärfe der Parteien verbunden mit dem potenziellen schnellen Aufstieg in Abhängigkeit der Parteispitze und den zahlreichen Streitigkeiten innerhalb größerer Parteien führt unter anderem zur Gründung von „Briefkasten-Parteien“. Diese Organisationen werden zunächst ohne große Erfolgsaussichten ins Leben gerufen in der Hoffnung, dass sie prominente Politiker für sich gewinnen können.⁵⁰⁹ Beispiele hierfür sind die NDP und später die LDP, an

⁵⁰⁷ Bei den Parlamentswahlen 1997 treten unter anderem die NDP, FORD-K, Safina, FORD-P und FORD-A an. Die Parteiführung hat jeweils ein ehemaliges Mitglied der zerfallenen FORD inne.

⁵⁰⁸ Oloo 2007, S. 106f.

⁵⁰⁹ Oloo 2007, S. 123.

deren Spitze sich Raila setzt, nach dem er seine bisherige Partei im Streit verließ. Die SDP gewinnt zunächst Ngilu (Kamba) für sich, die 1997 als Präsidentin kandidiert. Bei den Wahlen 2002 tritt die ehemalige FORD-Größe Orengo (Luo) mit der SDP an. Das unscharfe Profil der Parteien erleichtert prominenten Politikern den Parteiwechsel zusätzlich – so gehört Raila in der Zeit von 1992-2007 zur Spitze folgender Parteien (chronologisch): FORD, FORD-K, NDP, Koalition NDP-KANU, LDP, NARC, ODM-K, ODM.

5.4 Verortung der politischen Opposition – Loyalisten, Opportunisten, Herausforderer

Wie oben beschrieben, entwickeln die Oppositionsparteien kaum ein eigenständiges Programm und unterliegen zuweilen großen Schwankungen in ihrer Ausrichtung. Diese Unbeständigkeit ist auf die Dominanz und Fluktuation der Parteiführer, die zumeist auch für die Präsidentschaft kandidieren, zurückzuführen. Für die Einordnung in die Typologie ist daher das Profil der Parteispitze zumeist ausschlaggebend.

Der kenianische Fall weist ebenfalls Beispiele stabiler Parteien auf. Allen voran steht die von Kibaki geführte DP, die eine wesentliche Rolle innerhalb der politischen Opposition spielt und nach den Wahlen 1997 Oppositionsführer im Parlament ist. Sie erweist sich als vergleichsweise zuverlässiger Akteur. Der Vorsitz der Partei wechselt im Untersuchungszeitraum nicht bis die Partei Anfang der 2000er-Jahre in NARC (und später in die PNU) überführt wird. Kibaki bestimmt den politischen Kurs der Partei, sei es bei inneren Spannungen nach 1992, sei es im Verfassungsreformstreit 1997. Ein anderer beständiger Akteur ist die KSC um Anyona, die jedoch wenig Einfluss erlangt nach 1992. Als Gegenpol zu kontinuierlicher Arbeit mit einer Partei steht die politische Karriere von Raila. Diese drei Beispiele decken den Rahmen der Akteursvielfalt in der kenianischen politischen Opposition ab und werden im Folgenden eingehender betrachtet.

FORD trägt wesentlichen Anteil an der Wiedereinführung der Mehrparteienwahlen. Bis zu den Wahlen 1992 und darüber hinaus bleiben von der ursprünglichen Bewegung zumeist nur personalisierte Splitterparteien übrig. Für die Einordnung in die Typologie werden dazu FORD-K unter Wamalwa, FORD-A unter Shikuku, die Laufbahn Matibas (FORD-A, Saba Saba Asili) sowie die marginalisierte FORD-P berücksichtigt.⁵¹⁰

Die SDP und die Safina stellen Alternativen zu den genannten Oppositionsparteien dar, weisen neben einigen Gemeinsamkeiten aber auch deutliche Unterschiede auf. Auf diese soll im Folgenden ebenfalls eingegangen.

⁵¹⁰ Zwei politische Größen aus den Anfängen von FORD stehen im Untersuchungszeitraum politisch nicht mehr im Vordergrund. Odinga stirbt 1994. Rubia gründet September 1992 die KNC, um die beiden FORD-Fraktionen zu versöhnen. Bei den Parlamentswahlen 1992 erhält KNC einen Sitz, Präsidentschaftskandidat Chibule wa Tsuma 0,7 Prozent der Stimmen. Rubias Gesundheit leidet stark unter den Folgen der Inhaftierung 1990, so dass es in der Folge politisch ruhiger um ihn wird, vgl. Throup/Hornsby 1998, S. 491f.

Neben den genannten Akteuren betreten noch zahlreiche andere Parteien die politische Bühne. Sie nehmen jedoch wenig bis gar keinen Einfluss auf das politische Geschehen und ihre Beispiele tragen wenig zum Erkenntnisgewinn bei – sie bleiben von einer eingehenden Untersuchung aus Gründen der Relevanz und Übersichtlichkeit ausgeschlossen.

Democratic Party (DP) – Mwai Kibaki

Die DP wird Ende 1991 von überwiegend erfahrenen, von KANU entfremdeten und kaum noch eingebundenen Politikern gegründet. Dabei handelt es sich größtenteils um Kikuyu aus den nördlichen Gebieten der Central Province, insbesondere Nyeri Distrikt. Zudem spricht die DP unzufriedene Teile der Kalenjin und Maasai Eliten in den Regionen Ukambani und Coast an. Die soziale Basis von DP umfasst sowohl die Mittelschicht und Fachkräfte als auch Landwirte und Handwerker sowie Geschäftsleute, deren Unternehmensgröße von groß bis klein reicht. Die Mitgliedschaft in DP begrenzt sich auf die gebildete Schicht mit mittleren bis hohen Einkommen und wohlhabende Haushalte, denen allen ein Interesse am Schutz des Privateigentums gemein ist. Gute Organisationsfähigkeit und ein bewusst elitäres Denken, das die DP-Mitglieder bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Funktionen und im Wahlkampf präsentieren, sind der Partei insbesondere in der Zeit 1992-97 von Nutzen, als sich die politische Konkurrenz im Oppositionslager selbst dekonstruiert (siehe FORD) oder aus dem politischen Wirkungskreis verschwindet (vergleiche Matiba, Rubia).⁵¹¹

Kibaki gelingt es nach 1992 zusammen mit anderen Parteigrößen, die ursprüngliche Vertretung der Kikuyu Wirtschaftswelt mit der Vertretung der allgemeinen Interessen aller Kikuyu zu verbinden. Mit der Machtübernahme Moi endet die wirtschaftliche Bevorzugung der Kikuyu, für die Kenyatta bis dahin sorgte. Moi richtet politische Entscheidungen auf die wirtschaftlichen Interessen der KAMATUSA aus, während die GEMA zunehmend von der staatlichen Aufmerksamkeit ausgeschlossen wird. Dies hat eine generelle Ausgrenzung der Kikuyu aus weiten Teilen des Staatsapparates sowie des öffentlichen Lebens zur Folge. Die DP repräsentiert erfolgreich diese Erfahrung ethnischer Ressentiments und bleibt trotz

⁵¹¹ Cowen/Kanyinga 1998, S. 146f.

innerparteilichen Streits zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Generation und Herkunft nach 1992 geschlossen.⁵¹²

Kibakis Verhandlungen in den GEMA-KAMATUSA Gesprächen, die in Folge der ethnischen Kämpfe nach den Wahlen 1992 durchgeführt werden, bringen ihm Kritik aus Reihen der DP ein. Kibaki sucht in den Gesprächen, eine Wahrung der gegenseitigen und vor allem wirtschaftlichen Interessen von GEMA und KAMATUSA zu erreichen. Kritiker werfen ihm vor, nur die Interessen der großen Unternehmen zu vertreten und die Mehrheit der Kikuyu außen vor zu lassen. Ferner stellen Verhandlungen zwischen den Parteispitzen keine Lösung für die ethnischen Konflikte dar, so die Kritik vor allem jüngerer Parlamentarier von DP. Sie fordern eine umfassende Reform der Verfassung. Nicht-Kikuyu in DP, wie die spätere Präsidentschaftskandidatin von SDP Charity Ngilu, beanstanden ohnehin die Ausrichtung der Partei auf Partikularinteressen. Kibaki kann sich gegen den Widerstand behaupten. Er entscheidet die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten 1997 für sich, während einige Kritiker zur KANU zurückkehren. Darunter befinden sich auch einige Industriemagnate, sodass der Vorwurf an Kibaki als Vertreter einzig der Wirtschaftsgrößen entkräftet scheint. Die DP kann sich in der Folge als die „authentische“ Stimme der wirtschaftlich und politisch marginalisierten Kikuyu darstellen.⁵¹³

Verortung in Typologie

Kibaki ist unter Kenyatta Finanzminister und Parlamentsmitglied. Er unterstützt Moi bei dessen Amtsantritt und wird sein erster Vize-Präsident. Im weiteren Verlauf verliert er die Gunst von Moi. Kibaki beteiligt sich nicht an der Demokratiebewegung Ende der 1980er-Jahre. Er verlässt KANU erst, als Mehrparteienwahlen angekündigt werden, um die DP zu gründen.

Als Mitglied der Opposition fordert er Moi bei den Wahlen heraus, eine gewaltvolle Konfrontation mit der Regierung wird nicht verfolgt. In den GEMA-KAMATUSA Gesprächen ist Kibaki um die Sicherung der wirtschaftlichen Kikuyu-Interessen bemüht und zur Kooperation mit Regierungskreisen bereit. Kibakis Handlungsüberzeugung weist keine visionären Züge auf. Er fordert – wie alle Mitglieder der Opposition – die Demokratisierung des Regimes. Gleichzeitig sucht er

⁵¹² Cowen/Kanyinga 1998, S. 147.

⁵¹³ Cowen/Kanyinga 1998, S. 147f.

in dem Reformstreit 1997 den Dialog mit der Regierung, um einen größeren Anteil am politischen Spiel zu erlangen und trägt damit letztlich zur Verhinderung einer größeren Verfassungsreform bei. Als gewählter Präsident ist er an der Erhaltung des überlieferten *status quo* interessiert, seine Handlungsüberzeugung als pragmatisch zu bezeichnen.

Kibaki und mit ihm die DP wird Im Bereich „Loyalist“ verortet. Er fordert zwar die Regierung regelmäßig bei den Wahlen heraus – und ist letztlich das Oppositionsmitglied, das die Regierung von KANU ablöst und der erste Präsident jenseits KANU wird – was für eine konkurrierende Handlungsstrategie steht. Eine Koalition mit der Regierung scheint aber vor allem aus Sicht von Moi ausgeschlossen zu sein, nachdem dieser Kibaki bereits in den 1980er Jahren als Teil einer „Teile und Herrsche“-Strategie politisch degradierte. Kibaki ist als Oppositionsmitglied der Regierung personell fern, doch politisch nahe.

Kenya Social Congress (KSC) – George Anyona

Anyona wird als politisch radikal angesehen. Während der autoritären Regime unter Kenyatta und Moi wird er mehrmals verhaftet. Im Zuge des Todes von Kariuki 1975 wird Anyona wie Shikuku ohne Prozess inhaftiert, weil er die regierende Partei und die Redlichkeit von *Attorney General* Njonjo kritisierte.⁵¹⁴ Gemeinsam mit Odinga versucht Anyona 1982 die radikale *Kenyan Socialist Alliance* (KSA) zu gründen. Beiden wurde bis dahin die politische Partizipation verwehrt, es gelang ihnen nicht als Kandidat von KANU bei den Wahlen anzutreten und sie hatten mit ihrem Gründungsversuch nichts mehr zu verlieren. Der Versuch von Anyona und Odinga scheitert. Muite, damals erster Berater des *Attorney General* Njonjo, erarbeitet daraufhin einen Gesetzesentwurf, der Kenia zum Einparteienstaat *de jure* erklärt. Vize-Präsident Kibaki lässt das Parlament im Eilverfahren das Gesetz verabschieden.

Bei den *Saba Saba*-Aufständen 1990 wird Anyona erneut inhaftiert und wegen Volksverhetzung zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Sein politisches Engagement erhält er dabei aufrecht und arbeitet an der Gründung einer neuen Partei. Mit Hilfe seines Anwaltes hält er den Kontakt zu Odinga, Matiba und Rubia aufrecht. Als es um

⁵¹⁴ Throup/Hornsby 1998, S. 20.

die Auswahl des FORD-Vorsitzes im Nyamira Distriktes geht, wird Anyona in Abwesenheit ausgewählt.⁵¹⁵

Anyona weigert sich jedoch FORD beizutreten. Er kritisiert: „FORD was too much in a hurry to form a party and take power. The original basic concepts were sidelined and betrayed and then FORD took on board people who were not democratic, and who were known to have been responsible for the oppression and dictatorship suffered by Kenyans.“⁵¹⁶ Die neue Opposition hätte zu viele Karriereristen aufgenommen, so Anyona weiter und er bemängelt Odingas Strategie der „offenen Kirche“, bei der jeder vermeintliche politische Aktivist willkommen ist. Für Anyona hat die Reform der Strukturen Priorität, nicht die Durchführung erster Wahlen unter den Bedingungen von KANU. Dazu gehört auch das politische Bewusstsein der Bevölkerung zu stärken und eine neue politische Kultur zu entwickeln. Er selbst eröffnet eine lokale Zweigstelle von Amnesty International, um für die Befreiung politischer Gefangener zu kämpfen und gründet die Organisation *Alternative View*, die die Bevölkerung über die Bedingungen zum Aufbau und Erhalt einer Mehrparteien-Demokratie aufklären soll.⁵¹⁷ Er gründet im Juni 1992 die Partei *Kenya Social Congress (KSC)* und tritt bei den Präsidentschaftswahlen 1992 und 1997 an, ohne über einen kleinen Wahlkreis hinaus Stimmen zu gewinnen, der KSC erlangt jeweils einen Sitz im Parlament.

Verortung in Typologie

Im Mehrparteienstaat entscheidet sich Anyona, die Regierung auf legalem Wege herauszufordern. Galt er vorher als politisch radikal, so ist seine Strategie jetzt als konkurrierend zu bezeichnen, er sucht nicht die gewaltvolle Konfrontation mit der Regierung. Als einer der wenigen Oppositionsvertreter scheint Anyona einen konkreten alternativen Entwurf zum herrschenden System zu besitzen. Seine Forderung nach einem politischen Wechsel ist differenzierter als die vieler anderer Oppositionsmitglieder. Er stellt die Bildung der Bevölkerung und die Reform der Strukturen über die Durchführung von Wahlen und den Gewinn politischer Macht und engagiert sich dementsprechend. Seine Handlungsüberzeugung ist visionär. Die KSC um Anyona ist in weiten Zügen dem Typ „Herausforderer“ zuzurechnen.

⁵¹⁵ Throup/Hornsby 1998, S. 122f.

⁵¹⁶ Zitiert nach Throup/Hornsby 1998, S. 123.

⁵¹⁷ Throup/Hornsby 1998, S. 123.

Ausnahmefall: Raila Odinga

Raila Odinga wird im Zuge des gescheiterten Coups 1982 verhaftet und zu einer sechsjährigen Strafe verurteilt. Während er zu der Zeit jegliche Beteiligung am Coup abstreitet, gesteht er sich in seiner Biographie von 2006 eine zentrale Rolle zu.⁵¹⁸ Er wird erneut 1989-91 eingesperrt. Er schließt sich FORD an und zählt zu den *Young Turks*. Nach dem Tod seines Vaters hat er das Nachsehen in der Parteispitze von FORD-K gegenüber Wamalwa und Orengo. Raila bezieht Unterstützung vor allem von den Luo in Nyanza, seinem Geburtsort.

Eine Partei vornehmlich mit Raila zu assoziieren ist nicht möglich, zu kurzfristig ist sein jeweiliges Parteiengagement.⁵¹⁹ Gleichzeitig ist Raila in der Lage, eine relevante Unterstützung zu mobilisieren, die NDP erhält unter seiner Führung 23 Parlamentssitze 1997, eine Einbeziehung seiner Person in die Betrachtung der politischen Opposition in Kenia also notwendig.

Railas Handlungsüberzeugung wird im Bereich der egozentrischen Handlungsüberzeugung verortet. Er präsentiert sich zwar stets als Reformler, seine persönlichen Interessen scheinen dem aber in nichts nachzustehen. Er verlässt FORD-K, als deutlich wird, dass seine Führungsansprüche nicht verwirklicht werden und übernimmt den Vorsitz der *National Development Party* (NDP). Das Streben nach politischer Macht entwickelt sich zunehmend zum Selbstzweck, wenn er schließlich mit Moisi KANU koalitiert – also jener Partei, die ihn in der Vergangenheit mehrmals inhaftieren ließ und sowohl ihn als auch seinen Vater verunglimpfte. Die Vorstellung, mit einer solchen Koalition der Reform des Regimes näher zu kommen, ist realitätsfern, eine visionäre Handlungsüberzeugung als Hintergrund auszuschließen. Als Moi Uhuru Kenyatta zum nächsten Präsidentschaftskandidaten von KANU macht, schließt sich Raila wieder der Opposition an. Railas Handlungsstrategie variiert im Untersuchungszeitraum zwischen Kooperation und Konkurrenz. Die von Raila geführten Parteien (insbesondere NDP) werden im Bereich „Opportunist“ verortet.

⁵¹⁸ Okwembah 2013.

⁵¹⁹ So gehört Raila in der Zeit von 1992-2007 zur Spitze folgender Parteien (chronologisch): FORD, FORD-K, NDP, Koalition NDP-KANU, LDP, NARC, ODM-K, ODM.

Forum for the Restoration of Democracy-Kenya (FORD-K) – Michael ‚Kijana‘ Wamalwa

Wamalwa ist schon in Moisi Regime der 1980er Jahre Parlamentarier und gehört unter Odinga und Muite zum Führungstrio von FORD 1991/2.⁵²⁰

Odinga strebt im Mai 1993 eine Kooperation mit KANU an und führt die radikale Oppositionspartei in eine Allianz mit ihrem „Erzfeind“. Auch wenn Odinga mit FORD-K angetreten war, um KANU zu besiegen, erachtet er eine Zusammenarbeit mit der Regierung als einzigen Weg, um die Luo Gemeinschaft am politischen Entscheidungsprozess und der Verteilung staatlicher Ressourcen teilhaben zu lassen. FORD-K ist in dieser Zeit die politische Partei mit den wenigsten Mitteln und nur wenige ihrer Verantwortlichen sind stark genug in der Wirtschaft aufgestellt, um die Kosten für Versorgung und Entwicklung der Luo Gebiete zu gewährleisten. Davon abgesehen standen die Luos in den vorangegangenen zwanzig Jahren außerhalb des politischen und wirtschaftlichen Zentrums.⁵²¹

Nach dem Tod von Odinga Januar 1994 beendet Moi alle Bestrebungen mit FORD-K zusammenzuarbeiten, da er sich keinem aussichtsreichen Verhandlungspartnern gegenüber zu sehen glaubt. Wamalwa übernimmt automatisch den Vorsitz von FORD-K (der ehemalige erste Vize-Parteivorsitzende Muite räumte vorher bereits seinen Parteiposten, als Odingas Verwicklung in den Goldenberg-Skandal bekannt wurde). Bis zu diesem Zeitpunkt gilt Wamalwa eher als unauffällige Figur im politischen Spiel, der im Schatten anderer politischer Größen zu finden war. Nun bietet sich ihm kurzerhand die Möglichkeit, mit Hilfe einer Allianz von zwei der größten Ethnien (Luo, Luhya) KANU ernsthaft Unbehagen zu bereiten. Entgegen der weitläufigen Zweifel, dass die Luo die Führerschaft nicht an einen Luhya abgeben würden, wird Wamalwa ohne Gegenkandidat im März 1994 gewählt. Sein erster Stellvertreter wird der Parlamentsabgeordnete Luo James Orengo, der sich mit 62 zu 59 Stimmen bei den parteiinternen Wahlen gegen Raila durchsetzen kann. Die Repräsentation muslimischer Interessen wird durch die Wahl von Omar Mzee (FORD-K/IPK)⁵²² zum zweiten Stellvertreter Wamalwas Rechnung getragen. Zum ersten Mal

⁵²⁰ Throup/Hornsby 1998, S. 145.

⁵²¹ Throup/Hornsby 1998, S. 547f.

⁵²² Der *Islamic Party of Kenya* (IPK) wird die Registrierung 1992 und 1997 verwehrt. Eine offizielle Begründung wird nicht bekannt. Die religiöse Basis und fundamentalistische Strömungen innerhalb der Partei sowie das Potenzial, KANU die Unterstützung in der Coast Province und anderen muslimischen Gebieten streitig zu machen, mögen der Regierung Anlass gegeben haben, die IPK für die Wahlen nicht zuzulassen. Vgl. Cowen/Kanyinga 2002, S. 149.

wird eine politische Partei von drei *Young Turks* angeführt. Weder Wamalwa noch Orengo sind charismatische Politiker mit nationalem Wählerzuspruch, doch beide gelten als glaubhaft, intelligent und der Notwendigkeit eines politischen Wechsels verpflichtet.⁵²³ Wamalwa steht mehrmals in Konflikt mit der Regierung. In Lugari droht die Polizei Anfang 1994 den neuen Vorsitzenden von FORD-K zu töten.⁵²⁴ Im Jahr 1997 wird er aufgrund seines Engagements bei regierungskritischen Demonstrationen unter Hausarrest gestellt.⁵²⁵

Verortung in Typologie

Bei Amtsantritt als FORD-K Vorsitzender verfolgt Wamalwa die konkurrierende Strategie des „großen Marsches“. Diese gründet auf der Vorstellung, dass eine politische Koalition um ein Zentrum, in diesem Falle FORD-K, errichtet werden kann, indem ethnische Gruppierungen rund um andere lokale Parteien angesprochen und abgeworben werden und dadurch ein oppositioneller Gegenpol zur Regierung entsteht.⁵²⁶

Dieser konkurrierenden Strategie steht Wamalwas Annäherung an die Regierung nach 1997 gegenüber. Bei den Diskussionen über eine Verfassungsreform 1997 bevorzugt Wamalwa die von Moi initiierte IPPG, die für weitere Verhandlungen über eine mögliche Reform nur Parlamentarier vorsieht. Er kündigt zudem einen weitergehenden Dialog mit KANU an. Im Oktober 1998 verhindert Wamalwa zusammen mit seinen Anhängern in FORD-K den Erfolg eines Misstrauensvotums gegen die Regierung.⁵²⁷ Vor den Wahlen 2002 wählt Wamalwa wiederum eine konkurrierende Handlungsstrategie und wird Mitbegründer von NAK, später NARC.

Die FORD-K um Wamalwa wird im Bereich „Opportunist“ verortet. Die wechselnde Handlungsstrategie von Konkurrenz zu Kooperation zurück zu Konkurrenz prägt das Bild von Wamalwas Führung in FORD-K. Die Bestimmung der Handlungsüberzeugung fällt weniger eindeutig aus. Eine visionäre Handlungsüberzeugung ist nicht zu erkennen, wenn Wamalwa die IPPG begrüßt, zu Lasten der an Moment gewinnenden Demokratiebewegung. Andererseits gehört Wamalwa früh zu FORD und gilt auch anschließend dem politischen Wechsel verschrieben. Wamalwas Mitbegründung von

⁵²³ Throup/Hornsby 1998, S. 566f.

⁵²⁴ Throup/Hornsby 1998, S. 558.

⁵²⁵ Political Handbook of the World 2000-2002, S. 591.

⁵²⁶ Cowen/Kanyinga 2002, S. 145.

⁵²⁷ Political Handbook of the World 2000-2002, S. 591f.

FORD bzw. NARC sowie die Kooperation mit Moi erscheint letztlich als die jeweils aussichtsreichste Handlung mit Aussicht auf mehr politische Macht. Die Verortung im Bereich „Opportunist“ ist schließlich darin begründet, dass die zeitweise Annäherung an Moisis Regierung nicht mit der Forderung nach einem politischen Wechsel vereinbar ist. Vielmehr kommt darin eine vom politischen Wechselwunsch losgelöste Nutzenkalkulation zum Ausdruck. Eine Kooperation mit Moi kann zu keiner Zeit als ernstzunehmende Strategie zur Erreichung des politischen Wechsels erachtet werden – Moi konstruierte das repressive autoritäre Regime der 1980er Jahre, wehrt sich ausdauernd gegen Reformen und gestaltet selbst nach dem Zugeständnis von Mehrparteiwahlen den politischen Wettbewerb unfair zu Gunsten der Regierung.

Forum for the Restoration of Democracy-Asili (FORD-A) – Martin Shikuku

Shikuku tritt 1997 für FORD-A bei den Präsidentschaftswahlen an. Er blickt zu diesem Zeitpunkt bereits auf eine lange und abwechslungsreiche politische Karriere zurück. Einst Mitglied der KADU wechselt er zur KANU nach deren Wahlsieg 1963. Er gewinnt die Wiederwahl als KANU-Vertreter und kritisiert Ende der 1960er Jahre das Kenyatta-Regime und die Dominanz der Kikuyu. Im Zuge des Todes von Kariuki (1975) wird Shikuku wie Anyona ohne Prozess verhaftet, weil er die regierende Partei und die Redlichkeit von *Attorney General* Njonjo anprangerte. Mit dem Amtsantritt von Moi 1978 wird Shikuku aus dem Gefängnis entlassen und bleibt als KANU-Mitglied politisch aktiv. Anfang der 1980er Jahre gehört er zu den Kritikern des Moi-Regimes, was schließlich zum Verlust des Postens als *Assistant Minister* 1985 führt.⁵²⁸

Shikuku fungiert als Repräsentationsfigur der FORD-Bewegung. Er tritt weniger als effektiver Planer der Opposition in Erscheinung. Er wird als Politiker der alten Generation wahrgenommen, was wohl zum Konflikt mit den *Young Turks* (vor allem Muite) beiträgt. Die *Young Turks* stehen der alten politischen Garde misstrauisch gegenüber. Die *Young Turks* treffen 1991-2 viele strategische Entscheidungen für FORD, müssen aber im Hintergrund bleiben, während politische Größen wie Odinga, Matiba und Shikuku die Aufmerksamkeit auf sich ziehen.⁵²⁹

Nach der Aufspaltung von FORD bildet Shikuku zusammen mit Matiba die Spitze von FORD-A. Als eine der wenigen Parteien führt FORD-A Vorwahlen zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten durch. Shikuku unterliegt Matiba und viele erwarten

⁵²⁸ Throup/Hornsby 1998, S. 15, 20 und 129.

⁵²⁹ Throup/Hornsby 1998, S. 63 und 78f.

seine Rückkehr zur KANU. Shikuku zeigt sich jedoch als fairer Verlierer und sichert Matiba seine Unterstützung zu.⁵³⁰

Shikuku baut sein hohes Ansehen in der Bevölkerung vor allem darauf auf, dass er sich als nicht korrumpierbar darstellt und gleichzeitig den zweifelhaft erworbenen Wohlstand seiner Kontrahenten anprangert. Sein Ruf leidet jedoch, nachdem er sich im Mai 1992 mit Präsident Moi zu einem privaten Abendessen trifft, dessen Hintergründe nicht aufgeklärt werden. Shikukus Gegner nutzen dieses Ereignis erfolgreich, um ihn – berechtigt oder nicht – zu verunglimpfen.⁵³¹

Nach den Wahlen 1992 zerfällt die Zweckgemeinschaft von Matiba und Shikuku in FORD-A. Matiba droht die Kontrolle über die Partei zu sehr an sich zu ziehen und erntet Kritik seitens Shikuku. Matiba findet in FORD-A keine ausreichende Unterstützung und verlässt die Partei. Shikuku kandidiert für FORD-A bei den Präsidentschaftswahlen 1997. Er tritt für die Stärkung der afrikanischen Wirtschaft gegenüber europäischen und asiatischen Investoren ein und stellt dabei die Belange der armen Bevölkerungsteilen in den Vordergrund.⁵³² Er erhält bei den Präsidentschaftswahlen jedoch kaum Unterstützung, verliert seinen Sitz im Parlament und spielt in der Folge politisch eine untergeordnete Rolle.

Verortung in Typologie

Shikuku äußert wiederholt Kritik an der autoritären Regierungen von Kenyatta und Moi, ungeachtet der negativen Konsequenzen, vom politischen Ausschluss bis hin zur Inhaftierung. Nach der verlorenen Vorwahl ist Shikuku bereit – im Unterschied zu anderen politischen Oppositionsmitgliedern – seine angestrebte Präsidentschaftskandidatur aufzugeben und FORD-A weiter zu unterstützen. Sein politisches Engagement scheint an der Sache orientiert und nicht egozentrisch zu sein. Diese Einschätzung wird durch die Mitgliedschaft in der NOA gestützt. Shikukus politische Aktivität zielt ebenfalls auf die Reform des politischen Systems, dies jedoch auf einem moderaten Weg, ohne die bestehende Ordnung vollständig umzukrempeln (was eindeutig für eine visionäre Handlungsüberzeugung stünde). Er kehrt nach der verlorenen Vorwahl 1992 gegen Matiba nicht zur KANU zurück und fordert mit seiner Präsidentschaftskandidatur 1997 die Regierung erneut legal heraus.

⁵³⁰ Throup/Hornsby 1998, S. 307.

⁵³¹ Throup/Hornsby 1998, S. 129.

⁵³² Throup/Hornsby 1998, S. 101f.

Shikuku eher pragmatische Handlungsüberzeugung, lässt ihn nicht wie einen visionären Herausforderer erscheinen, doch bleibt seine Kritik über Jahrzehnte selbst im Angesicht von Sanktionen ungebrochen. Die FORD-A unter Shikuku wird im Bereich „Herausforderer“ verortet.

Forum for the Restauration of Democracy-Asili (FORD-A), Saba Saba Asili – Kenneth Matiba,

Matiba steigt in den 1960er-Jahren im Staatsdienst auf. Seine politischen Ambitionen treten während seines Engagements in der nationalen Organisation des Fußballs zu Tage. In den 1970ern wäre es Matiba zuzutrauen gewesen, eine „großen Marsch“ gegen die Regierung anzuführen, als er seine Popularität nutzt, um gegen das Moi-Regime zu protestieren. Bei seiner Rückkehr aus dem Londoner Exil Mai 1992 erinnert sein Auftritt zuweilen an die Rückkehr Kenyattas 1946 ins koloniale Kenia und Matiba wird zuweilen das Potenzial zugeschrieben, die Rolle als zweiter Befreier Kenias zu übernehmen.⁵³³

Neben einer womöglich für sein Umfeld schwierigen Persönlichkeit, ist es vor allem seine Zugehörigkeit zu den Kikuyu, die es ihm aber nicht möglich macht, den „großen Marsch“ durch die verschiedenen ethnischen Gruppen anzuführen. Gleichzeitig existiert keine Persönlichkeit, die allein die Bedürfnisse der verarmten städtischen Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Partikularinteressen des Mittelstandes verbinden kann.⁵³⁴

Matiba zeigt sich nach den ersten Mehrparteienwahlen 1992 geringschätzig gegenüber dem Parlament, zum Leidwesen seiner Partei FORD-A. Bei zahlreichen Gelegenheiten verlässt Matiba demonstrativ den Sitzungssaal und bezieht sich auf ihn als "sinnlose Quasselbude", ab Juni 1993 begrenzt er seine Anwesenheit bei den Sitzungen auf die formal notwendigen, da sie reine "Zeitverschwendung" seien.⁵³⁵ Nach Führungsstreitigkeiten mit Shikuku verlässt Matiba FORD-A und gründet Saba Saba Asili.

Matiba ist ein Repräsentant der Kikuyu Wirtschaftselite und bezieht im Wahlkampf als Vorsitzender von Saba Saba Asili 1997 Position gegen die größeren kenianisch-asiatischen Akteure in der Wirtschaft. Zudem belebt er seine politisch radikalere

⁵³³ Throup/Hornsby 1998, S. 124-127.

⁵³⁴ Cowen/Kanyinga 2002, S. 146.

⁵³⁵ Throup/Hornsby 1998, S. 554.

Vorgehensweise vergangener Tage wieder und weigert sich, weiter mit KANU und Moi über Reformen der Verfassungen und der Wahlprozedur zu verhandeln. Schließlich tritt er bei den Wahlen 1997 nicht als Präsidentschaftskandidat an, da er den Wettbewerb zu Gunsten von KANU gestaltet sieht. Er hofft, dass mit diesem Boykott sich weniger Wähler beteiligen und so dem Moi-Regime die Legitimation entziehen. Matibas Anhänger fordern den Abgang von Moi und wollen ohne Reform an keinen Wahlen teilnehmen. Bei den Wahlen bleibt die Wahlbeteiligung in Matibas Heimatwahlbezirk unterdurchschnittlich.⁵³⁶

Verortung in Typologie

Matiba ist ein Profiteur des Kenyatta-Regimes und verliert unter Moi seine politischen Ämter. Auch seine Firmen leiden unter Moiss Regierung, Matiba verfügt Anfang der 1990er dennoch über ein großes Vermögen.⁵³⁷ Ein einvernehmliches Arrangement mit der neuen Regierung kommt nicht zu Stande und Matiba fordert Moi politisch heraus.

Matiba zielt persönlich auf die Macht ablösung Moiss. Selbst Mai 1992 (im Sommer vor den ersten Wahlen) lässt Matiba nicht von diesem Ziel ab, als nunmehr deutlich geworden ist, dass FORD nur eine Chance gegen Moi bei den Wahlen haben kann, wenn Matiba die Kandidatur von Odinga unterstützte, also eine Luo-Kikuyu-Allianz der breiten Ethnienkoalition Moiss entgegenträte. Die Stimmen der Kikuyu sind ohnehin gespalten und teilen sich zwischen Matibas Präsidentschaftskandidatur und der von Kibaki (DP) auf. Matibas Handlungsüberzeugung zeigt hier (und im weiteren Verlauf) ein egozentrisches Muster, während eine mögliche politischen Vision (in diesem Falle Stärkung der Demokratie) oder die Lösung drängender Probleme (wie zum Beispiel die wirtschaftliche Aufbesserung des verarmten Wahlkreises) hinten anstehen. Er boykottiert die Wahlen 1997 in Anklage der Moi-Regierung. Vor den Wahlen 2002 verweigert er die Zusammenarbeit mit NARC und boykottiert erneut die Wahlen, 2007 tritt er als Präsidentschaftskandidat an. Die konkurrierende Handlungsstrategie erhält Matiba nicht durchgehend aufrecht, eine Kooperation mit oder die Konfrontation der Regierung werden jedoch auch nicht verfolgt. Matiba und die FORD-A bzw. Saba Saba Asili werden im Bereich des Oppositionstyps „Opportunist“ verortet.

⁵³⁶ Throup/Hornsby 1998, S. 572; Cowen/Kanyinga 2002, S. 146.

⁵³⁷ Throup/Hornsby 1998, S. 126.

Forum for the Restoration of Democracy-People (FORD-P) – Kimani wa Nyoike, Simeon Nyachae

Die FORD-P scheint zunächst die neue Partei von Matiba zu werden, nachdem dieser die FORD-A im Streit verließ. Nachdem Matiba jedoch *Saba Saba Asili* gründete, tritt der Kikuyu Kimani wa Nyoike für FORD-P bei den Präsidentschaftswahlen 1997 an. Nyoike leitete in der Vergangenheit die *Kenya Teacher's Union* und war Mitte der 1980er Jahre Assistenzminister im Arbeitsministerium. Er gehört wie Rubia zu den unabhängigsten Vertretern im Parlament und verliert bei den umstrittenen Wahlen 1988 wie Rubia, trotz großer Unterstützung in seinem Wahlbezirk. Er wird daraufhin zusammen mit Rubia inhaftiert, da ihnen eine Beziehung zu subversiven Organisationen vorgeworfen wird.⁵³⁸ Bei den Parlamentswahlen 1997 bleibt ein größerer Erfolg aus, sodass die FORD-P mit drei Sitzen nur als Randpartei in Erscheinung tritt.⁵³⁹

Im Dezember 2001 lädt die Partei Simeon Nyachae ein, um für FORD-P bei den nächsten Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Nyachae wird zu Kolonialzeiten Angestellter im Finanzamt. Unter Kenyatta ist er 14 Jahre lang Provinzbeauftragter, unter Moi wird er Chef der öffentlichen Verwaltung und Teil des Kabinetts. Nach den Wahlen 1992 ist er zunächst Mitglied des Parlamentes, kehrt anschließend in Moiss Kabinett zurück. Er verlässt Moiss Regierung 1998, nachdem er vom Finanzministerposten auf den von ihm weniger geschätzten Ministerposten für Wirtschaft versetzt wird.⁵⁴⁰

Nyachae führt für FORD-P ebenfalls Verhandlungen mit NARC. Ein Bündnis mit der neuen Oppositionsallianz kommt jedoch nicht zu Stande, nachdem keine Vorwahlen zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten von NARC vorgesehen werden, sondern Kibaki bestimmt wird. Nyachaes eigene Kandidatur sorgt für Kritik aus Reihen der FORD-P.⁵⁴¹

Nyachae gewinnt bei den Wahlen 2002 keine sechs Prozent der Stimmen. Ein vergleichbares Ergebnis erzielt FORD-P bei den Parlamentswahlen (14 von 210 Sitzen werden gewonnen), was jedoch eine Stärkung der Position im Vergleich zum Parlament von 1997 bedeutet. Die FORD-P erhält ihre Unterstützung bei den Wahlen vor allem von den Kisii, der Volksgruppe, der auch Nyachae angehört. FORD-P

⁵³⁸ Throup/Hornsby 1998, S. 39 und 43.

⁵³⁹ Kopsieker/Oloo 2005, S. 11.

⁵⁴⁰ BBC NEWS 2002c.

⁵⁴¹ Political Handbook of the World 2005-2006, S. 624.

verkündet prinzipielle Kooperationsbereitschaft gegenüber NARC, in 2004 wird Nyachae gar Teil des neu formierten Kabinetts unter Kibaki. Im Reformstreit unter NARC unterstützt Nyachae als Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Verfassungsfragen zentrale Positionen von Kibaki und seinen Gefolgsleuten, die eine wesentliche Änderung der Verfassung ablehnen.⁵⁴²

Verortung in Typologie

FORD-P wechselt mit ihrem Präsidentschaftskandidaten von 1997 und 2002 nicht nur die potenzielle Wählerschaft (von Kikuyu zu Kisii), die Kandidaten unterscheiden sich deutlich. Nyoike wie Nyachae schauen auf eine Vergangenheit in der Regierung zurück. Doch während Nyoike seine Position in den 1980ern verliert und aktiv die Demokratiebewegung unterstützt, reicht Nyachaes politische Laufbahn von der Kolonialregierung bis zu Moisi Kabinetten der 1990er Jahre, die Handlungsüberzeugung reicht vermeintlich von visionär bis egozentrisch. FORD-P verfolgt eine konkurrierende Handlungsstrategie, bis zum Wahlsieg von NARC. Mit Nyoike tritt FORD-P als „Herausforderer“ in Erscheinung. Nyachaes Handlungsüberzeugung trägt egozentrische Züge, verleiht der Partei mehr den Charakter des „Opportunisten“.

Safina und Socialist Democratic Party (SDP)

Nach den Wahlen 1992 verliert FORD-K zahlreiche Mitglieder der jüngeren Generation, denen es schwer fällt, mit der älteren Generation um Odinga zu arbeiten. Eine mögliche Zusammenarbeit wird durch Odingas Verwicklung in den Goldenberg-Skandal erschwert. Paul Muite, Kiraitu Murungi, Gitobu Imanyara und Farah Mohamed geben ihre Parteiposten in FORD-K ab, wechseln jedoch nicht unmittelbar zu einer anderen Partei. 1994 gründen sie die Nichtregierungsorganisation Mwangaza Trust, um jene Wahlbezirke zu unterstützen, denen KANU nach der Wahl die Unterstützung solange zu entsagen gedenkt, bis der gewählte oppositionelle Parlamentsabgeordnete in die KANU-Fraktion wechselt. Mwangaza genießt öffentliche Aufmerksamkeit und gewinnt sowohl weitere „radikale“ und andere Politiker, die mit dem Faktionalismus der Oppositionsparteien

⁵⁴² Kopsieker/Oloo 2005, S. 11.

unzufrieden sind, als auch andere Persönlichkeiten wie Richard Leakey.⁵⁴³ Trotz der Popularität bleibt Mwangaza nicht lange bestehen, 1995 wird Mwangaza die Registrierung entzogen, da die Regierung der Organisation subversive und politische Motive vorwirft. Aus dem verbotenen Mwangaza Trust entsteht *Safina*⁵⁴⁴ als vollwertige Oppositionspartei, die es sich zur Aufgabe macht, der Dominanz der Ethnienfrage in der kenianischen Politik entgegenzutreten.⁵⁴⁵

Nach den Wahlen 1997, Safina erhält insgesamt sechs Sitze im Parlament, zeigen sich Auflösungserscheinungen. Zwei Parlamentsabgeordneten wird vorgeworfen, gemeinsam mit KANU zu arbeiten, nachdem sie bei entscheidenden Anträgen im Parlament mit der Regierung stimmten. Leakey versöhnt sich mit Moi, verlässt die politische Bühne und kehrt zum Kenya Wildlife Service zurück, um im Sommer 1999 bereits wieder politisch aktiv zu werden, diesmal für die Regierung. Leakey wird Minister in Moisis Kabinett und Leiter des Staatsdienstes. Muite, der einst FORD-K verließ, nachdem Odingas Verwicklung in den Goldenberg-Fall publik wurde, wird selbst beschuldigt, drei Millionen US-Dollar im besagten Korruptionsskandal erhalten zu haben.⁵⁴⁶

Muite führt Safina in Gespräche mit NAK und LDP, um die größere Oppositionsallianz NARC zu gründen. Er verlässt NARC jedoch umgehend, nachdem kein Wahlmänner-Gremium zur Nominierung des Präsidentschaftskandidaten vorgesehen wird. Safina tritt 2002 nur bei den Parlamentswahlen an (erhält zwei Sitze) und nominiert keinen Präsidentschaftskandidaten, da für Muite darin wenige Aussichten auf Erfolg bestehen.

Die SDP wurde bereits vor den Wahlen 1992 registriert. Nach den Wahlen, bei denen die SDP keinen Sitz im Parlament erreichen konnte, wechselt der Parteivorsitzende Johnstone Makau ins Lager von KANU und die Partei bleibt ohne alternative Führungsspitze zurück.⁵⁴⁷

⁵⁴³ Richard Leakey, ein international angesehener kenianisch-europäischer Paläontologe, wird von Präsident Moi als Chef von Kenya Wildlife Service (KWS) abgesetzt, nachdem er nicht bereit ist, Spendengelder von KWS mit Wirtschaftsgrößen in KAMATUSA und KANU-Entscheidungsträgern zu teilen.

⁵⁴⁴ Kiswahili für „Noahs Arche“.

⁵⁴⁵ Cowen/Kanyinga 2002, S. 150.

⁵⁴⁶ Cowen/Kanyinga 2002, S. 150f.

⁵⁴⁷ Cowen/Kanyinga 2002, S. 149.

Zu Beginn des Jahres 1996 wird die SDP von Peter Anyang' Nyong'o und Apollo Njonjo neu formiert, um bei den Wahlen 1997 anzutreten. Thema des Wahlkampfes ist die Bekämpfung der Armut, die seit den frühen 1980er Jahren in beinahe allen Teilen des Landes und mit steigender Geschwindigkeit zunimmt. Während die Central Province (und insbesondere Nyeri District) davon kaum betroffen sind, gehören die Wahlbezirke Machakos, Makueni und Kitui in Ukambani/Eastern Province zu den ärmsten Regionen. Bei den Wahlen 1992 erhielt KANU 12 der 15 Parlamentssitze in Ukambani, Charity Ngilu von DP gelang es, einen der anderen Sitze zu gewinnen. Ngilu strebt nach der Präsidentschaftskandidatur für DP, die Basis der Partei ist jedoch mehr in der von Armut weniger betroffenen Central Province verortet, sodass die Bekämpfung der Armut – wie sie in Ngilus Heimatwahlbezirk Kitui insbesondere vorherrscht – keine Priorität in der Aufmerksamkeit der Partei spielt. Ngilu verlässt DP und übernimmt die Präsidentschaftskandidatur von SDP.⁵⁴⁸

Ngilu genießt große Popularität in Ukambani und scheint im Vorfeld der Wahlen 1997 die von Moi benötigten 25 Prozent der Stimmen in der gesamten Eastern Province gefährden zu können. Dies ist insofern von Bedeutung, da der gewählte Präsident in fünf Provinzen mindestens 25 Prozent der Stimmen erreichen muss, andernfalls kommt es zur Stichwahl mit dem zweitbesten Präsidentschaftskandidaten – also zur unmittelbaren Konfrontation mit der dann zwangsläufig vereinten Opposition. Doch Ngilus Prominenz bleibt bei den Wahlen zu sehr auf Ukambani beschränkt und Moi erhält die erforderlichen Stimmen in der Eastern Province mit Hilfe der anderen Regionen in der Provinz. KANU kann bei den Parlamentswahlen 1997 ihren vorangegangenen Erfolg nicht wiederholen, der SDP gelingt es in ihrer Provinz die Vorherrschaft der KANU zu beenden.⁵⁴⁹

Im September 2001 verlässt Ngilu die SDP, nachdem SDP Amtsinhaber ihren Führungsstil als arrogant und distanziert heftig kritisierten. Ngilu behält jedoch eine starke Unterstützung seitens der Kamba (fünftgrößte Ethnie Kenias) und gründet die NPK. Nyong'o führt die SDP in die NAK, später NARC, während Orengo als SDP-Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2002 antritt.

⁵⁴⁸ Cowen/Kanyinga 2002, S. 151.

⁵⁴⁹ Cowen/Kanyinga 2002, S. 151f.

Verortung in Typologie

Safina und SDP sind nach 1992 mehr an Fusionen denn an Spaltungen interessiert. Beide sprechen Wähler aus der Mittelschicht an, insbesondere Fachkräfte und Angestellte, die mit der wirtschaftlichen Leistung von Moisi Regime unzufrieden sind und mehr auf einen Wechsel des Regimes, denn der Regierungspartei hoffen. Safina und SDP werden zudem von ehemaligen Aktivisten von FORD-A, FORD-K und DP unterstützt, die durch die ethnisch basierten Konflikte der anderen Oppositionsparteien bzw. deren (ethnischer) Exklusivität entfremdet wurden. Safina und SDP stellen somit nicht bloße Splittergruppen von FORD oder Ableger von DP dar.⁵⁵⁰

Die Handlungsüberzeugung von Safina zeigt visionäre Züge auf, neben der Demokratisierung des Regimes soll auch der Fokus auf die Ethnie im politischen Alltag gebrochen werden. Die konkurrierende Handlungsstrategie wird aufrecht erhalten, die Safina tritt als „Herausforderer“ in Erscheinung.

Die SDP zeigt ein wechselhaftes Profil. Unbedeutend nach den Wahlen 1992 lebt sie von der Prominenz ihrer neuen Präsidentschaftskandidatin Ngilu, die ihre Interessen und die der sie unterstützenden Kamba in der DP um Kibaki nicht mehr vertreten sieht. Ngilus Kurs bleibt wechselhaft, gründet sie anschließend die NPK, um darauf NAK und NARC mitzugestalten und wieder mit Kibaki zu kooperieren. Sie bleibt der Oppositionsallianz erhalten, selbst als der ihr zugesicherte Premierministerposten Raila versprochen wird. Sie macht sich das gescheiterte Referendum zu Nutze, um ihre Position und die ihrer Anhänger in der Partei zu stärken. Die Handlungsüberzeugung besitzt pragmatischen Charakter, stets die Ablösung KANUs sowie die Unterstützung ihres Wahlbezirks berücksichtigend. Als Teil der politischen Opposition hält Ngilu eine konkurrierende Handlungsstrategie aufrecht. Ihre Unterstützung der DP Anfang 1992, die von ehemaligen und schließlich aussortierten KANU-Mitgliedern dominiert wird, sowie ihre Befürwortung des Wako-Entwurfes beim Referendum 2005, der die lang geforderte und ursprünglich vorgelegte Verfassungsänderung konterkarierte, zeugt nicht von einer visionären Handlungsüberzeugung. Die SDP wird von Ngilus politischer Herausforderung der Regierung geprägt. Persönliche Interessen und denen ihrer Unterstützer scheinen gegenüber den Reformforderungen Priorität zu erhalten. Die SDP unter Ngilu wird im Bereich „Opportunist“ verortet.

⁵⁵⁰ Cowen/Kanyinga 2002, S. 149.

Die SDP verliert nach der Trennung von Ngilu an Einfluss. Während Parteispitzen eine Zusammenarbeit mit NAK vorantreiben, kandidiert der Luo James Orendo für die Präsidentschaft 2002. Orendo gehört zu den *Young Turks*, die Anfang der 1990er Strategien für FORD entwickeln, aber hinter anderen politischen Größen in der Öffentlichkeit zurückstehen. Von ihm soll der Name *Forum for the Restoration of Democracy* stammen.⁵⁵¹ Er könnte für ein visionär geprägtes Bild der SDP sorgen, erhält bei den Präsidentschaftswahlen jedoch weniger als ein Prozent der Stimmen.

<u>Verortung der politischen Opposition</u>		
Loyalist	Opportunist	Herausforderer
DP	NDP FORD-K (Wamalwa) FORD-A (Matiba) FORD-P (Nyachae) SDP (Ngilu) Saba Saba Asili (Matiba)	KSC (Anyona) FORD-A (Shikuku) FORD-P (Nyoike) Safina

*Tabelle 8: Verortung der politischen Opposition
Quelle: Eigene Darstellung.*

Zusammengefasst präsentiert sich ein Bild der politischen Opposition, das scheinbar stark von „opportunistischen“ Oppositionsgruppen geprägt ist. Eine nominale Aufzählung der vertretenden Oppositionstypen reicht jedoch nicht aus, um das Wirken der Opposition zu analysieren. In einem nächsten Schritt gilt es zu beleuchten, welche Rolle die Opposition im untersuchten Fallbeispiel einnimmt. Welche Gestalt nimmt das Oppositionsgeflecht im Untersuchungszeitraum an? Welche Funktionen übernimmt die politische Opposition im autoritären Regime?

⁵⁵¹ Throup/Hornsby 1998, S. 76.

5.5 Die Rolle der Opposition in Kenia

Demokratiebewegung 1988-91

Die Parteiwahlen 1988 erregen Unmut, als populäre regierungskritische Politiker ihre Wahlkreise entgegen aller Erwartung verlieren, die Wahlen offensichtlich von der Regierung manipuliert werden. Zehn Jahre nach seinem Amtsantritt ist von Moi anfänglicher politischer Offenheit nichts mehr zu erkennen. Seit dem gescheiterten Coup 1982 ist Kenia ein Einparteienstaat *de jure*. In der Folge wird die öffentliche Meinung von der Regierung ignoriert, unabhängige Medien marginalisiert und autonome Institutionen wie die Kirchen und der Verband der Rechtsanwälte eingeschüchtert. Das autoritäre Regime ist so restriktiv wie nie zuvor. Die Situation entspricht dem ersten von Lust-Okar entworfenen Szenarien: Das politische Umfeld ist nicht geteilt und exklusiv, kein politischer Gegner darf in der formalen politischen Sphäre wirken.

Vor dem Hintergrund einschneidender Veränderungen international, vom nahenden Ende der Sowjetunion bis hin zur Freilassung Nelson Mandelas in Südafrika, formiert sich der Protest in Kenia. Matiba und Rubia treten öffentlich in Opposition zur Regierung und verleihen Odingas langjährigem Bemühen um die Zulassung politischer Oppositionsparteien sowie dem ungebrochenen Engagement der Kirchen- und Juristenverbänden neue Kraft. Doch Mois Regierung kommt durch den inländischen Protest nicht zu Fall und setzt auf repressive Maßnahmen, von dem Verbot von FORD über die gewaltsame Unterdrückung der dann sogenannten *Saba Saba* Aufstände und der Gefangennahme von Demokratieaktivisten bis hin zum ungeklärten Tode Oukos.

Die politische Opposition (in ihrer frühen Form als Demokratiebewegung um FORD) kann Moi Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre allein nicht zur Reform des Regimes bringen. Zu welcher Stärke die Demokratiebewegung hätte heranwachsen können, bleibt offen. Wie lange hätte Moi dem innenpolitischen Druck standhalten können? Auf der anderen Seite, wie lange hätte die Allianz von Kikuyu und Luo gegen Moi Bestand gehabt? Für die Öffnung des politischen Pluralismus ist der Einfluss des Auslandes, allen voran die Verweigerung von finanziellen Mitteln, ausschlaggebend.⁵⁵² Erst als die Gesamtsumme finanzieller Hilfen von 350 Millionen Dollar ausgesetzt und zukünftige Zahlungen an das Abhalten von Mehrparteienwahlen

⁵⁵² Hier schließe ich mich der Einschätzung von Throup und Hornsby (1998) an, vgl. ebd., S. 583.

sowie die Stärkung der politischen Partizipations- und Menschenrechte geknüpft werden,⁵⁵³ beschließt Moi die Zulassung von Oppositionsparteien und kündigt die Wahlen für 1992 an.

Nicht legale Oppositionsakteure 1991-2005

Die Akteure der politischen Opposition sind unter Moi ab 1982 alegal oder illegal, ihr Einfluss bleibt wie gesehen begrenzt. Die Legalisierung der politischen Opposition erfolgt mit der Streichung der Sektion 2A in der Verfassung Ende 1991. Die Registrierung von Oppositionsparteien steht prinzipiell offen, aber nicht jedem Gesuch wird stattgegeben. Der IPK wird die Zulassung verwehrt, da sie nicht den säkularen Prinzipien der Verfassung entspricht. Ihr Potenzial, die Regierung ernsthaft herauszufordern, bleibt auf die Unterstützung der arbeitslosen jüngeren Generation in Mombasa beschränkt.⁵⁵⁴ Der Mwangaza Trust wird aufgrund seiner politischen Motive verboten. Die Registrierung der daraus resultierenden Safina-Partei versucht die Regierung aus Gründen der scheinbar religiösen Orientierung der Partei zu verhindern,⁵⁵⁵ bevor Safina ihr Potenzial als multi-ethnische Koalition ausschöpfen kann.⁵⁵⁶ Im Zuge der IPPG-Reformen 1997 wird Safina vor den Wahlen 1997 zugelassen.

Nicht legale oppositionelle Akteure nehmen nach 1991 nur geringen bis keinen Einfluss auf das politische Geschehen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen rund um die Wahlen entlang ethnisch geprägter Konfliktlinien können nicht als Ausdruck einer politischen Opposition verstanden werden. Diese Formen der Gewalt richten sich gegen andere Bevölkerungsgruppen und haben nicht die Erreichung politischer Macht zum Ziel.

Ab 1991 lässt sich keine relevante oppositionelle Gruppe im Bereich der Typen „Gegner“ oder „Feinde“ in Kenia bestimmen, eine Überprüfung der Typologie ist in dieser Hinsicht nicht möglich. Daraus sollte nicht voreilig der Schluss gezogen werden, die entsprechenden Typen seien für die Analyse der politischen Opposition in autoritären Regimen unbrauchbar. Die vorgestellte Oppositionstypologie wurde im Rahmen der vorliegenden Arbeit auf ein Fallbeispiel angewendet. Für die

⁵⁵³ Brown 2007, S. 311.

⁵⁵⁴ Throup/Hornsby 1998, S. 179, 243.

⁵⁵⁵ „Safina“ lässt sich mit der biblischen „Arche“ übersetzen.

⁵⁵⁶ Throup/Hornsby 1998, S. 571.

Überprüfung der Brauchbarkeit dieses Instrumentes bedarf es weiterer Untersuchungen. Das Fallbeispiel lieferte keine Argumente, die gegen die vorliegende Herleitung der Typen „Gegner“ und „Feinde“ sprechen.

Die Bewegung um FORD Ende der 1980er kann typologisch im Bereich des Typs „Gegner“ verortet werden. FORD fordert die Veränderung des politischen Systems und strebt selbst – im Unterschied zu den Kirchen- und Juristenverbänden – nach der politischen Macht in Kenia. Ihr Handlungsstatus ist nicht legal. Für eine eindeutige Einordnung als „alegal“ mangelt es FORD an Akzeptanz durch die Regierung. Doch trotz Repressionen bleibt FORD erhalten, die konkurrierende Handlungsstrategie wird nicht in eine konfrontative überführt. FORD hält seine Forderungen an die Regierung aufrecht, organisiert nationale Proteste und trägt zur Erregung der internationalen Aufmerksamkeit bei.

Das Oppositionsgeflecht 1990-2002

Anfang der 1990er-Jahre wird FORD zum Knotenpunkt im Oppositionsgeflecht. Alle wesentlichen Pfade der politischen Opposition laufen auf diesen Punkt zu. Mit der Ankündigung von Mehrparteienwahlen zerbricht diese Struktur, FORD verschwindet als zentraler Akteur der politischen Opposition. Die Demokratiebewegung um FORD spaltet sich in einzelne Parteien und verliert an Einfluss. Das Oppositionsgeflecht wird heterogen.

Ein Herrschaftswechsel bei den Wahlen 1992 bleibt aus, da das Oppositionsgeflecht heterogen ist und von keinem der Oppositionstypen dominiert wird. Keiner der ehemaligen FORD-Führungsmitglieder kann Moi allein bei den Präsidentschaftswahlen schlagen, während die Präsidentschaftskandidaten Matiba und Odinga zusammen auf gut 43 Prozent der Stimmen (sieben mehr als Moi) kommen. Kibaki und die DP, die biografisch und personell eine große Nähe zur KANU aufweisen und nicht den Oppositionsparteien um FORD gleichen, erreichen bei der Präsidentschaftswahl knapp ein Fünftel der Wählerstimmen.

Im anschließenden Verfassungsreformprozess gewinnt die ehemalige Demokratiebewegung um soziale Organisationen und Kirchverbände an Aufmerksamkeit und bietet dem offensiveren Teil der politischen Opposition die Möglichkeit, wieder mehr ins politische Geschehen einzugreifen. Stellte Moi dem Reformprozess keine schnellen Erfolge in Aussicht, sieht er sich nun gezwungen, den

Forderungen nach Reformen zu begegnen. Das Oppositionsgeflecht verbleibt dabei heterogen, nicht alle Teile der politischen Opposition begrüßen die Proteste.

Der Vorschlag von KANU, eine parlamentarische Kommission (IPPG) mit der Reform der Verfassung zu beauftragen, spaltet die politische Opposition. Die „loyalistische“ DP um Kibaki sowie die kooperativ orientierte „opportunistische“ FORD-K um Wamalwa befürworten die IPPG. Konkurrierende „Opportunisten“ (insbesondere die NDP um Raila) und „Herausforderer“ bezweifeln zu Recht, dass sie ihre Forderungen im Rahmen der IPPG durchsetzen können. Die Chancen darauf erscheinen geringer als im Rahmen weiterer Proteste, die ähnlich wie 1991 zu grundlegenden politischen Veränderungen hätten führen können. Solchen Protesten wird durch die Einsetzung der IPPG die Legitimation entzogen. Eine Verhandlung über mögliche Reformschritte in einer Kommission, die aus vom Volk gewählten Vertretern zusammengesetzt wird, kann womöglich kritisiert, aber kaum diskreditiert werden.

Das Handeln der „loyalistischen“ DP und der „opportunistischen“ FORD-K ist Ausschlag gebend für das Wirken der politischen Opposition insgesamt – sie dominieren das heterogene Oppositionsgeflecht. Sie stärken ihre eigene Position, indem sie mit der Regierung kooperieren und die IPPG befürworten. Konkurrierende „Opportunisten“ und „Herausforderer“ verlieren an Bedeutung. Dies erinnert an das von Lust-Okar (2004) diskutierte „geteilte politische Umfeld“. Zwar starteten DP und FORD-K nicht die Proteste (wie in Lust-Okars Beispiel die „moderate“ Opposition), doch tragen sie zu ihrer Beendigung bei und verhindern einen weiteren Verlauf mit nicht absehbaren Folgen.

Die Wahlen 1997 zeigen eine geteilte Oppositionslandschaft. Eine Vielzahl an Präsidentschaftskandidaten und neuen Parteien kommt zum Vorschein. Trotz der zahlreichen Mitbewerbern kann Moi ein besseres Ergebnis als 1992 erzielen (40 Prozent). Auch Kibaki gewinnt dazu (plus elf Prozent) und schneidet als stärkster Kandidat der Opposition ab. Die Mehrheit von KANU im Parlament verringert sich hingegen. Letzteres soll für den weiteren politischen Verlauf weitreichende Konsequenzen haben und auch das Oppositionsgeflechts nachhaltig verändern.

Moi und die KANU suchen einen Koalitionspartner. Die Zahl der Oppositionsparteien im Parlament steigt von sechs auf neun und eine Kooperation zwischen diesen erscheint unwahrscheinlich. Moi will die Position der Regierung dennoch aufbessern. Neben der gegenwärtigen Situation im Parlament gilt es auch eine Mehrheit für die

anstehenden Wahlen 2002 zu sichern, bei denen Moi nicht mehr als Präsident kandidieren kann.

Der Abgang Moisi stellt für die Opposition grundsätzlich die beste Gelegenheit für einen Wahlsieg dar. Moi fördert in den 1980er-Jahren den raschen Auf- und Abstieg von Politikern. Die Folge ist eine Personalisierung des politischen Apparates, in dessen Zentrum Moi steht. Auch nach Öffnung des politischen Pluralismus bleibt das Präsidentenamt mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet und Moisi Vormachtstellung nahezu unangetastet. Die politischen Karrieren in KANU sind genauso mit der Person Moi verknüpft wie die breite Ethnienkoalition, die Moi zur Unterstützung von KANU etablierte. Das Ende von Moisi Präsidentschaft ist folglich mit einigen Unsicherheiten für KANU verknüpft.

Schließlich wird sich Moi mit Railas NDP einig, die ihre konkurrierende Handlungsstrategie beendet. Raila schnitt bei den Präsidentschaftswahlen 1997 hinter Kibaki mit knapp elf Prozent der Stimmen ab, die NDP wurde ebenfalls drittstärkste Kraft im Parlament. Aus Sicht der anderen Oppositionsakteure erhöht die Verbindung von KANU und NDP die Wahrscheinlichkeit einer von KANU geführten Regierung über die Wahlen 2002 hinaus.

Kibaki und Wamalwa sehen in der Verbindung von KANU und NDP eine potenziell übermächtige Koalition und beschließen zusammenzuarbeiten. Zuvor scheiterten Wamalwas Versuche, enger mit der Regierung zusammenzuarbeiten und die FORD-K wechselt zu einer konkurrierenden Handlungsstrategie. Es kommt zur Verbindung der „loyalistischen“ DP mit der „opportunistischen“ FORD-K.

Wie schon zum Ende des Reformstreits 1997 nehmen Kibaki und Wamalwa eine dominante Position im Oppositionsgeflecht ein. Ihnen gelingt es Ngilu (und die NPK) für ihre Oppositionskoalition zu gewinnen. Ngilu verlor zuvor ihre Unterstützung in der SDP und bildet nun die Spitze der NPK. Angesichts der entstandenen Allianzen von KANU und NDP bzw. DP und FORD-K scheinen ihre eigenen Chancen bei den anstehenden Wahlen deutlich zu schwinden. In der Folge arbeiten drei der vier einflussreichsten Persönlichkeiten der politischen Opposition im Rahmen der NAK zusammen. Das Oppositionsgeflecht erhält einen höheren Grad an Homogenität.

Nachdem Moi Uhuru Kenyatta zum Präsidentschaftskandidaten von KANU machte, führt Raila die Kritiker in den Reihen der Regierung aus der Koalition und setzt sich an die Spitze der LDP. Die kooperierende Handlungsstrategie wird aufgegeben und Raila stellt die LDP in Konkurrenz zur KANU. Er versucht einen Gegenpol zu NAK im

Oppositionsgeflecht aufzubauen, die Gespräche mit der FORD-P scheitern jedoch. Die LDP koalitiert schließlich mit der NAK, woraus NARC hervorgeht.

Mit der Gründung von NARC bündelt die politische Opposition ihr Mobilisierungspotenzial und tritt zum ersten Mal nahezu geschlossen auf. Das Oppositionsgeflecht ist weniger ausdifferenziert als noch bei den vorangegangenen Wahlen. NARC wird zum entscheidenden Knotenpunkt. Von der FORD-P um Nyachae abgesehen erreichen weder ein anderer Präsidentschaftskandidat noch eine andere Oppositionspartei ein Prozent bei den Wahlen 2002.

Die Stärke der politischen Opposition bei den Wahlen 2002 rührt von ihrer Geschlossenheit. Es sind weder die Proteste sozialer Organisationen (wie im Falle des Reformprozesses 1995-97) noch der Einfluss des Auslandes (siehe vor allem Anfang der 1990er-Jahre), die den größten Einfluss auf das politische Geschehen nehmen. Der Herrschaftswechsel liegt in erster Linie in der Zusammenarbeit von „Loyalisten“ und „Opportunisten“, die vereint in Konkurrenz zur Regierung treten, begründet.⁵⁵⁷

Funktionen der Oppositionstypen

Für alle Oppositionstypen im kenianischen Beispiel gilt, dass sie für den neuen, wenn auch eingeschränkten Pluralismus stehen. Die Proteste im Land nehmen nach der Bekanntgabe von Mehrparteienwahlen ab, ausländische Finanzhilfen werden wieder aufgenommen. Durch die Präsenz der Oppositionsparteien erhält die Moi-Regierung neue Legitimität.

Die „loyalistische“ und kooperierende „opportunistische“ Opposition erfüllt zunächst mehr stabilisierende Funktionen. Die DP um Kibaki versammelt ehemalige Führungskräfte des Moi-Regimes. Die Unzufriedenheit dieser vom Herrschaftszentrum ausgeschlossenen Eliten wird im Rahmen der DP kanalisiert und erfährt – aufgrund der nie konfrontativen Handlungsstrategie der Partei – keine Radikalisierung. Letzteres gilt ebenso für Wamalwas FORD-K. Die Kooperation beider Parteien mit der Regierung im Streit um die Verfassungsreform 1995-97 trägt

⁵⁵⁷ Blondel skizziert für autoritäre Regime ein „optimistisches“ Szenario, in dem die Opposition über die Jahre an Stärke gewinnt und sich von einer unbedeutenden Gefahr zur substantiellen Bedrohung der Herrschenden entwickelt (vgl. Abschnitt 2.2.3). Dies trifft für das Beispiel Kenias nicht zu, auch wenn es den Anschein hat, als hätte die Opposition zehn Jahre „gebraucht“, um die Regierung bei den Wahlen abzulösen. Der Wahlsieg der kenianischen Opposition liegt wie gezeigt an der Gestalt des Oppositionsgeflechtes begründet und ist nicht als Ergebnis eines langjährigen Kräftezuwachses zu verstehen.

wesentlich zur Stabilisierung der Moi-Führung bei. Erst in Reaktion auf die Koalition von KANU und NDP nehmen beide Typen ihr destabilisierendes Potenzial wahr. Sowohl die „loyalistische“ DP als auch die nun konkurrierende „opportunistische“ FORD-K formieren eine gemeinsame Gegenelite in Alternative zur Regierung (aufgrund der Mitgliedergeschichte rekrutiert die DP dabei weniger neue Kräfte, sondern konserviert viel mehr ehemalige KANU-Spitzen).

Die „Herausforderer“ erfüllen im kenianischen Beispiel insbesondere destabilisierende Funktionen.⁵⁵⁸ Sie aggregieren und artikulieren die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Anyonas KSC sowie die Safina präsentieren neben einer personellen Alternative zur Regierung auch eine konkrete Reform des politischen Systems. Am Beispiel der Safina werden zudem die Grenzen der vermeintlichen Liberalität des herrschenden politischen Systems deutlich, wodurch die Legitimität der Regierung untergraben wird. Weder die KSC und Safina noch Shikukus FORD-A oder Nyoikes FORD-P tragen dabei zur Radikalisierung der Bevölkerung bei. Die „Herausforderer“ halten den innenpolitischen Druck gegen die Regierung aufrecht und leisten ihren Beitrag zur Verschärfung der innenpolitischen Krise 1997. Ihr Einfluss und damit ihre destabilisierende Wirkung auf das Regime bleiben weitestgehend gering.⁵⁵⁹

Die Funktionen der „Opportunisten“ gestalten sich vielfältig. Die SDP bzw. die NPK unter Ngilu konkurrieren mit der Regierung, eine Kooperation wird zu keiner Zeit angestrebt. Ngilus Parteien artikulieren die Unzufriedenheit der Bevölkerung, ohne für eine Radikalisierung der Proteste zu sorgen. Das Potenzial, Gegeneliten jenseits des Herrschaftszentrum zu rekrutieren und formieren, ist begrenzt. Größere Bedeutung erhält Ngilu mit der NPK erst bei der Gründung von NAK. Die Funktion der Parteien unter Ngilu kann als destabilisierend zusammengefasst werden.

Eine dauerhafte Identifizierung einer Partei mit der Person Raila ist wie gezeigt nicht möglich. Er prägt ein „opportunistisches“ Bild von der Partei, deren Vorsitz er jeweils inne hat. Ende der 1980er-Jahre trägt er zur Radikalisierung des Konfliktes zwischen politischer Führung und der Bevölkerung bei. Als Teil von FORD offenbart er die Grenzen der Liberalität des Moi-Regimes und sorgt für dessen Delegitimierung. Als Teil von FORD-K und NDP konkurriert er bei den Wahlen mit der Regierung und

⁵⁵⁸ Ihr Anteil zur Stabilisierung des Regimes besteht in dem oben bereits für alle legalen Oppositionstypen konstatierten Beitrag zur Legitimation des politischen Systems.

⁵⁵⁹ Die FORD-P kann unter Nyachae und der damit verbundenen „opportunistischen“ Neuorientierung der Partei 2002 ein besseres Wahlergebnis als in der Vergangenheit erzielen, bleibt dabei dennoch deutlich hinter den stärksten Parteien zurück.

versucht den innenpolitischen Druck im Rahmen des Verfassungsreformprozesses aufrecht zu erhalten. Nach den Wahlen 1997 kooperiert er mit der Regierung, kanalisiert und entradikalisiert damit den Protest seiner Unterstützer und wirkt stabilisierend für die Regierung. Die gegenteilige Funktion nimmt Raila wenige Zeit später in Anspruch, wenn er die Kritiker in Regierungskreisen aus der Koalition und schließlich in NARC überführt.

Die FORD-A und die Saba Saba Asili werden unter der Führung von Matiba „opportunistisch“ geprägt. Matiba aggregiert und artikuliert zusammen mit Rubia öffentlichkeitswirksam die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Er ist Moisi stärkster Konkurrent bei den Wahlen 1992 und die FORD-A wird zusammen mit FORD-K zweitstärkste Kraft im Parlament. Matiba versucht die Arbeit des Parlamentes zu diskreditieren und dadurch den status quo weiter zu kritisieren. Er radikalisiert den Unmut gegenüber der Regierung und versucht sie weiter zu delegitimieren, indem er zum Boykott der Wahlen 1997 aufruft. Der Einfluss der Partei und die Auswirkungen von Matibas Handlungen bleiben beschränkt.⁵⁶⁰

Das Beispiel von Matibas Saba Saba Asili veranschaulicht gut, dass die Funktion eines Oppositionstyps nicht gleichzusetzen ist mit dessen Wirkung. Letztere hängt vor allem von der Position im Oppositionsgeflecht ab. Woher die Stärke einer Oppositionspartei rührt, kann nicht aus dem Oppositionstyp gefolgert werden. Die „loyalistische“ DP um Kibaki bezieht ihre Stärke aus ihrer Kontinuität, ihrer ethnischen Basis (Kikuyu) und ihrer politischen Erfahrung und Netzwerke. Gleichzeitig genießt Kibaki seitens der anderen Oppositionsmitglieder kein hohes Ansehen, da er nicht an der Demokratiebewegung Ende der 1980er-Jahre mitwirkte und überdies die Rückkehr einer Kikuyu-Vorherrschaft (wie unter Kenyatta) befürchtet wird. Matiba gehört ebenfalls zu den wirtschaftlich gut aufgestellten Kikuyu, steht aber als einer der Anführer der Demokratiebewegung da. Nach seinem guten Wahlergebnis 1992 gelingt es ihm jedoch nicht, kontinuierlich eine große Anhängerschaft um sich aufzubauen. Ob nun „Loyalist“ oder „Opportunist“ oder ein anderer Oppositionstyp, die Oppositionsakteure müssen stets im Kontext betrachtet werden, um Rückschlüsse über ihre Wirkung ziehen zu können.

⁵⁶⁰ Die interessante Frage über die Sinnhaftigkeit und Relevanz einer Boykott-Strategie der politischen Opposition in autoritären Regimen lässt sich am kenianischen Fall nicht erörtern. Dafür fehlt es an relevanten Beispielen (Boykotte finden kaum statt, Matibas Protest bleibt eine Randerscheinung).

Das Zwei-Ebenen-Spiel in Kenia

Der Zugang zur politischen Macht wird 1991 durch Wahlen institutionalisiert. Die politische Opposition konzentriert sich mehrheitlich auf die Wahlen, sie sind in Kenia der von beinahe allen Akteuren anerkannte Weg, politische Macht zu gewinnen. Die Teilnahme an den Wahlen steht weiten Teilen der politischen Opposition offen. Der politische Wettbewerb wird von der Regierung unfair gestaltet. Die politische Opposition in Kenia besteht in der Folge aus legalen Parteien, die wesentlich durch ihre Führungspersonlichkeiten gekennzeichnet sind. Die Parteien aggregieren weniger die Interessen der Bevölkerung, sondern artikulieren die Ansprüche der Ethnien, die ihre Führung repräsentiert. In der Mehrheit zielen die Forderungen mehr pauschal, denn detailliert auf die Demokratisierung des Regimes und die Abwahl Moisi. Oberste Priorität besitzt die Neuverteilung staatlicher Ressourcen. Letzteres führt nach den Wahlen wiederholt zum Wechsel von Oppositionsmitgliedern in das Regierungslager.

Beim politischen Spiel auf zwei Ebenen – zum einen die Wahlen, zum anderen die Reform des politischen Systems – geht die politische Opposition zunächst als Verlierer hervor. Nach Einführung des Mehrparteiensystems gewinnt Moi die Kontrolle über das politische Geschehen zurück. Dies liegt vor allem daran, dass die politische Opposition den Fokus auf die anstehenden Wahlen und nicht die weitere Reform der Verfassung legt. Das weiterhin mit umfassenden Kompetenzen versehene Präsidentenamt wird dabei von mehreren Oppositionsmitgliedern angestrebt, so dass sich die politische Opposition über die Frage der Präsidentschaftskandidatur zerstreitet und Splitterparteien entstehen. Dieses gespaltene Feld der Opposition sowie die nicht reformierten unfairen Bedingungen des politischen Wettbewerbes führen zur Wiederwahl Moisi.

Auf Ebene der Regimeveränderung gelingt es Moi, die Verfassungsreform hinauszuschieben. Das uneinheitliche Auftreten der politischen Opposition im Verfassungsstreit 1995-97 macht eine größere Verfassungsreform nicht möglich und die verabschiedete „kleine“ Verfassungsreform kann letztlich erst nach den Wahlen 1997 vollständig umgesetzt werden.

Im Anschluss begrenzt sich das politische Spiel auf die Nachfolge von Moi sowohl auf Seiten der Regierung als auch auf Seiten der Opposition. Zwar wird der *Kenya Review Act* verabschiedet und eine Kommission mit entsprechendem Arbeitsauftrag gegründet. Die Ergebnisse wirken sich jedoch nicht mehr auf das politische System

unter Moi aus und verlieren angesichts einer weiteren Verfassungskommission nach 2002 an Bedeutung. Die politische Opposition belässt es schließlich bei einer Absichtserklärung im Falle eines Wahlsieges 2002, dem *Memorandum of Understanding* von NARC. Die Transformation des Regimes wird in Moisis letzter Legislaturperiode nicht weiter vorangebracht.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass im kenianischen Beispiel „Loyalisten“ und kooperierende „Opportunisten“ zuvorderst stabilisierende, „Herausforderer“ und konkurrierende „Opportunisten“ überwiegend destabilisierende Funktionen im autoritären Regime wahrnehmen. Die Auswirkung des Handelns eines bestimmten Oppositionstyps hängt von dessen Position im Oppositionsgeflecht ab. Kibakis DP („Loyalisten“) und Wamalwas FORD-K (konkurrierende „Opportunisten“) nehmen eine starke Rolle im Oppositionsgeflecht ein. Sie prägen die Wirkung der Opposition, im Verfassungsstreit 1997 stabilisierend, vor den Wahlen 2002 destabilisierend. Die Konversion des Regimes hängt im kenianischen Beispiel vom Vorgehen der „Loyalisten“ und konkurrierenden „Opportunisten“ ab.

Für die Analyse der politischen Opposition im autoritären Regime sind daher sowohl die Bestimmung des Oppositionstyps als auch die Verortung des entsprechenden Typs im Oppositionsgeflecht notwendig. Die relative Stärke von „Loyalisten“ und konkurrierende „Opportunisten“ liegt nicht *per se* in ihrem jeweiligen Oppositionstyp begründet, ebenso wenig die Schwäche der „Herausforderer“ – für eine belastbare Analyse ist die Erschließung des Kontextes im Fallbeispiel unerlässlich.

Verallgemeinert kann festgehalten werden, dass die Konversion des autoritären Regimes von jenen Oppositionstypen abhängt, die das Oppositionsgeflecht dominieren.

6. Schlussbemerkungen

Autoritäre Regime gehören dazu. Diese Einsicht erscheint einfach, ist aber nicht trivial. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind autoritäre Regime keine ausgestorbene Regimeform. Die angenommene Demokratisierungswelle nach Ende des Kalten Krieges hat autoritäre Regime nicht davon gespült. Zudem erscheint es in diesem Zusammenhang ratsam, nicht von der Verzögerung eines unaufhaltsamen Demokratisierungsprozesses auszugehen, sondern die Gegenwart in ihren gegebenen Bestandteilen zu analysieren. Laut dem aktuellen Bericht zur Situation politischer Freiheiten von Freedom House lebt über die Hälfte der Weltbevölkerung entweder in nur „teilweise freien“ (24 Prozent) oder gar „nicht freien“ politischen Systemen (36 Prozent). Nicht nur gehören autoritäre Regime dazu, demokratische Regime bilden eine Minderheit.⁵⁶¹

Die vorliegende Arbeit hat es sich zum Ziel gemacht, den Wandel des Pluralismus in autoritären Regimen zu analysieren. Hauptaugenmerk liegt auf der Rolle der politischen Oppositionsakteure. Diese werden mit Hilfe der eigens entwickelten Oppositionstypologie konzeptionell erfasst und ihre Funktion und Stellung im Oppositionsgeflecht am Beispiel Kenias untersucht.

Gewandelter Pluralismus und neue Regimekonzepte

Der Pluralismus in autoritären Regimen wandelt sich. Linz konzipiert autoritäre Regime als Regime mit „begrenztem Pluralismus“. Die Begrenzung des Pluralismus existiert dabei legal oder *de facto*. Im Gegensatz zu totalitären Regimen existieren politische Gruppen, die unabhängig vom Staat entstehen und existieren. Linz definiert den Pluralismus gleichzeitig als nichtverantwortlich. Die politische Führung ist gegenüber keiner (politischen) Gruppe oder der Bevölkerung zur Rechenschaft verpflichtet (im Unterschied zu demokratischen Regimen). Es mögen Wahlen im autoritären Regime stattfinden, diese haben jedoch keinen Einfluss auf die Machtverhältnisse: „In autoritären Regimen erhalten jene, die an die Macht kommen, ihre Position nicht durch die Unterstützung einzelner Gruppen [...] Sie

⁵⁶¹ Freedom House 2016.

erhalten sie vor allem aufgrund des Vertrauens, das ein Führer oder eine führende Gruppe in sie gesetzt hat.“⁵⁶²

Der Zugang zur Macht öffnet sich in vielen autoritären Regimen vermittels Mehrparteienwahlen, die nach 1990 zugelassen werden – die Linz'sche Vorstellung vom „begrenzten Pluralismus“ trifft hier nicht mehr zu. Diese Öffnung führt in weiten Teilen der Forschung zu der Annahme, dass in den Regimen ein unaufhaltsamer Demokratisierungsprozess in Gang gesetzt wird, weshalb die Regime teleologisch als verminderte Subtypen von Demokratie begriffen und mit unterschiedlichen Adjektiven erfasst werden. Dieser Glaube an die Demokratisierung, denn von berechtigtem Wissen über die Zukunft kann schlechterdings nicht die Rede sein, scheint sich beinahe zu verselbstständigen: Die „illiberalen Demokratie“ wird als Subtyp von Demokratie konzipiert.⁵⁶³ Aber eine Demokratie, in der die Partizipations- und Freiheitsrechte negiert werden, ist keine.

Das Konzept „hybrider“ Regime wird entwickelt, um den Telos der „Demokratien mit Adjektiv“ zu entgegnen: Die Transition autoritärer Regime hin zu demokratischen bleibt aus, sodass sich scheinbar ein neuer Regimetyp manifestiert, in dem „Merkmale sowohl von Polyarchien als auch von autoritären Regimen auf je spezifische Weise rekombiniert“ werden.⁵⁶⁴

Die Vorstellung politischer Systeme als Mischform ist weder neu noch kann sie Grundlage eines idealtypischen Regimekonzeptes sein. „Zwitterformen treten in unserer Zeit in zunehmendem Maße in Erscheinung, weil autokratische Regime sich durch Verwendung von vom Konstitutionalismus entliehener Verfahren und Techniken zu tarnen pflegen [...] Der innere Grund für ein derartiges Mimikri liegt in der heutigen Weltgeltung der demokratischen Legitimierung der politischen Macht.“⁵⁶⁵ Was wie eine Motivation für das Konzept von „hybriden“ Regimen Mitte der 1990er-Jahre klingt, verfasst Loewenstein bereits 1959. Er spricht sich gegen die Konzeption von Mischtypen aus. Loewenstein fordert die intensive Beschäftigung mit Fallbeispielen, anstatt die Unschärfe der Empirie auf die Ebene der Theorie zu übertragen und das zu Recht. Die politikwissenschaftliche Regimeanalyse benötigt „ideale Grenzbegriffe“ wie Weber sie fordert, um so die „Wirklichkeit zur

⁵⁶² Linz 2009, S. 131. Dies erschwert die Anwendung des Konzeptes auf einige politische Systeme nach 1990, vgl. Abschnitt 2.3.

⁵⁶³ Zakaria 1997.

⁵⁶⁴ Rüb 2002, S. 105.

⁵⁶⁵ Loewenstein 2000, S. 28.

Verdeutlichung bestimmter bedeutsamer Bestandteile ihres empirischen Gehaltes“ zu vermessen.⁵⁶⁶ Dass sich die politische Wirklichkeit in Grautönen darstellt, ist nicht problematisch, sondern Ausgangspunkt der Forschung. Wäre die Welt nur schwarz und weiß, würde sie keiner Analyse und Interpretation bedürfen. Um die sogenannte Grauzone der politischen Systeme besser zu verstehen, benötigt man nicht „graue“ Konzepte, sondern trennscharfe Begriffe.

Die Autoritarismusforschung greift den Wandel des politischen Pluralismus in autoritären Regimen erst gegen Ende der 1990er-Jahre auf. Levitsky und Way definieren den kompetitiven Autoritarismus: „Competitive authoritarian regimes are civilian regimes in which formal democratic institutions exist and are widely viewed as primary means of gaining power, but in which incumbents’ abuse of the state places them at a significant advantage vis-à-vis their opponents.“⁵⁶⁷ Den Oppositionsparteien stehen demokratische Institutionen zur Verfügung, um die Regierung herauszufordern. Mindestens eines der drei von den Autoren definierten Attribute der Demokratie wird im kompetitiven Autoritarismus nicht erfüllt: freie Wahlen, Bürgerrechte, gleiche Wettbewerbsbedingungen. Im Gegensatz zum *full authoritarianism* („geschlossener Autoritarismus“) finden Wahlen regelmäßig statt und Oppositionsparteien agieren im öffentlichen Raum, das heißt sie verfügen über Wahlbüros, rekrutieren Kandidaten und organisieren Wahlkämpfe.⁵⁶⁸ Im kompetitiven Autoritarismus sind demokratische Prozesse hinreichend von Bedeutung, um von der Opposition als Mittel zur Erlangung der politischen Herrschaft ernst genommen zu werden. Die Wettbewerbsbedingungen sind jedoch zu Gunsten der Regierung verschoben.⁵⁶⁹ Der Wettbewerb ist real, aber unfair, der Pluralismus eingeschränkt.

Das Beispiel Kenias veranschaulicht diesen gewandelten Pluralismus des autoritären Regimes. Im Einparteiensstaat unter Kenyatta und anschließend Moi (1963-1991) hängt der Zugang zur politischen Macht von der Person des Präsidenten ab. Kenyatta gewährt zunächst lokalen Größen Freiräume zur politischen Entfaltung, um so aktive und erfolgreiche Politiker für die Regierung zu selektieren. Zum Ende seines Lebens umgibt sich Kenyatta nur noch mit treuen Gefolgsleuten. Moi treibt die

⁵⁶⁶ Weber 1991, S. 77.

⁵⁶⁷ Levitsky/Way 2010, S. 5.

⁵⁶⁸ Levitsky/Way 2010, S. 7.

⁵⁶⁹ Levitsky/Way 2010, S. 5.

Personalisierung der politischen Macht voran, nachdem ein Anschlag auf ihn scheiterte. Lokale Größen können sich nicht mehr durch ihre politischen Erfolge profilieren, sondern hängen ausschließlich von der Gunst des Präsidenten ab – der Pluralismus unter Kenyatta und Moi ist „begrenzt“ im Sinne des Konzeptes von Linz. Mit Abhalten von Mehrparteienwahlen 1992 ändert sich dies. Der Zugang zur Macht ist nicht mehr an den Präsidenten und seine Partei *Kenya African National Union* (KANU) gekoppelt. Oppositionsparteien werden zugelassen und kämpfen fortan in einem unfairen Wettbewerb um die politische Macht, bis sie 2002 siegreich aus den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen hervorgehen. Die politische Opposition wird in das Spiel um die politische Macht integriert.

Opposition in autoritären Regimen – Typen und Oppositionsgeflecht

Die politische Opposition in autoritären Regimen wird in der Forschung zu lange vernachlässigt. Das ursprüngliche Konzept von autoritären Regimen geht auf Linz zurück, welcher die politische Opposition für diesen Regimetyp bereits berücksichtigt. In der Folge verlieren sowohl autoritäre Regime als auch die Opposition darin die Aufmerksamkeit der vergleichenden Politikwissenschaft. Selbst als die Autoritarismusforschung beginnend im Jahr 1999 einen Aufschwung erfährt, bleibt die Frage der Opposition außen vor. Die vorliegende Arbeit hat hingegen gezeigt: Die Opposition agiert, reagiert und interagiert.

Linz versteht die Opposition im „begrenzten Pluralismus“ vorwiegend als „Semiopposition“ oder (insbesondere im Falle der Legalisierung einer oppositionellen Gruppe) als „Pseudo-Opposition“ – sie genießt keinen Einfluss auf die politischen Machtverhältnisse und die Arbeit der Regierung. Linz identifiziert neben der legalen und illegalen auch die „alegale“ Opposition. Letztere wird von der Regierung zwar nicht legalisiert, aber akzeptiert. Die alegale Opposition strebt im Unterschied zur Semiopposition einen grundsätzlichen Wechsel des Regimes und der politischen Institutionen sowie in weiten Teilen der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen an. Sie ergreift dabei keine illegalen Mittel und genießt nicht die Vorteile der Semiopposition. Sie befindet sich gegenüber der Regierung in einer schwachen Position. Die Fähigkeit der alegalen Opposition als politische Alternative zu fungieren ist begrenzt.⁵⁷⁰

⁵⁷⁰ Linz 1973, S. 220f.

Mit dem Wandel des Pluralismus in autoritären Regimen ändert sich auch das Bild der politischen Opposition. Weite Teile der politischen Opposition werden legalisiert. Sie erhalten die Möglichkeit, den Charakter des nur Scheinbaren abzulegen und öffentlich in Konkurrenz zur Regierung zu treten.

Zur Differenzierung der oppositionellen Akteure werden selbige in der vorliegenden Arbeit in Hinblick auf Handlungsstatus, Handlungsüberzeugung und Handlungsstrategie unterschieden. Fünf Idealtypen der politischen Opposition werden definiert: „Loyalisten“, „Opportunisten“, „Herausforderer“, „Gegner“ und „Feinde“.

<u>Idealtypen der politischen Opposition</u>			
Idealtyp	Handlungsstatus	Handlungsüberzeugung	Handlungsstrategie
Loyalisten	legal	pragmatisch	kooperativ
Opportunisten	legal	egozentrisch	kooperativ/ konkurrierend
Herausforderer	legal	visionär	konkurrierend
Gegner	alegal	visionär	konkurrierend
Feinde	illegal	visionär	konfrontativ

Tabelle 9: Die fünf Idealtypen der politischen Opposition

Quelle: Eigene Darstellung.

Während „Loyalisten“ die größte Nähe zum autoritären Regime aufweisen und wenig Interesse an der Reform des Regimes hegen, variieren „Opportunisten“ ihr Vorgehen gegenüber der Regierung in Abhängigkeit ihrer Verhandlungsposition, stets den größten persönlichen Vorteil im Blick. „Herausforderer“ und „Gegner“ konkurrieren mit der Regierung und streben das Ende des herrschenden Regimes an, wobei nur erstere am (unfairen) institutionalisierten Wettbewerb um die politische Macht teilnehmen dürfen. „Feinde“ versuchen als einzige die Ablösung der Regierung auf gewaltvollem Wege zu erreichen.

Die politische Opposition nimmt Einfluss auf das Geschehen in autoritären Regimen. Sie fordert die Regierung zu Veränderungen auf und setzt eigene Themen auf die politische Agenda. Gleichzeitig bricht sie das Monopol der Regierung, öffentlich die politischen Verhältnisse zu interpretieren. Die Opposition kommentiert, insistiert und reklamiert.

Die Funktion der Opposition in autoritären Regimen ist janusköpfig. Sie setzt die Regierung unter Druck, indem sie die Regierung im politischen Wettbewerb herausfordert und an der Forderung nach Reformen festhält sowie die Bevölkerung mobilisiert. Die politische Opposition tritt jedoch genauso als Stabilisator in Erscheinung, wenn sie den Protest kanalisiert und entradikalisiert sowie als Verhandlungs- oder Koalitionspartner die Regierungsarbeit mehr mitgestaltet als kritisiert.

Das Engagement von Regierung und Opposition ist jeweils zwiegespalten. Regierung und Opposition müssen vordergründig zwischen je zwei Zielen abwägen. Die Regierung wird durch den neuen politischen Wettbewerb herausgefordert und muss (teils neue) Wege finden, um ihre Machtposition zu sichern, ohne im Angesicht einer legalen politischen Opposition und gestiegenen Öffentlichkeit ihre Legitimation zu verlieren. Gleichzeitig muss die Regierung eine angemessene Reaktion auf die Reformforderungen aus dem In- und häufig aus dem Ausland finden, da der davon ausgehende Druck die Position der Amtsinhaber gefährdet. Die Regierung kann in diesen Fragen keine einseitige Strategie verfolgen. Die politische Opposition muss hingegen entscheiden, inwiefern sie ihre Ressourcen auf den neuen politischen Wettbewerb konzentriert und dadurch selbigem Legitimität verleiht oder ob sie die fundamentale Regimekritik aufrecht erhält und weitere Reformen einfordert. Auch hier gilt, dass eine einseitige Strategie dem Anliegen der Opposition sowohl nutzen als auch schaden würde. Regierung und Opposition agieren dabei auf zwei unterschiedlichen Ebenen, bedingen und benötigen einander.⁵⁷¹

Die Funktion eines Oppositionstyps ist nicht gleichzusetzen mit dessen Wirkung. Letztere hängt vor allem von der Position im Oppositionsgeflecht ab. Woher die Stärke einer Oppositionspartei rührt, kann nicht aus dem Oppositionstyp allein gefolgert werden. In Kenia genießt die „loyalistische“ *Democratic Party* um Kibaki bei den anderen Oppositionsmitgliedern ein geringes Ansehen, da Kibaki nicht an der

⁵⁷¹ Die Regierung nimmt Einfluss auf den Handlungsspielraum der Opposition, in dem diese nach der Macht zu streben und die Reform des Regimes voranzutreiben versucht.

Demokratiebewegung Ende der 1980er-Jahre mitwirkt und überdies die Rückkehr einer Kikuyu-Vorherrschaft (wie unter Kenyatta) befürchtet wird. Gleichzeitig wird die DP über die Jahre zur dominierenden Größe im Oppositionsgeflecht dank ihrer Kontinuität, ihrer ethnischen Basis (Kikuyu) und ihrer politischen Erfahrung und Netzwerke. Matiba gehört ebenfalls zu den wirtschaftlich gut aufgestellten Kikuyu, gilt aber als einer der Anführer der Demokratiebewegung und erfährt bei den Wahlen 1992 ein hohes Maß an Zustimmung. Mit seiner Partei *Saba Saba Asili* (die im Bereich „Opportunisten“ verortet wird) gelingt es ihm jedoch nicht, beständig eine große Anhängerschaft um sich aufzubauen und nimmt somit im Oppositionsgeflecht eine untergeordnete Rolle ein.

Ob nun „Loyalist“ oder „Opportunist“ oder ein anderer Oppositionstyp, die Oppositionsakteure müssen stets im Kontext betrachtet werden, um Rückschlüsse über ihre Wirkung ziehen zu können. Die Arbeit hat gezeigt: Das Studium des Oppositionsgeflechts ist für die Analyse der Oppositionsrolle unbedingt erforderlich.

Die Beschäftigung mit der *Democratic Party* (DP) um den späteren Präsidenten Kibaki ist auch in anderer Hinsicht aufschlussreich. Sie wird aufgrund ihrer politischen Nähe zum autoritären Regime im Bereich „Loyalist“ verortet, obwohl Kibakis DP genauso Elemente des Oppositionstyps „Opportunist“ aufweist (Kibaki tritt bei allen Präsidentschaftswahlen im Untersuchungszeitraum an, zeigt sich gleichzeitig aber wiederholt kooperationsbereit gegenüber der Regierung). Die Schaffung eines weiteren Oppositionstyps mag an dieser Stelle nahe liegen, um den vermeintlichen Sonderfall zu erfassen. Damit würde jedoch die Herleitung der Oppositionstypen und dementsprechend die Relevanz der Untersuchungsdimensionen (Handlungsstatus, Handlungsüberzeugung, Handlungsstrategie), folglich jegliche theoretische Fundierung, unterminiert werden. Vielmehr führt dieser Fall für Augen, wie sehr eine tiefergehende Analyse der Empirie geboten ist. Die Bestimmung der politischen Opposition kann nicht Ergebnis einer Aufzählung von vorhandenen und nicht vorhandenen Charakteristika sein. Sie bedarf der Diskussion, nicht der Addition.

Im untersuchten Fallbeispiel erweisen sich „Loyalisten“ (DP um Kibaki) und kooperierende „Opportunisten“ (*Forum for the Restoration of Democracy-Kenya*, FORD-K, um Wamalwa) als entscheidende Größen der politischen Opposition. Beiden ist sowohl eine Kooperationsbereitschaft mit der Regierung als auch eine große

Zustimmung aus der Bevölkerung gemein. Dies steht auf den ersten Blick im Konflikt mit den im Vorfeld getroffenen Überlegungen bezüglich des Ansehens der Opposition in der Bevölkerung. Eine Nähe der Opposition zur Regierung wurde als schwächend gedeutet. Aus der vorliegenden Analyse lassen sich zwei Schlüsse ziehen. Zum einen ist die Stärke eines Oppositionstyps vom empirischen Kontext abhängig. Die „loyalistische“ DP um Kibaki erhält ihre Unterstützung zu allererst aus Reihen der Kikuyu, der größten Bevölkerungsgruppe Kenias. Die potenzielle Wählerschaft ist grundsätzlich größer als bei anderen Oppositionsgruppen, die ihre Unterstützung primär bei einer ausgewählten, kleineren Bevölkerungsgruppe suchen. Zum anderen müssen die einleitenden Betrachtungen zum Ansehen der politischen Opposition in der Bevölkerung überarbeitet werden. Eine Kooperation der Opposition mit der Regierung sorgt unbestritten für eine Beruhigung etwaiger Proteste und sichert die Herrschaft der Regierung ab. Ob mit einer solchen Kooperation ein Vertrauensverlust der Opposition bei der Bevölkerung einhergeht, sollte hingegen nicht voraussetzungslos angenommen werden. Welchen Stellenwert bei der Bevölkerung die Demokratisierung des Regimes besitzt gegenüber dem Zugang zu Ressourcen und Sicherheit, muss von Fall zu Fall untersucht werden. Folglich kann die Kooperation mit der Regierung bei der Bevölkerung auch positiv aufgenommen werden: Die besagten Oppositionsvertreter erweisen sich als erfolgreiche Verhandlungsführer, setzen Teilforderungen der Bevölkerung durch (die nicht notwendig die Demokratisierung priorisiert) und machen ihre Regierungsbefähigung deutlich. Die Opposition verliert nicht zwangsläufig, sondern gewinnt sogar unter Umständen die Unterstützung der Bevölkerung, wenn sie mit der Regierung kooperiert.

Das Fallbeispiel hat gezeigt, dass eine Untersuchungskategorie für mögliche Oppositionstypen hinsichtlich deren Herkunft wenig instruktiv ist. Ob die oppositionellen Akteure in der Vergangenheit bereits Teil der Regierung waren oder nicht, gibt keinen Aufschluss darüber, wie sie als Teil der politischen Opposition in Erscheinung treten.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass im kenianischen Beispiel „Loyalisten“ und kooperierende „Opportunisten“ primär stabilisierende, „Herausforderer“ und konkurrierende „Opportunisten“ überwiegend destabilisierende Funktionen im

autoritären Regime wahrnehmen.⁵⁷² Die Auswirkung des Handelns eines bestimmten Oppositionstyps hängt von dessen Position im Oppositionsgeflecht ab. Kibaks DP („Loyalisten“) und Wamalwas FORD-K (konkurrierende „Opportunisten“) nehmen eine starke Rolle im Oppositionsgeflecht ein. Sie prägen die Wirkung der Opposition, im Verfassungskonflikt 1997 als stabilisierend,⁵⁷³ vor den Wahlen 2002 als destabilisierend. Die Konversion des Regimes⁵⁷⁴ hängt im kenianischen Beispiel vom Vorgehen der „Loyalisten“ und konkurrierenden „Opportunisten“ ab.⁵⁷⁵

Für die Analyse der politischen Opposition im autoritären Regime sind sowohl die Bestimmung des Oppositionstyps als auch die Verortung des entsprechenden Typs im Oppositionsgeflecht notwendig. Die relative Stärke von „Loyalisten“ und konkurrierende „Opportunisten“ liegt nicht *per se* in ihrem jeweiligen Oppositionstyp begründet, ebenso wenig die Schwäche der „Herausforderer“ – für eine belastbare Analyse ist die Erschließung des empirischen Kontextes unerlässlich.

Weitere Forschungsschritte

Im untersuchten Fallbeispiel dominieren „Loyalisten“ und kooperierende „Opportunisten“ das Oppositionsgeflecht. Gründe für ihre Stärke werden kontextabhängig identifiziert. „Herausforderer“ nehmen im Oppositionsgeflecht Kenias eine schwache Position ein, obwohl sie die politische Zäsur Anfang der

⁵⁷² Die von Albrecht (2005) konstatierten stabilisierenden Funktionen der Opposition in autoritären Regimen können bestätigt werden. Im Unterschied zu Albrecht können die verschiedenen Funktionen in der vorliegenden Arbeit zudem hinsichtlich des Oppositionstyps differenziert werden.

⁵⁷³ Die „loyalistischen“ DP und die „opportunistischen“ FORD-K stärken ihre eigene Position, indem sie mit der Regierung 1997 kooperieren und die IPPG befürworten. Konkurrierende „Opportunisten“ und „Herausforderer“ verlieren an Bedeutung. Dies erinnert an das von Lust-Okar (2004) diskutierte „geteilte politische Umfeld“. Zwar starteten DP und FORD-K nicht die Proteste (wie in Lust-Okars Beispiel die „moderate“ Opposition), doch tragen sie zu ihrer Beendigung bei und verhindern einen weiteren Verlauf der Proteste mit nicht absehbaren Folgen.

⁵⁷⁴ „Konversion“ beinhaltet die Umwandlung des Regimes, wobei der autoritäre Charakter aufrecht erhalten bleibt. Eine solche relevante Umwandlung findet statt, wenn die autoritäre Führungselite von der Opposition abgelöst wird oder eine wesentliche Reform des Regimes stattfindet. Diese Ereignisse bedeuten eine grundlegende Veränderung des autoritären Regimes – sie sind jedoch nicht mit der Transition bzw. Transformation des Regimes in einen anderen Typ (zum Beispiel demokratisches Regime) gleichzusetzen.

⁵⁷⁵ Blondel (1997) skizziert für autoritäre Regime ein „optimistisches“ Szenario, in dem die Opposition über die Jahre an Stärke gewinnt und sich von einer unbedeutenden Gefahr zur substantiellen Bedrohung der Herrschenden entwickelt. Dies trifft für das Beispiel Kenias nicht zu, auch wenn es den Anschein hat, als hätte die Opposition zehn Jahre „gebraucht“, um die Regierung bei den Wahlen abzulösen. Der Wahlsieg der kenianischen Opposition liegt wie gezeigt in der Gestalt des Oppositionsgeflechtes begründet und ist nicht als Ergebnis eines langjährigen Kräftezuwachses der Opposition zu verstehen.

1990er-Jahre repräsentieren. Weitere Untersuchungen sollten daher der Frage nachgehen, ob „Loyalisten“ und „Opportunisten“ aufgrund ihrer Nähe zum autoritären Regime mehrheitlich Vorteile gegenüber „Herausforderern“ genießen (beispielsweise durch verbesserten Zugang zu Ressourcen oder größeres Vertrauen seitens der Bevölkerung) und somit eher zu dominierenden Größen im Oppositionsgeflecht werden.

Die Arbeit hat verdeutlicht, dass die Rolle einer oppositionellen Gruppe nicht gleichzusetzen ist mit deren Wirkung im politischen Spiel. In der weiteren Forschung gilt es zu untersuchen, wie Oppositionsgruppen zu Stärke gelangen.

Bei den Wahlen 1992 gelingt es der Opposition nicht, die Macht zu übernehmen. Das Oppositionsgeflecht ist zu diesem Zeitpunkt heterogen. Beim Wahlsieg 2002 verfügt das Oppositionsgeflecht über ein höheres Maß an Homogenität. Lässt sich die Aussage verallgemeinern, dass die politische Opposition dann den größten Einfluss besitzt, wenn das Oppositionsgeflecht homogen ist? Gegen diese Annahme könnte der Umstand sprechen, dass eine vereinheitlichte Oppositionslandschaft einen besser zu identifizierenden Adressaten für Benachteiligung und Repression durch die Regierung darstellt. Die Wirkmacht der Opposition könnte dementsprechend ebenso von der Heterogenität des Oppositionsgeflechtes herrühren. An dieser Stelle ist weitere Forschung notwendig.

Die Produktivität der beiden Oppositionstypen „Gegner“ und „Feinde“ kann im Beispiel Kenias nur bedingt überprüft werden (ab 1992 überwiegen legale Oppositionsakteure) und bedarf weiterer Forschung. Zur Frage des politischen Boykotts der Opposition in autoritären Regimen liefert das Beispiel ebenfalls wenige Einsichten.

Im kenianischen Beispiel bewirkt das Handeln des Auslandes die Konversion des autoritären Regimes Anfang der 1990er-Jahre. Auch wenn die Opposition im Land den Protest gegen Moi initiiert, ist es erst das Einfrieren internationaler Finanzmittel, das Moi zum entscheidenden Schritt Richtung Mehrparteienwahlen bewegt. Bei der Konversion des Regimes 2002, als die Opposition als Sieger aus Präsidentschafts- und Mehrparteienwahlen hervorgeht, sind internationale Akteure hingegen irrelevant. Während in der vorliegenden Arbeit die Beziehungen zwischen Oppositionstypen untereinander und gegenüber der Regierung im Zentrum standen, sollten weitere Untersuchungen die Wechselwirkung zwischen Oppositionshandeln und internationalem Engagement analysieren.

Die politische Führung im untersuchten autoritären Regime tendiert dazu, demokratische Muster zu imitieren, insbesondere wenn sie auf finanzielle Hilfen westlicher Demokratien hofft. Daraus sollte jedoch kein zuverlässiger Trend für die Zukunft abgeleitet werden. Insofern dieser imitierte Demokratisierungsprozess den Vorgaben der westlichen Partner folgt, dürfte selbiger für die politische Führung an Bedeutung verlieren, sobald ausländische finanzielle Hilfen weniger wichtig oder die wirtschaftlichen Beziehungen von anderen Partnern bestimmt werden.⁵⁷⁶ Die Konzentration auf vermeintlich demokratische Prozesse in autoritären Regimen ist neben den wissenschaftstheoretischen Gründen somit auch aus empirischer Sicht zu vermeiden.⁵⁷⁷

Für die Analyse des Fallbeispiels Kenia trägt die Ethnienfrage zur Kontextualisierung bei. Für die Rolle der politischen Oppositionsakteure, ihrer Beziehung untereinander und zur Regierung ist die Frage der Ethnien jedoch nicht Ausschlag gebend. Ethnien in Kenia prägen das Bild des politischen Spiels, determinieren aber nicht dessen Logik. Inwiefern Ethnien die Aussichten der Opposition auf Konversion des autoritären Regimes beeinflussen können, ist anhand weiterer Forschung zu überprüfen.

Über das Bild autoritärer Regime

Doch was steht nun im Zentrum autoritärer Regime? Die Autoritarismusforschung scheint in dieser Frage zu stagnieren. Das Konzept autoritärer Regime entwickelt Linz vor allem in Abgrenzung zu totalitären Regimen. Weitere Arbeiten zur Verfeinerung seines Konzeptes bleiben aus. Die wiederbelebte Autoritarismusforschung Anfang der 2000er-Jahre konzentriert sich auf den Machtumfang der politischen Führung, die Funktion angeblich demokratischer Institutionen und die Frage der Stabilität dieses Regimetyps. Der Kern autoritärer Regime wird in der gegenwärtigen Autoritarismusforschung letztlich als „nicht demokratisch“ umschrieben.⁵⁷⁸

⁵⁷⁶ China zeigte sich in der Vergangenheit bereits engagiert auf dem afrikanischen Kontinent.

⁵⁷⁷ Dass autoritäre Regime nicht nur aus Sicht demokratischer Regime analysiert werden sollten, veranschaulicht ohnehin die Vorstellung, dass es niemand für sinnvoll hielte, Birnen ausschließlich auf ihre Eigenschaften als Apfel zu studieren.

⁵⁷⁸ Der Vorwurf des Demokratiefokus könnte ebenso an die vorliegende Arbeit herangetragen werden, schließlich werden Wahlen und die Reform der Verfassung insbesondere berücksichtigt. Im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht jedoch die politische Opposition. Die Reform der Verfassung sowie der Wettbewerb im Zuge von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stellen den wesentlichen Wirkungsbereich der politischen Opposition im

Loewensteins Vorstellung vom „Stromkreis der Macht“ veranschaulicht die Unterschiede zwischen seinen Begriffen von Autokratie und Konstitutionalismus. Für Loewenstein ist der „Stromkreis der Macht“ in der Autokratie geschlossen. Die Macht ist bei einem Machträger konzentriert, der entweder als Einzelperson oder als Gruppe auftreten kann. Die Ausübung der Macht erfolgt ungeteilt und unterliegt weder einer Kontrolle noch einer verfassungsgemäßen Beschränkung.⁵⁷⁹ Gegenwärtige autoritäre Regime mit eingeschränktem Pluralismus, wie sie die Forschung zahlreich vorfindet, weisen ebenso eine Machtkonzentration bei einer Person oder Gruppe auf und die Ausübung der Macht erfolgt weitestgehend ungeteilt.⁵⁸⁰ Hinsichtlich der Kontrolle und verfassungsgemäßen Beschränkung entfernen sich diese autoritären Regime jedoch vom Autokratiekonzept Loewensteins.⁵⁸¹ Von einem „geschlossenen Stromkreis“ kann bei autoritären Regimen der Gegenwart mit eingeschränktem Pluralismus nur bedingt die Rede sein. Als offen ist der „Stromkreis der Macht“ im Sinne Loewensteins nicht zu verstehen.⁵⁸²

Das Bild „Stromkreis der Macht“ birgt Missverständnisse. In Autokratien ist der „Stromkreis“ geschlossen: Die politische Macht zirkuliert in einem definierten Rahmen, vergleichbar mit Linz' Ausführungen zum „begrenzten Pluralismus“, in dem der Zugang zur politischen Macht von den Entscheidungen einer politischen Spitze oder Führungsgruppe abhängt. Der „offene Stromkreis“ in demokratischen Regimen bedeutet, dass dieser Determinismus der politischen Macht aufgehoben wird und nicht, dass der Fluss der politischen Macht zum Erliegen kommt.⁵⁸³

Im „kompetitiven Autoritarismus“ wie er von Levitsky und Way beschrieben wird, lässt die Regierung einen Wettbewerb um die politische Macht zu, gestaltet diesen aber unfair. Der Wettbewerb ist dennoch bedeutsam, da der Zugang zur Macht

gegebenen Beispiel dar. Hätte die Opposition in Kenia den Weg des gewaltvollen Umsturzes gewählt, stünden andere Elemente im Vordergrund.

⁵⁷⁹ Loewenstein 2000, S. 28.

⁵⁸⁰ In Kenia kommt sie in der Dominanz der Exekutive, insbesondere dem Präsidentenamt mit umfangreichen Kompetenzen, zum Ausdruck.

⁵⁸¹ Zu den Unterschieden gehören die Mehrparteienwahlen und die Begrenzung der Präsidentschaft auf zwei Legislaturperioden.

⁵⁸² Der „Stromkreis der Macht“ ist im Konstitutionalismus offen; die freie Staatsgesellschaft beruht auf Gleichheit und funktioniert als Rechtsstaat. Im Konstitutionalismus, der bei Loewenstein stellvertretend für demokratische Regime steht, gilt der Grundsatz der geteilten Macht. Mehrere unabhängige Machträger sind an der Ausübung der politischen Macht und der Bildung des Staatswillens beteiligt. Diese Machträger besitzen jeweils ihre eigenen Funktionen und sind der wechselseitigen Kontrolle durch die anderen Machträger ausgesetzt. Vgl. Loewenstein 2000, S. 27f.

⁵⁸³ Ein offener Stromkreis bedeutet physikalisch, dass kein Strom mehr fließen kann. Die politische Macht verschwindet im demokratischen Regime selbstverständlich nicht.

formell institutionalisiert und somit prinzipiell geöffnet wird. Um im Bild Loewensteins zu bleiben, scheint es, als würde der „Stromkreis der Macht“ zwar geschlossen sein (Machtkonzentration und -ausübung existieren weitestgehend ungeteilt), aber einige Schwankungen besitzen (vor allem in Bezug auf Kontrolle und verfassungsgemäße Beschränkungen der Regierung). Spannungsabfälle sind möglich.

Im kenianischen Beispiel kommt es zu wesentlichen Spannungsabfällen im „Stromkreis der Macht“, Mehrparteienwahlen werden 1992 durchgeführt und 2002 übernimmt die politische Opposition die Macht. Wie sich für das kenianische Beispiel gezeigt hat, führen diese Spannungsabfälle aber nur zu kurzzeitigen Schwankungen mit eventuellen Aussetzern (letzteres vor allem 2002) des „Stromkreises“, ohne diesen dauerhaft zu unterbrechen – das autoritäre Regime Kenias bleibt bestehen.

Der politische Pluralismus in autoritären Regimen hat sich gewandelt. Der „begrenzte Pluralismus“ wie ihn Linz beschrieben hat, ist vielerorts nicht mehr gegeben. Genauso wenig hat sich die Prophezeiung neuer demokratischer Regime bewahrheitet. Der politische Wettbewerb ist in vielen autoritären Regimen real, aber unfair; die politischen Freiheiten sind weiter beeinträchtigt. Die politische Opposition besitzt in diesen Regimen einen weiteren Handlungsspielraum als in der Vergangenheit. Dieser Spielraum ist jedoch nicht garantiert und muss gegen Angriffe seitens der Regierung verteidigt werden. Die politische Opposition gewinnt im gewandelten Pluralismus an Potenzial, die politische Macht zu übernehmen. Ihr gilt es, in der weiteren Autoritarismusforschung vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken.

7. Literaturverzeichnis

Monografien und Beiträge in Monografien

Amutabi, Maurice N. (2007): Intellectuals and the Democratisation Process in Kenya. In: Murunga, Godwin R. / Nasong'o, Shadrack W. (Hrsg.): Kenya. The Struggle for Democracy. Dakar, Codesria, S. 197-226.

Backes, Uwe / Kailitz, Steffen (Hrsg.) (2014): Ideokratien im Vergleich. Legitimation, Kooptation, Repression. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.

Bank, André (2010): Die neue Autoritarismusforschung. Ansätze, Erkenntnisse und konzeptionelle Fallstricke. In: Albrecht, Holger / Frankenberger, Rolf (Hrsg.): Autoritarismus reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft (Weltregionen im Wandel 10), S. 21-36.

Bell, Daniel A. / Jayasuriya, Kanishka (1995): Understanding illiberal Democracy, A Framework, in: Bell, Daniel A. et al.: Towards illiberal Democracy in pacific Asia. London, Macmillan Press.

Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert W. (Hrsg.) (2002): Zwischen Demokratie und Diktatur, Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen, Opladen, Leske+Budrich,

Berg-Schlosser, Dirk (1984): Tradition and Change in Kenya, a comparative Analysis of seven major ethnic Groups. Paderborn, Schöningh.

Bratton, Michael / Van de Walle, Nicolas van de (1997): Democratic Experiments in Africa. Regime Transitions in comparative Perspective. Cambridge, Cambridge University Press.

Brown, Stephen (2007): From Demiurge to Midwife. Changing Donor Roles in Kenya's Democratisation Process. In: Murunga, Godwin R. / Nasong'o, Shadrack W. (Hrsg.): Kenya. The Struggle for Democracy. Dakar, Codesria, S. 301-329.

Brownlee, Jason (2007): Authoritarianism in an age of democratization. Cambridge, Cambridge University Press.

Cowen, Michael / Kanyinga, Karuti (2002): The 1997 Elections in Kenya. The Politics of Communalism & Locality. In: Cowen, Michael / Laakso, Liisa (Hrsg.): Multi-party Elections in Africa. Oxford, James Currey Publishers, S. 128-171.

Cowen, Michael / Laakso, Liisa (Hrsg.) (2002): Multi-party Elections in Africa, Oxford, James Currey Publishers.

Croissant, Aurel (2002): Einleitung: Demokratische Grauzonen. Konturen und Konzepte eines Forschungszweigs. In: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur, Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen, Leske+Budrich, S. 9-54.

Dahl, Robert A. (1966a): Patterns of Opposition. In: Ders. (Hrsg.): Political Oppositions in Western Democracies. New Haven, Yale University Press, S. 332-347.

Dahl Robert A. (1966b): Some Explanations. In: Ders. (Hrsg.): Political Oppositions in Western Democracies. New Haven, Yale University Press, S. 348-386.

Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy, Participation and Opposition. New Haven, Yale University Press.

Erdmann, Gero (2002): Neopatrimoniale Herrschaft. Oder warum es in Afrika so viele Hybridregime gibt. In: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen, Leske+Budrich, S. 323-342.

Euchner, Walter (1993): Opposition als Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung. In: Ders. (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, S. 7-20.

Frankenberger, Rolf (2013): Mikrophysik und Makrostruktur, Überlegungen zu einer Analytik der Macht in Autokratien. In: Kailitz, Steffen / Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden, Nomos-Verlag-Gesellschaft (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47), S. 60-85.

Gerschewski, Johannes et. al. (2013): Warum überleben Diktaturen. In: Kailitz, Steffen / Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden, Nomos-Verlag-Gesellschaft (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47), S. 106-131.

Ghai, Yash P. (2007): People take lead. Participatory Process of Constitution Making in Kenya. In: Bhattarai, Hari P. / Subedi, Jhalak (Hrsg.): Democratic Constitution Making., Experiences from Nepal, Kenya, South Africa and Sri Lanka. Kathmandu, Nepal South Asia Center (NESAC), S. 119-131.

Gimode, Edwin A. (2007): The Role of the Police in Kenya's Democratisation Process. In: Murunga, Godwin R. / Nasong'o, Shadrack W. (Hrsg.): Kenya. The Struggle for Democracy. Dakar, Codesria, S. 227-260.

Grindle, Merilee S. (1996): Challenging the State. Crisis and Innovation in Latin America and Africa. Cambridge, Cambridge University Press.

Helms, Ludger (2002): Politische Opposition. Theorie und Praxis in westlichen Regierungssystemen. Opladen, Leske + Budrich.

Herbst, Jeffrey (2000): States and Power in Africa. Comparative Lessons in Authority and Control. Princeton/New Jersey, Princeton University Press.

Hobbes, Thomas (2007): Leviathan, Stuttgart, Reclam, 1. Veröffentlichung 1651.

Huntington, Samuel P. (1991): The Third Wave, Democratization in the late 20th Century. Norman, University of Oklahoma Press.

Hutchinson, John / Smith, Anthony (Hrsg.) (1996): Ethnicity. Oxford, Oxford University Press.

Kailitz, Steffen (2009): Stand und Perspektiven der Autokratieforschung. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 19 (3), S. 437-488.

Kailitz, Steffen / Köllner, Patrick (Hrsg.) (2013): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden, Nomos-Verlag-Gesellschaft (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47).

Kailitz, Steffen / Köllner, Patrick (2013a): Zur Autokratieforschung der Gegenwart. Klassifikatorische Vorschläge, theoretische Ansätze und analytische Dimensionen. In: Dieselb. (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden, Nomos-Verlag-Gesellschaft (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47), S. 9-34.

Kimenyi, Mwangi S. / Ndung'u, Njuguna (2005): Sporadic ethnic Violence. Why has Kenya not experienced a full-blown civil war. In: Collier, Paul / Sambanis, Nicholas (Hrsg.): Understanding Civil War. Evidence and Analysis (Vol. 1—Africa). World Bank Publications, S. 123-156.

Kirchheimer, Otto (1957): Vom Wandel der politischen Opposition. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.) (1976): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 114-147.

Kirchheimer, Otto (1967): Deutschland oder der Verfall der Opposition. In: Schumann, Hans-Gerd (Hrsg.) (1976): Die Rolle der Opposition in der Bundesrepublik Deutschland. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 251-284.

Knobloch, Jörn (2013): Zwischen Fremd- und Selbstreferenz, Typologie und Wandel von Autokratien in der Weltgesellschaft. In: Kailitz, Steffen / Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden, Nomos-Verlag-Gesellschaft (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47), S. 35-59.

Köhler, Kevin / Warkotsch, Jana (2010): Konzeptionalisierungsstrategien, Regimetypologien und das Problem des Kontinuums. In: Albrecht, Holger / Frankenberger, Rolf (Hrsg.): Autoritarismus reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung. Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft (Weltregionen im Wandel 10), S. 61-78.

Laakso, Liisa (2007): Insights into Electoral Violence in Africa. In: Basedau, Matthias / Erdmann, Gero / Mehler, Andreas (Hrsg.): Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa. Uppsala, Nordiska Afrikainstitutet , S. 224-252.

Levitsky, Steven / Way, Lucan (2010): Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes after the Cold War. New York, Cambridge University Press.

Linz, Juan J. (1964): An authoritarian Regime, The Case of Spain, in: Allard, Erik / Littunen, Yrjo (Hrsg.): Cleavages, Ideologies and Party Systems, Helsinki, S. 291-341.

Linz, Juan J. (1973): Opposition in and under an authoritarian Regime. The Case of Spain. In: Dahl, Robert A. (Hrsg.): Regimes and Opposition. New Haven, Yale University Press, S. 171-259.

Linz, Juan J. (2009): Totalitäre und autoritäre Regime. 3., überarbeitete und ergänzte Auflage, Potsdam, WeltTrends (Potsdamer Textbücher Band 4).

Linz, Juan J. (2011): Ein autoritäres Regime. Der Fall Spanien. Potsdam, WeltTrends (Potsdamer Textbücher 13).

- Loewenstein, Karl (1964): Der britische Parlamentarismus. Entstehung und Gestalt. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt (Rowohlts deutsche Enzyklopädie 208).
- Loewenstein, Karl (2000): Verfassungslehre. 4. Auflage, Tübingen, Mohr Siebeck, 1. Auflage 1957.
- Machiavelli, Niccolo (1977): Discorsi. Gedanken über Politik und Staatsführung. 2., verbesserte Auflage. Stuttgart, Kröner (Kröners Taschenausgabe 377).
- Mair, Stefan (1994): Kenias Weg in die Mehrparteiendemokratie. Von Uhuru über Harambee und Nyayo erneut zur Uhuru. Baden-Baden, Nomos-Verlag-Gesellschaft.
- Mair, Stefan (1998): Kenia. Eine blockierte Demokratie trotz starker Opposition. In: Schubert, Gunter / Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt. Opladen, Leske + Budrich, S. 239-265.
- Merkel, Wolfgang et al. (2003): Defekte Demokratie, Bd. 1, Theorie. Opladen, Leske+Budrich.
- Møller, Jørgen / Muno, Wolfgang / Skaaning, Svend-Erik (2013): Internationaler Strukturwandel und Autokratie. In: Kailitz, Steffen / Köllner, Patrick (Hrsg.): Autokratien im Vergleich, Baden-Baden, Nomos-Verlag-Gesellschaft (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 47), S. 86-105.
- Mosca, Gaetano (1950): Die herrschende Klasse. Grundlagen der politischen Wissenschaft. 4. Auflage (1896). Salzburg und Bern, Frank.
- Murunga, Godwin R. (2007): Governance and the Politics of structural Adjustment in Kenya, in: Murunga, Godwin R. / Nasong'o, Shadrack W. (Hrsg.): Kenya, The Struggle for Democracy, Dakar, Codesria, S. 263-300.
- Murunga, Godwin R. / Nasong'o, Shadrack W. (Hrsg.) (2007): Kenya, The Struggle for Democracy, Dakar, Codesria.
- Mwangola, Mshai S. (2007): Leaders of Tomorrow. The Youth and Democratisation in Kenya. In: Murunga, Godwin R. / Nasong'o, Shadrack W. (Hrsg.): Kenya. The Struggle for Democracy. Dakar, Codesria, S. 129-163.
- Nasong'o, Shadrack W. (2007b): Negotiating new Rules of the Game. Social Movements, Civil Society and the Kenyan Transition. In: Murunga, Godwin R. / Nasong'o, Shadrack W. (Hrsg.): Kenya. The Struggle for Democracy. Dakar, Codesria, S. 19-57.
- Oloo, Adams G. R. (2007): The contemporary Opposition in Kenya. Between internal Traits and State Manipulation. In: Murunga, Godwin R. / Nasong'o, Shadrack W. (Hrsg.): Kenya. The Struggle for Democracy. Dakar, Codesria, S. 90-125.
- Ottaway, Marina (1999): Ethnic politics in Africa. Change and Continuity. In: Joseph, Richard (Hrsg.): State, Conflict, and Democracy in Africa Boulder/Colorado, Rienne Publishers, S. 299-318.

Posner, Daniel N. / Young, Daniel J. (2007): The Institutionalization of political Power in Africa. In: Journal of Democracy 18 (3), S. 126-140.

Przeworski, Adam et al. (1997): What makes Democracies endure. In: Diamond, Larry et. al. (Hrsg.): Consolidating the third wave Democracies. Themes and perspectives. Baltimore, John Hopkins University Press, S. 295-311.

Risse, Thomas / Jetschke, Anja / Schmitz, Hans Peter (2002): Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens. Baden-Baden, Nomos-Verlag-Gesellschaft.

Rüb, Friedbert W. (2002): Hybride Regime, politikwissenschaftliches Chamäleon oder neuer Regimetypus, begriffliche und konzeptionelle Überlegungen zum neuen Pessimismus in der Transitologie, in: Bendel, Petra / Croissant, Aurel / Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Zwischen Demokratie und Diktatur, Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen. Opladen, Leske+Budrich, S. 93-118.

Rutten, Marcel (2006): Kenya. Volume 2. In: Mehler, Andreas / Melber, Henning / Walraven, Klaas van (Hrsg.): Africa Yearbook. Brill Online. Bezogen von <http://www.brillonline.nl/public/kenya05> (09.06.2009).

Sartori, Giovanni (2006): Demokratietheorie, 3. Auflage, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Schedler, Andreas (2006): The Logic of Electoral Authoritarianism. In: Ders. (Hrsg.): Electoral Authoritarianism. The Dynamics of unfree Competition. Boulder, Rienner, S. 1-26.

Schmitz, Hans P. (2006): Transnational Mobilization and domestic Regime Change. Africa in comparative Perspective. Basingstoke, Palgrave Macmillan.

Steffani, Winfried (1977): Opposition. In: Sontheimer, Kurt / Röhring, Hans H. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München [u.a.], Piper, S. 427-433.

Tetzlaff, Rainer / Jakobeit, Cord (2005): Das nachkoloniale Afrika, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Throup, David W. / Hornsby, Charles (1998): Multi-Party Politics in Kenya. The Kenyatta & Moi States & The Triumph of the System in the 1992 Election. Oxford, James Currey Publishers.

Tilly, Charles (1985): War Making and State Making as Organized Crime. In: Evans, Peter / Rueschemeyer, Dietrich / Skocpol, Theda (Hrsg.): Bringing the State back in. Cambridge, Cambridge University Press, S. 169-187.

Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. 5. rev. Auflage, Tübingen, Mohr (1. Auflage 1921).

Weber, Max (1991): Schriften zur Wissenschaftslehre. Stuttgart, Reclam.

Weber, Max (2002): Politik als Beruf. Stuttgart, Reclam (1. Auflage 1926).

Wesseling, Hendrik L. (1999): Teile und Herrsche. Die Aufteilung Afrikas 1880-1914. Stuttgart, Franz Steiner Verlag.

Zartman, William (1988): Opposition as Support of the State. In: Dawisha, Adeed / Zartman, William (Hrsg.): Beyond Coercion. The Durability of the Arab State. London [u.a.], Croom Helm, S. 61-87.

Fachartikel

Anderson, David M. (2002): Vigilantes, Violence and the Politics of public Order in Kenya. In: African Affairs 101 (405), S. 531-555.

Albrecht, Holger (2005): How Can Opposition Support Authoritarianism? Lessons from Egypt. In: Democratization 12 (3), S. 378-397.

Barkan, Joel D. (2004): Kenya after Moi. In: Foreign Affairs 83 (1), S. 87-100.

Basedau, Matthias et. al. (2011): Ethnicity and Party Preference in sub-Saharan Africa. In: Democratization 18 (2), S. 462-489.

Blondel, Jean (1997): Political Opposition in the contemporary World. In: Government and Opposition 32 (4), S. 462-486.

Bogaards, Matthijs (2009): How to classify hybrid Regimes. Defective Democracy and electoral Authoritarianism. In: Democratization 16 (2), S. 399-423.

Branch, Daniel / Cheeseman, Nic (2008): Democratization, Sequencing, and State Failure in Africa. Lessons from Kenya. In: African Affairs 108 (430), S. 1-20.

Bratton, Michael / Walle, Nicholas van de (1994): Neopatrimonial Regimes and political Transitions in Africa, in: World Politics, Vol. 46 No. 4, S. 453-489.

Brown, Stephen (2001): Authoritarian Leaders and Multiparty Elections in Africa. How Foreign Donors help to keep Kenya's Daniel arap Moi in Power. In: Third World Quarterly 22 (5), S. 725-739.

Brown, Stephen (2004): Theorising Kenya's protracted Transition to Democracy. In: Journal of Contemporary African Studies 22 (3), S. 325-342.

Cheeseman, Nic (2010): African Elections as Vehicles for Change. In: Journal of Democracy 21 (4), S. 139-153.

Chege, Michael (2008): Kenya, back from the Brink. In: Journal of Democracy 19 (4), S. 125-139.

Collier, David / Levitsky, Steven (1997): Democracy with Adjectives, conceptual Innovation in comparative Research. In: World Politics 49 (3), S. 430-451.

- Diamond, Larry J. (2002): Thinking about hybrid Regimes. In: *Journal of Democracy* 13 (2), S. 21-35.
- Escribà-Folch, Abel (2011): Repression, political threats, and survival under autocracy. Papier, präsentiert während der 6. ECPR Generalkonferenz, Reykjavík 26.08.2011.
- Fearon, James D. / Laitin, David D. (2003): Ethnicity, Insurgency, and Civil War. In: *American Political Science Review* 97 (1), S. 75-90.
- Fishman, Robert M. (1990): Rethinking State and Regime. Southern Europe's Transition to Democracy. In: *World Politics* 42, S. 422-440.
- Gandhi, Jennifer / Przeworski, Adam (2007): Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats. In: *Comparative Political Studies* 40 (11), S. 1279-1301.
- Geddes, Barbara (1999): What do we know about Democratization after twenty Years. In: *Annual Review of Political Science* 2, S. 115-144.
- Gerschewski, Johannes (2010): Zur Persistenz von Autokratien. Ein Literaturüberblick. In: *Berliner Debatte Initial* 21 (3), S. 42-53.
- Gerschewski, Johannes (2013): The three Pillars of Stability. Legitimation, Repression and Co-optation in autocratic Regimes. In: *Democratization* 20 (1), S. 13-38.
- Gerschewski, Johannes / Schmotz, Alexander (2011): Contrary or contradictory. Autocracies and democracies between dichotomy and gradation. Papier, präsentiert während der 6. ECPR Generalkonferenz, Reykjavík 26.08.2011.
- Githongo, John (2006): Inequality, Ethnicity and the Fight against Corruption in Africa. A Kenyan Perspective. In: *Economic Affairs* 26 (4), S. 19-23.
- Hadenius, Axel / Teorell, Jan (2007): Pathways from authoritarianism. In: *Journal of Democracy* 18 (1), S. 143-157.
- Holmquist, Frank (2005): Kenya's Antipolitics. In: *Current History* 104 (682), S. 209-215.
- Kailitz, Steffen (2011): Classification by legitimation. Papier präsentiert während der 6. ECPR Generalkonferenz, Reykjavík 26.08.2011.
- Kantai, Parselelo (2007): In the Grip of the Vampire State. Maasai Land Struggles in Kenyan Politics. In: *Journal of Eastern African Studies* 1 (1), S. 107-122.
- Kanyinga, Karuti (1998): Contestation over political Space. The State and Demobilisation of Party Politics in Kenya. Arbeitspapier des Centre for Development Research, CDR Working Paper 98.12, Kopenhagen, Centre for Development Research.
- Karl, Terry L. (1995): The hybrid Regimes of Central America. In: *Journal of Democracy* 6 (3), S. 72-86.

- Levitsky, Steven / Way, Lucan A. (2002): Elections without Democracy, The Rise of competitive Authoritarianism. In: *Journal of Democracy* 13 (2), S. 51-65.
- Lindberg, Staffan I. (2006): Opposition Parties and Democratisation in Sub-Saharan Africa. In: *Journal of Contemporary African Studies* 24 (1), S. 123-138.
- Lust-Okar, Ellen (2004): The Management and Manipulation of Political Opposition. In: *Comparative Politics* 36 (2), S. 159–179.
- Lynch, Gabrielle / Crawford, Gordon (2011): Democratization in Africa 1990-2010. An Assessment. In: *Democratization* 18 (2), S. 275-310.
- Munslow, Barry (1983): Why has the Westminster Model failed in Africa. In: *Parliamentary Affairs* 36 (1), S. 218-228.
- Murunga, Godwin R. / Nasong'o, Shadrack W. (2006): Bent on self-destruction. The Kibaki Regime in Kenya. In: *Journal of Contemporary African Studies* 24 (1), S. 1-28.
- Nasong'o, Shadrack W. (2007a): Political Transition without Transformation. The Dialectic of Liberalization without Democratization in Kenya and Zambia. In: *African Studies Review* 50 (1), S. 83-107.
- Ndegwa, Stephen N. (2003): Kenya. Third time lucky. In: *Journal of Democracy* 14 (3), S. 145-158.
- O'Donnell, Guillermo (1994): Delegative Democracy. In: *Journal of Democracy* 5 (1), S. 55-69.
- Orvis, Stephen (2006): Conclusion. Bringing Institutions back into the Study of Kenya and Africa. In: *Africa Today* 53 (2), S. 95-110.
- Rakner, Lise / Van de Walle, Nicolas (2009): Opposition Weakness in Africa. In: *Journal of Democracy* 20 (3), S. 108-121.
- Pitcher, Anne / Moran, Mary H. / Johnston, Michael (2009): Rethinking Patrimonialism and Neopatrimonialism in Africa. In: *African Studies Review* 52 (1), S. 125-156.
- Schedler, Andreas (2002a): The menu of manipulation. In: *Journal of Democracy* 13 (2), S. 36-50.
- Schedler, Andreas (2002b): The Nested Game of Democratization by Elections. In: *International Political Science Review* (23) 1, S. 103-122.
- Steeves, Jeffrey S. (2006a): Presidential Succession in Kenya. The Transition from Moi to Kibaki. In: *Commonwealth & Comparative Politics* 44 (2), S. 211-233.
- Steeves, Jeffrey S. (2006b): Beyond democratic Consolidation in Kenya. Ethnicity, Leadership an 'unbound politics'. In: *African Identities* 4 (4), S. 195-211.

Throup, David W. (2003): Kibaki's Triumph. The Kenyan General Election of December 2002. Briefing Paper des Royal Institute of International Affairs. Bezogen von <http://www.riia.org> (29.04.2009).

Uddhammar, Emil / Green, Elliott / Söderström, Johanna (2011): Political Opposition and Democracy in sub-Saharan Africa. In: *Democratization* 18 (5), S. 1057-1066.

Van de Walle, Nicolas (2002): Africa's Range of Regimes. In: *Journal of Democracy* 13 (2), S. 66-80.

Whitaker, Elise / Giersch, Jason (2009): Voting on a Constitution. Implications for Democracy in Kenya. In: *Journal of Contemporary African Studies* 27 (1), S. 1-20.

Zakaria, Fareed (1997): The Rise of illiberal Democracy. In: *Foreign Affairs* 76 (6), S. 22-43.

Berichte

Ahner-Tönnis, Wolfgang (2007): Parteien in jungen Demokratien. Die Entwicklung in Kenia vor den Wahlen Ende 2007. Nairobi, Konrad Adenauer Stiftung e.V. Bezogen von www.kas.de (20.04.2016).

Amnesty International (1998): Kenya. Political Violence spirals. Bezogen von <http://www.amnesty.org> (28.06.2016).

Amnesty International (1999): Jahresbericht Kenia. Bezogen von <http://www.amnesty.de> (28.06.2016).

Amnesty International (2006): Länderkurzinfo Kenia. Bezogen von <http://www.amnesty.de> (28.06.2016).

Amnesty International (2007): Jahresbericht Kenia. Bezogen von <http://www.amnesty.de> (28.06.2016).

Commonwealth Observer Group (2006): Kenya General Election, 27 December 2002. The Report of the Commonwealth Observer Group. Bezogen von <http://www.oecd-ilibrary.org> (28.06.2016).

Fédération Internationale des Ligues des Droits de l'Homme (FIDH) (2005): Arbitrary Arrests of Human Rights Defenders urging for Constitutional Review Process (27.07.2005). Bezogen von <http://www.fidh.org> (28.06.2016).

Freedom House (2016): Freedom in the World 2016. Bezogen von <https://freedomhouse.org> (05.07.2016).

Human Rights Watch (1993): Divide and Rule. State-sponsored ethnic Violence in Kenya. Bezogen von <http://www.hrw.org> (28.06.2016).

Human Rights Watch (1995): Kenya, old Habits die hard. Human Rights Abuses follow renewed foreign Aid Commitments. Bezogen von <http://www.hrw.org> (28.06.2016).

Human Rights Watch (2002): Playing with Fire, Weapons Proliferation. Political Violence and Human Rights in Kenya. Bezogen von <http://www.hrw.org> (28.06.2016).

International Commission of Jurists (1997): Democratisation and the Rule of Law in Kenya. ICJ Mission Report, Genf.

Institute for Education in Democracy (IED) / Catholic Justice and Peace Commission (CJPC) / National Council of Churches of Kenya (NCCK) (1998): Report on the 1997 General Elections in Kenya 29-30 December. Bezogen von <http://www.iedafrica.org> (19.05.2008).

Kopsieker, Fritz / Oloo, Adams G. R. (2005): Politische Parteien und Parteiensystem in Kenia. Bonn, Berichte der Friedrich-Ebert-Stiftung Kenia. Bezogen von <http://www.fes.de> (20.10.2015).

Obat, Josiah (1997): Kenia. Gespalten gegen Moi. In: AI Journal, September. Bezogen von <http://www.amnesty.de> (30.05.2016).

Schwartz, Roland (2003): Kenia nach der Wahl. Ein Neuanfang (Kurzberichte aus der internationalen Zusammenarbeit, Friedrich-Ebert-Stiftung). Bonn. Bezogen von <http://www.fes.de> (28.06.2016).

United States Institute of Peace (USIP) (2002): International Commission of Inquiry for Burundi. Final Report. Bezogen von <http://www.usip.org> (21.06.2016).

Nachrichten

Allen, Karen (2005): Fruity Campaigning in Kenya. In: BBC News Online, Nairobi (28.06.2016). Bezogen von <http://www.bbc.co.uk> (11.06.2009).

BBC NEWS (2002a): Kenya Terror Strikes target Israelis (28.11.2002). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2002b): Kibaki and Moi Speech Excerpts (30.12.2002). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2002c): Kenya's loose Cannon: Simeon Nyachae. In: BBC NEWS Online, Nairobi (05.11.2002). Bezogen von <http://www.bbc.co.uk> (28.02.2016).

BBC NEWS (2003): Kenya's chief Justice resigns, (26.02.2003). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2004a): Kenya Constitution Crisis deepens (16.03.2004). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2004b): New Unity Government for Kenya (30.06.2004). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2005a): Kenya's entire Cabinet dismissed (23.11.2005). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2005b): Defiant Kibaki's Cabinet sworn in (09.12.2005). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2006a): Raided Kenya Paper back on Street (03.03.2006), bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2006b): Graft Ministers return in Kenya (15.11.2006). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2006c): Kenya's Goldenberg Affair (15.03.2006), bezogen von <http://www.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2007a): Opposition in Kenya splits in two (15.08.2007). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

BBC NEWS (2007b): Kenya President eyes Re-Election (16.09.2007). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

Kabiru, Waihenya (2005): Kibaki's big Referendum Gamble. In: BBC News Online, Nairobi (20.11.2005). Bezogen von <http://www.bbc.co.uk> (28.06.2016).

Okwembah, David (2013): Raila Odinga. Third time lucky in Kenya? In: BBC Africa, Nairobi (01.03.2013). Bezogen von <http://www.bbc.com> (28.06.2016).

Rice, Xan (2007): Kenyans riot as Kibaki declared Poll Winner, in: The Guardian Online (31.12.2007), bezogen von <http://www.guardian.co.uk> (28.06.2016).

Warigi, Gitau (2006): Kibaki's Mafia on the Run. In: BBC Focus on Africa Magazine (14.04.2006). Bezogen von <http://www.bbc.co.uk> (28.06.2016).

Whittington, James (2005): Kenya close to Anti-Corruption Group. In: BBC NEWS Online (18.10.2005). Bezogen von <http://news.bbc.co.uk> (28.06.2016).

Sonstige Dokumente

Kibaki, Mwai (2002): New President spells out his Vision. Antrittsrede vom 31.12.2002. Bezogen von <http://www.hartford-hwp.com> (28.06.2016).

Nachschlagewerke

<http://www.duden.de> – Deutsches Wörterbuch.

<http://kamusiproject.org> – Online-Wörterbuch Swahili-Englisch.

<http://www.kenyalaw.org> – Internetseite zur Information über Gesetze in Kenia gemäß dem National Council for Law Reporting Act von 1994.

Kurian, George T. (1992): Encyclopedia of the Third World. Bd 3., 4. Auflage, New York, Facts on File.

Political Handbook of the World (1993): Governments and intergovernmental Organizations. Washington/D.C., CQ Press.

Political Handbook of the World (2000-2002): Governments and intergovernmental Organizations. Washington/D.C., CQ Press.

Political Handbook of the World (2005-2006): Governments and intergovernmental Organizations. Washington/D.C., CQ Press.

8. Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere an Eides statt, dass meine hinsichtlich der früheren Teilnahme an Promotionsverfahren gemachten Angaben richtig sind und dass die eingereichte Arbeit oder wesentliche Teile derselben in keinem anderen Verfahren zur Erlangung eines akademischen Grades vorgelegt worden sind. Ich versichere darüber hinaus, dass bei der Anfertigung der Dissertation die Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis der DFG eingehalten wurden, die Dissertation selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst wurde, andere als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt worden sind und die den benutzten Werken wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht wurden. Einer Überprüfung der eingereichten Dissertation bzw. die an dieser Stelle eingereichten Schriften mittels einer Plagiatssoftware stimme ich zu.

Kristian Kaltschew

9. Danksagung

Mein Dank gilt Raimund Krämer. Er entfachte bei mir (im wahrsten Sinne des Wortes) von der ersten Stunde an das Interesse sowohl am Nachdenken über politische Macht im Allgemeinen als auch über autoritäre Regime im Speziellen. Meine wissenschaftliche Ausbildung folgte anschließend diversen Wegen, doch viele Abzweigungen führten zurück zu diesen Anfängen. Alles, was ich an wissenschaftlichen Arbeiten schätze, habe ich von Ihnen gelernt.

Des Weiteren danke ich Wolfgang Wieden, Achim Girke und Stefan Kneitschel, die mir als erste das kritische Denken und Hinterfragen sowie systematische Erarbeiten von Problemen beibrachten.

Besonderer Dank gilt Dorit, die stets das Wohl des Autors und seiner Liebsten im Auge hat und sowohl ihr Ohr für lange Disserationsgespräche und -litaneien zur Verfügung stellte als auch wissbegierig und aufmerksam weite Teile der Arbeit Korrektur las. Für sein vergleichbares Engagement möchte ich mich ebenfalls bei Emil bedanken.

Ferner bedanke ich mich bei Fritz, der den Promotionsprozess – wenn auch aus größerer Distanz – ebenso lang begleitete und für das Gelingen der Arbeit in ausgewählten schwierigen Momenten Arbeitsraum und Mittagessen bereitstellte.

Meinen Eltern danke ich für ihre Geduld und ihr Vertrauen.

Großer Dank gebührt meinem großen Bruder, der mich gar nicht mehr bewachen muss und stets eine Bereicherung in meinem Leben ist.

Ich bedanke mich bei Helena und Jonathan, die mich immer mehr lehren werden als es Bibliotheken je könnten.

Der größte Dank gebührt Julia. Du hast diese Arbeit weit vor mir entstehen sehen. Bei klassischem Ostseewind und in warme Pullover eingepackt hast du mir so viel Zutrauen in die Promotion geschenkt, dass keine Enttäuschung und kein Rückschlag mich je am Gelingen dieser Arbeit hätten zweifeln lassen können.

Dir widme ich diese Arbeit.